

Empowerment in der Stadtteilarbeit

Eine Aufforderung zur Debatte über
sozialpädagogische Möglichkeiten im nahen
Wohnumfeld

Diplomarbeit

zur Erlangung des akademischen Grades
einer Magistra der Philosophie

an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät
der Karl-Franzens-Universität Graz

vorgelegt von

Elisabeth GROSS-PIRCHEGGER

am Institut für Bildungs- und Erziehungswissenschaften
Begutachter: Univ.-Ass. Mag. Dr. Arno Heimgartner

Graz, 2004

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	4
1. EINLEITUNG	6
2. EMPOWERMENT - EIN KONZEPT ZWISCHEN TRADITION UND MODE	8
2.1. Begriffliches und Inhaltliches	8
2.1.1. Das Empowerment - Konzept und dessen Bezüge	8
2.1.1.1. Empowerment und Ressourcenorientierung	10
2.1.1.2. Empowerment und Politikorientierung	13
2.1.1.3. Empowerment und Gemeinschaftsorientierung	14
2.1.2. Das Empowerment-Ethos	18
2.1.3. Das Empowerment-Konzept und dessen Wirkungsbereiche	21
2.1.3.1. Psychologisches, Soziales und Politisches Empowerment	23
2.1.3.2. Empowerment - Effekte	32
2.2. Methodisches und Praktisches	36
2.2.1. Zur Überwindung der Defizit-Perspektive	36
2.2.2. Empowerment als ein vollzogener Paradigmenwechsel	41
2.2.3. Methodische Ansätze im Rahmen von Empowerment-Prozessen	49
2.2.4. Versuch einer Positionierung	52
2.2.4.1. Empowerment als ein Alltagsphänomen	52
2.2.4.2. Empowerment in der Sozialpädagogik/Sozialarbeit	53
2.2.4.2.1. Gesellschaftliches Wirken und initiierte Wirkung	55
2.2.4.2.2. Subjekttheoretische Reformulierung der Anomietheorie	57
2.2.4.2.3. Milieu oder Lebensstil	60
2.2.4.3. Gemeinwesenarbeit	63
2.2.4.3.1. Merkmale der Gemeinwesenarbeit	64
2.2.4.3.2. Aufgaben der Gemeinwesenarbeit	65
2.2.4.3.3. Entwicklungsverlauf der Gemeinwesenarbeit	67
2.2.4.4. Die Soziokulturelle Animation - ein Vergleich	68

2.3.	Normatives und Kritisches	69
2.3.1.	Individualisiert in einem liberalistischen Sog?	69
2.3.2.	Postmoderne und Kommunitarismus - der Versuch einer Synthese	75
2.4.	Traditionelles und Modisches	81
2.4.1.	Mehr als eine „Hilfe zur Selbsthilfe“?	81
2.4.2.	Mehr als Partizipation?	83
2.4.3.	Mehr Qualität!	89
3.	EMPOWERMENT IM KONTEXT DES STADTTEILMANAGEMENTS	94
3.1.	Voraussetzungen für eine beginnende Stadtteilarbeit	97
3.1.1.	Unser Raum und unsere Möglichkeiten	97
3.2.	Interventionsmodelle für eine gelingende Stadtteilarbeit	101
3.2.1.	Das Handlungsmodell	101
3.2.2.	Die AdressatInnen	105
3.2.3.	Die Interventionsebene	106
3.2.3.1.	Aktivierung und Beteiligung	106
3.2.3.2.	Dialogmanagement und Intermediäre Instanzen	109
3.2.3.3.	Umsetzung von Stadtteilentwicklungsprogrammen	115
4.	ZUR FORSCHUNGSMETHODIK	121
4.1.	Zur Fragestellung und Zielsetzung dieser Diplomarbeit	121
4.2.	Exkurs: Grounded Theory	126
4.3.	Dimensionen, Kriterien und Konstruktion der eingesetzten Methoden	130
4.3.1.	Das Leitfadeninterview	130
4.3.1.1.	Interview-Leitfaden I	132
4.3.1.2.	Durchführung der Interviews mit den BewohnerInnen	135
4.3.1.3.	Interview-Leitfaden II	136
5.	STADTTEILARBEIT AM DENGGENHOF - EINE DARSTELLUNG	138
5.1.	Der Denggenhof - eine Siedlungsbeschreibung	138

5.2. Das Grazer Projekt Stadtteilarbeit Denggenhof	141
5.2.1. Beschreibung der darzustellenden Stadtteilarbeit	143
5.2.1.1. Formale Kriterien des Projektes	143
5.2.1.2. Beteiligte Gruppierungen und deren Interaktionen	148
5.3. Organisatorischer Rahmen	150
5.3.1. Die methodische Vorgehensweise am Denggenhof	154
6. EMPOWERMENT UND RESONANZ	161
6.1. Strukturelle Aspekte	162
6.1.1. Mobilisierungsfaktoren	162
6.1.2. Kooperation und Machtverhältnisse	166
6.1.3. Sozialintegration	171
6.1.4. Individuelle und kollektive Gestaltungsmöglichkeiten	173
6.2. Individuell-kognitive Aspekte	177
6.2.1. Erlebte Selbstwirksamkeit	177
6.2.2. Erlebter Bewältigungsgehalt	178
7. RESÜMEE UND KRITISCHER AUSBLICK	180
ANHANG	191
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	200
TABELLENVERZEICHNIS	201
LITERATURVERZEICHNIS	202

VORWORT

Der persönliche Zugang zu der vorliegenden Arbeit ergab sich vor dem Hintergrund einer sehr basalen Fragestellung: Wie wird eine BürgerInnenbeteiligungskultur in der Stadt Graz gelebt und welche konzeptionellen Entwürfe sind hierfür - im Rahmen einer Stadtteilentwicklung - vorgesehen.

Das noch zu Beginn der Evaluierung (vgl. STEK 2001) gültige Stadtteilentwicklungskonzept (die Weiterentwicklung der Kontakte zur Bevölkerung durch Erarbeitung neuer Modelle sozial ausgewogener Bürgerbeteiligung wurde gefordert) war sehr offen formuliert, den Erläuterungen fehlte schlichtweg der inhaltliche Gehalt bzw. die normative Gewichtung, was eine kritische Auseinandersetzung und eine wissenschaftliche (Neu-)Fundierung sowie die Suche nach praxisrelevanten Möglichkeiten und praktischen Ausformungen im Stadtgebiet nahezu zwingend initiierte.

Die vorliegende diskursive Auseinandersetzung soll auf Entwicklungsvollzüge hinweisen, die, sind eine soziale Ausgewogenheit und eine verbindliche Teilhabe von Anfang an gegeben, einen breit gestreuten Beteiligungscharakter repräsentieren. Begleitet und analysiert wird ein Arbeitsprozess, der allmählich programmatische Vorgaben entwickelte und dadurch den Diskurs über Qualitätskriterien einer sozial ausgewogenen Stadtteilentwicklung einzuleiten vermochte. Somit können dem „Modellcharakter“, der vielen Beteiligungsprojekten anhaftet, allgemeine Verbindlichkeiten entgegengestellt werden, und das obwohl der systemische Unterbau diese zunächst vermissen ließ.

Dass hierbei starke Veränderungen evoziert werden konnten, zeigt sich vor allem in einem veränderten Regierungsabkommen der Stadt Graz, in welchem mittlerweile (vgl. Gemeinsam für Graz 2003) *Empowerment und Stadtteilarbeit* als wesentliche Zielkategorien postuliert wurden.

Das ausgesuchte Modellprojekt implementiert in einem Siedlungsgebiet der Stadt Graz eine Interventionsstrategie der horizontalen und vertikalen Kooperation, um eine Stadtteilentwicklung mit einem gesamtgesellschaftlichen Bezug zu praktizieren: Verfolgt wird eine professionelle Herangehensweise im Sinne von Empowerment, wodurch Aktivitäten auf individueller, gemeinschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene initiiert werden, welche mit den Anliegen des *Psychologischen, Sozialen und Politischen Empowerments* korrespondieren.

Die gegenwärtige Aktualität von Empowerment erklärt sich aber nicht nur ob der gleich-

zeitigen Orientierung an den mikro-, meso- und makrodimensionalen Kontexten. Vielmehr tritt innerhalb der Empowerment-Kultur auch eine heftige Kritik an einer traditionellen paternalistischen Sozialen Arbeit zu Tage: Empowerment fordert dazu auf, sich aus dem „stählernen Gehäuse“ der instrumentellen Vernunft, des Verfahrensfetischismus und der ökonomisch orientierten Sachzwänge zu erheben, Bevormundung, fürsorgliche Belagerung zu überwinden und AdressatInnen der Sozialen Dienste als handelnde Subjekte in den Mittelpunkt des Interventionsprozesses zu rücken.

Hier zeigt sich eine progressive Kultur, die sich dem autoritären Charakter endgültig widersetzt, auf respektierende, situativ gebundene und eigensinnige Unterstützungsarrangements abzielt und partizipativ gestaltete Unterstützungsprozesse favorisiert.

EINLEITUNG

Im ersten Abschnitt wird der Zugang dieser Diplomarbeit anhand des *Empowerment-Konzeptes* gewährt, ein kurzer Überblick über Bezugsgrößen und deren Wirkbereiche gegeben, um schließlich die Beziehung zu einem speziellen Sektor der sozialpädagogischen Praxis herstellen zu können. Ein verbindendes Prinzip zwischen *Empowerment* und der zu beschreibenden *Stadtteilarbeit am Denggenhof* ist insofern existent, als dieses Projekt ein initiiertes „BürgerInnenbeteiligungsverfahren“ darstellt und die Projektverantwortlichen *Empowerment* als handlungsleitende Basis fokussierten.

Die gegenwärtigen sozioökonomischen Entwicklungen mitsamt den soziopolitischen Antworten konfrontieren den Sozialstaat mit neuen Herausforderungen. Die damit einhergehende kritische Frage nach der Effizienz und der Effektivität der Sozialen Arbeit führt zu einer Diskussion deren Qualitätssicherung, die die Umstrukturierungen der Interventionsformen und die Modernisierung der Sozialadministration zur Debatte stellt (vgl. Köhler, Kurz-Adam et al. 2002, S. 13ff.).

In diesem Zusammenhang stehen vor allem zwei Aspekte im Mittelpunkt, die zunächst dargelegt und schließlich einer kritischen Betrachtungsweise unterzogen werden sollten:

- Zum einen erscheint jener Punkt, der eine an den individuellen Ausprägungen der AdressatInnen zu wenig ausgerichtete Soziale Arbeit umschreibt, der Kritik würdig.
- Zum anderen wäre die Abgrenzung von einer paternalistischen Sozialen Arbeit zu vollziehen, die mit entmündigenden und erfolgsmindernden Interventionsprozessen einhergeht.

Daraus resultierende Bestrebungen verweisen auf ein besonderes Entwicklungsfeld im Rahmen der Sozialen Arbeit:

- Die Diskussion der *KundInnenorientierung bzw. Orientierung an den AdressatInnen als Co-ProduzentInnen* innerhalb der Sozialen Dienste vermag auf die aktuelle Debatte über partizipative Unterstützungsleistungen, über die daraus resultierende Zielgenauigkeit von sozialen Dienstleistungen und deren Effektivität hinzuweisen.

- “ Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen soziopolitischen Entwicklungslinien kann ein Reformwille abgeleitet werden, welcher mit einer Überwindung des defizitorientierten Unterstützungsmodells einhergeht und konzeptionell durch eine Soziale Arbeit ersetzt wird, die sich an den Fähigkeiten bzw. Kompetenzen der AdressatInnen sowie an den Ressourcen des Lebensraums orientiert.

Bemühungen in diesem Bereich führen zur Umgestaltung der sozialen Dienstleistungen, die sich unter anderem in einem ausdifferenzierten *Empowerment-Diskurs* widerspiegeln. Im Rahmen dieser Diplomarbeit soll eine strukturierte Diskussion über den „fuzzy slogan“ *Empowerment* versucht werden, um den eingangs erwähnten, hypothetischen Zusammenhang zu einem speziellen Arbeitsfeld der sozialpädagogischen Praxis darlegen zu können. Der empirische Teil gründet sich auf den zentralen Begriff *Empowerment* und dessen Wirkungsbereiche. Für die empirische Herangehensweise wurden Methoden der qualitativen Sozialforschung gewählt, wobei vorwiegend aus der Perspektive der beteiligten AkteurInnen die Gründe und Möglichkeiten des Entwicklungsprozesses erfasst werden sollten (leitfadenorientierte Interviews).

Hinsichtlich der Fragestellung und Auswertung erfolgt eine Orientierung an den Bezugsgrößen, die begünstigende oder notwendige Bedingungen für einen erfolgten *Empowerment-Prozess* darstellen. Die zu bearbeitende zentrale Fragestellung lautet: **Inwieweit ist die praktizierte Stadtteilarbeit geeignet, um bei den BewohnerInnen *Empowerment-Prozesse* auszulösen, und welche Resonanz kann nach Initiierung des beschriebenen Projekts abgebildet werden?** Im Anschluss daran sollen die strukturellen Elemente sowie die förderlichen und/oder einschränkenden Bedingungen eines *Empowerment-Prozesses* - welcher eine Facette des modernen bürgerschaftlichen Engagements darstellt - diskutiert werden, um dessen Qualitätsmerkmale und die eventuell vorgefundenen Standards ableiten bzw. erläutern zu können.

2

EMPOWERMENT - EIN KONZEPT ZWISCHEN TRADITION UND MODE

2.1. Begriffliches und Inhaltliches

2.1.1. Das Empowerment - Konzept und dessen Bezüge

Die gegenwärtige Qualitätsdiskussion in Bezug auf die sozialarbeiterische Tätigkeit belegt, dass die Ressourcenlagen der AdressatInnen in ihrer Lebenswelt eine Betonung erfahren. Zusätzlich wird ein progressiver, *nicht direkter Erziehungsansatz* (vgl. Hinte 2001; vgl. Wild 1992) angestrebt, wodurch die basalen Entwicklungsbedingungen des *Empowerment-Konzeptes* dargelegt wären.

Der Begriff *Empowerment* steht für eine neue Philosophie der Unterstützung, zugleich erschließt diese Begrifflichkeit aber auch eine neue Programmatik innerhalb der Sozialen Arbeit. Jene muss im reflexiven sowie im transitiven Sinne (sich selbst befähigen und ermächtigen, aber auch jemanden zur Emanzipation verhelfen) Geltung erlangen, d.h. verstanden und ausgeübt werden. Der Begriffsanteil *power* bezieht sich zum einen auf politische Macht, zum anderen wird er auch mit Stärke, Kompetenz und Alltagsbewältigung in Verbindung gebracht, sodass mikro- und makrosystemische Ebenen gleichermaßen im Praxisfeld Bedeutung erlangen (vgl. Theunissen 2001, S. 13f.; vgl. Saleebey 2002, p. 9ff.).

„to discover the power within people and communities, we must subvert and abjure pejorative labels, provide opportunities for connections to family institutional, and communal resources; assail the victim mind-set; forswear paternalism; (...)“ (Saleebey 2002, p. 9).

Ausgehend von der US-amerikanischen Frauen- und Bürgerrechtsbewegung (z.B. „Black Empowerment: Social work in oppressed communities“) erlangten *Empowerment-Perspektiven* vor allem in den 80er-Jahren im Rahmen der Gemeindepsychologie Bedeutung (vgl. Keupp 1997, S. 308; vgl. Herriger 1997, S. 18ff.). 1976 fand das *Empowerment-Konzept* erstmals im anglo-amerikanischen Raum bei Solomon Erwähnung und wurde schließlich seit Beginn der 90er-Jahre als eine Interventionspraxis der Sozialen Arbeit im deutschsprachigen Raum aufgegriffen und erörtert (vgl. Stark 1993, S. 41ff.). In diesem Zusammenhang ist von Interesse, auf die inhaltlichen Verbindungslinien von *Empowerment* und der *Individualpsychologie* zu verweisen (vgl. Dreikurs 2002).

ProponentInnen dieser psychoanalytischen Schule waren in die USA emigriert und stark im pädagogischen Kontext Schule, Erziehungsberatung und Gemeinwohlinstitutionen tätig. Sie vermochten diese inhaltlich nachhaltig zu beeinflussen (vgl. Kenner 2001, S. 36ff.) und somit wesentliche Grundprinzipien von *Empowerment* in die Soziale Arbeit einzubringen.

Empowerment steht für eine Perspektive, in welcher sich Bürgerrechtsbewegungen, Gemeinwesenarbeit und psychosoziale Praxis wiederfinden, wenn die Bewältigung von einschränkenden Alltagsgegebenheiten, die Selbstbestimmung der Zielgruppen sowie individuelle und kollektive Selbstorganisation zu den normativen Orientierungsprinzipien zählen. Der Respekt vor der Autonomie und der Lebensouveränität der AdressatInnen soll im *Empowerment-Konzept* hervorgehoben werden, dadurch kann handlungstheoretisch eine klare Abgrenzung zu den „bevormundenden, paternalistischen Modellen“ innerhalb sozialer Dienstleistungen gezogen werden.

„Paternalism has undergirded both these forms of practice. Practice is paternalistic if conducted on behalf of people without their consent (Spicker 1988:54). Paternalism has two elements, the intent to do good for another and the effect of violating another's known wishes (Abramson 1985:389-390). Empowerment-based social work practice conceives of paternalism as alien to its essential values and purpose. Averse to assuming either of the posture of the benefactor or the liberator, the social worker functioning within the empowerment tradition seeks neither to lift a client 'up' to the professional's level nor to lead clients out to a promised land mapped out previously or independently by the professional“ (Simon 1994, p. 7).

Empowerment geht mit der Aufhebung des „(...) *advokatorischen defizitorientierten Modells*“ (Stark 1996, S. 30) einher, welches einer tiefgreifenden Kritik unterzogen wird.

„Die Routine in der psychosozialen Versorgung setzt überwiegend immer noch bei der Zuschreibung von Defiziten an, die entweder individuell, zum Teil als Schuldzuschreibung, oder über die Zuordnung zu einer Zielgruppe, meist einer so genannten 'Randgruppe', gegeben sind. Im Zusammenwirken eines individuellen defizitären Merkmals (zum Beispiel arbeitslos, alleinerziehend) mit einem kollektiven Merkmal (beispielsweise Alte, Ausländer) ist der Blick verstellt für etwaige brachliegende Ressourcen und Fähigkeiten“ (Bobzien/Stark zit. n. Galuske 2001, S. 264).

Betroffene werden, so die KritikerInnen, auf Basis der defizitorientierten Modellvorstellung auf die Rolle der Hilfsbedürftigkeit festgelegt und somit in ihrer Entfaltung gehemmt. Die sich ergebende Interaktion von Profis der Sozialen Arbeit und ihren „Problemkindern“ verweist auf eine patriarchale Beziehungsstruktur, die entmündigende Wirkungen nach sich

zieht und AdressatInnen zu behandlungsbedürftigen Objekten degradiert. Die Komplexität der Persönlichkeit geht verloren, indem partiell vorhandene Hilfflosigkeit habituiert wird und Hilfflosigkeitserwartungen generalisiert werden (vgl. Herriger 1997, S. 57).

Empowerment bedeutet konzeptionell die Überwindung dieses spezifischen „Hilffeverständnisses“ und der daraus resultierenden entmündigenden Hilfe innerhalb eines „(...) psychosozialen Reparaturbetriebs, der die Störungen eines mittlerweile weithin akzeptierten kapitalistischen Gesellschaftssystems auf der individuellen Ebene möglichst lautlos reparieren soll“ (Stark 1996, S. 26).

Darauf reagierend werden vielmehr Ziele verfolgt, welche **vorhandene Potenziale der Selbstorganisation, des gemeinschaftlichen Handelns und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe als Ressourcen erschließen und diese zum Anlass für Soziale Arbeit nehmen.**

Kompetenzorientiertes Handeln des Individuums, der Aufbau **gemeinschaftsfördernder Strukturen** und das **Partizipieren am gesellschaftlichen System** sind somit grundsätzliche Handlungsanforderungen des *Empowerment-Ansatzes*. Vor diesem Hintergrund ergibt sich der besondere „Charme“ des Konzeptes, das für **Emanzipation**, für das Heraustreten aus einengenden Bedingungen und für die **Etablierung demokratischer Prozesse steht.**

2.1.1.1. Empowerment und Ressourcenorientierung

Ausgehend von der Annahme, dass in als konflikt- und problembeladen erlebten Situationen die Eigenwahrnehmung einem „Eingeengt-Sein“ entspricht, der Ausblick auf Lösungsmöglichkeiten eher versperrt ist, lautet die Anforderung, vorhandene Fähigkeiten, Kompetenzen und Ressourcen gemeinsam mit den AdressatInnen zu erschließen und diese für den Prozess der persönlichen bzw. systemischen Lösungsorientierung nutzbar zu machen.

Eine Interventionspraxis im Sinne von Empowerment verzichtet auf professionelle „Fertigprodukte“ und auf „vorschnelles Handeln“. Sie rechnet vielmehr mit der **Kompetenz der**

Subjekte: Sie gewinnt ihre Qualität, indem sie sich den Lebensverhältnissen ihrer AdressatInnen aussetzt und beobachtet, wie Menschen in ihrem alltäglichen Lebensraum agieren, wie sie nach Lösungen suchen und welche Lösungen sie bereits praktizieren. So ist die bestmögliche Unterstützung greifbar, ohne dass den AdressatInnen fremde Lösungsmodelle übergestülpt werden (vgl. Stiemert-Strecker, Teuber, Seckinger et al. 2000, S. 45).

Hierin liegt ein normativer Perspektivenwechsel, der sich trotz persönlicher Problemlagen und/oder sozialer Defizite auf die **Möglichkeiten** der Menschen bezieht und deren **Potenziale zur Lebensbewältigung und Alltagsgestaltung** fokussiert. Die Aufmerksamkeit wird auf unterrepräsentierte Ressourcen gelenkt, um mit AdressatInnen gemeinsam alternative Lösungsstrategien zu finden und diese stärker zu betonen.

Die Fähigkeiten, den Alltag zu bewältigen, die die wesentlichen Grundbedingungen für eine möglichst autonome Lebensgestaltung im jeweiligen sozialen Gefüge sind, könnten folgendermaßen definiert werden: *„Capability is defined as everything a person can think or do, and competence is defined as the ability to perform the tasks and the roles required to the expected standard“* (Eraut zit. n. Miller 2000, p. 26).

Ressourcen bedeuten Möglichkeiten, die infolge der Kooperation des Menschen mit seinem sozialen Kontext entstehen. Unterschieden werden ökologische, soziale, kulturelle, körperliche, psychische und materielle Ressourcen (vgl. Miller et al. 2000, S. 30), die die Basis für individuelle Entwicklungsverläufe und für die Herausbildung von Fähigkeiten und Kompetenzen sind.

Folglich kann eine ausschließliche Fähigkeitsorientierung im Rahmen der Sozialen Arbeit nicht genügen:

„(...) es hieße, das Subjekt lediglich daraufhin wahrzunehmen, welche Fähigkeiten vorhanden bzw. nicht vorhanden sind, mit der Gefahr, Bewältigungsprobleme auf das Fehlen bestimmter individueller Fähigkeiten zu reduzieren“ (ebd., S. 28).

Eine selbstbestimmte Lebensgestaltung vermag sich indessen erst vor dem Hintergrund der jeweiligen Umweltbedingungen entwickeln. Erst unter Berücksichtigung dieses Zusammenwirkens kann eine verantwortungsvolle Aussage darüber getroffen werden,

inwiefern es gelingt, biografische Aufgaben zu bewältigen (siehe Abbildung 1: Lebenswelt). Eine in diesem Sinne verantwortungsvolle Soziale Arbeit fordert bei der Beschreibung der individuellen Belange die Beachtung der gemeinschaftlichen/gesellschaftlichen Verhältnisse der AdressatInnen bzw. der Möglichkeiten, jene zu unterstützen. Der Kontext einer Situation und das Bewusstsein dieses Kontextes, d.h. die historische Entwicklung einer Person oder Gruppe, deren aktualisiertes Selbst, die Indikatoren und Einflüsse der physikalischen, materiellen und sozialen Umgebung und die Beziehung dieser Parameter zueinander, ergeben die wesentlichen Bedingungen im Rahmen des Unterstützungsprozesses (vgl. Stark 1996, S. 108ff.). In den Mittelpunkt der sozialen Intervention rückt somit die Notwendigkeit des **lebensweltorientierten Agierens**. **Lebenswelt** erscheint demnach als jener „Möglichkeitsraum“, der aus der Schnittmenge der objektiven Rahmenbedingungen und der jeweiligen subjektiven Einschätzung des Menschen (Binnenperspektive) entsteht (vgl. Lüttringhaus et al. 2000, S. 84f.).

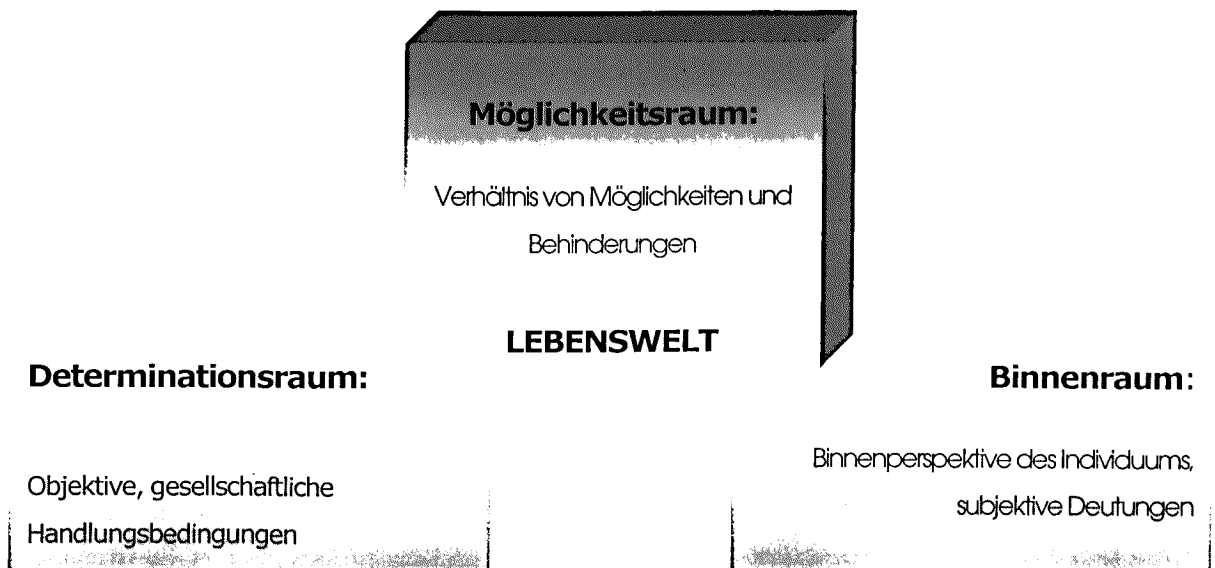


Abbildung 1: Lebenswelt/Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Lüttringhaus et al. 2000

Dementsprechend bedingt eine Erweiterung des individuellen Möglichkeitsraumes immer auch eine Intervention innerhalb der jeweiligen Lebenswelt.

„Es gilt, den Lebensalltag zu unterstützen, einerseits durch Beziehungsarbeit und andererseits durch Ressourcenarbeit. Soziale Arbeit greift zu kurz, wenn sie sich dabei auf Beziehungsarbeit reduziert (...) Ziel Sozialer Arbeit ist die Verbesserung von Lebensqualitäten in benachteiligten Lebenswelten und das setzt Beziehungsarbeit und Ressourcenarbeit voraus“ (ebd., S. 84).

Lüttringhaus bezeichnet das lebensweltorientierte Interventionskonzept als einen notwendigen Standard, als eine basale Bedingung zur Förderung und Herausbildung von *Empowerment* (vgl. ebd.). Der Arbeitsschwerpunkt liegt demgemäß darin, ein Zusammenwirken *lebensweltorientierter Hilfe zur Lebensbewältigung* und *systemischen Unterstützungsmodellen* herzustellen. Um ein Mehr an Selbstbestimmung über die eigenen Lebenszusammenhänge zu erlangen, müsste auch die Entwicklung der individuellen Politikfähigkeit zur Erweiterung der (politischen) Partizipationsspielräume zur Diskussion stehen (vgl. Galuske 2001, S. 264).

2.1.1.2. Empowerment und Politikorientierung

„Empowerment lässt sich demnach als ein bewusster und andauernder Prozess bezeichnen, durch den Personen, die - meist im Rahmen lokaler Zusammenhänge - keinen ausreichenden Anteil an für sie wichtige Ressourcen haben, einen besseren Zugang zu diesen Ressourcen erreichen und deren Nutzung selbst bestimmen können“ (Stark 1996, S. 156).

Empowerment-Prozesse erweisen sich stets auch als Versuche, Betroffenen eine **Teilhabe** an Entscheidungsprozessen bezüglich der personalen Lebensgestaltung zu gewähren und/oder diese zu optimieren.

Ziel ist es, Menschen darin zu unterstützen, Positionen relativer Machtunterlegenheit zu überwinden, um sich ein Mehr an Mitsprache, Teilhabe, Verfügungskraft und Entscheidungsvermögen aneignen zu können. Sie fokussieren sich auf die Implementierung von Partizipationsverfahren, ein „Sich-Einmischen“ in Dienstleistungsproduktion und lokale Politik, um eine Mitgestaltung der Alltagswelten durch die BürgerInnen zuzulassen (vgl. Klöck et al. 1998, S. 38).

Derlei Ansätze sind im Kontext der Bürgerrechtsbewegungen, in den Erziehungsprogrammen von Freire (Freire 1973), in der politischen Gemeinwesenarbeit, der „radical community organization“ (Alinsky 1999) und innerhalb der feministischen Bewegungen zu sehen (vgl. Stark 1996, S. 151).

Empowerment ausschließlich dort zu orten, wo gesellschaftspolitische Veränderungspolitik betrieben wird, wäre jedoch zu „kurz gegriffen“. Politik- oder Konfliktfähigkeit steht generell für die Erweiterung der individuellen und kollektiven Handlungsfähigkeit, die einen emanzipatorischen Charakter - das Interesse des Menschen an der Erweiterung und Erhaltung autonomer Entwicklungsmöglichkeiten - in sich trägt.

„Es zielt auf die Aufhebung und Abwehr irrationaler Herrschaft, auf die Befreiung von Zwängen aller Art. Zwingend wirkt nicht nur materielle Gewalt, sondern auch die Befangenheit in Vorurteilen und Ideologien. Diese Befangenheit lässt sich, wenn nicht völlig lösen, so doch vermindern, durch die Analyse ihrer Genese, durch Kritik und Selbstreflexion“ (Lempert zit. n. Moser et al. 1999, S. 69).

Befürworter einer *Empowerment-Perspektive* betonen an dieser Stelle nachdrücklich die Notwendigkeit der Initiierung oder Reaktivierung gemeinschaftlicher Unterstützungsmodelle, um solche Entwicklungsprozesse vollziehen zu können.

2.1.1.3. Empowerment und Gemeinschaftsorientierung

Ein wichtiger Aspekt der Interventionspraxis im Sinne einer *Empowerment-Perspektive* gründet sich in der „Forderung“, Gleichbetroffene in einen dialogischen Prozess einzubinden, Beziehungsnetze zu etablieren, eigeninitiierte Projekte zu unterstützen und solidarisches, kollektives Agieren zu stützen und zu fördern. Sozial tragfähige Beziehungen und Netze sollen geknüpft werden. Es wird beispielsweise nach adäquaten Möglichkeiten gesucht, um das gemeinschaftstragende Potenzial (solidaritätsbezeugende Ereignisse, kollektive Entscheidungsfindungen im Sinne des Gemeinwesens, Unterstützung und Hilfe im vertrauten Nahbereich im Sinne „privater Netzwerke“, aber auch Vernetzung auf überregionaler Ebene, um Menschen mit entsprechend ähnlichen Anliegen oder Problemlagen zusammen zu bringen) zu stärken bzw. zur Entfaltung zu bringen, um in kollektiver Organisation kooperative Lösungsmodelle zu aktualisieren.

Der Aspekt der gegenseitigen sozialen Unterstützung, d.h. das gemeinschaftliche Agieren an sich erweist sich somit als ein wichtiger Bezug von Empowerment.

Vor diesem Hintergrund erscheint *Empowerment* als ein bedeutsames „Vehikel“ in „individualisierten Lebenswirklichkeiten“.

Die inhaltliche Schlussfolgerung und zugleich wichtigste Botschaft aus dem *Empowerment-Konzept* lautet nach Stark und Keupp: Vereinzelung aufbrechen (vgl. Stark et al. 2002, S. 82; vgl. Keupp et al. 1997, S. 308).

Soziale Arbeit kann in diesem Sinne einen Beitrag leisten, „Möglichkeitsräume“ zu schaffen, in denen sich das Individuum aus seiner zunehmenden Anonymität erheben kann. Verbunden mit Gleichgesinnten, die mit ähnlich gelagerten Anliegen, Interessen und Problembereichen konfrontiert sind, erfährt das in seinen Problemlagen verunsicherte Individuum Stärkung; Handlungsspielräume können so erweitert werden. In den sich ergebenden Möglichkeitsräumen kommt somit ein gruppenunterstützender Aspekt zum Tragen. Auf diese Weise wird eine Praxis vollzogen, die eine komplexe Beziehungsannahme zum eigenen psychodynamischen Erleben ermöglicht sowie gemeinschaftsfördernde und partizipatorische Strukturen erprobt und erweitert.

Handlungsleitend für ein *Empowerment-Geschehen* sind demgemäß „horizontale und vertikale Kooperationen“ innerhalb eines gesellschaftlichen Systems. Daraus resultiert die Schlussfolgerung, dass *Individualisierung* (vgl. Beck 1996) und initiierte *Empowerment-Prozesse* prinzipiell gegenläufig wirken: Ergibt sich aufgrund der *Individualisierung* eine Reduktion der kollektiven Selbstorganisation, so meint *Empowerment*, diese wieder etablieren zu können.

„(...), dass das Empowerment-Konzept sehr stark an der Ebene der Subjekte ansetzt, ist richtig und gut, weil wir es ja auch zu tun haben mit einer immer stärkeren Individualisierung (...) Ist Empowerment das Nachfolgekonzept zum Projekt Emanzipation? Emanzipation war ein kollektives Projekt (...) das Empowerment-Konzept dagegen gehört m. E. in eine hoch-individualisierte Gesellschaft hinein, in der die Zugehörigkeit von Individuen zu emanzipatorischen Bewegungen nicht mehr im Zentrum steht“ (Keupp et al. 2002, S. 78).

Empowerment will individuelle und kollektive Gestaltungskompetenzen stärken, unter anderem durch die Unterstützung des Aufbaus selbstorganisierter sozialer Beziehungsnetze. Unterstützung gedeiht in einem entsprechenden „sozialen Klima“ und mittels „mentorship“, das durch soziale Interventionen gewährleistet werden soll (vgl. Stark 1996, S. 180; vgl. Mondros and Wilson 1994, p. 161ff.). Als Zielvorstellungen fungieren die persönliche sowie kollektive Autonomie und die Souveränität der AdressatInnen. Um sich

dieser Zielsetzung relativ anzunähern, wird in der *Empowerment-Literatur* folgender Prozessverlauf beschrieben: **Der Phase der Mobilisierung** geht eine „unaushaltbare Betroffenheit“ voran, die ein Neuorientierungsverhalten zwischen Selbst und Autorität initiiert. Nach erfolgter Mobilisierung müssen *Empowerment-Prozesse* einen kritischen Transfer durchlaufen: Die spontanen Aktivitäten müssen sich zu einem **stabilen Engagement** von Gleichbetroffenen entwickeln, sodass Einzelne den Wert von gemeinschaftlichen Allianzen und Strategien reflektieren, persönlich abschätzen, sich der kollektiven Möglichkeiten gewahr werden und diese neu erlangten Optionen in ihr Selbstkonzept integrieren. **Die Erlangung von Routine und Integration** würde idealtypisch in **die Phase der Organisations- und Konfliktfähigkeit, der Politikfähigkeit** münden (vgl. Stark 1996, S. 120ff.).

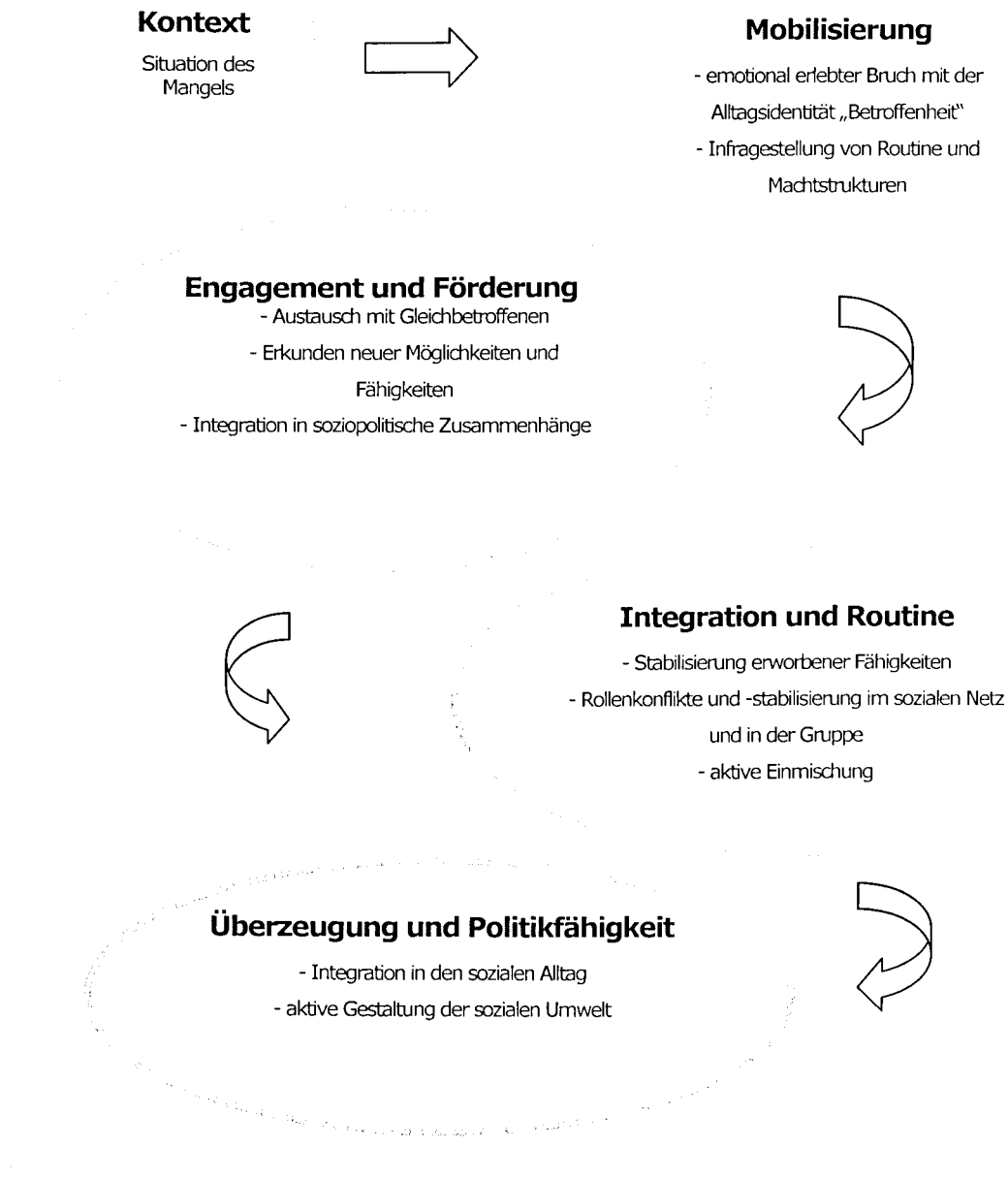


Abbildung 2: Empowerment-Phasen/Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Stark 1996

Demgemäß erzeugen positiv verlaufende *Empowerment-Prozesse* eine Veränderung auf emotionaler, kognitiver und interaktiver Ebene. Diese Veränderungen gehen mit gesteigerten Gestaltungsmöglichkeiten bzw. mit einem Kontrollgewinn über individuelle und gesellschaftliche Belange einher.

„*Empowered*“ zu sein, bedeutet, einen (vor-)bestimmten Aktionsradius verlassen zu

können, neue psychosoziale Handlungsfelder zu erschließen, gemeinschaftliche Positionen zu integrieren und den Blick auf gesellschaftliches Handeln richten zu können. *Empowerment* ist demnach nicht ausschließlich für individuelle Belange „nutzbar“, sondern erweist sich zudem als ein wichtiger soziokultureller Schritt. Die Entwicklungstatsache dieses Schrittes kann und darf nicht auf temporär angelegte Interventionen im Rahmen der Sozialen Arbeit reduziert werden.

2.1.2. Das Empowerment-Ethos

Empowerment lässt sich nicht nur auf eine Begrifflichkeit reduzieren und versteht sich auch nicht als eine sozialarbeiterische Methode. Vielmehr wird mit diesem Terminus eine *professionelle Haltung* des sozialen Handelns umschrieben, welche idealtypisch den Hintergrund sozialprofessioneller Berufsidentität darstellt (vgl. Galuske 2001, S. 264; vgl. Stark 1996, S. 159).

Eine sozialarbeiterische Intervention im Sinne von *Empowerment* erlangt durch die Betonung des gemeinschaftlichen Handelns eine eindeutig normative Gewichtung. VertreterInnen der *Empowerment-Perspektive* sprechen von „normativen Grundpfeilern“, von elementaren Wertorientierungen, die a priori festgelegt und konstituierende Grundannahmen sind:

▫ **Autonomie und Selbstbestimmung**

Das Vertrauen in die Fähigkeit des Einzelnen zu Selbstaktualisierung und der Respekt vor den individuell gewählten Lebensoptionen, (vgl. Herriger et al. 1995, S. 157) sind wesentliche Aspekte der zu beschreibenden normativen Basis. Es bedarf dieser Betonung, um die „selbstreflexive Eingrenzung der ExpertInnenmacht“ zu betonen, um pluralistischen Lebensstilen respektvoll begegnen zu können, um eine Basis zu legen, damit *pädagogisch-aufklärerische Programme* reflektiert werden müssen:

„Die Akzeptanz des Eigen-Sinns der Klienten und ihrer oftmals unkonventionell-riskanten Lebensentwürfe; der Verzicht auf vorschnelle Expertenurteile über Problemursachen und wünschenswerte Lebenszukünfte; das Aushalten-Können von Fehlschritten, Rückschritten, Stillständen und den Bewältigungskarrieren der Betroffenen, der Verzicht auf systematisierte, lernzielgenau ausgefeilte Hilfspläne, die zwar die eigene methodische Expertise dokumentieren, den eigensinnigen Veränderungsrythmen und Kurssetzungen der Probanden aber nur allzu oft Gewalt antun („das Recht des Klienten auf eigene Zeit und Lebenskurse“)“ (Herriger et al. 1996, S. 292).

Es wird die Vorstellung eines uniformen, idealen Persönlichkeitsbildes aufgegeben und viel eher ein Interventionsprinzip beachtet, das individuellen Lebenszielen und subjektiven Lebensentwürfen *Raum* geben kann. Es sollte ein Entwicklungsprozess eingeleitet werden, der den Persönlichkeiten Respekt und Wertschätzung entgegenbringt, sie im Handeln Kompetenz gewinnen lässt, wodurch die Betroffenen zu „ExpertInnen in eigenen Anliegen“ werden. Mit der Forderung, dass sich Soziale Arbeit an der *„Situativität und Kontextualität sowie den Optionen und Aktivitäten des nachfragenden Subjekts“* (Schaarschuch et al. 2000, S. 171) zu orientieren habe, wird ein paradigmatischer Perspektivenwechsel vorgenommen.

Traditionelle Soziale Arbeit verbleibt vornehmlich einem Modell verhaftet, das sich an der Lebenswelt der AdressatInnen *orientiert*, diese aber nicht selbst zum Ausgangspunkt der Interventionsbemühungen macht. Demgegenüber mutet das Modell *Empowerment* wie eine Provokation an, die darin besteht, dass prinzipiell der „Nachfrageseite“ (vgl. KlientInnen als Ko-ProduzentInnen) im Rahmen der Intervention Priorität zugesprochen wird (vgl. ebd.). Die selbstständig vollzogene Bewältigungsstrategie in Aktion und Reflexion ermöglicht nicht nur das Erlangen situativer Lösungsstrategien, sondern ermöglicht auch die Bestätigung der persönlichen Handlungsfähigkeit. Dies kann als die wichtigste Basis betrachtet werden, um Bilder der eigenen Nichtigkeit abzulegen und langsam Ich-stärkende Aspekte zu verinnerlichen: Selbstbestimmung, Wissen, Kraft und Courage hinsichtlich der Lösung eigener Belange und Probleme.

Die Forderung nach „Selbstbemächtigung“ darf im *Empowerment-Zusammenhang* nicht als eine asoziale Kategorie verstanden werden, vielmehr sind auch folgende Bezugsgrößen für die entsprechende Wertebasis entscheidend:

1) **Verteilungsgerechtigkeit und Parteilichkeit**

Empowerment geht einher mit der Forderung nach **Verteilungsgerechtigkeit**, einer fairen und gerechten Verteilung von Ressourcen und Lasten innerhalb gesellschaftlicher Bezüge. Diese Schwerpunktsetzung erfolgt aufgrund der Reflexion über hierarchisch bestimmte Allokationsprozesse materieller Lebensgüter und Dienstleistungen. Es wird der Auffassung Ausdruck verliehen,

„(...) dass die ungleiche Verteilung von Wohlstand und Macht selektiver Filter für den Zugang zu Diensten, Erziehung und Beschäftigung ist. Folgerichtig zielt Empowerment auf solche Interventionen, die das Ungleichgewicht von Gelegenheiten zu korrigieren versuchen. Verteilungsgerechtigkeit bezieht sich sowohl auf die mikrosoziale Ebene dort, wo Personen und Gruppen in ihrem unmittelbaren Lebenskreis für eine gerechte Allokation von Ressourcen eintreten -, als auch auf die makrosoziale Ebene - dort, wo Advokatorenschaft, soziale Reform und politische Aktion eingefordert werden. Das Empowerment-Konzept ist damit - auch in Zeiten eines konservativen Roll-Backs - einer konkreten politischen Utopie verpflichtet“ (Herriger et al. 1996, S. 292f.).

Im Sinne von „critical consciousness“ entspricht es einem sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Anliegen, einen kritischen Reflexionsprozess über soziale Realitäten einzuleiten, ein analytisches Wissen in Bezug auf Veränderungsmöglichkeiten der sozialen Wirklichkeiten zu erlangen und in der Praxis in Hinblick auf ein „fair-play“ zu agieren, sodass den Beteiligten gleichwertige Möglichkeiten eingeräumt werden können.

Während das *Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit* die Neutralität aufgibt, sich parteilich hinter die Schwächeren stellt und gegen Ungleichverteilung opponiert, ist die grundsätzliche Haltung von *Empowerment-InitiatorInnen* zumindest in der Interventionspraxis des Aushandelns zwischen den Konfliktparteien neutral, und das obgleich das zentrale Ziel ein sozialer Ausgleich ist. Nur so können die *Empowerment-InitiatorInnen* von den AdressatInnen als „VermittlerInnen“ akzeptiert werden. Ungleiche Voraussetzungen werden thematisiert und die schwächere Position wird unterstützt und gefördert, damit jene im Beteiligungsverfahren ähnliche Voraussetzungen wie die „stärkere“ erlangen kann (vgl. Reihe Planung & Kommunikation 1999, S. 39f.).

▪ Ferner wird eine **kollaborative und demokratische Partizipation** zur Erweiterung der Potenziale der Individuen und Gruppen als eine wesentliche Grundhaltung

betrachtet (vgl. Theunissen et al. 1997, S. 56). Das Prinzip *Bürgerbeteiligung* entspricht somit dem dritten normativen Grundpfeiler des *Empowerments*.

Bemühungen richten sich auf die Wiederbelebung des Gemeinschaftsdenkens und die Aktivierung neuer ziviler Verbindlichkeiten, d.h. auf die Erstarkung der *Zivilgesellschaft*. Arbeitsziel ist die Rückgewinnung der Potenziale einer kollektiven Selbstregelung. Bürger-Beiräte, Bürgerausschüsse und Arbeitskreise mit politischem Mandat, Bürgerentscheide und andere Verfahren einer direkten Demokratie sind Beispiele für Organisationsformen einer lokalen bürgerschaftlichen Öffentlichkeit, in denen sich das Prinzip *Bürgerbeteiligung* konkretisiert.

Soziokulturelles Handeln im Sinne von *Empowerment* geht einher mit der Etablierung von sozialen Wirklichkeiten, die zu einer Entwicklung einer kritischen Pädagogik, einer politischen Sozialen Arbeit beitragen können (vgl. Salustowicz et al. 1998, S. 123), um so eine demokratische Sozialordnung zu stärken und um so die Kultivierung einer *guevarischen Sensibilität* zu fördern. Insbesondere eine derartige Sensibilität kann durch konkretes Engagement an der Basis Strukturen schaffen, welche die Wirklichkeit von „unten“ integrieren, und den Imperativen von Vielfalt, Toleranz, Solidarität und Chancengleichheit verpflichtet sind (vgl. McLaren et al. 2000, S. 46ff.).

2.1.3. Das Empowerment-Konzept und dessen Wirkungsbereiche

Hinsichtlich des *Empowerment-Prozesses* lassen sich drei zentrale Dimensionen beschreiben: die individuelle, gruppenbezogene und strukturelle, die aufgrund ihrer wechselseitigen Abhängigkeit die Wirkkraft des *Empowerments* begründen (vgl. Herriger 1997, S. 85; vgl. Stark 1996, S. 127ff.; vgl. Lenz et al. 2002, S. 30ff.):

▪ ***Empowerment auf individueller Ebene*** beschreibt den Weg zur Wiedererlangung persönlicher Bewältigungsstrategien. *Empowerment* auf dieser Ebene aktualisiert die Kehrseite einer „erlernten Hilflosigkeit“ (Seligman 1989) und beschreibt die Entwicklung von Prozessen, die die Betroffenen in dem Bewusstsein stärken, ihre Situation prinzipiell beeinflussen zu können. „*Unter Rekurs auf die soziale Forschung zur sozialen Unterstützung lässt sich feststellen, dass dies vor allem dort gelingt, wo Individuen sich in Gruppenzusammenhängen von Gleichbetroffenen eingliedern*“ (Galuske 2001, S. 265).

Die Erlangung des Potenzials der Selbstbemächtigung ist folglich ein zentrales Anliegen des Empowerments. Dies ist jedoch immer an ein gemeinschaftliches Engagement gebunden, wobei bestehende repressive Beziehungsmuster durchgehend (zumindest während der professionellen Intervention) einer kritischen Betrachtung bedürfen.

“ **Empowerment auf der Gruppenebene:** In den Mittelpunkt rückt zivilgesellschaftliches Potenzial, wie es in Solidargemeinschaften, Selbsthilfegruppen, bürgerschaftlichen Projekten zum Ausdruck gelangt. Im Wesentlichen betrifft dies den Aufbau und die Wiederherstellung von sozialen Netzwerken. Der Fokus gilt der Erweiterung des *sozialen Kapitals*, um die kollektiven Handlungsmöglichkeiten zu erkennen. Menschen erfahren in sozialer Inklusion eine selbstorganisierte kollektive Gestaltungsfähigkeit und können die Ressource *Solidarität* neu entdecken. Um das persönliche Engagement in Gruppen gewährleisten zu können, um in einem entsprechenden sozialen Kontext Selbstbewusstsein und eigene Kompetenzen hervorbringen zu können, sind Strukturen erforderlich, die die partizipative Mitgestaltungsmöglichkeit und den gegenseitigen Respekt als wesentliche Basis anerkennen und pflegen.

„Eine Reihe von Untersuchungen zeigen, dass die aktive Mitwirkung in sozialen Gruppen und sozialen Aktionen in der Gemeinde ein wichtiger Ausgangspunkt für Menschen mit geringen Gestaltungsmöglichkeiten ist, Prozesse psychologischen Empowerments zu erfahren (...) BürgerInneninitiativen, Selbsthilfeprojekte, Nachbarschaftshilfe und ähnliche Formen selbstorganisierten freiwilligen Engagements können daher als Lern- und Entwicklungsfelder (...) betrachtet werden“ (Herriger 1997, S. 132).

▫ **Empowerment auf der strukturellen Ebene** ist verbunden mit den Bestrebungen, eine Einbindung in übergeordnete systemische Zusammenhänge zu erlangen, bestehende Strukturen so zu öffnen, dass Menschen über den persönlichen und privaten Rahmen hinaus Anreize bzw. Bedingungen vorfinden und der Möglichkeiten gewahr werden, sich zu beteiligen. Das Zusammenwirken von Individuen, Gruppen und organisatorischen Bedingungen und die Möglichkeiten der strukturellen Veränderbarkeit stehen im Zentrum (vgl. Herriger 1997, S. 51). So sind nach Stark (1996) vor allem die feministischen Bewegungen, die Bürgerrechtsbewegungen der schwarzen Minderheitenbevölkerung in den USA, unterschiedliche Selbsthilfebewegungen innerhalb des Gesundheitswesens, die Independent-Living-Bewegung behinderter Menschen sowie sämtliche

„neue“ soziale Bewegungen (Anti-Atomkraft-Bewegung, Ökologiebewegung, Arbeitsloseninitiativen) als empirische Beispiele für „Empowerment im Alltag“ umfassend zu diskutieren. Er bezeichnet die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen als unverzichtbar für ein initiiertes *Empowerment-Vorhaben* (vgl. Stark 1996, S. 151; vgl. Herriger 1997, S. 18ff.). Das besondere Ereignis besteht darin, dass die Option für politisches Handeln eröffnet wird, öffentliche Themen der Privatheit entrückt und Erfahrungsebenen geschaffen werden, in denen Meinungen kund getan werden können, das Gesagte Gewicht hat und eigenes Handeln von Belang ist.

Ferner muss auf die notwendige Verschränkung der beschriebenen Ebenen hingewiesen werden. Stark (2002) betont, dass *Empowerment*, das nur auf der individuellen Ebene verbleibt, kein *Empowerment-Geschehen* ist (vgl. Stark et al. 2002, S. 78). Verheißungen - beispielsweise egozentrierte Selbstverbesserung zu betreiben - entsprächen einer mutwilligen Verkehrung des Konzeptes.

Die Qualität des *Empowerments* liegt in der Verbindung dieser Ebenen und in der Kooperationsbereitschaft der unterschiedlichen Disziplinen und aktionistischen Äußerungen. Selbst in der fachlichen Diskussion erscheint zunehmend eine tendenziell einseitige Lesart.

„(...) es wird zu schnell gesagt, Empowerment heißt Empowerment von Individuen oder vielleicht von Gruppen, oder Empowerment heißt professionelle Arbeit. Ich habe das immer so verstanden: Empowerment heißt auch immer die Verbindung zwischen sozialer Aktion und professioneller Arbeit. Ich sehe hier die problematische Tendenz, dass Empowerment mehr und mehr zu einer professionellen Haltung wird und seinen politischen Gehalt verliert“ (ebd.).

Hierbei wird keine Abkehr von den traditionellen Bemühungen vollzogen, eine Intervention auf der individuellen Ebene zu leisten. Als prinzipielle Voraussetzung wird jedoch proklamiert, dass ein Agieren auf kollektiver und struktureller Ebene gewährleistet sein muss.

2.1.3.1. Psychologisches, Soziales und Politisches Empowerment

Empowerment ist mit Veränderungsprozessen verbunden, die sich auf der individuellen, gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Ebene manifestieren und in idealtypischer Form

mit den Effekten des *Psychologischen* und *Politischen Empowerments* korrespondieren:

„Empowerment bezieht sich sowohl auf (1) die Entwicklung eines bestimmten Musters der Selbstwahrnehmung (das Gefühl von Kraft, Kompetenz, Selbstwert usw.) als auch auf (2) die Veränderung der Sozialstruktur in Hinblick auf eine Neuverteilung von Macht (Veränderung der Gelegenheitsstruktur der Gesellschaft) - in anderen Worten: Empowerment umfasst Veränderungen sowohl der Selbsterfahrung der Person als auch der objektiven Lebenswirklichkeit“ (Swift/Levin zit. n. Herriger 1997, S. 170).

Psychologisches Empowerment umfasst somit Parameter, die zur Beschreibung der individuellen Bewältigungsmöglichkeiten dienen. Anhand diverser Forschungsbeiträge lässt sich *Psychologisches Empowerment* letztlich als ein komplexes Konstrukt beschreiben, in dem ein gefestigtes Selbstwertgefühl, das Vertrauen in die eigenen Handlungskompetenzen und Bewältigungsstrategien und der Wunsch nach einem Zugewinn an Umweltkontrolle zusammenfließen.

Herriger (1997) führt hierfür folgende Dimensionen an:

a) Die Dimension der selbstbezogenen Kognition

- Selbstakzeptanz und Selbstvertrauen
- Internale Kontrollüberzeugung beschreibt das Ergreifen der Vorstellung, dass Lebensverhältnisse und Lebensumstände durch die eigene Kraft und den eigenen Einfluss verändert werden können.

b) Die Dimension der kompetenzbezogenen Überzeugungen

- Die Erfahrung der Selbstwirksamkeit, der biografischen Bewältigung hat positive Konsequenzen.
- Die biografisch gefestigte Erfahrung der eigenen Kompetenz stellt ein probates Mittel dar, um der Fremdbestimmung begegnen zu können.

c) Die Dimension der Handlungsmotivationen

- Der Wunsch nach Umweltkontrolle beinhaltet die „Überschaubarkeit“ relevanter Umweltbereiche und dass sie dem eigenen Tun zur Verfügung stehen.
- Die Selbstverpflichtung, sich aktiv prosozial zu verhalten, um jenseits der eigenen Interessenslagen agieren zu können, bildet ein weiteres Hauptaugenmerk (vgl. Herriger 1997, S. 183f.).

Die andere Seite des *Empowerment-Geschehens* umfasst

„(...) den (1) Erwerb von partizipatorischen Kompetenzen (participatory competence; Kieffer 1984), d.h. eines Bündels von handlungsleitenden Wissensbeständen, Motivationen und Strategien der sozialen Einmischung; und (2) den Aufbau von Solidargemeinschaften und die Einforderung von Teilhabe und Mitverantwortung auf der Bühne der (lokal-)politischen Öffentlichkeit“ (Herriger 1997, S. 186).

Von einem *Politischen Empowerment* kann gesprochen werden, wenn Prozesse der Selbstveränderung (Zunahme des persönlichen Aktivitätsradiuses) sowie kollektive Gestaltungsprozesse hervorgebracht werden konnten.

Herriger (1997) sieht die Ebenen des *Politischen Empowerments* dort erreicht, wo Menschen zusammen mit anderen aus einem Zustand des „Zusehens“ hervortreten und zu kritischen Akteuren in Bezug auf die Entwicklung eines strittigen Gemeinsinns werden. In Untersuchungen der amerikanischen Gemeindepsychologen Zimmermann und Rappaport konnte eine hohe Korrelation zwischen bürgerschaftlichem Engagement und der Erfahrung personaler und kollektiver Stärke, unabhängig von demografischen Variablen, nachgewiesen werden. Herriger spricht in Zusammenhang mit diesen solidarischen Erfahrungsmöglichkeiten in allzu pathetischer Form von einem „kollektiven Gegengift gegen erlernte Hilflosigkeit“ (vgl. ebd., S. 189) und verweist auf die „Theorie des erlernten Optimismus“ (theorie of learned hopefulness) von Zimmerman (1990). Diese untersucht die möglichen positiven Konsequenzen einer gelingenden Umweltkontrolle und stellt wirksames bürgerschaftliches Engagement als einen signifikanten Markierungspunkt dar, der für viele Menschen mit einer völlig neuen Erfahrung einhergeht, nämlich, dass die eigene Lebenssituation sowie der soziale Lebensalltag durch persönliches Engagement gestaltbar sind. Diese Theorie beschreibt, dass durch die aktive Teilnahme der Effekt des „(...) *psychologischen Engagements auf höherem Niveau möglich und gleichzeitig ein Prozess des politischen Erwachsen-Werdens*“ (ebd., S. 193) eingeleitet wird.

Die Dimensionen, die für Herriger (1997) Bedeutung erlangen, sollen an dieser Stelle Erwähnung finden:

a) Die Dimension der umweltbezogenen Kognition

- Ein kritisch-analytisches Verständnis der sozialen und politischen Zusammenhänge

- umfasst das Wissen um hilfreiche Ressourcen, Allianzen, Strategien der Meinungsmobilisierung und der Interessensdurchsetzung sowie die Einschätzung von möglicherweise zu erwartenden Widerständen und Interessenskollisionen.
- Der Glaube an die Gestaltbarkeit von politischen Strukturen wird dann ermöglicht, wenn sich lokale administrative und politische (Teil-)Systeme als Ansprechpartner für bürgerschaftliche Interessen und begründete Veränderungsbemühungen zur Verfügung stellen.
 - Das gefestigte Vertrauen in die eigene Kontrollkompetenz bedeutet zu erkennen, dass der Einfluss in Bezug auf die Steuerung von kommunalpolitischen Prozessen von der Willensbildung und von der Entscheidungsfindung abhängig gemacht werden kann.

b) Die Dimension der Handlungsmotivationen

- Die Proklamation von Selbstverantwortlichkeit in Hinblick auf die Gestaltung des nahen Lebensumfeldes
- Der Wunsch nach sozialem Eingebunden-Sein spricht die solidarische Vernetzung der Betroffenen an.
- Die Selbstverpflichtung auf ein öffentliches soziales Gut

c) Die Dimension öffentlich wirksamer sozialer Aktionen

- Das aktive Engagement des Einzelnen bedeutet eine bürgerschaftliche Beteiligung und die Übernahme von Verantwortung in lokalen Netzwerken.
- Das aktive Eintreten für eine Demokratisierung sozialer Lebensgüter in öffentlichen Bereichen und das Engagement für Verteilungsgerechtigkeit sind weitere Eckpfeiler dieser Dimension (vgl. ebd., S. 192f.).

Für die sozialpädagogische Diskussion wäre die oben angeführte Tatsache der Sozialintegration zu reduktionistisch dargestellt:

Eine gelingende Alltagsbewältigung des Individuums in der sozialpädagogischen Diskussion meint das Zurechtkommen, insbesondere das Streben nach subjektiver Handlungsfähigkeit in kritischen Lebenssituationen, in denen das psychosoziale Gleichgewicht - Selbstwert und soziale Anerkennung - bedroht ist. In diesem Sinne steht das Streben nach Handlungs-

fähigkeit also in einem Bezug zur sozialen Einbindung des Individuums (vgl. Böhnisch 1999, S. 24). Das Thema der sozialen Inklusion erlangt in diesem Kontext eine enorme Bedeutung, kann jedoch nicht ausschließlich mit den Möglichkeiten der „gesellschaftlichen Teilhabe“ erklärt werden. Um den für das Empowerment wichtigen gemeinschaftsunterstützenden Aspekt noch stärker betonen zu können, scheint es folgerichtig, die Kategorie des **Sozialen Empowerments** einzuführen. *Soziales Empowerment* ermöglicht es auszudrücken, von welcher Bedeutung eine „soziale Integrationsleistung“ bei der Etablierung von „sozialen Netzwerken“ (vgl. Lenz et al. 2002, S. 31) für ein *Empowerment-Geschehen* ist.

„Empowerment entfaltet seine Stärke erst dann, wenn über die Orientierung auf die synergetischen Potentiale der Gemeinschaft eine verbesserte gemeinsame Kontrolle und Gestaltbarkeit der sozialen Umwelt angestrebt wird“ (Stark 1996, S. 156).

Empowerment kann nicht auf die Ebene der persönlichen und politischen Eigenschaften reduziert werden, vielmehr muss der soziale Kontext (Solidargemeinschaften, soziale Unterstützung innerhalb einer Gruppe) als eine wesentliche Grundbedingung hierfür angesehen werden. Das Bewusstsein, dass Möglichkeiten existieren, um auf die eigene Situation und die soziale Umwelt gestalterisch einzugehen, ergibt und verstärkt sich erst, wenn sich der Fokus auf ein aktives Handeln in einer Gemeinschaft mit ähnlich gelagerten Interessen und Anliegen richtet. Die Netzwerkforschung bietet den geeignetsten Zugang, um den Zusammenhang zwischen der sozialen Integration in unterstützenden Bindungen und der Steigerung der Lebensqualität und des Kohärenzerlebens des Einzelnen zu beschreiben.

„Der Begriff des sozialen Netzwerkes bezeichnet das Geflecht der informellen Beziehungen des einzelnen Menschen mit Personen aus seiner sozialen Umgebung (...) die Verbindungen zwischen sozialen Akteuren in den informellen Sektoren des Alltags. Der korrespondierende Begriff der sozialen Unterstützung bezeichnet die innerhalb dieser Netzwerke ausgetauschten Leistungen (...) informelle Netzwerke (...) sind also eine Art ‚Infrastruktur‘ für die Produktion, Verteilung und Konsumtion verschiedener Unterstützungsleistungen“ (Herriger 1997, S. 134).

Wesentlich für eine Diskussion über die *Empowerment-Position* im Rahmen der Sozialen Dienste sind einerseits die Untersuchungen der Austauschgüter (Funktionen der sozialen Unterstützung), die in derartigen Gemeinschaftsbezügen zum Tragen kommen, ist andererseits die Analyse der Wirkungen sozialer Unterstützung.

Stark (1996) beschreibt die Funktionen der sozialen Unterstützung folgendermaßen:

- 11 Soziale Netzwerke gewähren ihren Mitgliedern potenziell eine hohe **emotionale Unterstützung**. Dank einer wertschätzenden Atmosphäre und einer Ich-stützenden Anerkennung können selbstwertstärkende Mechanismen einsetzen.
- 11 Praktische Hilfen und Dienstleistungen, d.h. **instrumentelle Unterstützung** (Bereitstellung materieller Hilfe, konkrete Handlungstechniken und praktische Alltagshilfen, Vermittlung entlastender Hilfen usw.) wird, je größer und dichter das soziale Netzwerk ist, leichter und schneller zugänglich bzw. angeboten.
- 11 Die **kognitive Unterstützung** umfasst die Weitergabe von Informationen, Wissen und Tipps. Sie dient somit als eine wesentliche Orientierungshilfe innerhalb des alltäglichen Geschehens.
- 11 Soziale Netzwerke können als „**Identitätswerkstätten**“ betrachtet werden, die ein „Zugehörigkeitsgefühl“ vor allem in Zeiten der subjektiven Belastung vermitteln können.
- 11 Über diese Netzwerkgrenzen hinaus können soziale Kontakte geknüpft werden, sodass sich eine **stete Erweiterung des sozialen Kapitals** ergibt. Dieses In-Kontakt-Bringen mit anderen Menschen in vergleichbaren Lebenssituationen erweist sich im Alltag als ein wesentliches Potenzial, um Erfahrungswissen weitergeben zu können und um Wissensbestände zu akkumulieren und zu erweitern (vgl. Herriger 1997, S. 138f.; vgl. Stark 1996, S. 101).

Ergebnisse von Untersuchungen der salutogenen Wirkung sozialer Unterstützungen belegen eine positive Korrelation zwischen erfolgreicher Krisen- und Krankheitsbewältigung und stabilen sozialen Netzwerken (vgl. Stark 1996, S. 100). Als bewiesen gilt, dass funktionierende soziale Netzwerke die negativen Auswirkungen individueller Belastung und Krisen zu vermindern vermögen.

„Es scheint, als sei das soziale Netzwerk über seine sozialen Unterstützungsleistungen und über den sozialen Rückhalt für seine Mitglieder so etwas wie ein ‚soziales Immunsystem‘ neben dem ‚individuellen Immunsystem‘ des Einzelnen (...)“ (Lenz et al. 2002, S. 37).

Vernetzung verspricht, *soziales Kapital* als grundlegende Ressource für die individuelle Lebensbewältigung etablieren zu können (vgl. Bourdieu et al. 1983, S. 190ff.), und vermag „affektive, kognitive und materielle Unterstützung“ durch andere zu bewirken (vgl. Keupp,

Kraus, Straus et al. 2000, S. 231f.). In Anlehnung an die OECD (2001) wird unter *Sozialkapital* der Bestand an gemeinsamen Normen, Werten und Überzeugungen sowie der Bestand eines Netzwerkes in Form von Beziehungen und Interaktionen verstanden. Während sich die Netzwerke eher auf die objektiven Tatsachen der sozialen Integration beziehen, wird mit der Begrifflichkeit *Sozialkapital* eine gemeinsame Normorientierung, die subjektiv-emotionale Haltung der Individuen und Gruppen zum Ausdruck gebracht (vgl. Birchmeier 2002, S. 51). *Sozialkapital* wird als eine populäre Begrifflichkeit gegenwärtig sehr inflationär verwendet, sodass es mittlerweile scheint, als wäre der sehr traditionelle Begriff *Gemeinschaft* der weitaus präzisere Terminus. Gemeinschaften, so werden etwa manche Stadtteilinitiativen, Freundeskreise, professionelle und geschäftliche Netzwerke, „Gangs“ oder Klubs definiert, erlangen in Bezug auf Problemlösungen ein hohes Niveau an „kollektiver Effektivität“.

Gemeinschaften erweisen sich vor allem dann als sehr effizient, wenn die Aufgaben qualitativ sind und schwer durch explizite Verträge erfasst werden können, wenn die Mitglieder mit den Konsequenzen ihrer eigenen Handlungen konfrontiert werden und wenn dies vor dem Hintergrund geteilter Norm- und Wertvorstellungen geschieht.

Die Idee des *Sozialkapitals* erfährt in Anbetracht der gegenwärtigen soziopolitischen Problemlagen eine Hochkonjunktur, das nicht zuletzt deshalb, weil sich alternative Paradigmen erschöpft haben. Die „Linke“ fühlt sich zur Idee des Sozialkapitals hingezogen, weil diese die Vorstellung in Frage stellt, dass kompetitive Märkte eigensüchtige Motive so erfolgreich für öffentliche Zwecke einspannen dürfen, dass BürgerInnentugenden überflüssig werden. Für die „Rechte“ hingegen geht die Idee mit einer „kommunitären Hoffnung“ einher, d.h. mit dem Versprechen, dass bei Marktversagen die Familie, Nachbarschaft und die Vereine an die Stelle des Staates treten (vgl. Bowles u. Gintis et al. 2001) und die Krise des Wohlfahrtsstaates kompensieren. Die Notwendigkeit dieser „Ressource“ lässt sich bereits am ökonomieorientierten Sprachgebrauch ablesen, wenngleich diese Sprachakzentuierung die vorgehaltenen Ideale (Gemeinschaft, Solidarität, Gleichheit, individuelle und kollektive Befreiung usw.) verblasen lässt und eine sich dahinter verbergende funktionalistische Zielorientierung verrät.

Im sozialarbeiterischen Kontext wäre hervorzuheben, dass jene *sozialen Unterstützungssysteme* vor allem als *Schutz* vor individuellen, sozialen wie ökonomischen Krisen dienen, sodass eine professionelle Initiierung derartiger Unterstützungsleistungen, besonders in

einer Zeit der Auflösung sozialer Fundamente, erstrebenswert und angebracht erscheint.

Sozialkapital, eine Begrifflichkeit, die soziale Netzwerke und gemeinsame Normen einschließt, gilt als ein unverzichtbares Element von *Empowerment-Prozessen* (vgl. Stark 1996, S. 132ff.).

„Gefordert sind professionelle Ziele und Kompetenzen, die Prozesse von solidarischer Vernetzung und Selbstorganisation vor allem dort zu initiieren und zu unterstützen versuchen, wo sie auf der Basis der vorhandenen psychischen und sozialen Ressourcen nicht von selbst entstehen können. Statt einer Förderung und Beschleunigung von Individualisierungsprozessen (z.B. als psychotherapeutische Modernisierung) gilt es, Projekte zur Gewinnung kollektiver Handlungsfähigkeit zu unterstützen, und dies speziell dort, wo die vorhandenen Ressourcen für einen autonomen Prozess von gesellschaftlicher Selbstorganisation nicht ausreichen“ (Keupp zit. n. Herriger 1997, S. 142).

Empowerment beschreibt das Arbeiten in und an sozialen Kontexten und erweist sich als eine *Synergie-Ressource*, da das initiierte Geschehen einen Transformationsprozess darstellt, der sowohl psychologische Veränderungen als auch Entwicklungen in sozialer und systemisch-struktureller Hinsicht evoziert. Civic matters! - Auf das Bürgerschaftliche kommt es an! (vgl. Keupp et al. 2000, S. 218ff.).

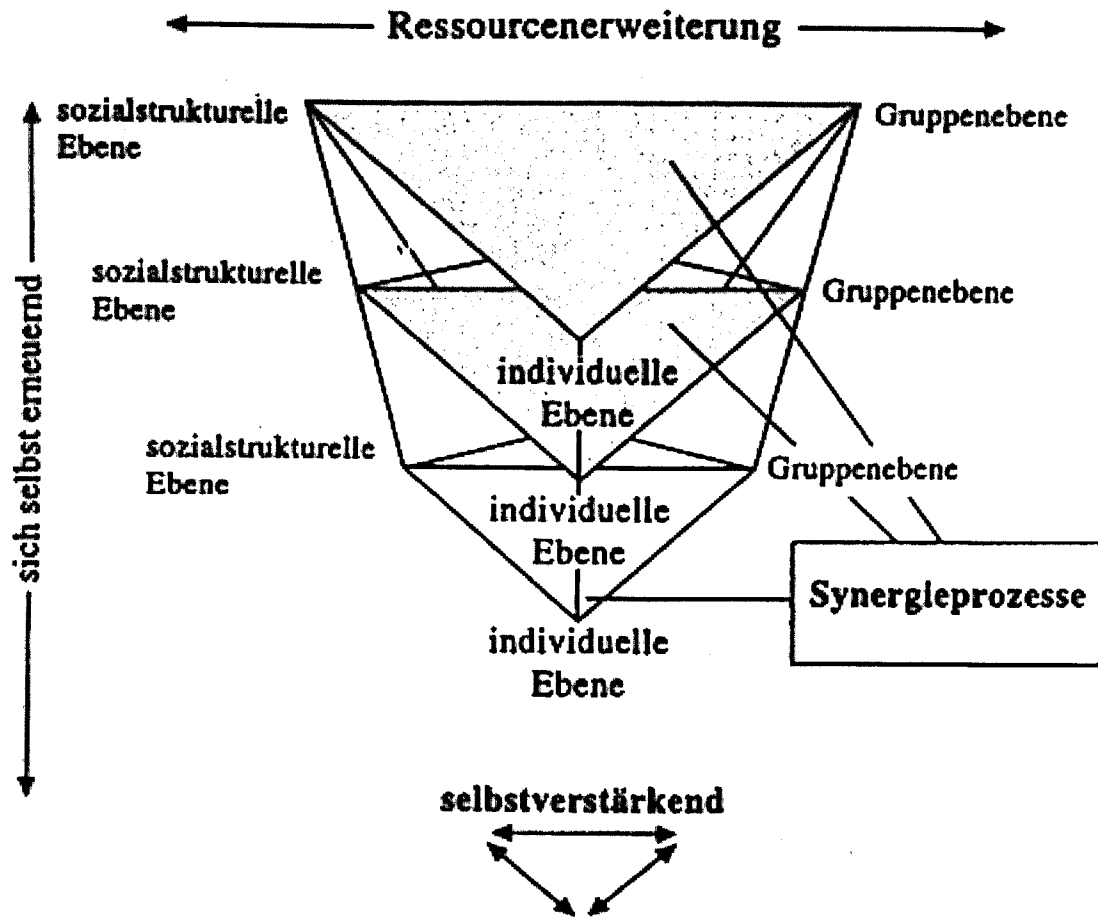


Abbildung 3: Synergieeffekte/Quelle: Stark 1996

2.1.3.2. Empowerment - Effekte

Gesellschaftlicher Bereich	Zielbereiche/Effekte	Funktionen
Individuelles	Psychologisches Empowerment	<ul style="list-style-type: none"> - Biografische Lebensbewältigung/ Sozialintegration
Soziales, Gemeinschaftliches	Soziales Empowerment	<ul style="list-style-type: none"> - Aufbau des sozialökologischen Bezugs, der sozialen Netzwerke - Präventive Funktion - Integrative Funktion
Gesellschaftliches, Institutionelles	Politisches Empowerment	<ul style="list-style-type: none"> - Systemintegration - Partizipative Funktion - Funktion der Kritik und sozialen Gerechtigkeit - Enkultorative und edukative Funktion - Ressourcenorientierte Ausgleichsfunktion u. Vernetzungsfunktion

Tabelle 1: Psychologisches, Soziales und Politisches Empowerment/Quelle: Eigene Darstellung

Psychologisches Empowerment auf individueller Ebene:

- **Die Funktion der biografischen Lebensbewältigung/Sozialintegration** wäre durch Unterstützungsmodelle gewährleistet, wenn biografische Handlungsfähigkeit und soziale Integration nicht mehr von den Betroffenen allein ausbalanciert werden müssen.

Laut Böhnisch, der den Begriff in den sozialpädagogischen Diskurs einbrachte, umfasst er

„(...) das Streben nach subjektiver Handlungsfähigkeit in kritischen Lebenssituationen, in denen das psychosoziale Gleichgewicht - Selbstwert und soziale Anerkennung - bedroht ist. Das Streben nach Handlungsfähigkeit steht also im Bezug zur sozialen Einbindung des Individuums. Der darauf abzielende Begriff der sozialen Integration hat eine normative und eine interaktive Komponente. Er beinhaltet die Annahme, dass das Individuum in kritischen biografischen Situationen in Problemzonen der Normbindung - in die Spannung zwischen Konformitätsdruck und abweichendem Verhalten - geraten kann und dass dabei sozialer Rückhalt und sozialer Anschluss gefährdet werden“ (Böhnisch 1999, S. 24).

Soziales Empowerment auf sozialer Ebene:

- ❖ **Aufbau des sozialökologischen Bezugs** meint, dass Unterstützungsangebote im alltäglichen Aktionsraum der Menschen arrangiert werden.
- ❖ **Soziale Netzwerkbildung:** *„Sozialpolitik muss Ressourcen schaffen und Soziale Arbeit muss verlässliche Hilfen bereitstellen dort, wo im System der gesellschaftlichen Ungleichheit das entsprechende Kapital fehlt, um soziale Netzwerke und solidarische Gemeinschaften in eigener Kraft aufzubauen“ (Keupp zit. n. Herriger 1997, S. 142).*
Ein soziales Netz vermag informelle Unterstützungen im alltäglichen Kontext zu gewährleisten, wirkt vorbeugend gegen das „Abrutschen in das soziale Abseits“ und wirkt präventiver als ein aus sozialen Einrichtungen bestehendes künstliches Versorgungssystem.
- ❖ **Die Präventionsfunktion** trägt dazu bei, dass gesellschaftliche Problemlagen früh wahrgenommen und kommuniziert werden. Informierend, unterstützend und ausgleichend leistet sie zu deren Bearbeitung Beiträge und verhindert so ihre Chronifizierung.
- ❖ **Die Partizipationsfunktion** wird wahrgenommen durch Aktivierung oder Adaptierung neuer bzw. bestehender Beteiligungsformen.

Politisches Empowerment auf gesellschaftlich, struktureller Ebene:

- Mit dem Terminus **Systemintegration** werden die Prozesse der Steuerung der funktionalen Zusammenhänge in der jeweiligen Gesellschaft erfasst. Diese „(...)

beziehen sich auf die funktionale Vernetzung von Handlungseffekten und setzen sich als strukturelle Gewalt durch die Handlungsorientierungen der Gesellschaftsmitglieder hindurch fort: Demgegenüber regeln soziale Integrationsprozesse die Institutionen des Miteinanderlebens und die Sinnhaftigkeit von Sozialformen“ (Hörnig/Michailow zit. n. Böhnisch et al. 2001, S. 56).

- “ Eine Analyse moderner Gesellschaften, die sich ausschließlich auf Fragen funktionaler Steuerungsempässe und systemischer Integrationsaspekte konzentriert, verkennt, so Habermas (1995), dass sozialintegrative Aufgaben auch gegenwärtig noch immer einen gleichrangigen Stellenwert im soziopolitischen Geschehen einzunehmen hätten. Als Ausgangspunkt für das Anliegen, gesellschaftliche Realitäten stärker für das Individuum erfahrbar zu machen, dient das System-Lebenswelt-Paradigma, das besagt, dass sich Systemintegration und Sozialintegration zunehmend entkoppeln (vgl. ebd.). Dadurch verliert sich die zivilgesellschaftliche Kraft als Korrektiv für regelungsbedürftige Themen und die Gesellschaft, in einem heute vorwiegend technologischen Modernisierungsprogramm gefangen, verfolgt ein Menschenbild, das seiner Ganzheitlichkeit entrissen und auf Funktionserfüllung reduziert wird (vgl. Heming et al. 2000, S. 59). *„Das Leben des Einzelnen ist nur Symbol eines vergleichbaren Lebens, ihm ist im voraus ein Platz bestimmt und zugewiesen, den er nur noch auszufüllen hat. So lebt niemand seine eigene Wirklichkeit, sondern nur die eigene Funktion, ohne das existentielle Erlebnis seines Lebens, das heißt ohne ein eigenes Schicksal, das für ihn Gegenstand von Arbeit - einer Arbeit an sich selbst - bedeuten könnte“ (Kertesz 1999, S. 9).*
- “ **Die Funktion der Kritik und sozialen Gerechtigkeit** wird erfüllt: durch Unterstützung, die dazu beiträgt, Kritik artikulieren zu können, um sie in moderierten, solidarischen Projekten zu bearbeiten.
- “ **Die edukative Funktion** wird wahrgenommen: durch die Erschließung und durch das Angebot von Entwicklungs- und Lerngelegenheiten im außerschulischen Bereich.
- “ **Die enkulturative Funktion** wird wahrgenommen: durch Stimulierung der Selbstwahrnehmung, der Selbstdarstellung und des kulturellen Austausches. Sie beschreibt somit die Förderung und die Erleichterung des Hineinwachsens von Individuen und Gruppen in die Kultur der sie umgebenden Gesellschaft (Kultur als Agens im gesellschaftlichen Prozess).

- 12) **Die ressourcenerschließende Ausgleichsfunktion** wird wahrgenommen: durch die Erschließung von ungenützten Ressourcen und deren Vernetzung.
- 13) **Die Vernetzungsfunktion** wird wahrgenommen: durch die Förderung, Unterstützung, Begleitung und den Aufbau sozialer und kultureller Netzwerke (Ausarbeitung des Modells in Anlehnung an Moser, Müller, Wettstein und Willener 1999, S. 96f.).

Nach Durchsicht der vorhandenen Literatur wird eine unterschiedliche Prioritätensetzung hinsichtlich der Zielerreichung augenscheinlich. Einerseits wird die Entwicklung des Psychologischen und Sozialen Empowerments ins Zentrum gerückt („empowering organisation“), andererseits bestehen Bestrebungen, die AkteurInnen darin zu ermutigen, politischen Einfluss zu üben („empowered organisation“). Diese Tendenzen aktualisieren sich auch im jeweiligen Forschungsinteresse (vgl. Stark 1996; vgl. Pankhofer et al. 2000):

- 14) *Empowerment* wird politisch bewertet, d.h., die Frage nach Macht bzw. gerechter oder ungerechter Machtverteilung steht im Mittelpunkt. Ein Beispiel dafür sind die Studien über politische und gesellschaftliche Strukturen, die zur Benachteiligung und zum politischen Widerstand spezifischer Gruppen (z.B. sozio-kulturell Benachteiligte, ethnische Minderheiten) führen.
- 15) Andere sehen ihren Schwerpunkt darin, die effektiven Konsequenzen für das handelnde Individuum zu erläutern, und verweisen daher eher auf eine psychosoziale Praxis (vgl. Stark 1996, S. 134ff.).

Diese theoretischen Erläuterungen zeigen, dass Methodik und Praxis von *Empowerment* auf die oben genannten Aspekte aufbauen und mit den folgenden grundlegenden Fragestellungen konfrontiert sind:

1. Wie gelingt der Ausbruch aus einer machtlosen und demoralisierten Situation, um Gefühle der Eigen-Kompetenz und Selbststärke zu erreichen (Psychologisches Empowerment)?
2. Unter welchen Bedingungen kann eine kollektive Selbstorganisation erlangt werden, welche zu sozialen und politischen Aktionen führt (Politisches Empowerment und Soziales Empowerment)?

2.2. Methodisches und Praktisches

„Es gehört zu den Alltagserfahrungen sozialer Arbeiter, dass sie in ihrer Berufspraxis Menschen begegnen, die in ihren Lebensentwürfen die Korridore einer ‚durchschnittlichen Normalität‘ verlassen haben, die in ihren Wertorientierungen, Deutungs- und Handlungsmustern aus dem Mainstream der Konventionalität herausgefallen sind (...) Die Negativbewertung der bisherigen ‚unkonventionellen‘ Lebenswege geht also einher mit vielfältigen Ansprüchen auf Kurswechsel, Besserung und Resozialisierung“ (Herriger 1997, S. 77).

Diese „Normalitätsansprüche“ innerhalb einer verfänglichen, traditionellen Sozialarbeit werden vor dem Hintergrund einer Empowerment-Philosophie sehr deutlich in Frage gestellt. Die gegensätzliche Position würde zusammengefasst lauten: Wesentlich sind die Anerkennung des „Eigen-Sinns“ sowie die Autonomie der individuellen Lebenspraxis.

Eine in diesem Kontext praktizierte Soziale Arbeit sieht ein „Sich-Einlassen“ auf die konfliktbestimmte Lebens- und Selbstinterpretation der Menschen vor und will:

- „ **Überwindung des Defizit-Blickwinkels**
- „ **Verzicht auf eine Attitüde des „Besser-Wissens“ in Bezug auf individuelle Lebensgestaltung**
- „ **Zurückstellen vorschneller pädagogischer Ansprüche auf „Besserung“ und Resozialisierung im Sinne eines Verfallens in normorientierte Vorstellungen**
- „ **Überwindung der paternalistischen Interventionsform und Verzicht der Attitüde des autoritären und sozialdisziplinierenden Normalisierungshandelns.**

2.2.1. Zur Überwindung der Defizit-Perspektive

Im folgenden Abschnitt der theoretischen Überlegungen soll die „Inszenierung der Hilfedürftigkeit“ innerhalb der Sozialen Arbeit thematisiert und die Frage erörtert werden, inwiefern sich diese auf die individuelle biografische Lebensgestaltung auswirken kann.

Unter *kritischen Lebenssituationen* werden einschneidende biografische Umbrüche, deviante

Konstellationen und Verlustsituationen verstanden. Biografisch relevante Lebensausschnitte können mit den vorhandenen personellen und sozialen Möglichkeiten nicht mehr bewältigt werden, sie bedrohen „*mithin also die psychosoziale Handlungsfähigkeit - Selbstwert und soziale Anerkennung - (...)*“ (Böhnisch 1999, S. 23).

„(...) so tritt in unübersichtlichen und kritischen Lebenssituationen, in denen sozialpädagogische und sozialarbeiterische Hilfen angezeigt sind, die biografische Dimension der Bewältigung stärker hervor und gerät in eine typische Spannung zu den gesellschaftlich vorgeformten Erwartungen, Zumutungen und Normen“ (ebd.).

Entziehen sich Krisen und Probleme zunehmend dem persönlich gelingenden Bewältigungsmanagement, führen daraus resultierende Gefühle der Hilflosigkeit, Ohnmacht und Abhängigkeit zumeist zur Inanspruchnahme institutioneller Hilfe.

In kritischer Absicht erläutert Stark (1989) eine eventuell einsetzende institutionelle Hilfe folgendermaßen:

„Folgen wir den Befunden vorliegender Untersuchungen, so sind die pragmatischen Alltagstheorien der Mitarbeiter helfender Dienste, (...) vor allem durch eines gekennzeichnet: durch die Unterstellung einer tiefgreifenden Hilflosigkeit des Klienten (...) die Anlaß für das beruflichpädagogische Handeln sind, den Mitarbeitern als sichere Indizien der Unfähigkeit und Hilflosigkeit des Klienten und als Signale eines akuten Hilfebedarfs. Entsprechend dieser einfachen Gleichung verfestigt sich im Alltagswissen der Praktiker ein Defizit-Blickwinkel auf den Menschen“ (Stark zit. n. Herriger 1997, S. 67).

Dieser defizitäre Blickwinkel bedingt mitunter, dass professionelle Kräfte der Sozialen Arbeit die „(...) *Identitätsentwürfe ihrer Klienten, deren lebensbiographische Erfahrungshorizonte und Bindungsnetzwerke allein nur in Begriffen von Mangel und Unfertigkeit, von Beschädigung und Schwäche buchstabieren können*“ (Herriger et al. 1995, S. 156).

Zuschreibungen wie „*tiefgreifende Hilfebedürftigkeit*“ oder „*auffällige Unfähigkeit*“ eröffnen einen Erwartungsrahmen, der die AdressatInnen mit dem Stereotyp des Versagens, Misslingens und der „Nicht-Normalität“ zwingend verknüpft, d.h., sie werden in eine Passivrolle gedrängt, welche sie gleichzeitig internalisieren.

Daraus resultiert eine zunehmend *asymmetrische Arbeitsbeziehung* und allzu oft ein zirkulärer Prozess, den Illich (1995) als *soziale Iatrogenese* bezeichnet: Die Hegemonie der Experten produziert neue Muster der Unmündigkeit. Sie führt auf Seiten der AdressatInnen in kaum merklichen Schritten zu einer immer weiterführenden Entwertung der verfügbaren

Lebenskapitale und Bewältigungsressourcen, wodurch eigenständige Selbstgestaltungsmöglichkeiten in vielerlei Hinsicht verloren gehen (vgl. Herriger 1997, S. 72).

Die Ausgangspunkte für den geforderten Perspektivenwechsel wären:

- “ Eine Reihe von sozialwissenschaftlichen Analysen verweist auf die enge Verbindung von Hilfe und sozialer Kontrolle im Sinne der sozialen und politischen Handhabbarkeit dieser potenziell unruhigen Gruppen, spricht vom *doppelten Mandat* der Sozialen Arbeit bzw. modernen Kontroll- und/oder Disziplinierungsmaßnahmen (vgl. Böhnisch/Losch 1973; vgl. Stark 1996; vgl. Foucault 1976; vgl. Staub-Bernasconi 1998).
- “ Jenseits der ordnungspolitischen Probleme sozialer Kontrolle, die als Kehrseite eines großen Teils wohlfahrtsstaatlicher Hilfen betrachtet werden kann (Keupp 1980), führen auch progressivere Ansätze Sozialer Arbeit häufig zu einer tendenziellen Abhängigkeit der KlientInnen von der angebotenen Unterstützungsleistung. Professionelle Hilfen im psychosozialen Bereich tragen zwar zu individuellen und kollektiven Problemlösungen bei, führen aber oft auch zu den bereits diskutierten „passivierenden Auswirkungen“ und verfestigen so tendenziell die Hilfsbedürftigkeit vieler KlientInnen. - Dies sind (größtenteils unbeabsichtigte) Folgen einer expertenorientierten psychosozialen Versorgung, die der Beachtung der Rechte und der Kompetenzen der *Hilfesuchenden* methodisch und strukturell einen zu eingeschränkten Möglichkeitsraum anbietet (vgl. Stark 1996, S. 25ff.).

Die - im Gegensatz dazu stehende - Wahrnehmung des Potenzials persönlicher Ressourcen durch ForscherInnen, PraktikerInnen und KlientInnen führt zu einer Veränderung des Selbstverständnisses in der psychosozialen Praxis. In diesem Zusammenhang ergibt sich eine entwickelnde Kraft von *Empowerment-Prozessen*, die nicht nur identitätsbildend in individueller und kollektiver Hinsicht ist, sondern auch Einzelnen oder Gruppierungen die Möglichkeit und den Mut verleiht, die eigene Zukunft aktiver zu bewältigen, mit der Option, unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten zur Verfügung zu haben (vgl. ebd., S. 24).

Eine professionelle Initiierung von *Empowerment-Prozessen* bedeutet, sowohl die Rechte und Stärken der BürgerInnen zu fördern als auch ihre Schwächen und Bedürfnisse ange-

messen, d.h. nicht entmündigend, in den Arbeitsprozess zu integrieren.

Es geht nicht um eine Bedürfnisbefriedigung, sondern um die Stärkung des individuellen sowie kollektiven Handlungspotenzials. Eine ausschließliche Fokussierung auf bedürfnisorientiertes Handeln bedeutet, Menschen immer mehr auf den Status der „*belieferungsbedürftigen Mängelwesen*“ (Gronemeyer zit. n. Stark 1996, S. 36) zu reduzieren, wodurch indirekt der pädagogische Effekt von „*learned helplessness*“ hervortritt und AdressatInnen verstärkt in eine Abhängigkeitsspirale gedrängt werden. Fragen wie: „Was braucht ihr, welche Bedürfnisse habt ihr?“, sind bereits aufgrund ihrer Formulierung auf eine tendenzielle, zu erreichende Passivität, auf eine Befriedung der AdressatInnen und auf einen möglichst kurzfristig zu erreichenden Zielzustand ausgerichtet. Der entsprechende Handlungstyp würde auf die Zielerreichung durch die Aktivitäten der anderen warten. Dagegen inkludiert die Frage nach einem verknüpften Bedingungsgefüge ein aktivierendes Potenzial: Sie sucht mit einer Bestandsaufnahme nach Ursachen und Hintergründen. Es wird ein „Prozess des Suchens“ ausgelöst bzw. reflexives Verhalten gefördert. Eine professionelle Intervention, die sich auf die Befriedung der Bedürfnisse beschränkt, geht einher mit einem paternalistischen Verhältnis zwischen Professionellen und AdressatInnen und verstärkt die passive Zurückhaltung seitens der AdressatInnen. Ebenso erscheint die Tendenz, den Menschen als Träger unveräußerlicher Rechte zu sehen, die grundsätzlich verfügbar wären, als anmaßend und ignorant. Das bedeutet, einem sozialen Darwinismus das Wort zu reden, der zynisch anmutet, sich entwickelnde Hilfsbedürftigkeiten negiert und die Notwendigkeit von solidarischen Aktionen ignoriert (vgl. Stark 1996, S. 36ff.).

Die vorgebrachte Kritik des tradierten Klientenbildes, das vorherrschend im Mittelpunkt der psychosozialen Praxis steht, wird folgerichtig zum Anlass genommen, um vorhandene sozialpädagogische Ansichten zu ergänzen:

„Der Job des Sozialarbeiters, der sich dem Ziel der Selbstbemächtigung des Klienten verpflichtet weiß, ist konzipiert worden als Aufbau einer Arbeitsbeziehung mit dem Klienten, die auf dessen je spezifischen Fähigkeiten, Ressourcen und Bedürfnissen aufbaut und ein Mehr an Sinnerfüllung im alltäglichen Leben und an Partnerschaftlichkeit in seinen Beziehungen mit anderen transportiert. Ziel dieser Arbeitsbeziehung ist es, den Klienten zu unterstützen: bei der Nutzung eigener Stärken, im Prozess der Suche nach erweitertem Selbstwert, Gesundheit, Gemeinschaftlichkeit, Sicherheit, personaler und sozialer Macht“ (Simon zit. n. Herriger 1997, S. 18f.).

Empowerment beschreibt einen aktivierenden Entwicklungsprozess. Betroffene sollen ihre personalen, aber auch sozialen Ressourcen, Fähigkeiten und Kompetenzen erkennen und zum Einsatz bringen können, um sich so in Entscheidungen, die sie selbst und ihre soziale Umwelt betreffen, einmischen zu können. Demnach muss konkrete Intervention im Sinne von Empowerment vor allem durch folgenden Perspektivenwechsel gekennzeichnet sein:

- “ von der Defizitorientierung zur Förderung gegebener Potenziale
- “ von der Einzelförderung zur Stärkung von Individuen in Gruppen und gesellschaftlichen Kontexten
- “ von einer direktiven Beziehungsförderung zu einer indirekten Förderung von sozialen Netzwerken und zur Etablierung von Arrangements für dialogische Prozesse (vgl. Galuske 2001, S. 265).

Als notwendige Wissensgrundlage erweisen sich die Ergebnisse der *coping-Forschung* (vgl. Stark 1996, S. 114; vgl. Zimbardo/Gerrig 1999, S. 385), die Forschung zum *social-support* (vgl. Stroebe/Jonas 2003, S. 609ff.; vgl. Zimbardo/Gerrig 1999, S. 386) und die Forschungen rund um das Modell der *Salutogenese* (vgl. Antonovsky et al. 1993, S. 3ff.). Diese empirischen Nachweise gehen einher mit:

- der Erkenntnis, dass Bewältigungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Lebenslagen wesentlich von der Erreichbarkeit sozialer und kultureller Ressourcen (Netzwerke, Unterstützungssysteme) abhängig sind;
- der Erfahrung, dass eine Zunahme an individuellen und kollektiven Kompetenzen mit einem erweiterten Handlungspotenzial einhergeht und mit der Entwicklung selbstorganisierter Gruppen korreliert;
- “ der Erkenntnis, dass die (Wieder-)Gewinnung von Einflussnahme und Kontrolle über die eigenen Lebensumstände eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung psychosozialer Gesundheit ist;
- der Erkenntnis der Notwendigkeit von selbstbestimmten und selbstorganisierten Handlungsqualifikationen der Subjekte in einer hochkomplexen und unübersichtlichen post-modernen Gesellschaft (vgl. Stark 1996, S. 18).

2.2.2. Empowerment als ein vollzogener Paradigmenwechsel

Empowerment ist eine Aufforderung an professionell Tätige, einen Perspektivenwechsel vorzunehmen, d.h. ihren Blick auf Defizite und Abhängigkeiten einer kritischen Reflexion zu unterziehen, und gleichermaßen ihr Augenmerk auf die Eigenressourcen der AdressatInnen sozialer Dienstleistungen zu richten, um jene als „RegisseurInnen“ der eigenen Biografie hervortreten zu lassen.

Hierbei kann eine Praxis vollzogen werden, die sich zu den vielfältigen Gegebenheiten bekennt, dabei die Potenziale des Individuums hervorkehrt und diese zum Anlass Sozialer Arbeit nimmt.

Herriger (1997) zitiert in diesem Zusammenhang das von Weik (1989) vorgeschlagene Thesenpapier, um diese „neue Kultur des sozialberuflichen Handelns“ näher zu erläutern:

a) Das Vertrauen, dass jeder Einzelne die Fähigkeit besitzt, sein Leben selbst zu gestalten und „gelungen“ zu managen.

Auch wenn ein scheinbarer Verlust der Kontrolle und Handlungsfähigkeit den Lebensalltag prägt, so bedeutet Interventionspraxis, Bereiche zu erschließen, in denen Menschen sich der Erfahrung eigener Fähigkeiten und Kompetenzen gewahr werden, sich Muster solidarischer Vernetzung aneignen und Selbstorganisation erproben:

- Die Orientierung an den Eigenressourcen der Betroffenen und an deren Möglichkeiten zur individuellen und kollektiven Selbstorganisation
- Menschen tragen das Potenzial zur Selbstaktualisierung in sich

b) Die Akzeptanz des „Eigen-Sinns“ und der Respekt vor unkonventionellen Lebensentwürfen der AdressatInnen

Die Anerkennung des „Eigen-Sinns“ und der Autonomie der Lebenspraxis von KlientInnen bedeutet eine voraussetzungslose Akzeptanz des Menschen und seiner konflikthaften Lebensentwürfe, sofern diese nicht beeinträchtigend auf den Entwicklungsraum anderer wirken und Grundwerte von Interaktion und sozialem Austausch, wie z.B. die Achtung vor der psychischen und physischen Integrität des anderen, missachtet werden (vgl. Lenz et al. 2002, S. 34f.).

c) Das Respektieren der „eigenen Wege“ und der „eigenen Zeit“ der AdressatInnen und der Verzicht auf allzu strukturierte Hilfepläne und eng gefasste Zeithorizonte

Professionelle Intervention bedeutet, jene individuellen Lebensentwürfe, die AdressatInnen für die Wiederaneignung von Autonomie und Selbstbestimmung wählen, zu respektieren und nicht durch expertenseitig definierte Hilfe- und Zeitpläne sowie durch institutionalisierte Ungeduld zu beengen.

d) Der Verzicht auf entmündigende ExpertInnenurteile in Bezug auf Lebensprobleme, Problemlösungen und wünschenswerte Entwicklungen

An Stelle des sicheren ExpertInnenurteils tritt immer mehr ein offener Dialog über das Aushandeln von Lebensperspektiven.

In den Mittelpunkt der helfenden Beziehung rückt so der *biografische Dialog*, bei dem Lebensdeutungen der AdressatInnen und die stellvertretenden Lebensdeutungen der SozialarbeiterInnen zusammengeführt werden und in einer gemeinsamen Verständigung über lebbarere Lebenszukünfte miteinander verknüpft werden. Etwas Kritik, Problematisierungen und Grenzziehungen gegenüber nicht mehr tolerierbaren riskanten Lebensentwürfen gelten mitunter als unverzichtbare Bestandteile solch eines pädagogischen Gesprächs. Kann diese Interventionsbasis realisiert werden, so würde das bedeuten, dass die Integrität der AdressatInnen gewahrt wird und eine Umkehrmöglichkeit des Einzelnen provoziert werden kann, indem Lösungsmöglichkeiten entstehen, die ganz nahe an das jeweilige Selbstverständnis geknüpft werden. Damit könnte eine Handlungsebene des *Selberanfangens* gegenüber dem *Angefangensein* erwirkt werden. Dieses Bild des *Selbst-neu-Anfangens* im Sinne des Diltheyschen Begriffs der „radikalen Autobiographik“ ist wohl einer der wesentlichen Hintergründe individueller und kollektiver *Empowerment-Prozesse* (vgl. Stark 1996, S. 53).

e) Die Orientierung an der Lebenszukunft der AdressatInnen

Der Rückgriff auf biografische Erfahrungsbestände bedeutet, in einem selektiven Prozess

gelungenes Lebensmanagement zu aktualisieren und danach Orientierungspunkte auszurichten. Vorgeschlagen wird, bei jenen Erinnerungsmustern und Lebensspuren anzusetzen, die den Betroffenen in der Vergangenheit signifikante Erfahrungen von Kompetenz, Gelingen und Erfolgreich-Sein haben vermitteln können.

Diese Perspektive fokussiert die Aufmerksamkeit in bewusster Wahl auf jene Facetten der Lebensgeschichte einer Person, die Lebenserfolge widerspiegeln:

Das beste Mittel, zukünftige Lebensgewinne zu initiieren, ist es, auf lebensgeschichtlich bereits „angesparte Lebensgewinne“ zurückzugreifen. Neben diesem Rückgriff auf angesparte Lebensgewinne ist ein weiterer methodischer Zugang möglich: Lebensbedingungen, die in der Vergangenheit zu biografischen Verlusten, Irritationen geführt haben, werden Gegenstand eines zukunftsorientierten biografischen Gesprächs, nämlich insofern, als Perspektiven des Anders-Machens gemeinsam erarbeitet und antizipatorisch konstruiert werden. (vgl. Herriger 1997, S. 73ff.).

Empowerment beinhaltet folgende Konsequenzen, die für den angestrebten Handlungsansatz von Relevanz sind:

1. **Ziele, Normen und Werte** wie Selbstbestimmung, Aktivierung für Selbsttätigkeit, Ressourcenorientierung, Vernetzung und Gegenmacht zu professionellen ExpertInnen.
2. **Eine Grundhaltung der Intervention**, bei der vor allem „katalytisch“ gearbeitet werden soll, um andere nicht von den professionellen Fähigkeiten abhängig zu machen, um professionelle Hilfe so schnell wie möglich überflüssig zu machen (vgl. Stark 1993, S. 41f.; vgl. Pankhofer et al. 2000, S. 13).

„Grundlage allen Empowerment-Handelns (...) ist die Anerkennung der Gleichberechtigung von Professional und Klient, die Konstruktion einer symmetrischen Arbeitsbeziehung, also, die auf die Insignien einer ‚wohlmeinenden‘ Bevormundung verzichtet, die Verantwortung für partnerschaftliches Aushandeln einlässt (sharing power). Unter diesen Prämissen verändert sich das professionelle Selbstverständnis und damit auch die Machtverteilung zwischen Profis der Sozialen Arbeit und deren AdressatInnen. Demnach ist Soziale Arbeit nicht mehr Produktion von Dienstleistungen oder stellvertretendes Eintreten für Interessen der KlientInnen, sondern wird zu einer unterstützenden Lebensweltbegleitung, die Menschen zusammenbringt und miteinander vernetzt, strukturelles Rückgrat für kollektive Prozesse der Selbstbefreiung ist und neue Perspektiven der Umweltgestaltung eröffnet“ (Herriger zit. n. Pankhofer et al. 2000, S. 13).

Dieses handlungstheoretische Importprodukt aus dem anglo-amerikanischen Raum ist besonders für eine Neuorientierung innerhalb der Sozialen Arbeit bedeutsam. Dennoch soll ein kurzer Überblick die Vielfalt der Anwendungsbereiche, in denen *Empowerment* relevant geworden ist, aufzeigen.

Bürgerrechtsbewegungen und Internationaler Feminismus

Der erste Zusammenhang zwischen Bürgerrechtsbewegungen der schwarzen Minderheitenbevölkerung in den USA und dem Empowerment-Gedanken wurde 1976 von B. Solomon formuliert. Seit diesen Anfängen zeigen sich neue soziale Bewegungen, die ebenfalls diese Verbindungslinien repräsentieren. Vor allem innerhalb der feministischen Bewegung wurden die Empowerment-Gedanken zur wichtigen theoretischen und praktischen Basis (vgl. Stark 1996, S. 90ff.; vgl. Herriger et al. 1996, S. 290f.; vgl. Pankhofer et al. 2000, S. 10f.).

Arbeits- und Organisationspsychologie

Durch die vorgeschlagene Strategie „Management durch Empowerment“ sollen den MitarbeiterInnen mehr Partizipationsmöglichkeiten zuteil werden, die mit einer Übernahme von mehr Eigenverantwortung einhergehen und zur gesteigerten Produktivität der Unternehmen führen (vgl. Kantsperger 2001).

Gesundheit

Innerhalb des Gesundheitswesens hat *Empowerment* folgende Entwicklungslinien begünstigt:

- „ Gesundheitsselbsthilfe in Form von Selbsthilfegruppen und Initiierung sozialer Unterstützungsmodelle, die zu einem unverzichtbaren Bestandteil des Gesundheitswesens geworden sind und als wesentliche Präventions-, Bewältigungsmaßnahmen Anerkennung fanden (vgl. Stark 1996; vgl. Herriger 1997; vgl. Pankhofer 2000)
- „ KonsumentInnenkontrolle, die zur externen Qualitätskontrolle beiträgt (vgl. Herriger 1997, S. 29).

Der Paradigmenwechsel in der Behindertenhilfe ist von einer Abkehr vom traditionellen „medizinischen Modell“, einer Abkehr von der Aussonderung, Ghettoisierung, Isolation und „Besonderung“ behinderter Menschen in Sondereinrichtungen geprägt. Der

Perspektivenwechsel geht einher mit einer bio-psycho-sozialen Problemsicht, führt zu der lebensweltbezogenen Behindertenarbeit, deren Grundprinzipien Normalisierung und Integration sind (vgl. Theunissen/Plaute 1995, S. 11ff.; vgl. Thimm 1994, S. 33ff.).

Ausgehend von den USA hat sich die **Independent-Living-Bewegung für Behinderte** aus Protest gegen menschenunwürdige und klinisch-bevormundende Lebensbedingungen in Großeinrichtungen formiert. Seither entstanden zahlreiche Beratungs- sowie Dienstleistungszentren, in denen behinderte Menschen ihre Unterstützungsleistungen selbst bestimmen und managen. Die wichtigste Errungenschaft dieser Bewegung ist wohl das Anti-Diskriminierungsgesetz, das jede Form von Benachteiligung und Diskriminierung in den von den USA finanzierten Einrichtungen verbietet (vgl. Theunissen 1997, S. 58).

Gemeindepsychologie/Gemeindepsychiatrie

Als Reaktion auf gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und auf die „fürsorgliche Belagerung“ der Betroffenen durch Profis wurde der *Empowerment-Diskurs* auch in diesem Kontext aufgegriffen. Die Dialektik der Rechte und Bedürfnisse aller Menschen führt zu der Forderung nach gemeindenahen Angeboten (flächendeckende Angebote, die eine an den Menschenrechten orientierte, komplementäre, ambulante Unterstützung für psychosoziale Schwierigkeiten anbieten), um Isolationsprozessen entgegenzuwirken (vgl. Pankhofer et al. 2000, S. 12f.).

Gemeinwesenarbeit: Betrachtungen aus einer österreichischen Perspektive

Gemeinwesenarbeit mit benachteiligten Bevölkerungsgruppen wurde Mitte der siebziger Jahre als das progressive Methodenprinzip der Sozialen Arbeit dargestellt. Als dritte Methode der Sozialen Arbeit (neben der Sozialen Einzelfallhilfe und der Sozialen Gruppenarbeit) propagiert, erlaubte diese sozialräumliche Interventionspraxis, die Bedingungen einer spezifischen Lebenswelt einer kritischen Betrachtung zu unterziehen und strukturelle Maßnahmen bei Problemlagen der Lebensbewältigung und bei sozialen Versorgungsinteressen zu vollziehen.

„Dem progressiven Sozialarbeiter wurde warm ums Herz, dass der Fokus jetzt nicht nur mehr auf ein Einzelindividuum oder eine Familie gerichtet werden sollte, sondern ganze Dörfer, Siedlungen oder Stadtteile zum Gegenstand sozialarbeiterischer Arbeit erklärt wurden“ (Melinz et al. 2000, S. 23).

Obzwar sich die GWA vor allem in Deutschland und in den USA auf die Traditionslinie der Settlementarbeit berufen kann, Österreich jedoch kaum eine partizipative, basisdemokratische Kultur, wie etwa anglo-amerikanische und skandinavische Länder, vorzuweisen hat, ist festzuhalten:

„Das, was den Inhalt von GWA ausmacht, nämlich die Durchsetzung sozialer Interessen von Unterprivilegierten, hat in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine lange politische Tradition. Gerade die österreichische Arbeiterbewegung gibt ein glänzendes Beispiel für die Organisation von Interessen (...). Anfallende soziale Probleme wurden politisch betrachtet und auch politisch gelöst“ (ebd., S. 23f.).

Erwähnt man in diesem Kontext Viktor Adler, gilt es, wie bereits angeführt, den *Empowerment-Gedanken* ebenso mit der individualpsychologisch orientierten Pädagogik - zurückzuführen auf Alfred Adler - zu verknüpfen, wodurch auch in Österreich eine äußerst traditionsreiche Vergangenheit der GWA vorzufinden wäre.

Besonders interessant scheint an dieser Stelle folgende Entwicklungslinie: Nach Oelschlägel (2001) hat die GWA die Ökonomie lange vernachlässigt, jetzt aber, aufgrund der gesellschaftlichen und sozialen Entwicklungen gerät die GWA zunehmend unter den Handlungsdruck, ökonomische Ansätze in ihr Konzept zu integrieren (vgl. Oelschlägel et al. 2001, S. 658; vgl. Klöck et al. 1998, S. 11ff.). Die Integration des ökonomischen Ansatzes gelang in Österreich mit der Entdeckung der Region, geleitet von der Vorstellung, neue Formen der Arbeit, der Kultur und des sozialen Zusammenhangs zu evozieren. Der Beginn des „Österreichischen Weges zur eigenständigen Regionalentwicklung“ war vollzogen, mit dem Ziel, strukturschwache Regionen, im Gegensatz zur gängigen Tendenz nach Spezialisierung in der Sektoralpolitik, zu fördern. Die FER (Förderungsaktion eigenständiger Regionalentwicklung) nahm 1979, gestützt durch das Bundeskanzleramt, ihren Ausgang. Nach der „Ära Kreisky“ (1983) ging der radikale Ansatz der FER zunehmend verloren, er kehrte in der seit 1988 propagierten ökosozialen Marktwirtschaft jedoch wieder (vgl. Gerhardter et al. 2001, S. 79ff.). Sollen die inhaltlichen Verknüpfungspunkte zwischen FER und GWA noch herausgearbeitet werden, so erscheint es hier wichtig anzumerken, in welchem geschichtlichen Kontext in Österreich, ökonomische Alternativen auf der Basis partizipativ gesuchter Lösungsansätze zu forcieren, begonnen wurde, um Manifestierungen von sozialräumlicher Polarisierung und Exklusion entgegenzuwirken.

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurde in einzelnen österreichischen Teilgebieten die GWA

als ein wesentliches Handlungsprinzip erschlossen, sodass auf ein breites Interventionspektrum verwiesen werden kann.

Eine vollständige Darlegung der Projektentwicklungen kann an dieser Stelle nicht vorgelegt werden. Es wird jedoch versucht, die wesentlichen Ansätze darzustellen sowie deren Schwerpunktsetzungen zu skizzieren:

- » *Eigenständige Regionalentwicklung und Offene Gemeindeentwicklung* (Steiermark)
- » Mobile Jugendarbeit *back on stage* (Wien)
- » Gesundheits- und Sozialzentren „Senior Plus“ (Wien)
- » Lokale Agenda 21 am Alsergrund (Wien)
- » Empowerment Schöpfwerk (Wien)
- » WochenKlausur

Die Besonderheit dieses Ansatzes zur Förderung strukturschwacher Regionen lag darin, dass Ende der siebziger Jahre bei Etablierung dieses Modells, ökonomisch-orientierte Diskussionen mit den Vorstellungen von mehr Entwicklung „von unten“, von der Dezentralisierung wichtiger Einrichtungen und Entscheidungen einhergingen (vgl. ebd., S. 80).

Es wurden zunächst Regionen des Berggebietes und später auch strukturschwache Regionen allgemein gestützt. Gefördert wurden ausschließlich gemeinschaftlich getragene Projektideen, die von einer breiten Bevölkerung akzeptiert wurden. Während sich die Gemeinwesenarbeit in städtischen Brennpunkten positionierte, war die FER immer im ländlichen Raum beheimatet. Hinzu kam, dass die FER von Anfang an immer einen ökonomischen Auftrag verfolgte. Wirtschaftlich tragfähige Alternativen waren immanente Bezugspunkte. Seit den achtziger Jahren nahm die FER vor allem eine wirtschaftlich-administrative Sichtweise ein, die im Konzept der *Offenen Gemeindeentwicklung* des Jahres 2002 wieder überwunden wurde. Dieser Konzeptentwurf verfolgte eine Zielsetzung, die verstärkt daran orientiert war, den soziokulturellen, politisch-administrativen sowie den wirtschaftlichen Bereich zu integrieren, partizipativ erschlossene Projektideen zu initiieren und die Umsetzung der erschlossenen Entwürfe über zwei Jahre lang zu begleiten (vgl. Groß-Pirchegger, Lechner 2002, S. 7).

Die erste Einrichtung der mobilen und aufsuchenden Jugendarbeit *back on stage 10* bietet seit 1992 niederschwellige gemeinwesenorientierte Sozialarbeit und will besonders randständige, benachteiligte Jugendliche, die sich im öffentlichen Raum aufhalten, erreichen. Die für das Projektvorhaben gewählte Begrifflichkeit: *back on stage 10* beinhaltet bereits die wesentliche Zielsetzung: „Jugendliche, die am Rand der Gesellschaft leben, zurück auf die Bühne zu bringen, sprich in die Gesellschaft zu integrieren“ (Roessler et al. 2000, S. 116). Ein Qualitätskriterium der alltäglichen Arbeit ist die aktive Beteiligung der Jugendlichen bei der Konzeption, Planung und Umsetzung der einzelnen Projektvorhaben.

Die GSZ (Gesundheits- und Sozialzentren) wurden auf Initiative der Stadt Wien gegründet, um differenzierte und bedürfnisorientierte Pflege im Alter gewährleisten zu können und eine verbesserte Integration der ambulanten Gesundheits-Vorsorge zu entwickeln. Eine 1990 eingerichtete Magistratsabteilung „Betreuung zu Hause“ erhielt den Auftrag, das Gemeindegebiet Wien in Regionen aufzuteilen, in welchen jeweils ein GSZ zur Verfügung stehen sollte. Das Angebot eines GSZ reicht von mobiler Pflege, Betreuungsdiensten, Hauskrankenpflege, Inkontinenzberatung und Sozialarbeit über mobile Ergotherapie, Dienste für Pflegebedarfsfeststellung und Wohngemeinschaften für SeniorInnen bis hin zur Prophylaxe und Krisenintervention. Um die angestrebte Bedürfnisorientierung optimal erfüllen zu können, war man bestrebt, den Zugang zur und die Kooperation mit der Bevölkerung zu forcieren. Einerseits gelang dies über die laufende Mitwirkung der GSZ an diversen regionalen Veranstaltungen (Straßenfesten, Ausstellungen etc.), andererseits konnte das EU-geförderte Urban-Projekt „Senior Plus“ als niederschwellige Anlaufstelle für alte Menschen (aktivierende Befragungen und Veranstaltungen, Gassenlokal mit diversen Aktivitäten für die Zielgruppe, Aktivierung von MigrantInnen und Erstellung der Grätzelfibel) auf erhebliche Resonanz stoßen und wurde nach Ablauf der Projektphase von den GSZ als Gassenlokal fortgeführt (vgl. Stoik, Petioky et al. 2000, S. 147ff.).

1998 startete am Alsergrund in Wien ein Lokales-Agenda-21-Projekt mit einer Erhebungsphase. Daraufhin wurde mit den BewohnerInnen vor Ort eine Zukunftswerkstätte durchgeführt, aus der drei Arbeitskreise mit den Titeln (Be-)Wegen, (Be-)Leben und (Aus-)Tauschen hervorgingen, um Aktivitäten zur Wohnumfeldverbesserung zu setzen.

Ähnlich wie am Alsergrund wurde 1995 vom Stadtteilzentrum „Bassena“ am Schöpfwerk ein Empowerment-Verfahren initiiert, bei dem mit Hilfe der Aktivierung von BewohnerInnen Maßnahmen entwickelt wurden, um deren Lebensqualität unmittelbar zu verbessern. In Initiativgruppen, zusammengesetzt aus BewohnerInnen, EntscheidungsträgerInnen der Politik und Verwaltung und MitarbeiterInnen der Bassena (als Intermediäre Instanz), wurden fortan Problemfelder wie „zu hohe Wohnkosten“, „Isolation und Passivität“, „fehlende Mi(e)tverantwortung und lokale Bedürfnisse“ bearbeitet. Hierbei wäre hervorzuheben, dass der Empowerment-Gedanke am Schöpfwerk konsequent umgesetzt wurde:

„Den Betroffenen wurden die Lösungskompetenzen ihrer Probleme übertragen, indem sie durch gezielte Bildungsmaßnahmen, Vermittlung zu ExpertInnen und politischen EntscheidungsträgerInnen sowie Zurverfügungstellung und gemeinsamer Organisation der notwendigen Ressourcen (z.B. Räume, Medienkontakte etc.) befähigt und ermächtigt wurden, eigeninitiativ zu agieren“ (Schnee et al. 2000, S. 190).

Die Gruppe, die für sich den Namen „Wochenklausur“ wählte, ist darauf bedacht, in jeweils mehrwöchigen Klausuren unter Miteinbeziehung der jeweils Betroffenen Lösungsvorschläge bezüglich bestimmter Problemlagen zu erarbeiten (vgl. Steuerer et al. 2000, S. 221ff.). Unüblich an dieser „Gemeinwesenarbeitsweise“ ist, dass das Projektbudget von den jeweiligen Kultureinrichtungen zur Verfügung gestellt wird, d.h., die soziokulturelle Tätigkeiten entziehen sich dabei jeder übergeordneten Instanz - dem Sozialen Ressort -, welche die Qualität in der Sozialen Arbeit reflektiert.

Die bislang durchgeführten Projekte insistieren auf eine Lösung „von unten“ und erarbeiten im Sinne einer funktional orientierten Kunst gesellschaftlich relevante Themen. Die sich dabei entfaltenden zivilgesellschaftlichen Momente gehorchen einem gesinnungsethischen Prinzip, das eine BürgerInnenbeteiligung begrüßt, nicht aber per se dem verantwortungsethischen Postulat, welchem die Soziale Arbeit verpflichtet ist, entspricht. Entgegen jeder Kritik ist diese Projektgruppe äußerst effektiv - die Ergebnisse und die medienwirksame Aufregung in Hinblick auf soziopolitische Interventionsereignisse sprechen für sich.

2.2.3. Methodische Ansätze im Rahmen von Empowerment-Prozessen

Der Paradigmenwechsel im Bereich der Sozialen Arbeit äußert sich in dem Anliegen,

Bewältigungsmöglichkeiten im individuellen sowie im kollektiven Lebensumfeld aufzufinden (z.B. „Was hat Ihnen in ähnlichen Situationen bereits geholfen?“), um vor dem Hintergrund biografischer Möglichkeiten Konstanten im Alltag zu errichten, die identitätsstützend wirken und zum gelingenden Alltag beitragen. Die Kategorie des „gelingenden Alltags“ repräsentiert die normative Komponente des *Empowerment-Konzeptes*. Anders als in den klassischen Ansätzen der Sozialen Arbeit wird hier auf die Setzung von Interventionszielen verzichtet, die sich aus gewachsenen Normalitätsstandards der Gesellschaft ableiten lassen (z.B. Wertkriterien einer Mittelschichtorientierung). Viel eher bezieht sich eine *Empowerment-Tatsache* auf eine *prozessuale Kategorie*, die sowohl der Berücksichtigung der Lebenslage der AdressatInnen und derer situativen Verdichtung wie der permanenten Aushandlung mit den AdressatInnen bedarf, um entsprechende Handlungsmöglichkeiten generieren zu können. In diesem Sinne scheinen SozialpädagogInnen nicht in der Lage zu sein, im Grunde besser zu wissen, was gut und notwendig ist, sondern sie müssen in Anerkennung der letztendlichen Entscheidungskompetenz der AdressatInnen, deren autonome Lebenspraxis respektieren und Rahmenbedingungen für Auseinandersetzungen suchen, um diese zu gestalten (vgl. Galuske 2001, S. 134f.). Es gilt, von der Vorstellung Abschied zu nehmen, dass professionell Tätige Zieldefinitionen für die Intervention bereits im Voraus bestimmen könnten. Hintergrund der praktisch-methodischen Konsequenzen ist, dass soziale Belange und die individuelle Entwicklungstatsache grundsätzlich sehr widersprüchlich, nicht planbar und paradox erscheinen, durchaus auch einem Spontaneitätsprinzip unterliegen, wodurch keine vorgefertigten, eindeutigen Lösungskonzepte erwartet werden können.

Der Komplexität und Vielfalt des menschlichen Alltags kann nicht mit starren methodischen Instrumentarien begegnet werden, sondern diese erfordern im hohen Maße eine situative Offenheit beim Einsatz sozialpädagogischer Methoden. In diesen von SozialarbeiterInnen und AdressatInnen geteilten Lebenssphären bedarf es unter anderem einer hohen „situativen Intelligenz“ der SozialarbeiterInnen, die es ihnen ermöglicht, zu erkennen, wann eine Situation potenzielle Veränderungschancen eröffnet und wann nicht. Grundlage hierfür ist eine wissensbasierte, sensible Fähigkeit zur Situationsbeobachtung und -deutung (vgl. Galuske 2001, S. 53).

Empowerment-Prozesse, die in Eigeninitiative erfolgen, professionell begleitet oder unterstützt werden (nach dem Motto: Mit den Leuten - nicht für die Leute), können nur dort erfolgreich sein, wo es gelingt, an die lebensweltlichen Themen der Menschen anzuknüpfen,

egal, wie man diese benennt: Betroffenheit, Motivation, Wille, Bedarf, personal needs, Bedürfnis, Mangelsituation, Fremdbestimmung u.a.

Beschrieben wird nicht eine planbare Abfolge von bestimmten „Interventions-Ereignissen“, sondern Intervention konstituiert sich aus intraindividuellen (emotionalen, kognitiven) und sozial interaktiven Abläufen, die zusätzlich in ihrer Interdependenz von Umweltereignissen beeinflusst werden oder diese selbst beeinflussen (vgl. Stark 1996, S. 111ff.). Es gilt, individuelle und soziale *Veränderungsräume* zu ermöglichen, in denen subjektive Aspekte und objektive Belange in einen dialektischen Austausch treten können.

Empowerment ist demnach mit dem Anspruch versehen, einen *offenen Problemlösungsprozess* zu ermöglichen, der niemals einer technisch strukturierten Methodik entsprechen kann. Es kann an dieser Stelle keine „Rezeptur“ vorgestellt werden, methodische Elemente, die sich in spezifischen *Empowerment-Prozessen* bereits bewähren konnten und sich der korrespondierenden Kraft zwischen Individuum, Gruppe und Struktur öffneten, sollten jedoch forciert werden. Thiersch (1998) meint dazu, dass Soziale Arbeit

„(...) verantwortlich ist für Anregungen, Provokationen, Unterstützungen - aber nicht dafür, was die AdressatInnen damit machen: Sie leben ihr eigenes Leben: Die pädagogischen Ansprüche können und müssen auch abgelehnt und verweigert werden. Die Grenzen, vor allem auch die Überlappungen zwischen Eigensinnigkeit, Stellvertretung und Verantwortung können nur im Einzelnen ausgehandelt werden“ (Thiersch zit. n. Galuske 1998, S. 52f.).

Die Zielkompetenz liegt folglich nie allein im Ermessensspielraum der professionell Tätigen, sondern überwiegend bei dem der AdressatInnen. Ziele sollten als Arbeitshypothesen im Voraus formuliert werden, sie bedürfen jedoch der Absprache mit den AdressatInnen und der Übereinstimmung mit den situativen und dialektischen Bedingungen. „*Durch die kontinuierliche Sicherstellung der Partizipation der Hilfeadressaten sollen zielgenaue Hilfen ermöglicht werden. Die kontinuierliche Partizipation (...) muss in allen Schritten der Hilfe nachvollziehbar sein*“ (Hilfen zur Erziehung 2002, S. 7).

Um partizipative Unterstützungsmodelle forcieren zu können, bedarf es der Klärung folgender Fragen:

- 13 Welcher Voraussetzungen bedarf es, dass AdressatInnen und Soziale Dienste in dialektischer Bezogenheit ihre Ziele definieren können?
- 14 Wie müssen Unterstützungsversuche strukturiert werden, um soziales wie kulturelles Kapital erweitern zu können und um die partizipativen Möglichkeiten von Hilfesuchenden zu berücksichtigen bzw. erst zu ermöglichen?

2.2.4. Versuch einer Positionierung

2.2.4.1. Empowerment als ein Alltagsphänomen

Empowerment-Prozesse beschreiben Entwicklungsverläufe von Menschen in diversen sozialen Zusammenhängen. Eigene Fähigkeiten, Kompetenzen oder auch Ressourcen werden mobilisiert und in soziale Handlung umgesetzt, um einen Prozess der Gestaltung und Gestaltbarkeit von Lebensräumen zu beginnen. Ziel ist es, dass der Einzelne, gefangen in fremdbestimmten Lebensbedingungen, aus diesen „ausbricht“ und seine eigenen Handlungsmöglichkeiten entdeckt und erweitert. Die Selbsttätigkeit, mehr oder weniger von biografischen oder soziokulturellen Aspekten empfindlich eingeschränkt, kann sich ob der „vorbereiteten Umgebung“ aktualisieren.

Für *Empowerment* ist nicht die Erreichung von (expliziten oder impliziten) Normen die absolute Zielvorgabe. Vielmehr kann *Empowerment* für unterschiedliche AdressatInnen Unterschiedliches bedeuten. Für behinderte Menschen, die um „*normalisierte Lebensstandards*“ (Thimm 1994) kämpfen, wird dieser Prozess anders verlaufen als für Mitglieder einer BürgerInnengruppe oder Selbsthilfegruppe, deren Ziel es ist, ihr Wohnungsumfeld zu schützen und bei der Sanierung dieses Bereichs mitzuwirken. Erstrebenswert ist es aber, von welchem Ausgangspunkt auch immer, einen erlebten Handlungsverlust zu überwinden. Diese Prozesse werden nicht notwendigerweise von Fachkräften hervorgebracht oder während des Entwicklungsverlaufs professionell unterstützt, vielmehr geschehen solche Entwicklungsverläufe unzählig oftmals vor dem Hintergrund alltäglicher Lebensbedingungen. Solche „Alltagsgeschichten“ können aber als „Lernfelder“ für einen professionellen Handlungskontext betrachtet werden, der interessiert ist,

- “ unter welchen Bedingungen Prozesse der persönlichen Emanzipation stattfinden können,
- “ wie solche Entwicklungen zur gesteigerten Selbstorganisation gefördert werden können bzw.
- “ welche behindernden Faktoren geortet werden können und
- “ welche Auswirkungen auf Beteiligte und Organisationen erkennbar werden (vgl. Stark 1996, S. 111).

„Damit wird versucht, sich ein Verständnis alltäglicher sozialer Hilfeprozesse und kollektiver sozialer Aktion als Lernfeld für innovative Ansätze psychosozialen Handelns zu erarbeiten, die das Arbeiten mit den Stärken und Ressourcen der Menschen anstelle einer Hilfe bei Defiziten oder Problemen zum Ziel erklären“ (ebd., S. 109).

2.2.4.2. Empowerment in der Sozialpädagogik/Sozialarbeit

In diesem Abschnitt soll geklärt werden, wie sehr sich die Prinzipien eines *Empowerment-Konzeptes* in die sozialpädagogischen Interventionsformen einfügen können und welche theoretischen Konzeptionen hierfür vorzufinden sind.

Die Orientierung erfolgt vorerst am Modell von Böhnisch (1999), in dem die *Empowerment-Perspektive* einen zentralen Stellenwert einnimmt. Die Anwendung dieses Prinzips geht aus seiner theoretischen Herangehensweise hervor. An anderer Stelle werden schließlich die Prinzipien der GWA (Gemeinwesenarbeit) diskutiert und mit dem *Empowerment-Ansatz* verglichen.

Vorweg soll geklärt werden, dass sich entlang der fachlichen, historisch-strukturellen Erkenntnis nach Böhnisch (1999) ein gemeinsames Paradigma für die Sozialpädagogik/Sozialarbeit formulieren lässt, das beide Fachbereiche aus ihrer disziplinären Eigenart löst (vgl. Böhnisch 1999, S. 24). Dieser *Entwicklungstatsache* wird, indem fortan beide Disziplinen angeführt werden, Rechnung getragen.

Hat Bernfeld (1925) *Erziehung als die Summe der Reaktionen auf Entwicklungsbelange* verstanden, wird bei Böhnisch Sozialpädagogik/Sozialarbeit als *eine gesellschaftliche Reaktion auf Bewältigungsbelange* definiert. Beide Disziplinen verstehen sich als historisch entwickelte Konsequenzen der psychosozialen Bewältigungsprobleme, vor dem Hintergrund gesellschaftlich bedingter sozialer Desintegration (vgl. Böhnisch 1999, S. 24f.).

„Zu dieser institutionellen Reaktion war und ist die moderne Industriegesellschaft gezwungen: sowohl aufgrund ihrer latenten sozialstrukturellen Dauerkrise - die Spannung von Integration und Desintegration ist dem Wesen moderner Arbeitsteilung immanent -, als auch wegen der strukturellen Notwendigkeit, die ökonomisch-technische Arbeitsteilung sozial reproduzieren und ausbalancieren zu müssen. Der sozialpädagogisch-sozialarbeiterische Interventionsmodus ist dabei das strukturlogische Mittel der Wahl. Da die Dauerkrise aufgrund ihrer strukturellen Bedingtheit gesellschaftlich nicht aufhebbar ist, muss sie in ihren Folgen für den und am Einzelnen behandelt, also pädagogisch transformiert werden. Das andere Mittel der Wahl wäre die ordnungsstaatliche Repression. Diese war noch charakteristisch für das Sozialwesen zu Ausgang des 19. Jahrhunderts. Mit der zunehmenden Komplexität der industriegesellschaftlichen Integrationsprobleme und der Demokratisierung der Gesellschaft im 20. Jahrhundert ging das Repressive zurück, und das Pädagogische trat in den Vordergrund“ (ebd., S. 25).

Sozialpädagogik/Sozialarbeit erweist sich als eine Funktion innerhalb gesellschaftlicher Bezüge. Aufgrund der sozialen Desintegrationsproblematik des arbeitsteiligen Industriekapitalismus, die sich am Individuum zeigt, enthalten selbst diese psychosozialen Auswirkungen eine pädagogische Herausforderung.

Eine sozialpädagogische/sozialarbeiterische Interventionspraxis hebt sich insofern von sozialpolitischen Anliegen ab, als sie sich primär am Individuum orientiert und die Neuformierung der jeweiligen sozialen Kontexte aus der Betroffenheit des Individuums heraus entwickelt (vgl. ebd.).

Sozialpädagogik geht einher mit erzieherischer Unterstützung, die das individuelle pädagogische Ziel der „Mündigkeit“, einer relativ autonomen Lebenspraxis, verknüpft mit dem sozialstrukturell abgeleiteten Ziel der „Emanzipation“, der relativen Befreiung des Menschen aus repressiven, kontrollierenden und rigiden Sozialstrukturen, verfolgt (vgl. ebd., S. 21). Böhnisch schließt damit an jenes tradierte, für die sozialpädagogische Unterstützung bedeutsame Modell an, das nicht ausschließlich individuelle bzw. persönliche Entwicklungssituationen zum Anlass für eine Intervention nimmt, sondern auch vorsieht, soziokulturelle und gesellschaftspolitische Bedingungen innerhalb der Interventionspraxis mitzudenken und zum Arbeitsprinzip zu erheben.

„Je mehr in dieser Sozialisationsperspektive deutlich wurde, dass außerhalb der intentionalen und geplanten Erziehungsverhältnisse verschiedene soziale und kulturelle Faktoren erzieherische Wirkungen auf die Jugendlichen ausübten, desto mehr wurde in der Sozialpädagogik der engere Begriff des Erziehens durch die sozialisationstheoretisch erweiterten Begriffe der Organisation sozialen Lernens und der Hilfen zu Lebensbewältigung abgelöst (...). Die darauf bezogene helfende Intervention sei mithin auch pädagogisch, indem sie Handlungsfähigkeit und soziale Sicherheit als Voraussetzungen für das Gelingen von Entwicklungs- und Lernprozessen schaffen könne. Materielle und infrastrukturelle Hilfen der Sozialarbeit haben danach eine grundlegende sozialisatorische Bedeutung, da sie die Sozialisationsbedingungen verändern können“ (ebd., S. 22).

Eine in diesem Sinne verstandene Sozialpädagogik wird mit der Notwendigkeit einer *Mehrebenen-Diagnose* konfrontiert - die jeder Interventionspraxis vorangestellt werden sollte - und folgenden Strukturbedingungen verpflichtet ist:

- Sozialpädagogik ist an gesellschaftliches Strukturwissen gebunden, muss gesellschaftliche Bedingungen in der Zeit reflektieren, die sie hervorbringt.
- Die besonderen Anforderungen der Alltagsbewältigung innerhalb des spezifisch-gesellschaftlichen Rahmens müssten erkannt werden, die sich für das Individuum ergebenden Restriktionen und Potenziale erhoben werden.

Als Konsequenz treten sozialpädagogische/sozialarbeiterische Unterstützungsleistungen unabhängig von einem bestimmten Lebensalter in *kritischen Lebenssituationen* auf.

„In einer entsprechend verallgemeinerten Bedeutung wird mit dem Paradigma ‚Lebensbewältigung‘ (...) operiert, wenn sich das Individuum sozialstrukturellen Konstellationen ausgesetzt sieht, die psychosoziale Integrationsprobleme - im Sinne des Gelingens oder Scheiterns der biografischen Balance und der sozialen Teilhabe - aufwerfen können“ (ebd., S. 24).

2.2.4.2.1. Gesellschaftliches Wirken und initiierte Wirkung

Das oben genannte sozialpädagogische Denkmodell wird auf Basis der These der „Risikogesellschaft“ (Beck 1986) konstruiert. Prozesse der „reflexiven Modernisierung“ führen zur Auflösung traditioneller Milieus, zur sozialen Freisetzung und als Folge zu einer Dynamik, die bewirkt, dass Menschen verstärkt nach neuen Möglichkeiten sozialer Integration suchen. Inmitten einer Kultur des Individualismus, vor dem Hintergrund des vorgetäuschten Überangebotes von Möglichkeiten - unterstützt durch die scheinbar unendlichen

Verheißungen des Konsums - transformiert sich das Scheitern in persönliche Schwäche. In ideologiekritischer Absicht wären systemische, aber auch soziale Bedingungskonstellationen des Scheiterns zu reflektieren. Demzufolge entspricht die sozialintegrative Dimension einem zentralen Aspekt der Sozialpädagogik/Sozialarbeit und steht richtungsweisend für eine biografisch orientierte und auf Bewältigung konzentrierte Hilfeleistung.

„Das heißt: Individualisierung wurde als historisch-soziologische, als gesellschaftsgeschichtliche Kategorie verstanden (...), die sehr wohl zu unterscheiden weiß zwischen dem, was mit den Menschen geschieht, und dem, wie sie in ihrem Verhalten und Bewusstsein damit umgehen“ (Beck 1986, S. 207).

Durch die Individualisierung und die Pluralisierung der Lebensverhältnisse wird mehr denn je eine selbstverständliche Anpassung bzw. Abweichung von Normen einem kritischen Reflexionsprozess unterzogen, eine Abgrenzung selbst wegen der multiplen Anforderungen der Postmoderne vollzogen und das Prinzip biografischer Handlungsfähigkeit fokussiert. Das Konstrukt der Risikogesellschaft erfordert neue Bewältigungsaspekte und bedingt neue Zielperspektiven,

„(...) sodass die Sozialpädagogik von der traditionellen Normbindung und der entsprechenden ideologischen Fixierung auf abweichendes Verhalten entlastet wird und ihr Raum für eigenständige und der gesellschaftlichen Wirklichkeit angemessene Interpretationen und Interventionskonzepte gibt. Diesen nun offenen risikogesellschaftlichen Raum kann das Konzept biographische Lebensbewältigung/soziale Integration vom Menschen her strukturieren und pädagogisch besetzen. Der Bewältigungsansatz ist damit für mich das sozialpädagogische Konzept der Risikogesellschaft“ (Böhnisch 1999, S. 30).

Sozialpädagogische „Integrationshilfe“ versteht sich als der gesellschaftliche Auftrag schlechthin, um Menschen dissozialen Verhaltens und sozialer Ausgrenzung die Teilhabe an der Gesellschaft zu vermitteln. Aus der Sicht der betroffenen Individuen steht jedoch die Bewältigungsfrage im Vordergrund. Die Herstellung der Handlungsfähigkeit gilt als primäres Anliegen in Krisensituationen, auch wenn dieses Bestreben zunächst desintegrativ wirkt. Gewalthandeln ist eine extreme „Lösung“, um für einen kurzen Augenblick („Gewaltsekunde“) den eigenen kritischen Lebenszustand zu „normalisieren“, ohne dabei das entstehende soziale Zerwürfnis zu reflektieren. Handlungstheoretisch entsteht abweichendes Verhalten, wenn in kritischen Lebensbezügen die bisherigen Lebensressourcen versagen, das Individuum auf seine eigene Handlungsunfähigkeit reduziert wird und versucht ist, Betroffenheit, um welchen Preis auch immer, zu überwinden.

Eine im Zusammenhang zum Anomiekonzept (Durkheim 1897/1990) konstatierte Störung der individuellen Befindlichkeit wird, vor dem Hintergrund der Ziel-Mittel-Relation, gegenwärtig mit dem Stressbegriff umschrieben:

„Anomische Sozialkonstellationen können Stresszustände auslösen. Aus der sozialtherapeutischen Stressforschung wissen wir, dass Stresszustände psychosomatische Reaktionen auf nicht sinnhaft begreifbare latent gebliebene Ursachen auslösen. Auch das Auftreten und die Empfindung struktureller Gewalt - man fühlt sich durch etwas mit dem eigenen Handeln nicht Erreichbares bedroht - kann zu solchen Stresszuständen führen. Unwohlsein bedeutet nun in diesem Zusammenhang, dass sich das Individuum aus dem psychologischen Gleichgewicht gebracht sieht - ein Zustand, der Bewältigungsreaktionen (Coping) auslöst, die in soziales Bewältigungshandeln münden“ (Böhnisch et al. 2001, S. 59).

Als maßgeblich für das Entstehen abweichenden Verhaltens werden bei Böhnisch (ebd.) folgende Faktoren erachtet:

- „ *Auslösende Situation*
- „ *Antrieb des Individuums*
- „ *Reaktionen der sozialen Umwelt*

2.2.4.2.2. Subjekttheoretische Reformulierung der Anomietheorie

Wie aus den bisherigen Erläuterungen ersichtlich, wird bei Böhnisch (1999) eine Verbindung der sozialstrukturellen Anomietheorie zur Subjekttheorie des Handelns vollzogen. Das Anomiekonzept wird damit um einen subjekt- und handlungstheoretischen Ansatz erweitert.

„Eine so gesellschafts- und handlungstheoretisch modernisierte Anomietheorie kann die Verbindung von Struktur und Handeln, welche Kennzeichen sozialpädagogischer Reflexivität ist, an den besonderen Themen der Sozialpädagogik/Sozialarbeit - Hilfen zur Lebensbewältigung und Krisenintervention - operationalisieren“ (Böhnisch et al. 2001, S. 59).

Auf Basis der Postmoderne vollzog sich ein schwer überblickbarer Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft, gekennzeichnet durch Rationalisierungsmaßnahmen, überschlagende Fortentwicklungen der industriellen Arbeitsteilung, sodass gegenwärtig das Konzept der

Anomie wieder an Attraktivität gewinnt (vgl. ebd., S. 53).

„Die strukturelle Diskrepanz zwischen dem, was die Gesellschaft kulturell und sozial (...) vorgibt und den Mitteln der Individuen, die gesellschaftlichen Ziele zu erreichen, führt zur Anomie und in deren Gefolge - weil damit auch die Individuen nicht nur die Bindung zur Gesellschaft, sondern nach der Integrationslogik der modernen Arbeitsteilung auch untereinander soziale Bindung und Gegenseitigkeit verloren haben - zu abweichendem Verhalten. (...) Die Soziologie abweichenden Verhaltens hat nämlich die Anomietheorie, indem sie sie primär ätiologisch klassifiziert, innerdisziplinär dermaßen verengt und auf das Sozialstrukturelle fixiert, dass der historisch-wissenschaftssoziologische Hintergrund, aber auch der - vielfach vermittelte - gesellschaftliche Handlungs- und Subjektbezug der Theorie in der späteren innerdisziplinären Rezeption übergangen wurde“ (ebd., S. 52).

Die vorgeschlagene *subjekttheoretische Reformulierung der Anomietheorie* basiert darauf, dass sich im Individuum anomische Sozialstrukturen nicht einfach abbilden. Vielmehr beschreibt die Identitätsentwicklung des Subjekts selbst einen konfliktreichen Prozess, der anomische Tendenzen (Modell des verwehrteten Selbst nach Gruen 2000) hervorbringen kann. Diesen Erläuterungen zufolge, ergibt sich ein Entwicklungsgeschehen, das zwar vom Sozialen maßgeblich beeinflusst wird, aber mit biografischen Durchsetzungsstrategien ins Soziale hineinreicht (vgl. Böhnisch 1999, S. 34ff.).

Vor dem Hintergrund der *System-Lebenswelt-Hypothese* (Habermas 1995) potenzieren sich die Aufforderungen, Interventionsanforderungen zu offerieren (vgl. Böhnisch et al. 2001, S. 56f.), die den Zugang zum eigenen lebensweltlichen Kontext, zu systemischen Gegebenheiten ermöglichen und eine Balance zwischen dem Individualismus und der sozialen Anbindung herstellen.

Die dargelegten sozialpädagogischen Konstellationen liegen in den Seins-Zuständen des Menschen begründet und vermitteln sich im Erleben und Verhalten.

Zur Überwindung der biografischen Krise werden idealtypisch vier Bewältigungsverfahren unterschieden, welche von Menschen bewusst oder unbewusst eingesetzt werden:

- die individuelle Erfahrung des *Selbstwertverlustes* und Aktivitäten, die auf dessen Wiedergewinnung gerichtet sind. Dieser Zusammenhang führt zu personalen Tiefenbereichen der Befindlichkeit, ebenso zur sozialen Bezugnahme, da Anerkennung durch andere angestrebt wird.
- die Erfahrung der *sozialen Orientierungslosigkeit*, ein Sich-nicht-mehr-zurechtfinden-Können und das daraus resultierende Streben nach entsprechenden Überwindungs-

- reaktionen bzw. nach Rückzug und Apathie
- “ die Erfahrung des fehlenden *sozialen Rückhalts* in Situationen, die ein nicht mehr überschaubares biografisches Risiko darstellen, und das entsprechende Aufsuchen von sozialen Integrationsprozessen
 - “ das Streben nach *Normalisierung*, nach einer Möglichkeit, um Handlungsunfähigkeit und Desintegration bewältigen zu können, um eine Balance zwischen Handlungsfähigkeit und Integration zu erlangen (vgl. Böhnisch 1999, S. 41)

Nach Böhnisch sind es die „vier Dimensionen des Seins“, die bestimmte sozialpädagogische Interventionsprinzipien „verlangen“. Die *Empowerment-Perspektive* ist neben den milieubildenden, netzwerkschaffenden Strukturierungsangeboten Grundsegment des auf die psychosoziale Bewältigungskonstellation bezogenen Interventionsrahmens. In diesem Zusammenhang wird *Empowerment* als das Prinzip angesehen, „(...) von dem aus sich die *biografische Interventionsperspektive am besten entfalten lässt*“ (ebd., S. 273), das den Zusammenhang von Lebensbewältigung und sozialer Integration in einem Modell erschließt.

„Die Suche nach Handlungsfähigkeit bei der Bewältigung schwieriger Lebenssituationen ist immer als Versuch zu sehen, Selbstwert (dennoch) zu erhalten und irgendwie - auch durch sozial destruktives Verhalten - sozialen Anschluss zu signalisieren oder die Suche nach sozialen Anschluss zu signalisieren. Diese Bewältigungsorientierung wird nun im Prinzip des *Empowerment* als „gestaltende Bewältigung“ für die sozialarbeiterische Praxis positiv gewendet“ (ebd., S. 274).

Die AdressatInnen können durch das Selbst-tätig-Werden, durch die Chance der „*selbsterarbeiteten Lösungen*“ (Keupp 2002) ihren Selbstwert (re-)aktivieren sowie soziale Anerkennung in einem sozialen Umfeld erfahren, das sie maßgeblich mitgestalten können. Der pädagogische Raum bietet die Möglichkeit, den *Etikettierungsansatz* positiv zu wenden und für die Intervention „arbeiten“ zu lassen. AdressatInnen erhalten auf diesem Weg die gesellschaftliche Option zum Aufbau neuer Selbstwertperspektiven. Nimmt *Empowerment* innerhalb der Sozialpädagogik einen derartigen zentralen Stellenwert ein, muss das sozialpädagogische Eingreifen immer vor dem Hintergrund des systematischen Einbeziehens der AdressatInnen im Sinne einer „Koproduktion“ zwischen Individuum und Umwelt geschehen.

Böhnisch (1999) plädiert für die Wichtigkeit des pädagogischen, unterstützenden Raumes,

der die Basis darstellt, um persönliche Hilfslosigkeitsdimensionen, um Schwächen annehmen zu können. Das bisherige Selbstbild, die bisherigen Lebens- bzw. Unterstützungsmöglichkeiten sollen in Frage gestellt werden können. Kann diese *Selbstaktualisierung* stattfinden, sind die ersten Schritte zur „persönlichen Stärke“ gegeben. Das innerpsychische Paradox des Empowerments - wenn ich stark sein will, muss ich Verlust und Schwäche in mein Selbst integrieren und so als Teil meiner selbst anerkennen können - wird aber allgemein zu wenig thematisiert (vgl. ebd., S. 275). *Empowerment* wird allzu häufig missbräuchlich interpretiert, als ginge es schlichtweg darum, an die persönlichen Stärken sowie an gegebene soziale Bedingungen eine entsprechende Interventionspraxis anzuknüpfen.

„(...) es verhält sich nicht so einfach, wie es die Empowermentdiskussion immer wieder suggeriert, neben - oder verbunden mit - der Bestärkung der betroffenen Person bestehende soziale Beziehungen als informelle Unterstützungssysteme („networking“) zu aktivieren. Wir haben am Beispiel des Co-Alkoholismus recht drastisch erlebt, wie das informelle Netzwerk mit der Zeit so geknüpft wird, dass es zum Unterstützungs- und Abschirmungssystem des Alkoholismus und nicht der Rehabilitation wird“ (ebd., S. 276).

Böhnisch führt in unvergleichbarer Weise innerhalb der Empowermentliteratur an, wie sehr bei persönlichkeitsbedrohenden, destruirenden Lebenskrisen bestehende Netzwerke dysfunktionale Wirkungen verstärken können. So bedarf es einer *räumlich-biografischen Orientierung der Sozialen Arbeit*, welche dem *Empowermentbegriff* zwar abverlangt wird, aber nicht ausreichend theoretisch abgedeckt ist. Unterstützungsleistungen sind dementsprechend immer an einen psychosozialen Rückhalt gebunden, der bei Böhnisch mit dem *Milieubegriff* und mit dem Begriff der *sozialen Sicherheit* erfasst wird (vgl. ebd.).

2.2.4.2.3. Milieu oder Lebensstil

Folgt die Intervention dem Konzept des *Empowerments*, so orientiert sich das Handeln am Ziel der Schaffung bzw. Verbesserung jener Milieubedingungen, die *Empowerment* erst begünstigen und stützen können. Demgemäß ist *Empowerment* als *biografisch rückgebundenes Interventionsprinzip* von einem *sozialräumlichen Arbeitsprinzip der Milieubindung* abhängig (vgl. ebd., S. 280f.) und bringt dieses erst hervor.

Der Milieubegriff als ein sozialwissenschaftliches Konstrukt beschreibt persönlich überschaubare, sozialräumliche Gegenseitigkeits- und Bindungsstrukturen, die Momente der

sozialen Orientierung und des sozialen Handelns darstellen.

„Allerdings macht der Milieubegriff nur dann Sinn, wenn man auf seiner sozialräumlich-lokalen Bindung besteht. Es ist deshalb primär für jene soziale Gruppen von Bedeutung, die in ihrer Lebensbewältigung auf den sozialen Nahraum angewiesen sind. Das trifft sicher für einen großen Teil der Klientel der Sozialarbeit zu (...) Wenn es hingegen um von Nahraum relativ unabhängige Formen des Suchens nach sozialem Anschluss bzw. der alltagskulturellen Abgrenzung von anderen geht, benutzen wir den Begriff des ‚Lebensstils‘“ (ebd., S. 56).

Milieubindungen weisen oftmals auf eine eher negative Konnotation hin, besonders wenn von „Milieubarrieren“ oder „milieuschädigenden Aspekten“ gesprochen wird. In der Sozialpädagogik kann aber auch auf eine positive Verwendung des Begriffs verwiesen werden.

„Das Vorhandensein einer Milieubindung, ihre psychosoziale Dichte und Geschlossenheit, aber auch die in ihnen vermittelte Spannung zwischen Individualität und Kollektivität entscheiden über die Art und Weise, wie sich Individuen der Gesellschaft gegenüber (ausgesetzt oder zugehörig) fühlen. Milieubeziehungen steuern also die Lebensbewältigung, strukturieren das Bewältigungsverhalten bei psychosozialen Belastungen und kritischen Lebensereignissen. In Milieubeziehungen formiert sich aber auch Normalität und soziale Ausgrenzung, entwickeln sich Deutungsmuster über das, was als konform und was als abweichend zu gelten hat. Milieus steuern also auch die alltägliche Stereotypiebildung und die Bilder vom Fremden und Anormalen“ (ebd., S. 55).

Vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, welche Unterstützungsleistungen innerhalb des Milieus erfahrbar wären, aber auch, dass mithin dem Konzept eine normative, pädagogische Gewichtung abverlangt wird, vor allem dann, wenn Milieugeborgenheit mit Abwertung, Ausgrenzungsverhalten und restriktiven Tendenzen einhergeht (vgl. Lenz et al. 2002, S. 33f.).

Das milieubildende Arbeitsprinzip (Böhnisch 1999) innerhalb der Sozialpädagogik/Sozialarbeit schließt insofern folgende Interventionsschritte mit ein:

- *Personal-verstehende Dimension:* Setzt eine Professionalisierung im Sinne des Akzeptierens der basalen sozialemotionalen Funktionen voraus, um Einsicht und Verständnis dafür zu erlangen, inwiefern das mitgebrachte Milieu als personal verfügbarer Bewältigungskontext herangezogen werden könnte.
- *Aktivierende Dimension:* Die „Qualifizierung“ des Milieus als Ressource der alltäglichen Lebensbewältigung und des Normalisierungshandelns wird als Interventionsziel betrachtet.

„Die Aktivierung muss vorsichtig begonnen werden; es müssen eigene lokale Räume verfügbar gemacht werden, in die man sich immer wieder zurückziehen, in denen man sich geborgen fühlen kann. Solche ‚Milieu-Refugien‘ dürfen nicht als Rückfall in die alte ethnozentrische Ausgrenzungs- und Isolierungsmentalität missverstanden werden, sondern als ‚Milieupol‘ in Spannung zum öffentlichen Aktions- und Kontrollpol“ (ebd., S. 281).

- “ *Pädagogisch-interaktive Dimension*: Hierbei steht der Aufbau einer KlientInnen-PädagogInnen-Dyade im Vordergrund, sodass SozialarbeiterInnen für alle Milieuzugehörigen gleichwertig erreichbar sind und sich über diese Erreichbarkeit Milieuzugehörigkeit etablieren kann.
- “ *Ressourcenmanagement*: Es wird abschließend noch die vierte Dimension, nämlich die des *Ressourcenmanagements* über die Milieugrenzen hinaus, beschrieben. Hier sieht Böhnisch den Aufbau einer *Netzwerkbildung* vor. Es lässt sich ein Unterschied zum Empowerment-Konzept ausmachen: Wird bei *Empowerment* grundsätzlich sehr allgemein von einem Aufbau sozialer Unterstützung gesprochen, betrachtet Böhnisch die lebensweltlich-emotionalen Erfahrungen des Selbst - die Milieuzugehörigkeit - als wesentliche Grundbedingung der sozialpädagogischen Intervention. Darauf aufbauend, wäre weiteres *Ressourcenmanagement* zu vollziehen:

„Diese milieustabilisierende ‚Alltagsarbeit‘ ist Voraussetzung für die Aktivierung im Milieu und über die Milieugrenzen hinaus. Erst vor einem solchen verlässlichen sozial-emotionalen/sozialräumlichen Rückhalt aus kann das Risiko der sozialräumlichen Erweiterung, der ungewohnten Begegnungen und der Konfrontation mit anderen und sozial Neuem eingegangen werden“ (ebd., S. 283).

Wichtig erscheint die Differenzierung zwischen *Milieu* und *sozialen Netzwerken* deshalb, weil diese mit unterschiedlichen sozialintegrativen Qualitäten einhergeht. Indessen das *Milieu* im lebensweltlichen Nahbereich positioniert ist, beschreibt das *soziale Netzwerk* vielmehr ein „intermediäres Konstrukt“, das die Begegnungsmöglichkeit zwischen lebensweltlichen und gesellschaftlich-institutionellen Bereichen vorsieht.

In der Erweiterung der Milieuperspektive zur Netzwerkperspektive wird eine „zweite Ebene“ hinzugefügt, d.h., die milieuverhaftete emotionale Dimension wird um eine Interessensdimension erweitert.

Ins Zentrum der sozialpädagogischen Intervention rückt die Erweiterung des „sozialen und

kulturellen Kapitals“.

„Gerade bei einer sozial benachteiligten Klientel kann über die Aneignung und zunehmende alltägliche ‚Netzwerkerfahrung‘ etwas von jenem ‚kulturellen Kapital‘ anwachsen, das in der individualisierten Gesellschaft für die notwendige personale und soziale ‚Inszenierung‘ von selbständiger Lebensbewältigung und Lebensführung gebraucht wird“ (ebd., S. 285).

So ergibt sich aufgrund einer Intervention im Sinne des *Empowerments* eine Möglichkeit der Rückbindung an soziale und systemische Verantwortungsbereiche. *Empowerment* in der Sozialarbeit greift eben nur dann, wenn das gesamte Interventionsfeld strukturiert wird. Die zunehmende Professionalisierung und die fachliche Institutionalisierung der sozialen Dienste führten dazu, dass sich die Sozialarbeit selbst als „allzuständig“ für ihre KlientInnen definiert hat. Dem gesellschaftlichen Verständnis zufolge, sollten Professionalisten als „NormalisierungsarbeiterInnen“ *funktionieren*, um die „brennenden Notfälle“ zu bearbeiten.

Empowerment, eine räumlich-biografische Orientierung der Sozialen Arbeit/Sozialpädagogik, vertritt hingegen die Ansicht, dass sich soziale Probleme mitunter vor dem Hintergrund bestimmter sozialer und systemischer Bezüge entwickeln. Diese müssen für die sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Arbeitsprinzipien berücksichtigt werden und bedürfen der sozialpolitischen Aufmerksamkeit.

Diese biografisch-räumliche und systemische Akzentuierung innerhalb der Sozialpädagogik vermag die Diskussion um *Gemeinwesenarbeit*, *Stadtteilbezogene Soziale Arbeit* und *Sozio-kulturelle Animation* zu beleben. An dieser Stelle ist es interessant aufzuzeigen, wie sich *Empowerment* zu diesen Methoden verhält.

2.2.4.3. Gemeinwesenarbeit

Im Handbuch für „Sozialwesen Schweiz“ findet sich für *Gemeinwesenarbeit* folgende Definition:

„Gemeinwesenarbeit befasst sich mit (benachteiligten) territorialen Gemeinwesen, gesellschaftlichen Randgruppen und Organisationen und bietet Methoden und Instrumente für folgende Probleme an: Bedürfnisartikulation und -abklärung bei und mit der von bestimmten Problemen betroffenen Bevölkerung; Selbstorganisation bzw. Selbsthilfe von Problem-betroffenen; (...) Bewusstseinsbildung, Erneuerung in Organisation, soziale Vernetzung in Nachbarschaft und Stadtteil, Kulturarbeit usw.“ (Handbuch Sozialwesen Schweiz zit. n. Moser et al. 1999, S. 32).

Eine sozialräumliche Strategie, die nicht das einzelne Individuum zum Anlass der Intervention macht, sondern vielmehr ganzheitliche Perspektiven fokussiert, bildet das Hauptanliegen der Gemeinwesenarbeit. Soziale Räume sollen erfasst und an den Verbesserungen der Lebensbedingungen soll gearbeitet werden, um die spezifischen Sozialisationsbedingungen zu verändern (vgl. Oeschlägel et al. 2001, S. 653).

2.2.4.3.1. Merkmale der Gemeinwesenarbeit

Um Gemeinwesenarbeit darzustellen, sind folgende Aspekte von Bedeutung:

- Interventionen im Sinne der Gemeinwesenarbeit beziehen sich nicht auf Individuen oder Kleingruppen, sondern werden in einem großflächigeren sozialen Netzwerk angelegt, das territorial (Stadtteil, Nachbarschaft, Gemeinde, Siedlung), kategorial (bestimmte ethnische, geschlechtsspezifische, altersbedingte abgrenzbare Bevölkerungsgruppen) und/oder funktional (d.h. in Hinblick auf bestimmte inhaltliche Problemlagen wie Wohnung, Bildung etc.) abgrenzbar ist.
- Basis für die Implementierung der Gemeinwesenarbeit ist die Existenz bestimmter sozialer Konflikte oder geteilter Probleme innerhalb eines sozialen Netzwerks. Gemeinwesenarbeit gilt demnach auch als „Frühwarnsystem“ für „aufkeimende“ Konflikte und übernimmt eine deeskalierende Rolle. Mit den Strategien wird nicht den Etikettierungsprozessen gemäß gehandelt: Vielmehr sieht die Gemeinwesenarbeit vor, sich auf das entsprechende Netzwerk einzulassen, um die Problemlagen bzw. Ungereimtheiten aus einer Innenperspektive zu erfassen.
- Probleme werden im Kontext von Bedarfs- und Bedarfsausgleichsstrukturen und entgegen einer Individualisierung sozialer Probleme aus einer gesellschaftlichen Perspektive wahrgenommen.

- 11 Probleme werden, entsprechend ihrer raum-zeitlichen, historischen und gesellschaftlichen Dimension, erfasst. Zudem kommen unterschiedliche wissenschaftliche Theorien zum Tragen (Sozialwissenschaften, Politische Ökonomie, Psychologie, Erziehungswissenschaft) und bilden die Basis für eine interdisziplinäre methodische Herangehensweise. Insofern gibt es nicht die eine charakteristische Gemeinwesenarbeit, sondern es existieren viele unterschiedliche Interventionsmöglichkeiten, die sich an der „lokalen Richtigkeit“ orientieren.
- 12 Gemeinwesenarbeit sieht eine trägerübergreifende Intervention vor. So zählen die Kooperation und die Koordination unterschiedlicher Dienstleistungen des Gemeinwesens zur zentralen Aufgabe.
- 13 Gemeinwesenarbeit geht mit einer Aktivierung der Bevölkerung einher und ist darauf ausgerichtet, die Ressource *Gemeinschaft* zur Bearbeitung und Lösung von Problemen heranzuziehen. Dadurch werden auch immer wieder Qualifizierungs- und Bildungsprozesse angeregt, die die Individuen über das vorhandene Potenzial hinaus befähigen, ihre Belange als Gemeinschaft selbst in die Hand zu nehmen. Gemeinwesenarbeit könnte somit als eine Intervention zur *kollektiven Organisation individueller Betroffenheit* umschrieben werden.
- 14 An die Stelle der fürsorglichen Belagerung der Einzelnen treten die Aktivierung und die Partizipation der AdressatInnen. Dies geschieht durch die Förderung einer individuellen wie auch kollektiven Selbstorganisation der Selbsthilfekräfte und der Alltagssolidarität und durch die Stärkung der sozialen Netze, u. a. durch das Bereitstellen von Infrastruktur, die niederschwellige, informell soziale Alltagskontakte ermöglicht (vgl. Galuske 2001, S. 101; vgl. Lüttringhaus et al. 2000, S. 86ff.; vgl. Oelschlägel et al. 2001, S. 653).

2.2.4.3.2. Aufgaben der Gemeinwesenarbeit

Einzelne Techniken der Gemeinwesenarbeit anzuführen, würde das Gesamtbild nicht näher zu erklären vermögen: Sinnvoll ist es jedoch eine Unterscheidung der verschiedenen Traditionslinien der Gemeinwesenarbeit zu treffen. Kriterium hierfür ist die Form, wie Menschen aktiviert werden sollen, um ihre benachteiligte Situation zu verändern. Hier ist ein breites Spektrum von Herangehensweisen evident.

Es können drei Perspektiven voneinander unterschieden werden:

- “ Gemeinwesenarbeit als Mittel der konservativen Systemerhaltung
- “ Gemeinwesenarbeit als Mittel der evolutionären Systemveränderung
- “ Gemeinwesenarbeit als Mittel der revolutionären Systemveränderung (vgl. Galuske 2001, S. 101).

Galuske betont ferner, dass die Suche nach gemeinsamen Methoden eine vermeintliche Harmonisierung erreichen würde, aber an sich eine unzulässige Verkürzung sei (vgl. ebd., S. 104): *Wohlfahrtsstaatliche Gemeinwesenarbeit* war beispielsweise um eine bessere Ausstattung von Sozialräumen mit sozialen Dienstleistungsangeboten bemüht. Für die aggressiven Ansätze innerhalb der Gemeinwesenarbeit gelten hingegen diese zurückhaltenden Maßnahmen wenn dann nur sehr bedingt: Alinsky, ein Vertreter dieses *radikaleren* Ansatzes, propagiert die Organisation benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Ziel sind gesellschaftliche Veränderungen durch die Formierung einer politischen Gegenmacht, durch die Organisation des Widerstands „von unten“. In diesem Falle soll der/die GemeinwesenarbeiterIn die AdressatInnen zur Bildung von BürgerInnenorganisationen anregen und bei ihrem „Kampf“ gegen die etablierten Macht- und Herrschaftsstrukturen beraten. Ausgestattet mit Strategien, Taktiken und Techniken für die Auseinandersetzung mit dem „Gegner“ soll die Solidarität der Betroffenen gezielt zur Umgestaltung des gesellschaftlichen Systems eingesetzt werden (vgl. ebd., S. 103).

Erscheint es demnach nicht möglich, diese unterschiedlichen Zielvorstellungen in einem einheitlichen Bild darzustellen, so zeigt sich dennoch aufgrund der Phasierung der Unterstützungsleistung eine gemeinsame Basis:

1. Feststellen und Bewusstmachen von Bedürfnissen und Zielen
2. Ordnen und Prioritätensetzung bei den Bedürfnissen und Zielen
3. Entwickeln der Bereitschaft, Anliegen in Handlungen zu transformieren
4. Auffinden der Hilfsquellen (interne und externe)
5. Übergang zur Aktion im Gemeinwesen (vgl. ebd., S. 104).

2.2.4.3.3. Entwicklungsverlauf der Gemeinwesenarbeit

Die aus den Traditionslinien der *Settlementarbeit* entwickelte *Gemeinwesenarbeit* - mit den wichtigsten Entwicklungslinien: *Stadtteilbezogene Soziale Arbeit*, *Community Organisation* und *Gemeinwesenökonomie* (vgl. Oelschlägel et al. 2001, S. 655f.) - wurde jahrzehntelang als dritte Methode Sozialer Arbeit angesehen (vgl. Lüttringhaus et al. 2001, S. 53). 1980, als Krauss, Boulet und Oelschlägel die Formulierung des Arbeitsprinzips *Gemeinwesenarbeit* vorbrachten, ergab sich dadurch ein konzeptioneller Neubeginn für die Anforderungen an Soziale Arbeit.

„Arbeitsprinzip GWA - das meint eine zu entwickelnde, zu entfaltende Grundorientierung, Haltung, Sichtweise professionellen Handelns, eine grundsätzliche Herangehensweise an soziale Probleme, wo auch immer im Bereich sozialer Berufsarbeit im weitesten Sinne“ (Oelschlägel et al. 2001, S. 65).

Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip wendet sich gegenwärtig bewusst von einer methodisch isolierten sozialpädagogischen Praxis ab, „(...) die sowohl Methode als auch Zielgruppen sorgfältig trennt, und begreift die sozio-ökonomischen und politischen Bedingungen im Lebensbereich bzw. Stadtteil als Ursachen sozialer Benachteiligungen und Folgen“ (Richter-Jungholter zit. n. Oelschlägel et al. 2001, S. 64). Unter *Gemeinwesenarbeit* ist demzufolge ein Arbeitsprinzip zu verstehen, das der Sozialarbeit insgesamt zugrunde liegen soll, um individualisierte Methodenorientierungen mit operationalen Zweckbestimmungen ohne Berücksichtigung der gesellschaftlichen Verursacherzusammenhänge überwinden zu können.

Die hier bereits aufgefundenen normativen Gemeinsamkeiten von *Empowerment* und dem *Arbeitsprinzip GWA* sollen im Kapitel *Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Stadtteilmanagement* erläutert werden.

2.2.4.4. Die Soziokulturelle Animation - ein Vergleich

Eine Bewegung, die in Frankreich ihren Ursprung hatte, wurde von Opaschowski folgendermaßen definiert: „*Animation ist eine nicht direktive Methode der Förderung der Kommunikation kreativ-kultureller Selbsttätigkeit und sozialer Aktion*“ (Opaschowski zit. n. Moser et al. 1999, S. 17). Weiters heißt es:

„Soziokulturelle Animation ist eine soziale Aktion, welche sich in verschiedenen Aktivitäten ausdrückt, abhängig von den sozialen, kulturellen und politischen Bedingungen und Möglichkeiten der betroffenen Bevölkerung. Diese Aktion zielt darauf ab, die betroffenen Gruppen zu strukturieren und zu aktivieren, um die von diesen Gruppen beabsichtigten sozialen Veränderungen zu erreichen. Die Teilnahme beruht auf Freiwilligkeit, und die Aktion findet auf der Basis demokratischer Strukturen statt. Die Mittel der Aktion sind die Methoden der aktivierenden Pädagogik, welche die Mitbeteiligung stimulieren“ („Gemeinsame Plattform der schweizerischen Schulen für soziokulturelle Animation“ zit. n. ebd., S. 20).

Das Aufgabenspektrum umfasst projektorientierte Beteiligungsprozesse, um kulturelle Aktivitäten, soziale Dienstleistungen sowie eine partizipatorische Einflussnahme hervorbringen bzw. üben zu können.

Soziokulturelle Animation ist laut der Selbstdefinition eine nicht-direktive Methode zur Motivierung, Anregung und Förderung, die sich zum Ziel setzt, eine integrative Funktion (partizipative, edukative, enkulturative, präventiv-integrative Funktionen) zu übernehmen, um die Gestaltung, Aneignung und Wiederaneignung des individuellen Alltagslebens zu unterstützen.

Charakteristisch ist die Betrachtung der soziokulturellen Animation als eine *allgemeine Dienstleistung*, die allen AdressatInnen im gleichen Maße offen stehen sollte, d.h., eine Beschränkung auf eine bestimmte Zielgruppe würde hier auch eine Beschränkung dieser proklamierten Offenheit bedeuten.

„Außerdem wird Leuten und spezifischen Gruppen, die auf verschiedenen gesellschaftlichen Gebieten Aufholbedarf haben und gezwungenermaßen eine abhängige Position haben, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Diese exklusive Aufmerksamkeit, die diesen Gruppen in der Vergangenheit öfters anheimfiel, ist in den letzten Jahren relativiert worden. Exklusive Aufmerksamkeit kann einer Stigmatisierung Vorschub leisten und zu Spannungen mit Zielsetzungen der soziokulturellen Arbeit, wie Integration und Begegnung führen“ (Spierts 1998, S. 65).

Im Gegensatz zur GWA wird hier eine klare Parteilichkeit gegenüber benachteiligten

Gruppierungen abgelehnt. Dies könnte aber auch die Behauptung provozieren, dass die politische Gewichtung vernachlässigt wird. ProponentInnen der GWA würden wahrscheinlich proklamieren, Ungleiche gleich zu behandeln, wäre die größte Ungleichheit.

Das Trennende der beiden „Aufgabenbereiche“ wird von Moser anhand zweier Aspekte beschrieben:

„Zum einen konzentriert sich die Gemeinwesenarbeit eindeutig auf die Arbeit an sozialen Brennpunkten, in unterversorgten Quartieren oder mit benachteiligten Gruppen, während sich die Animation darüber hinaus generell mit individueller Lebensbewältigung und der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und des sozialen Wandels beschäftigt. Im Weiteren ist eine Verbesserung der Verhältnisse in der Gemeinwesenarbeit nicht obligatorisch an die Teilnahme der Betroffenen gebunden, während die soziokulturelle Animation darin eine notwendige Voraussetzung sieht“ (Moser et al. 1999, S. 33).

2.3. Normatives und Kritisches

2.3.1. Individualisiert in einem liberalistischen Sog?

Empowerment muss wohl auch vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungsprozesse, der zunehmenden Pluralisierung und Individualisierung (Beck 1986) betrachtet werden: In den westlichen Industrieländern hat sich trotz anhaltender Ungleichheit nach dem Zweiten Weltkrieg der gesellschaftliche Individualisierungsschub fortgesetzt.

Diese Gesellschaftsstruktur der „Zweiten Moderne“ (Beck 1986) lässt traditionelle Stereotypen der Lebensgestaltung aufbrechen, die damit verbundenen Selbstverständlichkeiten gehen verloren, kollektive Sicherungen können schwer gewahrt bleiben, wodurch Biografien verstärkt entscheidungsabhängig werden. Diese Situation geht einher mit verstärkter Eigenverantwortlichkeit und bedingt ein zunehmendes „Auf-sich-gestellt-Sein“ innerhalb einer sozialen Situation, in der traditionelle Netzwerke augenscheinlich an Anziehungskraft verloren haben. Beck fasst zusammen: An die Stelle der Stände traten Klassen, an die Stelle der Klassen treten singuläre Verantwortungsträger:

„Es entstehen der Tendenz nach individualisierte Existenzformen und Existenzlagen, die die Menschen dazu zwingen, sich selbst - um des eigenen materiellen Überlebens willen - zum Zentrum ihrer eigenen Lebensplanung und Lebensführung zu machen. Individualisierung läuft in diesem Sinne auf die Aufhebung der lebensweltlichen Grundlagen eines Denkens in traditionellen Kategorien von Großgruppengesellschaften hinaus - also soziale Klassen, Stände oder Schichten. (...) Die Dynamik des sozialstaatlich abgesicherten Arbeitsmarktes hat die sozialen Klassen im Kapitalismus ausgedünnt oder aufgelöst. Wir stehen - marxistisch gedacht - mehr und mehr dem (noch unbegriffenen) Phänomen eines Kapitalismus ohne Klassen gegenüber mit allen damit verbundenen Strukturen und Problemen sozialer Ungleichheit“ (Beck 1986, S. 116f.).

Beck (ebd.) bringt hier deutlich die „Warnung“ zum Ausdruck, Individualisierung als sozial-nivellierende Verteilung von Chance und Risiko zu sehen. Auch wenn Milieus und vorgegebenen Laufbahnen nicht mehr die strukturierende Kraft für die individuelle Lebensgestaltung zukommt, spielen doch die soziale Herkunft und ihr Rückhalt im Verlauf des Lebens eine wichtige Rolle. Dieser „lange Atem der Herkunft“ (Blossfeld/Mayer zit. n. Böhnisch 1999) holt den Menschen gerade bei risikoreichen biografischen Einbrüchen oder krisenhaften Lebensereignissen immer wieder ein, selbst wenn gegenwärtig die individuellen Chancen, soziale Herkunft zu überwinden, innerhalb der verschiedenen biografischen Bedingungen (Schule, Ausbildung, Beruf) gestiegen sind. Böhnisch beschreibt den Unterschied zwischen den Sozialzusammenhängen der vor- und frühindustriellen Zeit und der individualisierten Struktur der industriellen Moderne folgendermaßen:

„Während man ‚früher‘ in der Regel mit seinem (vorbestimmten) Lebenslauf auf die Welt kam und sich dem schicksalhaft sicher sein konnte - aber vom Leben auch nicht mehr zu erwarten hatte - handelt es sich heute nicht mehr um unabänderliche Lebensschicksale, sondern um Lebenslaufoptionen (...) Die Chance, Lebensziele zu erreichen, die einem nicht in die Wiege gelegt werden, ist heute tendenziell gegeben. Das Risiko aber, an den gesellschaftlichen Hürden zu scheitern, in ein soziales Abseits zu geraten und keinerlei sozialen Rückhalt und Auffang mehr zu haben, wie er für die vorindustriellen Sozialkollektive selbstverständlich war (wenn auch damit die Individualität ausgeschaltet wurde) ist auch gestiegen“ (ebd., S. 38f.).

Infolge bringt diese *Zweite Moderne* den Menschen in eine ambivalente Situation:

- Einerseits bedeutet die *Enttraditionalisierung* eine ungeheure Chance und schafft verbesserte Möglichkeiten für eine Utopie, die Adorno in seiner *Minima moralia* als einen Zustand skizziert: „Eine emanzipierte Gesellschaft jedoch wäre kein Einheitsstaat, sondern die Verwirklichung des Allgemeinen in der Versöhnung der Differenzen (...) in dem man ohne Angst verschieden sein kann“ (Adorno 1969, S. 130f.).

- Andererseits steht dieser Möglichkeit auch ein Verlust von festen Orientierungsvorgaben gegenüber, woraus ein „Zwang zur Autonomie“ (Volkmann et al. 2000, S. 35) resultiert, der die Entscheidungsnotwendigkeit des Einzelnen bei steigender Selbstverantwortung umschreibt:

„Der Mensch wird (im radikalsten Sinne Sartres) zur Wahl seiner Möglichkeiten, zum homo optionis. Leben, Tod, Geschlecht, Körperlichkeit, Identität, Religion, Ehe, Elternschaft, soziale Bindungen - alles wird sozusagen bis ins Kleingedruckte hinein entscheidbar, muss, einmal zur Option zerschellt, entschieden werden“ (Beck/Beck - Gernsheim 1994, S. 16f.).

Empowerment will Unterstützungsmöglichkeiten bieten, um sich in dieser „auftuenden, verstärkt segmentierten Lebenswirklichkeit“ zurechtzufinden:

„Ziel psychosozialer Intervention wäre weniger die ‚Normalisierung‘ von aus den Fugen geratenen, ‚ver-rückten‘ Lebensentwürfen und sozialen Situationen, sondern vielmehr die Entwicklung von Fähigkeiten, das Leben mit nur wenigen ‚normativen Halteschlaufen‘ zu gestalten“ (Stark 1996, S. 63).

Stark vertritt die Ansicht, dass nicht nur der geradlinige Lebenslauf ausschließliches „Gesundheitsideal“ ist. Er betont die gesteigerte „Selbstverantwortlichkeit“ des Individuums. In diesem Zusammenhang ist die Frage angebracht, ob und in welchem Ausmaß innerhalb der *Empowerment-Tradition* die Möglichkeiten des „autonomen Subjekts“ in zu überfordernder Art und Weise in den Mittelpunkt gerückt werden, wodurch existierende „Machtfelder der Kontrolle“ im Hintergrund verbleiben könnten.

Die postmodernen Lebensentwürfe, „(...) segmentierte, multiple Identitäten, Bastel-, Patchwork- und Flickenteppichmentalitäten und entsprechende Selbstkonzepte“ (Sonntag 1999, S. 9), befinden sich keineswegs außerhalb der Machtfelder: Sennett (2000) beschreibt ebenso wie Beck (1986), dass Individualisierung und Pluralisierung ökonomisch initiierte soziologische Prozesse sind, die neben der Freisetzung aus normativen Zwängen vor allem mit einer „(...) neuen Art der sozialen Einbindung („Kontroll- bzw. Reintegrationsdimension““ (Beck 1986, S. 206) einhergehen und die Marktgängigkeit des Menschen fordern.

Eine kritische Haltung gegenüber dem *Empowerment-Ansatz* wurde von Riger (1993)

eingenommen: Sie meinte, dass die *Empowerment-Philosophie* stark von einem *Individualismus-Begriff* geprägt ist und erkannte darin Tendenzen, die die Komplexhaftigkeit der menschlichen Realität auf individualpsychologische Aspekte reduzieren. Aus einem soziohistorischen Menschenbild hervorgegangen, das ein westliches „*social and economic belief system*“ (Riger 1993, p. 280) widerspiegelt, werden strukturelle Problemlagen und politische Angelegenheiten zu persönlichen gemacht: „*In the context of empowerment, if the focus of inquiry becomes not actual power but rather the sense of empowerment, then the political is made personal and ironically, the status quo may be supported*“ (ebd., p. 281).

In kritischer Absicht wird das proklamierte Menschenbild in das Zentrum gerückt, das mitunter eine Ideologie mitproduziert hat, die die strukturellen Machtverhältnisse verwässert, gegebene Bezüge zur systemischen Realität negiert und dabei dem Bild des durchsetzungskräftigen, autonomen Subjekts frönt:

„Menschen sollen, ‚Umweltkontrolle‘ (Herriger 1997, S. 54) erlangen und ihnen soll ‚gelingendes Lebensmanagement in Selbstbestimmung‘ (ebd. 169) ermöglicht werden. Menschen sollen ‚handelnd das lähmende Gewicht von Fremdbestimmung und Abhängigkeit ablegen‘ (ebd. 73) und das ‚Schneckenhaus der Resignation verlassen und zu Aktivposten in der Gemeinde werden‘ (ebd. 183). All diesen Begriffen und Metaphern liegt ein autonomer Subjektbegriff zu Grunde, in dem das Subjekt als eine aus gesellschaftlichen Bedingungen herausgelöste Denkfigur verstanden wird, die frei auf die Welt einwirken kann und sie so bestimmen kann“ (Quindel/Pankhofer et al. 2000, S. 36f.).

Ogleich sich die Lebensentwürfe der AdressatInnen Sozialer Arbeit vielmehr abhängig, denn autonom darstellen, Zielvorstellungen des selbstbestimmteren Lebens aber sehr wohl im Vordergrund der sozialen Intervention stehen (somit auch Erwähnung finden müssen), stellt sich die Frage, ob und wie sehr innerhalb des *Empowerment-Konzeptes* die Machtstrukturen und Kontrollmechanismen der gegenwärtigen Lebensentwürfe verharmlost und die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten des Individuums auf das politische Geschehen überschätzt werden.

Herriger beispielsweise beschreibt in Hinblick auf die Erlangung des psychologischen Empowerments die wesentliche Bedingung der internalen Kontrollüberzeugung „(...) als die feste Überzeugung der Person, durch eigene Kraft die alltäglichen Lebensumstände verändern zu können; hingegen: ein geringes Maß an externaler Kontrollüberzeugung: die Ablehnung der Vorstellung, die Lebensverhältnisse und die Lebenswege seien unver-

änderlich, durch mächtige Andere (belief in powerful others), durch Zufall (chance control) oder durch Schicksal (belief in luck) vorherbestimmt“ (Herriger 1997, S. 183).

In kritischer Absicht wäre hinzuzufügen, dass das persönliche Gefühl, „empowered“ zu sein, nicht gleichzeitig bedeuten kann, Strukturveränderungen en passant vornehmen zu können, wie das mitunter sehr subtil zum Ausdruck gebracht wird.

Im *Empowerment-Konzept* werden zwar neben „Selbstbemächtigungsententionen“ auch ausführlich weiter reichende Bestrebungen beschrieben, aber:

„Partizipation findet meist auf kommunaler, politischer Ebene statt, während der Einfluss auf die globalen ökonomischen Prozesse durch die Politik immer kleiner wird. So droht eine partizipative Schrebergarten-Landschaft zu entstehen, in der die BürgerInnen ihre demokratische Beteiligung üben können, während sich über ihren Köpfen und auch über den Köpfen der gewählten PolitikerInnen der neoliberale Kapitalismus austobt“ (Quindel/Pankhofer et al. 2000, S. 38f.).

Übertragen auf das bürgerschaftliche Engagement wäre zu hinterfragen, ob sich bei der angesprochenen Einflussnahme die Machtverteilung verschiebt oder ob sich z.B. Mitsprachemöglichkeiten bei bereits vorgefassten Handlungsoptionen ergeben (vgl. Staub-Bernasconi 1998, S. 32f.), was für ein *Empowerment-Geschehen* nicht unwesentlich wäre:

- Wäre dementsprechend ein Misslingen von *Empowerment* auf Machtverhältnisse zurückzuführen, die die Ressourcen trotz bemühter Intervention ungleich verteilen und benachteiligten Menschen vorenthalten?
- Mit welcher Situation sehen sich Profis der Sozialen Arbeit konfrontiert, wenn sie versucht sind, im Sinne von *Empowerment* unterstützend zu agieren?

Dem Empowerment-Konzept liegt als Machtkonzept die Repressionshypothese zugrunde: Macht - die der anderen, aber auch die eigene - wird in einem solchen Verständnis vor allem als Behinderungsmacht wahrgenommen, als illegitime Macht, die den Großteil der Menschen einseitig behindert und benachteiligt (vgl. Staub-Bernasconi 1998, S. 28f.). Für eine Soziale Arbeit resultiert daraus folgende Situation: Professionelle erleben sich mit ihren tatsächlichen Unterstützungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Problemlagen (Sozialabbau, Arbeitslosigkeit) als hilflos, als *mittelbar Leidende* (vgl. Bourdieu et al.

1998, S. 217ff.). In der Arbeit mit sozial benachteiligten Menschen bedingt die Tatsache der gegebenen Ressourcenverknappung - eher das Gefühl der Unterlegenheit und Ohnmacht, da die Veränderung der Machtverhältnisse als illusorisch erscheint. „Behinderungsmacht“ in „Begrenzungsmacht“ - im Sinne einer den Menschen gerechten und legitimen Macht - transformieren zu können (vgl. Quindel/Pankhofer et al. 2000, S. 35f.), erweist sich als eine innerhalb der Sozialen Arbeit/Sozialpädagogik sehr traditionelle, vor allem innerhalb der Gemeinwesenarbeit grundlegende Arbeitsmotivation, aber dennoch als „trügerisches“ Ziel. Wird für die SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen erkennbar, dass die gesellschaftliche Ebene wenig beeinflussbar ist, so meinen die Autoren Quindel und Pankhofer (ebd.), dass sich die Profis in ihrer beratenden und unterstützenden Arbeit letztendlich wieder auf die psychologisch-individuellen Prozesse beschränken. Dies kann zu einer Intervention führen, die sich wiederum auf die individuelle Anpassung und die Fähigkeit zur Selbstdisziplinierung der *KlientInnen* bezieht. Die spezifische, gesellschaftliche Realität, die durch eine Verknappung der Ressourcen und deren ungleiche Verteilung gekennzeichnet ist, bliebe dadurch weitgehend unbeeinflusst.

„The dilemma is that if we focus on changing individuals to better cope with a sick society we neglect analysis of root causes and may even diffuse the impetus for social change, but individuals who are 'coping' better with their lives have more energy to put into groups and campaigns that push for change“ (Riger 1996, p. 72).

Soziale Arbeit kann in diesem Sinne die Sozialpolitik nicht ersetzen, soll aber die großen soziopolitischen Zwänge auch bei lokalen Aktivitäten nicht außer Acht lassen. Der *Empowerment-Prozess* bedeutet, eine Entwicklung zu vollziehen, damit strukturelle Problemlagen als solche betrachtet werden können, d.h., ein kritisches Reflexionsvermögen erlangt werden kann. *Empowerment* in der Sozialarbeit meint eine individuelle sowie kollektive Mobilisierung im Sinne des Gemeinwesens. Individuelle und soziale Verhältnisse/Anliegen sollen die „Privatheit“ durchbrechen, um auf diesem Wege eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, wodurch sich immerhin die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Sensibilisierung und Aktivierung ergibt. Laut Beck (vgl. Volkmann 2000, S. 37) bedarf es einer kritischen Öffentlichkeit, die jegliche Verschleierung und Verharmlosung der technischen Nebenfolgen und die teilsystemischen Nichtzuständigkeitserklärungen von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik nicht mehr hinnehmen will. Erst durch die öffentliche Sensibilität gegenüber problematischen Facetten der Modernisierung kann „(...) *der Stein*

ins Rollen gebracht werden“ (Volkmann et al. 2000, S. 37). Werden Missstände dem Verborgenen enthoben, so werden Probleme zu nicht aufschiebbaren Handlungsaufforderungen. Eine zunehmende politische Antriebskraft der Einzelnen, ein steigendes Verantwortungsgefühl der AkteurInnen liegen laut Beck dem reflexiven Modernisierungsprozess als Möglichkeit zugrunde: Individualisierte Akteure müssen Ich-zentriert denken und handeln. Außerdem stehen sie unter ständigem Entscheidungsdruck. Doch dieser Zwang, für das eigene Leben vermehrt eigenverantwortlich Entscheidungen zu treffen, veranlasst grundsätzlich zur Politisierung (vgl. Volkmann et al. 2000, S. 36; vgl. Salustowicz et al. 1998, S. 116). Dennoch verweist Beck (1986) auf den für eine politische Durchsetzungskraft wichtigen Entwicklungsprozess, der im Individualisierungsprozess angelegt ist und sich dergestalt äußert:

„Die Betroffenen müssen mit sich selbst austragen, wofür armutserfahrene, klassengeprägte Lebenszusammenhänge entlastende Gegendeutungen, Abwehr- und Unterstützungsformen bereithielten und tradierten. Das Kollektivschicksal ist in den klassenzusammenhanglosen, individualisierten Lebenslagen zunächst zum persönlichen Schicksal, zum Einzelschicksal mit nur noch statistisch vernommener aber nicht mehr (er)lebbarer Sozietät geworden und müßte aus dieser Zerschlagung ins Persönliche erst wieder zum Kollektivschicksal zusammengesetzt werden“ (Beck 1986, S. 144).

Empowerment geht grundsätzlich mit dem Entwicklungsprozess einher, Rahmenbedingungen herzustellen, die das Individuum von einer zunehmenden Ich-Zentriertheit zu befreien vermögen, sich an einer Durchsetzung von Möglichkeiten zur Teilhabe an Entscheidungsprozessen orientieren, um das gemeinschaftliche Agieren, ein soziales Zusammenwirken, zunehmend gewährleistet zu sehen. Vor diesem Hintergrund ist *Empowerment* eine „logische Reaktion“ auf individualisierte Lebenszusammenhänge.

2.3.2. Postmoderne und Kommunitarismus - der Versuch einer Synthese

Stark nimmt den *Empowerment-Diskurs* zum Anlass, die weitgehend kontrovers diskutierten Inhalte der Postmoderne und des Kommunitarismus zusammenzuführen. Seiner Meinung nach bilden diese beiden sozialphilosophischen Strömungen die notwendige Grundlage, um den aktuellen gesellschaftspolitischen Anforderungen nach mehr Basisbeteiligung, der Förderung von *Empowerment* gerecht zu werden.

„Postmodern stellt sich die Gesellschaft als ein Gewebe höchst unterschiedlicher Gruppen, Lebensformen und Ansprüche dar. Daher sind Konzepte und Strategien der Differenz und Pluralität, nicht solche der Einheit angebracht und nötig“ (Welsch zit. n. Stark 1996, S. 63).

Vor dem Hintergrund vielfältiger Lebenswelten und Lebensstile bedeutet Pluralität im alltagsweltlichen, aber auch im professionellen Handeln, unterschiedlichen Perspektiven Raum zu geben:

- “ Als Konsequenz treten auf politischer Ebene eine zunehmende *Dezentralisierung* und *Regionalisierung* in den Vordergrund. Einer Region oder Subgruppe autonome Entscheidungen zu ermöglichen, bedeutet einerseits die Anerkennung vielfältiger Lösungsmöglichkeiten und ermöglicht andererseits eine Stärkung des Selbstbewusstseins und der BürgerInnenidentität.
- “ Im Rahmen des postmodernen Diskurses gilt es auch das Mehrheitsprinzip, das als traditioneller Konflikt- und Steuerungsmechanismus fungiert, in Frage zu stellen. Eine „Aufwertung des Erfahrungswissens von Minderheiten“ verweist direkt auf die Kritik an der Reichweite und der Universalität des gegenwärtigen StellvertreterInnenprinzips. Zur Debatte steht, wie sehr *Betroffenheit* zum *ExpertInnenstatus* erhoben werden könnte, um unmittelbar Betroffenen „(...) *die letztendlichen Entscheidungen über sie betreffende Regelungen zu überlassen, soweit dies nicht andere Gruppierungen entscheidend einschränkt*“ (Guggenberger zit. n. ebd., S. 64).

Die Option, mit Widersprüchen zu rechnen und Differenzen hervortreten zu lassen, würde für viele Politikbereiche eine Transformation in Richtung „beratschlagende Politik“ bedeuten:

„Letztendlich (...) geht es darum, ‚die philosophische Politik‘ aufzugeben. Im Gegensatz zur ‚Politik der Intellektuellen‘ und der ‚Politik der Politiker‘, die beide Standpunkt-Politik betreiben, muss der postmoderne Politiker ein ‚Widerstreit-Politiker‘ werden, der erkennt, dass inkommensurable Rechte aneinander scheitern und dass die politische Aufgabe und Lösung nicht darin bestehen kann, dem einen ‚richtigen Standpunkt‘ zum Sieg zu verhelfen, sondern dass es jenseits solcher Durchsetzung mit dem unaufhebbaren Konflikt der vielen legitimen Ansprüche anders und noch einmal im Sinne von Gerechtigkeit umzugehen gilt“ (Fechner zit. n. ebd., S. 65).

Postmoderne Lebensentwürfe fordern aber auch die praktische Soziale Arbeit heraus, ihre Strukturen auf Basis dieser Pluralität zu realisieren: Von disziplinierenden Versuchen in

Richtung „Imitations-Identität“ wäre dementsprechend abzusehen. Vielmehr gilt es „(...) *seine Identität so auszubilden, dass sie, der aktuellen Pluralität gewachsen, Identität in Übergängen ist*“ (Welsch zit. n. ebd.).

Eine „postmoderne Zuversicht“ zeichnet sich vor allem für das von sozialen Restriktionen befreite Individuum ab:

„Es scheint, dass der einzige Faktor, der wahrhaftig fähig ist, konstitutive Ordnungsmotivationen der Moderne auszugleichen und schließlich außer Kraft zu setzen, ein Pluralismus der Macht und folglich der Pluralismus autoritativer Meinung ist. Nur Pluralismus gibt die moralische Verantwortung für das Handeln ihrem natürlichen Träger zurück: dem handelnden Individuum“ (Baumann zit. n. Kron et al. 2000, S. 223).

Individuelle Durchsetzungskraft und Gestaltungsmöglichkeit erschließen sich jedoch nicht im „luftleeren Raum“, sondern müssen immer wieder in Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Verwobenheit der Einzelnen betrachtet werden. Es ergeben sich relative Möglichkeiten, die eigene Identität immer wieder neu zu erarbeiten und zu erlernen, die eigene soziale Welt mit verschiedenen, parallelen Identitäten zu gestalten. Dies alles ist aber mit dem Attribut der „riskanten (glorifizierten) Chance“ versehen, da jene durch diese Freisetzungprozesse gewonnenen Gestaltungsmöglichkeiten dennoch mit materiellen und sozialen Ressourcen korrespondieren. Somit ist generell die Möglichkeit des Gewinns als auch des Verlusts gegeben (vgl. Stark 1996, S. 66).

Der Kommunitarismus ist weitgehend von einer skeptischen Haltung gegenüber dem instrumentellen Individualismus getragen und postuliert eine „Rettung des Sozialen“ (vgl. ebd., S. 68).

Nach Meinung der KommunitaristInnen bedarf es bestimmter Werte der Solidarität, der Partizipation und des gegenseitigen Respekts, um gemeinsam geteilte, einheitsstiftende soziale Zielvorstellungen formulieren und demokratisches Handeln implementieren zu können. *„Wichtig sind hier soziale Bewegungen, in denen sich Bürger selbst organisieren (...). Diese Bewegungen erzeugen einen Sinn für zivile Macht, ein Gemeinschaftsgefühl bei der Verfolgung von Zielen“* (Taylor zit. n. ebd., S. 69).

Diese idealtypischen Werte einer „Kultur der Kohärenz“, wie sie vom Kommunitarismus angestrebt werden, können sehr leicht totalitär anmuten, vor allem dann, wenn die positiven Folgen des Freisetzungsprozesses zugunsten anderer normativer Ausrichtungen,

wie soziale Normen, Zwänge und gesellschaftliche Kontrolle, aufgegeben werden sollen. Im Stil des postmodernen Diskurses sind es vielmehr „ertragene Divergenzen“, die integrierende Kraft besitzen und die eines sozialen Rahmens der Mitsprache und Teilhabe bedürfen.

„In Gesellschaften, in denen die Pluralität der Lebensformen und die soziale Relativität der eigenen Meinung und des eigenen Interesses nicht nur Gegenstand intellektueller Reflexion, sondern alltägliche Erfahrung geworden sind, müssen jene Quellen identitärer Gemeinschaftlichkeit versiegen, die der von den Kommunitaristen so gelobten ‚Kultur der Kohärenz‘ (Bellah) entspringen. Es sind nicht mehr Ähnlichkeiten des religiösen Bekenntnisses, ethnischer Merkmale oder nationaler Traditionen, die moderne Gesellschaften integrieren, sondern einzig ihr historisches Kapital ertragener Divergenzen“ (Dubiel zit. n. ebd., S. 70).

Der hierbei angesprochene Grundkonflikt zwischen individuellen Interessen und der Schaffung eines gemeinschaftlichen, identitätsbildenden Konsenses lässt sich dementsprechend nicht normativ lösen, sondern bedarf konkreter Handlungssituationen, die eine kulturelle Konfliktfähigkeit voraussetzen.

„Da sich die Fähigkeit zur aktiven Auseinandersetzung mit Konflikten und unterschiedlichen Interessen gerade in unserer Gesellschaft nicht von selbst herausbildet, ist es notwendig, zu analysieren, wie Prozesse dieser Art ablaufen und welche Rollen Professionelle im psychosozialen Feld dabei spielen können“ (ebd., S. 71).

Für die Interventionsebene bedeutet das, soziale Räume zu öffnen, sodass individuelle Anliegen in einem anerkennenden Rahmen artikuliert und die Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung erprobt werden können, um schließlich die Anliegen des entsprechenden Gemeinwesens zu formulieren. Vor diesem Hintergrund bedeutet professionelles Agieren, die fördernden pädagogisch-psychologischen Bedingungen für Partizipationsprozesse und Einmischung zu erarbeiten, die Anregung solcher Entwicklungen als ein Ziel professionellen Handelns zu begreifen (vgl. ebd., S. 89), eine Pflege des kulturellen Kapitals zu betreiben, das die Kompetenz und Autonomie der sozialen Bewegungen fördert.

Ein *Empowerment-Prozess* versucht in diesem Sinne, mit Sicht auf individuelle und gemeinschaftliche Problemlagen, die Entwicklung einer gesellschaftlichen Konflikt- und Gestaltungskultur zu unterstützen.

„Konkret geschieht dies in Zusammenhängen, in denen Individuen und Gruppen Erfahrungen von selbstorganisierter Gestaltungsfähigkeit in der Gemeinschaft machen können. Empowerment beruft sich dabei auf Werte, die die Gestaltungsmöglichkeiten einer postmodernen Gesellschaft mit der Erweiterung der Potentiale von Individuen und Gruppen hervorheben, wie auch die identitätsstiftenden Prozesse der Gemeinschaft“ (ebd., S. 72).

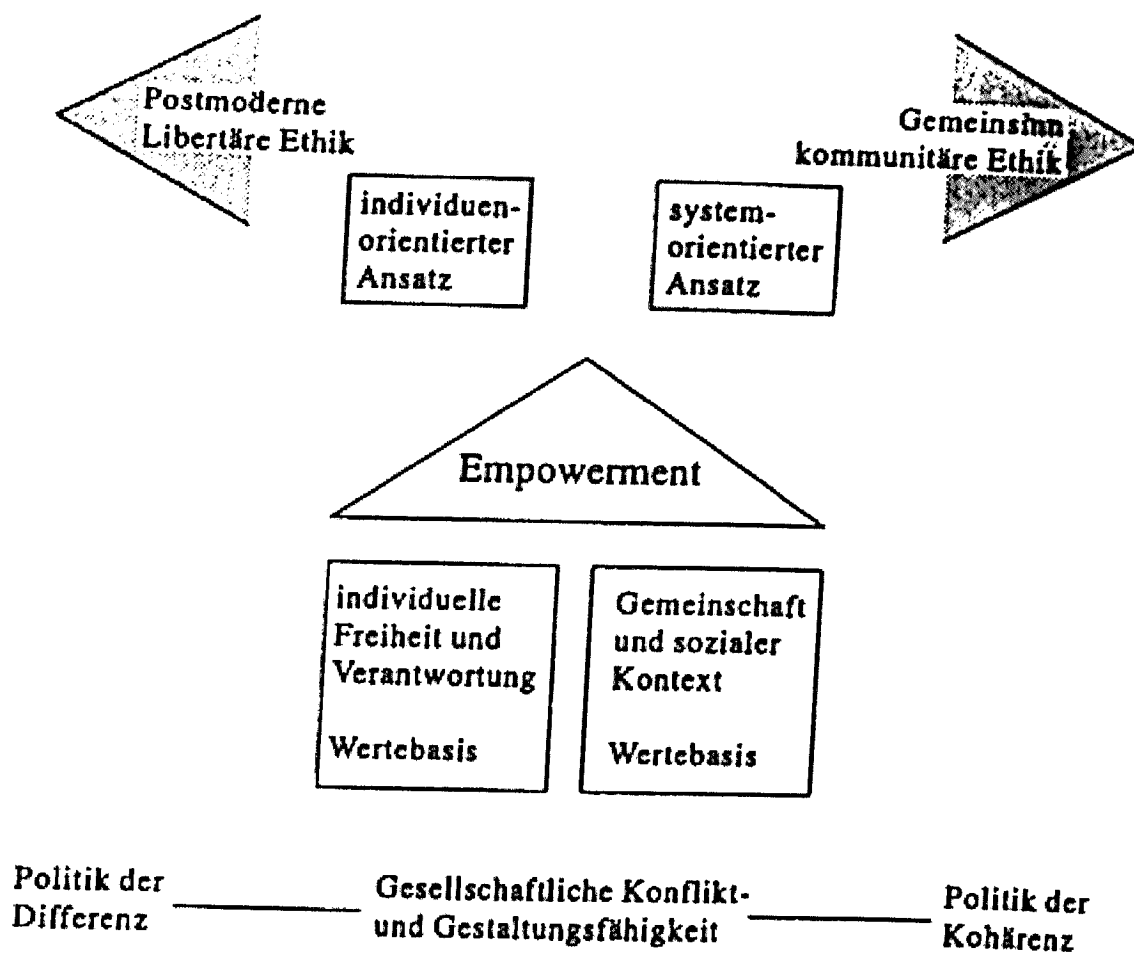
Empowerment soll das Individuum dabei unterstützen, eine bislang tabuisierte, erdrückende Identitätskultur, repressive soziale Normen zur Disposition zu stellen, um auf Basis des reflexiven Gehalts die Möglichkeiten einer relativen Gestaltungsfreiheit zu erlangen.

„Individuell sinnstiftende Werte können jedoch nur unter liberalen Bedingungen hergestellt werden; benötigt werden dabei vielfältige Möglichkeiten der Partizipation und sozialen Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen, durch die die Zustimmung und Identifikation der einzelnen zu gemeinschaftlich geteilten Werten und dem Gemeinwesen entwickelt und immer wieder erneuert werden können“ (Dubiel zit. n. ebd., S. 70).

Im postmodernen Diskurs erweist sich das Individuum als „Baumeister des Sozialen“ oder als „aktives Gestaltungs- und Organisationszentrum seiner sozialen Beziehungen und Lebenspläne“ (vgl. Keupp 1995) und ist getragen von dem Ethos des „*Glaubens an die Macht des freien Willens und der individuellen Verantwortlichkeit, eine libertäre Ethik*“ (Yeo zit n. Stark 1996, S. 72). Ausschließlich diesem postmodernen Diskurs zu folgen, wäre wenig praktikabel, denn auch gegenwärtige Gesellschaftsstrukturen sind durch soziale Ungleichheiten empfindlich eingeschränkt. Die allzu einseitige Betonung der individuellen Verantwortlichkeit für die eigene soziale Situation führt besonders leicht zu einer zynischen Variante des ‚*blaming the victim*‘ (vgl. ebd.).

„Reine“ kommunitaristische Ideen können totalitär anmuten, wenn traditionell überlieferte, vereinseitigende moralische Werte dem Individuum „übergestülpt“ werden und dadurch das kreative Potenzial der Einzelnen bzw. der Gemeinschaft „beschnitten“ wird. Folglich wird nachvollziehbar, dass eine psychosoziale Handlungsperspektive versucht sein muss, diese beiden Denkansätze, Differenz (Postmoderne) und Kohärenz (Kommunitarismus), zusammenzuführen. Die zentrale Handlungsaufforderung entspringt der Fragestellung,

„(...) wie ein übergreifender Wertzusammenhang beschaffen sein kann, der einerseits durch neue Formen der gesellschaftlichen Solidarität den destruktiven Tendenzen einer weiteren Individualisierung entgegenwirkt, ohne andererseits dem radikalen Pluralismus liberaler Gesellschaften zuwiderzulaufen“ (Honneth zit. n. ebd., S. 68).



(erweitertes Schema nach Yeo 1993)

Abbildung 4: Postmoderne und Kommunitarismus - über den Versuch einer Synthese/ Quelle: Stark 1996

Empowerment scheint auf handlungsorientierter Ebene die Gegensätze zwischen Postmoderne und Kommunitarismus überwinden und zusammenführen zu können. Nach Yeo (vgl. ebd.) birgt das *Empowerment-Konzept* die Möglichkeit in sich, die Kluft zwischen den kommunitären Werten und der postmodernen Annahme von individueller Freiheit und Verantwortung auf der Handlungsebene zu überbrücken. Verantwortung wird dabei nicht - im Gegensatz zu „blaming the victim“ - dem einzelnen Individuum zugeschrieben. Das Handlungsinteresse im Sinne von *Empowerment* besteht darin, Bewältigungshilfen auch aus dem sozialen Kontext zu beziehen.

Interventionen im Sinne einer *Empowerment-Perspektive* beziehen bei der Bearbeitung etwaiger Problemlagen die systemischen Gegebenheiten des Individuums und die Strukturen, die die Individuen mitproduzieren, mit ein, um möglichst ganzheitliche Unterstützungsmöglichkeiten ausfindig zu machen und effizient nützen zu können.

2.4. Traditionelles und Modisches

2.4.1. Mehr als eine „Hilfe zur Selbsthilfe“?

Empowerment ist „angetreten“, um die am Einzelfall orientierte Handlungsmaxime, um das Konzept der „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu überwinden. Das in der Sozialen Arbeit proklamierte Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ beschreibt lediglich die Illusion einer größeren Autonomie des behandlungsbedürftigen Subjekts. Stark (1996) findet hierfür eine kritische Akzentuierung: *„Bei Hilfe zur Selbsthilfe geht es nicht um die Herstellung von Selbstbewusstsein - im Sinne eines Wissens um die eigene Geschichte, den eigenen gesellschaftlichen Ort und um die Verbesserung der eigenen Lage, sondern um die Herstellung arbeitsfähiger und arbeitswilliger Subjekte. Und wer nicht funktionieren kann und will, für den heißt Hilfe gleich Ausgrenzung und Einschließung“* (Diemer u. Völker zit. n. Stark 1996, S. 113).

„Empowerment bezieht sich nicht auf bestimmte, eingegrenzte Störungsbilder oder definierte Handlungsfelder, sondern auf das Potential menschlichen Handelns in der Gemeinschaft und die Auswirkungen auf die einzelnen Personen, ihre sozialen Zusammenhänge, Institutionen und Strukturen“ (ebd., S. 154).

Es gilt, sich auf die Lebenswelt der AdressatInnen einzulassen und den durch soziale Dienstleistungen hervorgebrachten selektiven Umweltbezug (Fragmentierung lebensweltlicher Problemzusammenhänge durch hochgradig arbeitsteilig organisierte Systeme) zu überwinden. Es bedarf einer Praxis, die die lebensweltlichen Definitionen der AdressatInnen aufgreift, Unterstützungshandeln auf jene Interaktionsnetze und strukturelle Kontexte ausweiten kann, in denen problematische Lebenslagen verortet sind (vgl. Herriger 1997, S. 165).

Wird beim zuvor zitierten Konzept - „Hilfe zur Selbsthilfe“ - noch die Reaktion auf belastende Situationen in den Mittelpunkt gerückt und werden kollektive Bewältigungsmöglichkeiten eher vernachlässigt, so stellt sich *Empowerment* als eine besondere und interaktiv angelegte Form der Bewältigung von Lebenssituationen dar, die die bisherigen Konzepte mit sozialen und systemischen Bezügen erweitert:

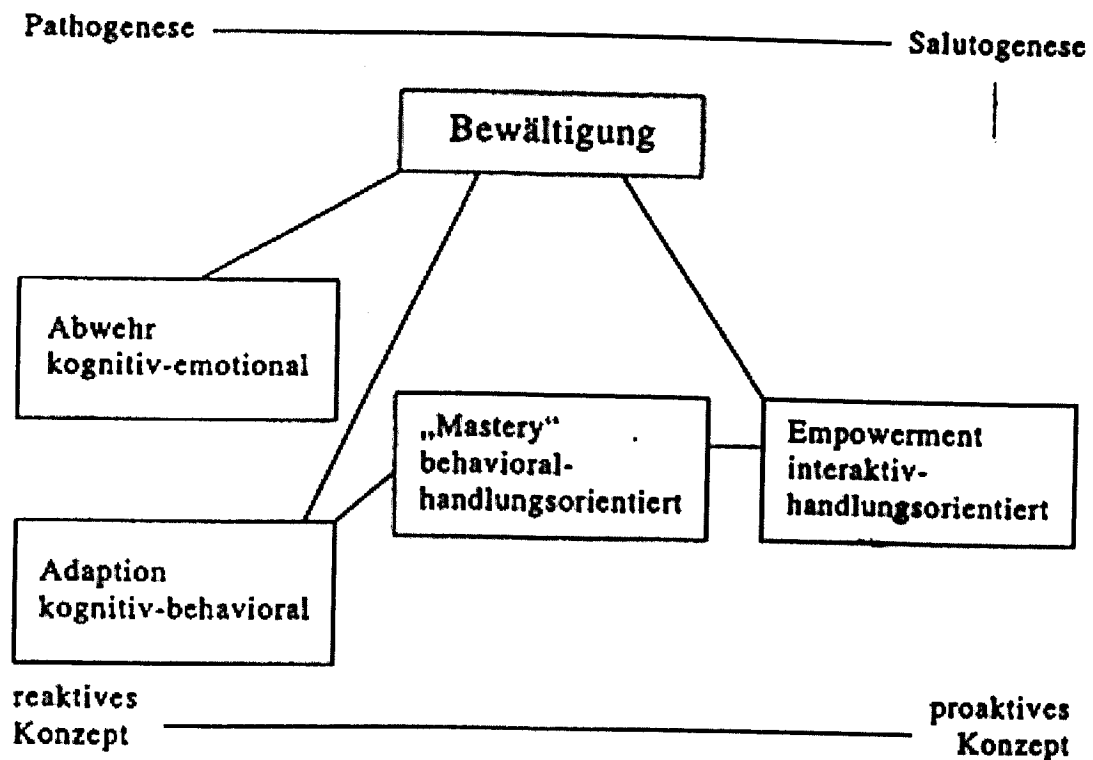


Abbildung 5: Bewältigungsansatz und Empowerment/Quelle: Stark 1996

Empowerment würde in diesem Konzept dann sowohl auf der **kognitiven** wie auch auf der **behavioralen/handlungsorientierten** Ebene Formen des **individuellen und kollektiven Potenzials** von Bewältigung beschreiben, die sich nicht nur auf den Ausgleich des negativen Gleichgewichtszustandes beziehen. Die präventive und stabilisierende Funktion von Bewältigungsverhalten wäre damit gleichzeitig und notwendig eine gestaltende Funktion, die sowohl individuell als auch kollektiv vor sich geht. Intervention im Sinne von *Empowerment* kann sich im Idealfall genau dort konstituieren, wo Probleme

generiert werden. Lebensweltbezug oder Alltagsbezug nehmen jenen Ort zum Ausgangspunkt der Intervention, an dem die AdressatInnen in bestimmte soziale Netzwerke mit mehr oder minder stark ausgeprägten Hilfsressourcen leben. Diese gilt es möglichst gut zu nutzen, um eine zusätzliche Stabilität im Unterstützungssystem der sozialen Dienste zu erlangen.

2.4.2. Mehr als Partizipation?

In diesem Kapitel soll vorerst dem Wesen von partizipativen Prozessen, von BürgerInnenbeteiligungsprojekten nachgegangen werden. In diesem Kapitel wird angestrebt, individuelle und soziale „Notwendigkeiten“ der gesellschaftlichen Mitwirkung zu erfassen. Die Begrifflichkeiten der Partizipation/BürgerInnenbeteiligung sowie deren Möglichkeitsgehalt sollen differenziert dargestellt und diese im Zusammenhang mit *Empowerment* geklärt werden.

BürgerInnenbeteiligung steht für *Nachhaltigkeit* und *soziale Verträglichkeit* (vgl. Nicolini et al. 2001, S. 3). Im Begriff *Nachhaltigkeit* sind mehrere Verträglichkeitspostulate versammelt: Umwelt- und Raumverträglichkeit, Sozial- und Humanverträglichkeit, Zukunftsverträglichkeit. Soziale Verträglichkeit bezeichnet die langfristig gerechte Verteilung von Lasten und Nutzen. Die Konflikte und Forderungen, mit denen Bürgerinitiativen zu tun haben, sind in der Regel Verteilungskonflikte. Zur Frage, wie diese Forderungen produktiv umgewandelt werden könnten, meint Nicolini: „*Gewiss ist eines: Nachhaltigkeit und soziale Verträglichkeit sind keine Fertigprodukte, die etwa von Wirtschaft und Politik hergestellt werden können. Nachhaltigkeit und soziale Verträglichkeit sind soziale Prozesse, die auf Bürgerbeteiligung angewiesen sind*“ (ebd., S. 4).

Nicht eine vordergründige Akzeptanz gilt es zu erreichen, sondern ein langfristiges Einverständnis. Diese Zielperspektive verlangt einen *kontinuierlichen dialogischen Prozess*, bei dem Widersprüche der gesellschaftlichen Verhältnisse transparent werden und so verhandelt werden können, dass die Ergebnisse langfristig als konstitutiv und vernünftig erfahren werden.

Bevor die Grundbedingungen der BürgerInnenbeteiligungsprozesse angesprochen werden, erscheint es notwendig, den „Standort“ für Beteiligungsprozesse, das Zusammenwirken von Bürgerschaft und Staat durch ein „Gegenübersein“ zu erörtern.

„Das Zusammenwirken von Bürgerschaft und Staat entsteht nicht durch Vereinnahmung, sondern durch ein Gegenübersein (...) Diese Entfremdung, die Trennung voneinander ermöglicht erst das zivilisierte Leben. Worauf alles ankommt, ist die Form der Entfremdung, sind die Mechanismen der Relation. In der Trennung von Gesellschaft und Staat, nicht in der Aufhebung der Trennung, hat Bürgerbeteiligung ihren Ort, Sprachort (...) Bürgerbeteiligung kann jedoch auch nicht darauf abzielen, sich in den Staat hineinzuverflüssigen und umgekehrt darf sich der Staat nicht bestimmte gesellschaftliche Aufgaben anmaßen. Nicht integrierend, sondern ködernd arbeitet demgemäß ein politischer Griff, mit der Aufforderung, herbei ihr Bürger, wir alle sind Staat, wir alle sind Regierung'“ (ebd., S. 5f.).

Derartige populistische Verheißungen führen nach Nicolini nicht dazu, die Demokratie zu stärken, sondern sie vielmehr abzuschaffen (vgl. ebd.).

Die Begriffe *Partizipation* und *Beteiligung* werden zunehmend synonym verwendet. Bei näherer Betrachtung scheinen sie aber durchaus unterschiedliche Handlungsfelder zu besetzen. So spricht Lüttringhaus von *BürgerInnenbeteiligung*, wenn formale EntscheidungsträgerInnen im unterschiedlichen Maße Einfluss auf die politische Diskussion gewähren. „Der Begriff Bürgerbeteiligung kann als rein passiver Akt verstanden werden, bei dem lediglich reaktiver Einfluss gewährt wird (Teilnahmegewährung)“ (Lüttringhaus 2000, S. 22). Ein aktiv gestalteter Prozess, bei dem es nicht nur um eine strukturelle Möglichkeit zur Teilnahme geht, sondern auch darum, wie diese Möglichkeit aufbereitet wird, wie Bürgerbeteiligung qualifiziert wird, geht mit einer Teilnahmestärkung einher (vgl. ebd., S. 22). Folgt man dieser Argumentationskette, so bezeichnet *Teilnahme* das aktive Wahrnehmen der Gestaltungsmöglichkeiten von BürgerInnen.

„Der Begriff verdeutlicht, dass Teilnahmegewährung und Teilnahmestärkung sowie Teilnahme voneinander abhängige Größen sind. Partizipation erfordert die Teilnahmestärkung durch die formal legitimierten EntscheidungsträgerInnen sowie die Teilnahme der BürgerInnen (...) Partizipation = Beteiligung/Teilnahmegewährung/Teilnahmestärkung + Teilnahme“ (ebd., S. 22).

Demnach ist der Akt der Partizipation an ein praktisches Geschehen, an das handelnde Prinzip gebunden. Werden Beteiligungsmöglichkeiten geboten, diese aber nicht angenommen, hat in diesem Sinne niemand partizipiert.

Abhängig vom Ausgangspunkt ergeben sich unterschiedliche Auffassungen von *Partizipation*. Ein „instrumentelles Partizipationsverständnis“ besetzt das politische Feld und

umschreibt eine Methodik, um eine politische Mitwirkung anzusprechen.

Ein „normatives Verständnis von Partizipation“ könnte hingegen auch beschrieben werden und stellt einen gesamtgesellschaftlichen integrativen Handlungsprozess - welcher nicht nur auf das übliche politische Agieren reduziert werden kann - dar. Somit setzt sich *Partizipation* auch außerhalb des politischen Raumes fort, vermag sich auf das Mitwirken an sozialen und ökonomischen Prozessen zu beziehen und steht ebenfalls für eine Beteiligung an der Gestaltung des sozialen Lebens.

Partizipation erlangt dadurch zwei wesentliche Funktionen:

- “ Eine Funktion, um einen gemeinschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Entwicklungs- und Integrationseffekt zu erzielen
- “ Partizipation ist konstituierend für demokratische Belange bei der Übernahme der BürgerInnenrolle.

„Demokratische Teilhabe verkörpert Bürgerrechte und Bürgerwille, ist Kommunikation und Aktion, enthält Verfahren und Methoden, drückt Erwartungen und Werthaltungen aus. Demokratische Teilhabe ist konstitutiv für die Stabilität und die Entwicklung unserer Gesellschaft. Ihre Förderung ist eine grundlegende, kontinuierliche Aufgabe des Staates und der Kommunen sowie der sie tragenden Institutionen“ (Heye et al. 2001, S. 18).

Demokratiequalität ist demnach abhängig von der Anzahl der beteiligten BürgerInnen sowie von der systemischen Möglichkeit zur BürgerInnenbeteiligung. Doch bevor Bürgerbeteiligung „passieren“ kann, gilt es, „die BürgerInnen zu ermöglichen“ (vgl. Dienel et al. 1999, S. 177).

Ob die Rolle des Bürgers/der Bürgerin wahrgenommen werden kann, hängt weitgehend davon ab, welchen Wirkungsradius die Problemlösung besitzt. Im funktionalen Nahbereich ist das Mitwirken am Herstellen eines bindenden Konsenses möglich, ist kollektive Lösungsfindung praktikabel. Dort ist nämlich derlei gegeben:

- die Information über und Wissen in Bezug auf den Problemkontext,
- die Fähigkeit und Bereitschaft, das Gemeininteresse zu erkennen und sich damit zu identifizieren, und

- “ die Motivation zur Teilnahme am Lösungsprozess (vgl. ebd., S. 184).

Nach Dienel sind es diese drei Voraussetzungen, die der Unterstützung bedürfen, sodass der „Souverän“ partizipieren kann (vgl. ebd.).

Ob jemand seine BürgerInnenrolle übernehmen kann oder nicht, ist aber immer auch an bestimmte Allokationsprozesse gebunden. Barrieren, sich zu beteiligen, ergeben sich vor allem dort, wo sozial Benachteiligte mit geringen materiellen, kulturellen und sozialen Mitteln seltener an partizipativen Prozessen mitwirken.

„Soziales Selbstbewusstsein streut nicht gleichmäßig; soziales Selbstbewusstsein haben Menschen, die in einer ungleichen Gesellschaft relativ gut positioniert sind, mit höherer Wahrscheinlichkeit als sozial Schwache. Und ein solches soziales Selbstbewusstsein erleichtert politische Aktivität. Eben deshalb ist eine wenig geformte, wenig institutionalisierte Aktivität (z.B. Bürgerinitiativen) die Form, in der sozial Selbstbewusste besonders erfolgreich agieren können“ (Pelinka 1993, S. 18).

Diese Schichtdifferenz zeigt sich besonders in der Akzeptanz des Mediums *Sprache*. Der Anspruch, BürgerInnen an umfassenden Planungsprozessen beteiligen zu wollen, kann bereits scheitern, wenn sich diese Vorhaben ausschließlich auf sprachlicher Ebene manifestieren. *Sprache* als handlungsleitendes Medium hat erst für mittlere Bildungsschichten Bedeutung (vgl. Herrmann et al. 2001, S. 182). Vor diesem Hintergrund wird augenscheinlich, dass ausgleichende Unterstützungsmodelle, Institutionen oder Verbände erforderlich sind, die den vermehrten Artikulationsfähigkeiten der sozial Stärkeren entgegensteuern (vgl. Pelinka 1993, S. 18) sowie alternative Unterstützungsmodelle in einen Arbeitsansatz (Zukunftswerkstätte, Planungszelle, Open-Space-Technologie) integrieren können. Diese Überlegungen kommen einem *Empowerment-Verständnis* sehr nahe.

Das Ziel des *Empowerment-Ansatzes* ist es, Unterstützungsarbeit zu leisten, um eine größere soziale Teilhabe aller Bevölkerungsschichten zu erlangen. Dies erfordert die Auseinandersetzung mit den oben genannten Hindernissen partizipativer Prozesse, um letztlich günstige Voraussetzungen für bislang Benachteiligte ableiten zu können. Besonders hilfreich ist es, eine situationsbedingte „vorbereitete Umgebung“, einen „Raum für Dialoge“ zu schaffen, in dem es möglich wird, „(...) die Vorstellungen und Visionen der Menschen über ihr eigenes Leben und ihre soziale Umwelt in unterschiedlichen Situationen ernst zu nehmen und auf Ausdrucksvielfalt geachtet wird“ (Stark 1996, S. 83). Der Ruf nach

Partizipation war bislang zwar grundlegend richtig, dennoch verblieb Partizipation bislang zu sehr im „Prinzipiellen“, trat bislang zu sehr als Top-Down-Modell zu Tage. In der Literatur wird *Partizipation* zumeist auf Planungsprozesse beschränkt, die gemeinte Teilnahme äußert sich in der Wahlmöglichkeit zwischen bereits ausgearbeiteten, verschiedenen Vorschlägen:

„Das heißt, Probleme und Ziele werden nicht von den Betroffenen, sondern im Wesentlichen von ExpertInnen (...) definiert (...) diese entwerfen auch die Formen der Beteiligungsprozesse (...) Den Betroffenen wird ein Katalog von Lösungsmöglichkeiten vorgelegt, aus dem sie eine Variante auswählen können“ (Lenz 2002, S. 19).

Empowerment hingegen nimmt sich des „subjektiven Faktors“ an, nimmt die individuelle „Betroffenheit“ zum Anlass einer sozialarbeiterischen Intervention und ist bestrebt, Teilhabe zu gewährleisten und die Zugangschancen der *Betroffenen* zu erweitern.

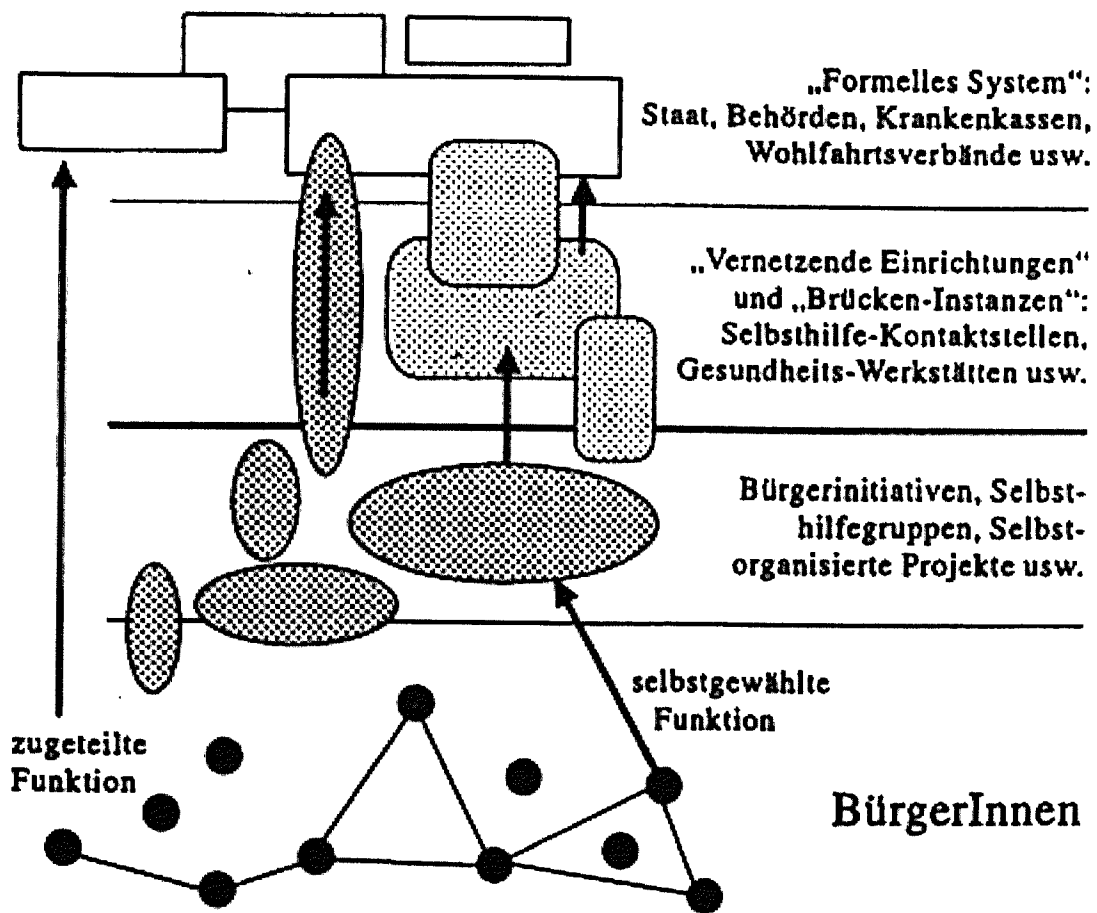
„Die Teilhabe (...) beruht auf ‚Bottom-up‘-Strategien (...) ausgehend von individuellen Bedürfnissen (...) spezifischen Ressourcen, übernehmen in diesem Ansatz die Betroffenen (...) von Anfang an Verantwortung (...) und entwickeln unter Einbeziehung außenstehender Vorschläge (...) eigene Lösungswege und Bewältigungsstrategien für ihre spezifischen Probleme“ (ebd.).

Vor diesem Hintergrund ergibt sich auch ein zweiter, sehr wesentlicher Aspekt für einen *Empowerment-Prozess*: Einmischung in die Gestaltung der Lebenswelt bedeutet hier nicht mehr, dass der/die Einzelne „passiv wartet“, bis er/sie bei einer Verwirklichung der Sozial- und Umweltplanung mitmachen darf oder muss. Viel eher wird eine aktive Einmischung „von unten“ favorisiert: Betroffene sind ExpertInnen für ihre individuellen Lebensentwürfe und nehmen von Anfang an am Prozess teil, werden nach ihren Erfahrungen und Wünschen und um ihre Meinung befragt und bilden so einen „(...) *zentralen Bestandteil der Planungsgruppe des jeweiligen Vorhabens*“ (Stark 1996, S. 87).

Empowerment scheint demnach „mehr“ zu sein als *Partizipation im Sinne einer Teilnahme*. *Empowerment* drückt die konzeptionelle Entschlossenheit aus, individuelle und kollektive Belange aus der Sicht der Betroffenen transparent zu machen, und geht mit der Vorstellung einher, den Betroffenen den realen Einfluss und die Kontrolle über ihre Lebensgestaltung (wieder) zu geben. Für professionell gestützte *Empowerment-Prozesse* bedeutet dies, Beteiligungsmöglichkeiten zu evozieren, um Abkoppelungen zwischen lebensweltlichen und systemischen Prozessen entgegenzuwirken.

Partizipation äußert sich in einem Gewährenlassen, um unter vorgefassten Meinungen

wählen zu dürfen. *Empowerment* aber will, „(...) Machtverhältnisse (...) transformieren; durch die eigene Veränderung, durch die Veränderung von Beziehungen in der Gesellschaft und die Veränderungen kultureller Muster“ (Terselic 2001, S. 2). So erlangen BürgerInnen einen Status, um in selbstgewählter Funktion ihre dringlichen Lebensfragen zu thematisieren und im Rahmen dieses *Empowerment*-Prozesses selbst die Regie zu übernehmen.



(aus: Kranich 1990, S. 12)

Abbildung 6: Teilhabe versus Teilnahmen/Quelle: Stark 1996

2.4.3. Mehr Qualität!

Pädagogische Methoden bringen Ideen zur Planbarkeit, Kalkulierbarkeit und Machbarkeit von Entwicklungsverläufen hervor. Folglich wird der Anspruch erhoben, durch den Einsatz erprobter „Verfahrenstechniken“ ein bestimmtes Ziel erreichen zu können.

„Die Veränderungen von Menschen im Medium sozialer Beziehungen können jedoch nicht mit der technischen Beherrschbarkeit der unbelebten Natur verglichen werden. Wird diese technische Machbarkeit auf einen pädagogischen Kontext übertragen, so kann dies mitunter der ‚Gefahr einer herrschaftlichen Verfügung der Sozialarbeit und Sozialpädagogik über ihre Klienten‘ Vorschub leisten“ (Galuske 1998, S. 45).

Ob eine solche „Gefahr“ wirklich besteht, ist allerdings nicht von dem Methodeneinsatz selbst abhängig, sondern viel eher davon, „wer“ im Interventionsprozess die Zielsetzung vornimmt.

Werden die Aufgabenfelder der Sozialen Arbeit ausschließlich darin gesehen, Normalzustände bzw. Normalverläufe zu bewahren und zu reproduzieren, so würde dies bedeuten, Soziale Arbeit hätte neben der Unterstützungsleistung auch Kontrollaufgaben zu erfüllen.

Grundsätzlich definiert sich eine traditionelle pädagogische Herangehensweise als Anpassung an etablierte Normalitätsstandards und konzentriert sich nicht auf die Unterstützungsleistung zur Verwirklichung der individuell geprägten Lebenspläne.

Werden die skizzierten Strukturbedingungen des „doppelten Mandats“, des Miteinander von Hilfe und Kontrolle in der Interventionspraxis Sozialer Arbeit befolgt bzw. zu verwirklichen versucht, so scheint es „beschwerlich“, den Balanceakt zwischen einem Eingriff in die Lebenspraxis und der Wahrung der Autonomie der Subjekte zu vollführen.

Die Bewahrung des Selbstbestimmungsrechtes der AdressatInnen einzig auf der Ebene ethischer Postulate abzusichern und diese basalen Überlegungen dem „guten Willen“ der SozialarbeiterInnen zu überlassen, kann ferner nicht Ziel einer engagierten Sozialen Arbeit sein. Die proklamierten ethischen Forderungen gilt es methodisch umzusetzen, d.h. es bedarf der methodischen Sicherung von KlientInnenrechten:

„Als logische Konsequenz zeigte sich, dass personenbezogene Soziale Arbeit nur in kooperativer Handlungsweise vollzogen werden kann. AdressatInnen sind demnach nicht mehr zur passiven Annahme der Hilfe verpflichtet, sondern als Ko-Produzenten aktiv am Interventionsprozess beteiligt (...) Zum Zweck der ‚Verbesserung der Dienstleistungsproduktivität‘ im qualitativen Sinn erfordert es eine systematische Einbeziehung des Konsumenten als Produzenten, von Anfang an (...) Was auf der Seite der Professionellen als Erziehung, Bildung, Unterstützung, Beratung etc. erscheint, ist auf der Seite der Subjekte Aneignung, d.h. Produktion von Verhalten, Bildung, Gesundheit (...). Im Erbringungsverhältnis der sozialen Dienstleistung ist der Professionelle der Ko-Produzent, das aktiv sein Leben verändernde Subjekt hingegen der primäre Produzent“ (Schaarschuch et al. 1999, S. 553f.).

Um diese pädagogische Leistung auf einer hohen qualitativen Ebene erbringen zu können, bedarf es der Verbesserung der Kooperation zwischen den AdressatInnen und den professionell Tätigen, sodass eine „Teilhabe“ an der Entdeckung und Planung von individuellen Lösungsmöglichkeiten, Zielvorstellungen und Optionsräumen realisiert werden kann. Innerhalb der Sozialen Arbeit wäre es nicht nur aus ethischen Gründen bedenklich, vorbestimmte „gute“ Wege zu gehen, sondern auch praktisch wenig effizient: *„Der biographische und situative Eigensinn der Subjekte ist eine nicht hintergehbare Voraussetzung eines gelingenden Unterstützungsprozesses. Methodisches Arbeiten heute hat (...) von der Notwendigkeit auszugehen, dass der Klient selber den ihm gemäßen Weg finden muss“* (Galuske 1998, S. 47).

Sollen die Interventionen gemäß dieser „Dienstleistungsphilosophie“ Erfolg haben, so sind alle Beteiligten aufeinander angewiesen. Für den *Empowerment-Ansatz* ist diese Forderung nach Partizipation grundlegend. AdressatInnen sozialer Dienste treten demzufolge als AkteurInnen auf, die den Entwicklungsverlauf entscheidend prägen.

„Grundlage allen Empowerment-Handelns ist die Anerkennung der Gleichberechtigung von Professional und Klient, die Konstruktion einer symmetrischen Arbeitsbeziehung also, die auf die Insignien einer ‚wohlmeinenden‘ Bevormundung verzichtet, die Verantwortung für den Arbeitskontrakt gleichverteilt und sich auf einen Beziehungsmodus des partnerschaftlichen Aushandelns einlässt („sharing power“)“ (Herriger 1997, S. 33).

Angesichts dieser *Empowerment-Prämissen* verändern sich nicht nur die professionellen Handlungsspielräume, sondern verschiebt sich auch die Machtverteilung zwischen Profis und AdressatInnen. Das trotz Einbezugs von *Empowerment* weiterhin von *KlientInnen* gesprochen wird, mutet deshalb auch etwas „merkwürdig“ an. Der Prozess der „Klientifizierung“ verweist immer auf ein eindeutiges Machtverhältnis (vgl. Pankhofer et al. 2000, S. 13).

Empowerment bietet eine Grundhaltung, die kein verkürztes technokratisches Weltbild impliziert, sondern jenes beinhaltet. Neben der größtmöglichen Offenheit für die konkrete Ausgestaltung verschiedener Hilfsformen ist auch eine Zurücknahme der Vormacht der ExpertInnen zu verzeichnen (vgl. Seckinger et al. 2000, S. 13). Demgemäß würde eine Ignoranz seitens der professionellen Kräfte gegenüber dem *Empowerment-Ansatz* eher reaktionär anmuten, ließe sich doch ein qualitätsvoller Entwicklungsprozess in den jeweiligen individuellen und kollektiven Gestaltungsprozessen zeigen, die an Rahmenbedingungen für Partizipations- und Feedbackverfahren usw. gebunden sind. Outputsteuerung darf sich nicht darauf reduzieren, den Fokus allein auf leicht messbare Größen, auf erreichte Ziele zu richten.

Vielmehr muss sie sich die Mühe machen, die Qualität des gegangenen Prozesses abzubilden und die prozessbestimmenden Strukturen und zugrunde liegenden Kompetenzen zu erfassen. Es geht um den Inhalt des Tuns und nicht darum, „(...) besessen vom Willen, Dinge zu tun, gleichgültig gegen den Inhalt des Tuns“ (Adorno 1969, S. 94).

Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement haben im psychosozialen Bereich vor dem Hintergrund geringer werdender öffentlicher Mittel inzwischen Hochkonjunktur. Professionelle Arbeit sollte sich an aufgaben- und zielorientierten Qualitätskriterien messen lassen. Diese inhaltliche Entwicklung ist entscheidend an die Begriffe *Partizipation* und *Empowerment* gebunden, besonders hinsichtlich der Frage, welche Qualitätskriterien als sinnvoll erachtet werden und wer über diese Kriterien und deren Überprüfung bestimmt. In diesem Zusammenhang müssen die drei Personengruppen: *Kostenträger, Professionelle Dienste und AdressatInnen* unterschieden werden (vgl. Gmür et al. 2000, S. 47). Die Problematik in der aktuellen Debatte um die Qualitätssicherung liegt aber vor allem darin, dass diese Fragen äußerst einseitig, nur in Hinblick auf die Einrichtungen und Dienste hin diskutiert werden. Dort dominieren zumeist betriebswirtschaftliche Rationalisierungs- und Einsparkonzepte, die mit der Qualitätsentwicklung nur eingeschränkt zu tun haben (vgl. ebd., S. 49).

In progressiveren Ansätzen werden einseitig ökonomisch ausgerichtete Qualitätsmanagementanalysen abgelehnt, weil diese die Prozesse der Unterstützungsarbeit auf Quantitäten reduzieren, komplexe soziale Zusammenhänge trivialisieren und ein mechanistisches Menschenbild transportieren. Versteht sich Soziale Arbeit als Geschehen zwischen Gruppen oder Menschen, so müssen alle Beteiligten gemeinsam die Qualität

bestimmen (vgl. Stiemert-Strecker et al. 2000, S. 52).

Nach Keupp (2000) gilt es, den Diskurs über die Qualität der Unterstützungsleistung aus dem „stählernen Gehäuse“ der instrumentellen Vernunft, des Verfahrensfetischismus und der ökonomisch orientierten Sachzwänge zu „befreien“. Er will vor allem folgenden Bezugspunkten Platz einräumen, die auch wichtige Reformprozesse im sozialen Dienstleistungsfeld versprechen:

- 11. Einerseits das Nicht-Übergehen der AdressatInnen samt ihrer Lebensvorstellungen: Wobei sich die Frage aufdrängt, was Qualität aus der Sicht der AdressatInnen bedeutet. Profis der sozialen Dienste haben nicht das Recht zu definieren, was für AdressatInnen qualitativ ist. Aus einer autoritären Haltung heraus resultierende Interventionen bergen die Gefahr von Bevormundung, Fremdkontrolle und fürsorglicher Belagerung in sich und reduzieren Menschen auf triviale Systeme, deren Erleben sich in quasi-mechanischen In- und Outputszenarien beschreiben lässt. Vor diesem Hintergrund erscheint die Notwendigkeit der Umsetzung eines *Empowerment-Grundsatzes* dringlich. Die Qualität der Sozialen Arbeit muss sich einer Bewertung durch die AdressatInnen unterziehen. Soll Qualität mehr sein als die Erfüllung formaler Kriterien, so ist eine Integration der AdressatInnen psychosozialer Arbeit in den Qualitätsdiskurs unumgänglich. Psychosoziale Arbeit ist keine Dienstleistung an einem passiven Kunden, sie lässt sich nicht auf technische Dimensionen, zu deren Bearbeitung es ExpertInnen bedarf, reduzieren. Vielmehr ist psychosoziale Arbeit durch das *Uno-Actu-Prinzip* gekennzeichnet: Der Erfolg entsteht erst durch die aktive Zusammenarbeit von Hilfeanbietern und Hilfesuchenden (vgl. Seckinger et al. 2000, S. 11; vgl. Schaarschuch et al. 1999, S. 553f.).
- Andererseits die politisch normative Dimension: Diese hebt hervor, dass *„Leitlinien künftiger Sozialpolitik Ergebnis einer kritischen Evaluation jener Lernprozesse sein sollten, die in der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte enthalten sind (...) Das Leitbild einer Wohlfahrtsgesellschaft sollte einerseits von dem Grundbedürfnis der Menschen ausgehen, ‚Subjekte des eigenen Handelns zu sein‘ (...) andererseits sollte das Prinzip kollektiver, sozialer und systemischer Sicherungssysteme zu Abfederung gesellschaftlicher Existenzrisiken grundlegend erhalten bleiben“* (Keupp et al. 2000, S. 23). Waren sozialstaatliche Unterstützungsleistungen bislang darauf ausgerichtet, individuelle Kompensationsleistungen zu erbringen,

werden zukünftig vielmehr jene Interventionskonzepte im Mittelpunkt stehen, die die Grundsätze der Lebenssouveränität und die Förderung ziviler Solidarität in sich vereinen. Für den Bereich der Sozialpolitik wird immer häufiger die Perspektive einer aktiven Bürgergesellschaft gefordert. In der Diskussion entsteht das Bild der „demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft“, die von der Rekonstruktion des Sozialen durch eine aktive und kompetente Gesellschaft geprägt ist (vgl. ebd., S. 24). *Empowerment* inkludiert nun mitunter den Aufgabenbereich, überlastete soziale Beziehungen zu reorganisieren, und fördert neue soziale Kontakte, um die Zivilgesellschaft zu stärken und die aus dem Sozialkapital gewonnenen Unterstützungsleistungen beziehen zu können, ohne dabei das allgemein gesellschaftliche Aufgabenfeld der grundsätzlichen Sicherungsnotwendigkeit der Einzelnen zu vernachlässigen.

3 EMPOWERMENT IM KONTEXT DES STADTTEILMANAGEMENTS

Wie bereits erwähnt, weist das Konzept der *Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit*, ausgearbeitet von Hinte und Karas (1989), auf eine der wichtigsten Entwicklungsverläufe innerhalb der GWA hin. Seit 1981 werden in Stadtteilen von Essen (Hösterfeld und Besen) Projekte nach diesen konzeptionellen Vorstellungen durchgeführt. Diese initiierten Kooperationsmodelle zwischen der Universität („Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit ISSAB“), der Stadtverwaltung und Arbeiterwohlfahrt trugen wesentlich zur weiteren Ausformulierung und praktischen Erprobung des Konzeptes sowie zur wissenschaftlichen Begleitung bei.

Grundlegend für diesen sehr spezifischen Ansatz waren die Traditionslinien der GWA (Boulet u.a. 1980) wie auch die erziehungskritischen Ansätze der *non-direktiven Pädagogik* (vgl. Hinte et al. 2001, S. 77).

Aus den Feldern der GWA werden insbesondere folgende Traditionslinien aufgegriffen:

- Organisation individueller und kollektiver Betroffenheit unter dem Primat der Selbstorganisation
- Parteilichkeit für die von den Folgen repressiver Sozialpolitik betroffenen Bevölkerungsgruppen
- Lebensweltorientierung
- Aktivierung statt fürsorgliche Betreuung (vgl. ebd., S. 77).

GWA, Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und schließlich *Stadtteilmanagement* sind die Entwicklungsstationen eines sozialräumlichen Ansatzes. Diese von der Kommune eingeleiteten Interventionsprinzipien stellen lokale Strategien dar, deren primäres Ziel es ist, zur Verbesserung von Lebensbedingungen, vornehmlich in benachteiligten sozialen Räumen (Stadtteilen), nachhaltig beizutragen.

Hierfür bedarf es einerseits der Aktivierung, Organisation und des Trainings der Zielgruppen und andererseits der durch Akquisition, Bündelung und Management erschlossenen Ressourcen der Verwaltung und institutionellen Strukturen, die schließlich in Projekten zur „aktiven Lebensweltgestaltung“ zusammengeführt werden.

In den 90er-Jahren wurde von Hinte der Begriff des *Stadtteilmanagements* vorgeschlagen, um anzuzeigen, dass die genannten Koordinations- und Organisationsaufgaben in den Stadtteilen nicht mehr ausschließlich mit „sozialen Arbeitsschwerpunkten“ erfüllbar waren, sondern im erheblichen Ausmaß „Managementaufgaben“ beinhalteten (vgl. Hinte et al. 2001, S. 83ff.).

„Wirkungsvolle Stadtteilmanager/innen sind Instanzen, die zwischen der Bürokratie (...) und der Lebenswelt der Menschen in den Wohnquartieren angesiedelt sind und in beide Welten hineinwirken. Auf der Seite des Wohnquartiers geht es darum, kollektive Aspekte individueller Betroffenheit zu organisieren, Menschen an einen Tisch zu bringen, Nachbarschaften zu stärken, lokale Potentiale zu mobilisieren (...) Auf der Seite der Politik, Verwaltung und Institutionen geht es darum, Ressourcen zu bündeln und nutzbar zu machen für die Arbeit im Stadtteil. So konfrontiert Stadtteilmanagement politische und Verwaltungsinstanzen kontinuierlich und respektvoll, aber deutlich mit den Lebens- und Wohnbedingungen der Bevölkerung, (...) Stadtteilmanager/innen agieren als intermediäre Instanzen, die zwischen Lebenswelt und Bürokratie angesiedelt sind“ (<http://www.uni-essen.de/issab/arbans>).

Gegenwärtig bedingen vor allem die folgenden zwei Aspekte eine „Renaissance“ der GWA, des Stadtteilmanagements bzw. der Sozialen Stadtteilentwicklung:

- “ Die Erhebung der GWA zum Arbeitsprinzip für jegliche Problembearbeitungen im Rahmen der Sozialpädagogik/Sozialen Arbeit, programmatisch bedingt durch die *Reformulierung der Anomietheorie* (Böhnisch 1999) bzw. der Ausformulierung des Konzeptes der *Lebensweltorientierten Sozialen Arbeit* (Grunwald/Thiersch 2001)
- “ Zudem haben bestimmte Entwicklungstatsachen dazu beigetragen, dass der Zusammenhang von GWA und Stadtteilentwicklung wieder verstärkt diskutiert wird: *Lokale Agenda 21* (UNO 1991), die Krise der „sozialen Stadt“, die Programme einer „behutsamen Stadterneuerung“ (Pfothenhauer 2000), das Bild der Stadt als Unternehmen, Management des Wohnungsmarktes und die Vorhaben des „neuen Steuerungsmodells“, das mit der Proklamation der Bürgerstadt einhergeht (vgl. Rothschuh et al. 2001, S. 38f.).

Eine sozialpädagogische/sozialarbeiterische Thematisierung der Programme zur Stadterneuerung setzt sich mit folgender Frage auseinander: Wie kann der Weg einer autoritären Eingriffsplanung - beispielsweise die „Kahlschlagsanierungen der rückständigen Viertel“ - hin zu einem behutsamen Umgang mit den kulturellen und sozialen Gegebenheiten einer

Stadt gefunden werden? Seit Beginn der 80er-Jahre wurde die Stadtentwicklung in zunehmendem Maße als eine Verknüpfung städtebaulicher, sozial- und beschäftigungspolitischer, ökologischer, kulturpolitischer und umweltrelevanter Aspekte begriffen (vgl. Pfotenhauer et al. 2000, S. 276).

Diese umfassende, den offenen Diskurs fördernde Erneuerungspolitik stellte, dem Postulat einer sozial- und bewohnerorientierten Erneuerung gehorchend, das Prinzip der BürgerInnenbeteiligung in den Mittelpunkt. Vor diesem Hintergrund gelang es in einen *offenen Planungsprozess* zu treten, um Ansätze einer Anpassung der Stadtteilentwicklung an die Anforderungen des alltäglichen Lebens durchzusetzen.

„Die Verlaufsformen der *behutsamen Stadterneuerung* werden durch - Abstimmung der Maßnahmen mit den BewohnerInnen, Reflexion der jeweiligen Lebenswirklichkeiten, Aufnahme der Bedarfe der Bevölkerung, kleinteilige Erneuerung von Wohnungen, eigentümerunabhängige Mieterberatung etc. - geprägt und sind in Erneuerungsprojekten geläufig geworden“ (ebd., S. 252).

Diese erhaltenden Erneuerungsstrategien wurden häufig mit den Folgen der Aufwertungs- und Gentrifizierungsprozesse - welche seitens der Kommune nicht selten angestrebt werden - in Verbindung gebracht. Können diese Tendenzen trotz intensiver Gegensteuerung auch nicht zur Gänze behoben werden, so vermögen Untersuchungen wie jene aus Berlin-Kreuzberg darzustellen, dass vor dem Hintergrund einer *behutsamen Stadterneuerung* „(...) vor allem mittels gezielter öffentlicher Förderung eine Stabilisierung der Erneuerungsmieten und damit auf absehbare Zeit eine soziale Konsolidierung möglich ist“ (ebd., S. 252). Tatsache ist, dass sich Stadtplanung und GWA - im Besonderen das Stadtteilmanagement - einander genähert haben (vgl. Alisch 2001; vgl. Hinte 2001).

Seit der UNO-Konferenz in Rio 1992 ist die *Agenda 21*, die „politische Tagesordnung für das 21. Jahrhundert“, zu einem Leitbild gesellschaftlicher Modernisierung geworden. Gefordert wurde eine nachhaltige Entwicklung (sustainable development), die es anhand einer konstruktiven Vernetzung der drei gleichwertigen Zielgrößen gesellschaftlicher Entwicklung umzusetzen gilt: Stabilisierung der ökologischen Systeme, bestandsfähige Entwicklung und soziale Gerechtigkeit. „*Global denken - lokal handeln*“, dieses bekannte Schlagwort bringt die Botschaft der Lokalen Agenda 21 auf den Punkt“ (Breyer et al. 2001, S. 6). Das Programm fordert die Kommunen dazu auf, mit ihren BürgerInnen, lokalen Organisationen und der Wirtschaft in einen Dialog zu treten, um gemeinsam die jeweiligen lokal-

orientierten, spezifischen Entwicklungspotenziale hervorzubringen und ein gemeinsames Zielbewusstsein im Namen aller gesellschaftlichen Bereiche zu aktivieren. Um Gegensätze zwischen ökonomischer Entwicklung, ökologischer Tragfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit zu thematisieren, um Interessenskonflikten begegnen zu können, bedarf es der Beteiligung aller AkteurInnen. Dieses Modernisierungsprogramm stellt ein Kooperationsmodell dar, das möglichst viele BürgerInnen einbeziehen sollte, um die Verantwortlichkeit breit zu streuen. (vgl. ebd., S. 11ff.).

Dieser Forderung entsprechend, sollte die Beteiligung der betroffenen Menschen gewährleistet werden, „(...) wobei die Agenda 21 ausdrücklich auf Personen der allgemeinen Lebenswelt, die bisher benachteiligt oder nicht beachtet wurden, hinweist (Frauen, Kinder und Jugendliche, indigene Gemeinschaften der Bevölkerung)“ (Oelschlägel et al. 2001, S. 21). So betrachtet, erscheint das Agenda 21-Programm als ein Gegenentwurf zur neoliberalen ökonomischen Globalisierung, die Menschen und Umwelt vorwiegend unter dem Blickwinkel aktueller Marktfähigkeit und Verwertbarkeit betrachtet. Die Agenda 21 ist ein Entwicklungsprogramm, das versucht, die gerechte Verteilung von Arbeit, Einkommen und Lebenschancen sowie die Endlichkeit und „Störanfälligkeit“ der Natur gleichermaßen in den Vordergrund zu stellen.

Mit der „Krise der sozialen Stadt“ sind Prozesse der verstärkten sozio-ökonomischen Polarisierung gemeint, die zur räumlichen Konzentration jener Personen und Haushalte führen, die in ähnlicher Weise diskriminiert und benachteiligt sind. Die gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, ist deshalb notwendig, weil BewohnerInnen solch spezifischer Räume diese Prozesse selbst nicht mehr aufhalten können und deshalb eine integrierende Stadtentwicklungspolitik stabilisierend eingreifen sollte bzw. muss (vgl. ebd., S. 21f.).

3.1. Voraussetzungen für eine beginnende Stadtteilarbeit

3.1.1. Unser Raum und unsere Möglichkeiten

Die mit den ökonomischen Umstrukturierungen verbundene Polarisierung und

Ausdifferenzierung unserer Gesellschaft, die sich in den Wohn- und Lebensformen ausdrücken, bilden den Ausgangspunkt für die Initiierung des *Stadtteilmanagements* (vgl. Alisch et al. 2001, S. 8).

„Hinter diesen strukturellen Ausdifferenzierungen stehen erhebliche sozio-kulturelle Heterogenisierungen (Lebensstile, multikulturelle Ausdifferenzierungen), die sich wiederum auf die Nachfrage nach Wohnraum auswirken. Da diese Nachfrage sozial selektiv ist, entstehen unübersehbar sozial-räumliche Polarisierungen in den Großstädten“ (ebd.).

Dies äußert sich dergestalt, dass bestimmte soziale Räume über weniger soziales, kulturelles und ökonomisches Kapital verfügen, was sich benachteiligend auf die BewohnerInnen und ihre Entfaltungsmöglichkeiten auswirkt und soziale Probleme nach sich zieht.

- In entsprechenden „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (vgl. Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung) werden Projekte des Stadtteilmanagements durchgeführt, mit dem Ziel, „(...) die Lebens- und Wohnbedingungen für deren BewohnerInnen nachhaltig zu verbessern“ (Alisch et al. 2001, S. 12), um residentiell-segregativen Prozessen entgegenzuwirken. Benachteiligte Quartiere zeichnen sich durch Eigenschaften aus, die entweder die Lebensführung beschwerlich machen und/oder die Handlungsmöglichkeiten objektiv einschränken (infrastrukturelle Defizite). Die immaterielle Dimension, die in Verbindung mit dem negativen Image eines Quartiers steht, darf nicht negiert werden: Dieses negative Image ruft nach innen und außen Effekte (Stigmatisierungs- Etikettierungsprozess) hervor, die die Handlungsmöglichkeiten der BewohnerInnen nachhaltig beeinträchtigen (vgl. Oelschlägel et al. 2001, S. 22).
- In vernachlässigten Quartieren potenzieren sich die Problemlagen. Um diese Fehlentwicklungen zu vermeiden, ist eine sozialverträgliche Stadtteilentwicklung mit einem integrierten Politikansatz notwendig, der eine Wohnungs-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sowie eine Stadtteilentwicklungsplanung umfasst. Dabei geht es um kleinräumige Strategien sowie um bürgernahe, ortsangepasste und flexible Konzepte, die dazu dienen, die Zielsetzungen der kommunalen Sozialpolitik umzusetzen (vgl. Koller-Tejeiro et al. 2001, S. 55ff.).

Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang,

„(...) dass diese Quartiere und ihre Bewohner solche Prozesse nicht mehr selbst aufhalten können und deshalb eine integrierte Stadtteilentwicklungspolitik stabilisierend eingreifen muss. Hier liegt ja auch der Anlass für Landes- und Bundesprogramme für Stadtteile mit besonderem Erneuerungs- oder Entwicklungsbedarf, die sich auf das Quartier als sozialen Raum richten und die Entwicklung und Stabilisierung der meistens noch vorhandenen Potenziale fördern“ (Häußermann zit. n. Oelschlägel 2001, S. 22).

- 13 Das nahe Wohnumfeld als ein überschaubarer und gestaltbarer Lebensraum, *als zentrale Ressource zur Lebensbewältigung* soll dahingehend gestaltet werden, dass wichtige Ressourcen für Lebensbewältigung, Existenzsicherung, Austausch in und Teilhabe an sozialen und institutionellen Gegebenheiten erfahrbar werden. Stadtteilmanagement geht von der These aus, dass der nahe Wohnbereich „(...) *als Zentrum des Lebensalltags eine geeignete und entwicklungsfähige Instanz sozialer Integration sein kann, insbesondere wenn die Bewohner dieser räumlichen Einheit auf diese Nachbarschaft angewiesen sind*“ (Alisch et al. 2001, S. 9). Vor diesem Hintergrund wurde seitens des Stadtteilmanagements auch die Implementierung quartiersorientierter basisökonomischer Projekte (sozio-ökonomische Betriebe, Tauschringe, Genossenschaften) vollzogen, wodurch die einseitige Bindung an die Soziale Arbeit/Sozialpädagogik aufgegeben wurde und gemeinwesenökonomische Aufgaben übernommen wurden (vgl. Oelschlägel et al. 2001, S. 23).
- 14 Unterstützt werden dialogische Aushandlungsprozesse bezüglich des öffentlichen Raums, um bestehende Kooperationen zu festigen und Beteiligungsmöglichkeiten zu etablieren, damit eine kooperative Planung, die den eigenen Lebensbereich betrifft, entstehen kann. In Städten wird vor allem eine monofunktionale Erschließung und Nutzung von öffentlichen Räumen mitsamt den entsprechenden Reglementierungen kritisiert, wodurch die Anpassung des Menschen gefordert und eine selbständige Mitgestaltungsmöglichkeit vernachlässigt wird. Das berühmte Motto lautet: „Only connect.“ - Diese Suche nach Mitsprachemöglichkeiten, Bindung, Kontakt usw. enthält eine Aufforderung, die sozial wie psychologisch gemeint ist (vgl. Sennett 1997, S. 399).
- 15 *„Gerade der öffentliche Raum soll durch Stadtentwicklungspolitik gestaltet werden. Er soll Möglichkeiten zur Kommunikation eröffnen, ist Kommunikations-*

ort“ (Herrmann et al. 2001, S. 176). Stadtteilmanagement soll verstanden werden als eine Interventionsform, in der die Tugenden des politischen Bürgers zum Ausdruck gelangen und der emanzipatorische Gehalt einer städtischen Lebensweise Platz greifen kann.

- Von den KritikerInnen der „Versorgungspolitik“, die darauf ausgerichtet ist, Benachteiligung zu verwalten, wird eine städtische „Politik der sozialen und systemischen Integration“ favorisiert. Ausschließliche Transferzahlungen greifen zu kurz und vernachlässigen die Tatsache, dass einer *Benachteiligung* immer auch eine *immaterielle Dimension* immanent ist, die sich anhand einer geringeren Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben äußert (vgl. Alisch et al. 2001, S. 8).

Diesen Herausforderungen zu begegnen, ist Aufgabe des Stadtteilmanagements, um so kooperationsorientierte staatliche Programme nicht in eine *bedürfnisorientierte Planung*, sondern in eine *kooperative Zusammenarbeit zwischen Planern und Beplanten* münden zu lassen (vgl. Herrmann et al. 2001, S. 172).

Als sehr bedeutsam erscheint die vergleichende Studie von Altena (2002). Er versuchte aufzuzeigen, dass die Zielsetzungen des Stadtteilmanagements und der deutschen Förderprogramme des Bundes und Landes zur Stadtteilentwicklung kompatibel sind und die Aufgabenfelder folgendermaßen zusammengefasst werden könnten:

- Soziale Aufgaben: Aktivierung und Unterstützung der konstruktiven Potenziale im Stadtteil - Sozialintegration, Stärkung von Selbstverantwortung, Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen ins Lebensumfeld, Erhöhung der Sicherheit, Vernetzung mit sozialen Diensten im Stadtteil - „case management“
- Ökonomische Aufgaben: Stabilisierung und Qualifizierung durch den Ausbau basisökonomischer Betriebe (Tauschringe, sozioökonomische Betriebe etc.), Wirtschaftsförderung und lokale Ökonomie
- Ökologische Aufgaben: Energieeinsparung, Verkehrsreduzierung, Lärmschutz, Begrünung, Renaturierung
- Kulturelle Aufgaben: Weiterentwicklung der Stadtteilidentität, Ausweitung von edukativen und enkulturativen Programmen, Stärkung des nachbarschaftlichen

- Zusammenlebens, Einrichtung von Treffpunkten und Nachbarschaftszentren
- „ Baulich-städtebauliche Aufgaben: bewohnerorientierte Modernisierungsprogramme, Verbesserung der Infrastruktur, „Wohnumfeldverbesserung“
 - „ Partizipatorische Aufgaben: Initiierung von Mitbestimmungsmöglichkeiten zur Mitwirkung an der Stadtteilentwicklung, Förderung von Nachbarschaftshilfen, Agenda-Gruppen
 - „ Politisch-administrative Aufgaben: gebietsorientierter Einsatz von verschiedenen Fachpolitikern - ressortübergreifendes Arbeiten (vgl. Strunk et al. 2001, S. 58)

Es wird ersichtlich, mit welchen Aufgabenfeldern sich StadtteilmanagerInnen konfrontiert sehen: Sie nehmen Situationen des Mangels wahr, setzen, darauf reagierend, Impulse und vernetzen als Konsequenz Akteure vor Ort, um Problemlösungsstrategien zu erweitern und um schließlich neue Handlungsmöglichkeiten zu erschließen.

3.2. Interventionsmodelle für eine gelingende Stadtteilarbeit

3.2.1. Das Handlungsmodell

Grundlegend für die Interventionen im Sinne des Stadtteilmanagements ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen sozialen Fachkräften und Zielgruppen, das auf autoritäre Eingriffe verzichtet und dafür das Angebot solidarischer Unterstützung bietet (vgl. www.Uni-essen.de/issab/arbans/arbans).

Angebote solidarischer Unterstützung und Anregung sind vor allem darauf gerichtet, soziale Räume mit den innewohnenden Möglichkeiten neu zu organisieren und nicht in die psychische Struktur der Menschen einzugreifen.

„Wir akzeptieren, dass es unendlich viele Lebensstile gibt, mit denen Menschen zufrieden sein können. Der soziale Raum ist unser Adressat, nicht die Menschen. Menschen sind Akteure in ihrer Lebenswelt, und die ist eben für viele Menschen ihr Stadtteil (oder ihre Straße, ihr Dorf oder Bezirk). Dort bilden sich Interessen, Problemlagen und Ausdrucksformen der Alltagskultur ab“ (Hinte et al. 2001, S. 77).

Hier wird ersichtlich, dass davon abgegangen wird, KlientInnen einem bestimmten Lebensstandard anzupassen, pädagogisch zu indoktrinieren. Viel eher wird versucht, die Lebens-

bedingungen zu heben und dabei Interessenslagen, Eigeninitiative und Ressourcen des sozialen Raums zu erschließen, zu respektieren und auch einzubinden.

„Der Einzelfall verliert seine zentrale Bedeutung zu Gunsten des ihn produzierenden sozialen Raums. Die Bemühungen und die Veränderung der Umweltbedingungen der Menschen schaffen überhaupt erst die Voraussetzungen, dass Menschen sich selbst verändern können und somit vielleicht eben nicht KlientInnen sozialer Arbeit werden. Dabei ist dieser Arbeitsansatz kein Gegensatz zu dem, was rechtlich abgesichert an Pflichtaufgaben auf SozialarbeiterInnen zukommt. Er ermöglicht aber die Erledigung von Pflichtaufgaben in einem anderen Kontext (...) Weniger Sonderzuständigkeiten, keine abteilungsorientierte Zergliederung von ganzheitlichen Problemlagen und die zunehmende Bereitschaft der Hierarchien, begrenzte Entscheidungsbefugnisse auf untere Ausführungsebenen zu delegieren, können die Folgen für die Träger sozialer Arbeit sein“ (ebd., S. 78).

Stadtteilmanagement bzw. *Soziale Stadtteilarbeit* an sich hat es zu keiner Zeit gegeben. Es gibt keine eindeutige, allgemein verbindliche Definition, keine verbindliche administrative Zuordnung, kein vorgeschriebenes Verfahren und es liegt im Ermessen der Kommunen, was die Inhalte eines Entwicklungsprogrammes sind. Ebenso offen und vielfältig erscheinen die Aufgaben, Ziele, Ansprüche und Herangehensweisen, die mit diesem Programm verbunden werden. *Stadtteilmanagement* definiert sich zumeist als eine abhängige Variable, d.h., die konkrete Ausprägung dieses entwicklungsfördernden Strukturprogramms resultiert in besonderem Maße aus den jeweiligen kommunalspezifischen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Stadtteilmanagement verspricht auf qualitativer Ebene, den gesellschaftlichen Raum mit der kollektiven Wahrnehmung zu konfrontieren und soziale Anlässe zu schaffen, die mitunter auch mit der Etablierung von Unterstützungsstrukturen einhergehen. Auf quantitativer Ebene fühlt sich diese Interventionsform der Aufgabe verpflichtet, objektive Bedingungen im Stadtteil nachhaltig zu verbessern: Das zitierte Modell, eine besondere Form der kommunalen Entwicklungsplanung, entspricht einem Versuch, bestehende Strukturen zu öffnen und zu erweitern, sodass Menschen über den privaten und persönlichen Raum hinaus die Möglichkeit erlangen, sich „einzumischen“, sich zu beteiligen, um ihre Interessen kund zu tun, Initiativen zu ergreifen, um Gesellschaftlichkeit im städtischen Lebensbereich wiederzuerlangen. Die Hauptaufgabe des Stadtteilmanagements besteht darin, Ausdrucksformen zu finden, in denen die gesellschaftlichen Konflikte repräsentiert werden können. Stadtteilmanagement will den gesellschaftlichen Raum mit dem Relevanzsystem der Gemeinschaft konfrontieren, die Begegnung der Öffentlichkeit mit individueller und

kollektiver Wahrnehmung gewährleisten, einen Ort des Einmischens etablieren.

Das der Begrifflichkeit zugrunde liegende Interventionsprinzip geht jedoch über diese politische Dimension hinaus. Dieser Modernisierungsprozess beschreibt gleichermaßen ein Handeln unter Einbeziehung sozialer, kultureller, ökologischer und ökonomischer Kriterien. Wesentliche Kategorien sind der Aufbau von sozio-kulturellen Zentren und die Vernetzung von gesellschaftlichen Verbindungslinien; beide Ziele sollen durch eine Reaktivierung gemeinschaftlicher Sozialkonstellationen oder durch deren Generierung erreicht werden. Kurzum, das soziale Ganze ist für die Qualität des Zusammenlebens und für eine Verbesserung der Lebensbedingungen bedeutungsvoll. Eine relative Sozialintegration gilt als erstrebenswert und ist für den hier vorgestellten Arbeitsansatz von zentraler Bedeutung. Das Modell an sich gehorcht dem Postulat: „BürgerInnen sind ExpertInnen“ ihres Lebensbereiches.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende grundlegende Prinzipien:

- **Erhebung der Interessenslagen** der BewohnerInnen, die als Orientierungshilfe fungieren und einer Veränderung zugeführt werden sollen.
- **Aktivierung der Selbsthilfe und Eigeninitiative:** Es wird nicht ohne die Zielgruppe oder für diese gehandelt, vielmehr werden gemeinsame Aktivitäten in Betracht gezogen, um eine Verbesserung der jeweiligen Situation in die Wege zu leiten. Dieser Ansatz ist bereits in den ersten „aktivierenden Befragungen“ erkennbar: Nicht „Was braucht ihr?“, sondern „Was wollt ihr und was könnt ihr selbst dazu beitragen?“, steht im Zentrum.

„Ein hoher Grad an Betroffenheit bildet den Anknüpfungsversuch für Kontaktaufnahme und Aktivierung im Rahmen von Stadtteilmanagement - für planende Instanzen, dagegen muss häufig eine extern definierte Notwendigkeit als Anknüpfungspunkt für Aktivierungsversuche herhalten, die dann meistens schief gehen, weil sich die Menschen von dem erhobenen Mangel eben nicht emotional betroffen fühlen“ (Hinte 2001, S. 7).

- **Berücksichtigung und Einsatz der Ressourcen des sozialen Raums:** Wohnräume, Nachbarschaften, spezielle Fähigkeiten einzelner BewohnerInnen oder kommunale Dienstleistungen im Stadtteil werden effektiv zum Vorteil der

BewohnerInnen genutzt.

- 13 **Zielgruppenübergreifende Arbeitsweise:** Es werden gemeinsam Aktivitäten gesucht, die möglichst vielen BewohnerInnen eine Beteiligung ermöglichen. Zielgruppenspezifische Anliegen finden dann im Kontext anderer Aktivitäten, die nicht zur weiteren Ausgrenzung einer Randgruppe beitragen, ihre Berücksichtigung.
- 14 **Bereichsübergreifende Aktivitäten und Alltagsorientierung:** *Stadtteilarbeit* ist darauf ausgerichtet, tendenziell alle Bereiche des Lebens im Stadtteil als Arbeitsbereich zu betrachten und dabei Ressortdenken zu überwinden. Ökonomische Entwicklungen rücken ebenso in das Blickfeld wie Wohnungsbau, Umwelt, Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktpolitik usw. Eine Bündelung der Verwaltungsbereiche soll erzielt werden.
- 15 **Kooperation und Koordination der sozialen Dienste:** In regelmäßig tagenden Gremien werden mit den je nach Stadtteil unterschiedlich arbeitenden und verschieden zusammengesetzten Fachkräften Absprachen getroffen und Kooperationsmöglichkeiten diskutiert, bezogen auf Einzelfälle, Gruppierungen und Aktionen.
- 16 **Horizontale und vertikale Koordination:** Die Beteiligungsverfahren mit den BewohnerInnen sind nur ein Baustein innerhalb des Prozesses „Stadtteilarbeit-Stadtteilmanagement“. Bilden diese lokalen Kooperationen (das sind Bündelungen aller auf der Stadtteilebene aktiven Kräfte) eine horizontale Vernetzung, so stehen in der Vertikale die VermittlerInnen (Intermediäre Instanz) vor der Aufgabe, zwischen systemischen und lebensweltlichen Ebenen zu agieren.
- 17 **Optimierung der materiellen Situation:** Ziel ist es, materielle Bedingungen, infrastrukturelle Möglichkeiten und Wohnverhältnisse des Wohnumfeldes zu verbessern (vgl. ebd., S. 78).

Der Entwicklungsverlauf der Sozialen Stadtteilarbeit hin zum Stadtteilmanagement zeigt bereits selbst, dass nicht ausschließlich die sozialen Problemlagen, sondern auch die sich zeigenden Anliegen des Stadtteils berücksichtigt werden. Stadtteilentwicklung ist eine konsequente Fortführung der gewonnenen Erkenntnisse. Der enge Bereich des Sozialen ist nur ein Teilssegment der ganzheitlichen Stadtteilarbeit (vgl. Hinte et al. 2001, S. 83f.).

„StadtteilmanagerIn“ als Berufsbezeichnung existiert an sich nicht, was gemäß der Wissenschaftlerin Alisch (2001) auch jeglichen realistischen Gehalt entbehren würde:

„(...) erfordert ein qualitativvolles Stadtteilmanagement auch qualifizierte ‚Stadtteilmanager‘. Dies ist keine Berufsbezeichnung und das ist auch gut so. Andernfalls könnte analog zum Sozialarbeiter oder Stadtplaner der Eindruck vermittelt werden, komplexe Aufgaben könnten von einer (...) Disziplin bewältigt werden“ (Alisch et al. 2001, S. 14).

Anders als Alisch vermutet, verstand sich die GWA traditionell als interdisziplinär (vgl. Oelschlägel et al. 2001, S. 198). Die mannigfaltigen Anforderungen würden eines hochqualifizierten Teams bedürfen, führt Hinte aus. Er nennt aber keine spezifische Profession (vgl. Management mit Charme 1997).

In dem Beitrag „omnikompetente SozialplanerInnen“ von Koller-Tejeiro (2001) wird eindeutig darauf verwiesen, dass es zur Bewältigung der multiplen Aufgabenbereiche im Rahmen des Stadtteilmanagements der interdisziplinären Teams bedürfe (vgl. Koller-Tejeiro et al. 2001, S. 64ff.).

3.2.2. Die AdressatInnen

Der Begriff *Stadtteilmanagement* ist insofern gerechtfertigt, als das Management im Stadtteil und bezogen auf den Stadtteil passiert. Alle Projekte, Vorhaben und Strategien gehen von den personellen Potenzialen und Ressourcen des Stadtteils aus. Diese sollen für die vorhandenen Interessenslagen im entsprechenden sozialen Raum gestärkt werden (vgl. Alisch et al. 2001, S. 13).

Alle BewohnerInnen des Stadtteils gehören demzufolge zur Zielgruppe, sind „Lokal-expertInnen“ (Reihe Planung & Kommunikation 1999) und sollen so aktiviert und unterstützt werden, dass sie ihre Belange und die Situation des Stadtteils eigenständig zu vertreten vermögen. Kommunale Entscheidungen sollen verstärkt „von unten“ getroffen werden.

„Stadtteilmanagement moderiert und unterstützt die Aushandlungsprozesse von Interessensgegensätzen und die Entwicklung von Projekten, vernetzt lokale Akteure untereinander und mit den verschiedenen Ebenen des öffentlichen Sektors, schafft Anreize, um bestehende Kooperationen zu schaffen oder weiterzuentwickeln und bietet die Chance, bisherige Beteiligungsverfahren von der rein angebotsorientierten Beteiligung an ‚von oben‘ und ‚von außen‘ gesteuerten Planungsprozessen hin zu einer kooperativen, eigenverantwortlichen Partizipation an den Entwicklungsprozessen zu entwickeln. Es geht darum, jene Menschen zu erreichen, die außerhalb der formellen und informellen kommunalpolitischen Zirkel stehen. Gefragt sind hier auch neue Organisationsformen der Bürgerbeteiligung“ (Alich et al. 2001, S. 13).

3.2.3. Die Interventionsebene

3.2.3.1. Aktivierung und Beteiligung

Die *Aktivierung* kann im Rahmen der Initiierung des Stadtteilmanagements als ein komplexes, dem Postulat der Ortsbezogenheit gehorchendes heterogenes Aufgabenfeld (vgl. Hinte et al. 2001, S. 158) angesehen werden. Es gibt keine „Patentrezepte“, um BewohnerInnen zu aktivieren, vielmehr vollzieht sich dieser Prozess dem Stadtteil gemäß auf unterschiedliche Art und Weise.

Ein „Patentrezept“ hierfür zu suchen, „(...) führt auf den Irrweg der Standardisierung, des Konstruierens allgemeingültiger Verfahren, die keiner Situation mehr angemessen sein werden“ (Hinte et al. 2001, S. 19).

Die möglichen Verfahren sind umfassend: Sie reichen vom klassischen Einstieg durch eine aktivierende Befragung hin zu themenbezogenen Versammlungen, zu Einzelaktionen (Bürgerversammlungen, regelmäßig tagende themenspezifische Arbeitsgruppen, Mieterversammlungen, Stadtteilstefte), zu Haustürgesprächen und Öffentlichkeitsarbeit (Flugblätter, Plakate, Unterschriftenaktionen usw.). Zusätzlich wird der Zugang zu bestehenden Gremien, wie z.B. Bürgervereinen, lokalen Politikergremien und/oder Pfarrgemeinderäten gesucht (vgl. Hinte/Karas 1989, S. 45ff.).

Aktivierung bedeutet, die motivierenden Impulse bei den Menschen zu suchen, also an vorhandene Interessen, Aktivitäten und Interessenslagen anzuknüpfen und diese für das Zusammenleben im Gemeinwesen nutzbar zu machen. Es gilt nicht, Menschen zu motivieren, dass sie an den von außen auferlegten Programmen teilnehmen. Der Arbeitsauftrag besteht vielmehr darin, verborgene Themen zu aktualisieren, kollektive Anliegen der

Öffentlichkeit auszusetzen. Aktivierende Befragung zielt darauf ab, die jeweiligen Kristallisationspunkte aufzufinden, die

- “ mit Betroffenheit, Engagement oder Neugierde besetzt sind,
- “ naheliegend sind,
- “ anschaulich und greifbar sind,
- “ erfolversprechend sind (vgl. Hinte et al. 2001, S. 159).

Zusätzlich soll eine Aktionsuntersuchung Aufschluss über objektive Daten, Meinungen, das emotionale Klima, örtliche Drehpunktpersonen, Mehrheiten und Minderheiten sowie über die Ideen zur Veränderung der Situation des nahen Wohnumfeldes geben (vgl. Hinte/Karas 1989, S. 47ff.).

Aktivität entsteht, sobald subjektiv gültige und deshalb handlungsleitende Daten an Bedeutung gewinnen (vgl. Hinte et al. 2001, S. 159). Insofern kann nicht von der Aktivierung/Beteiligung der Bewohnerschaft gesprochen werden. Der Stadtteil ist an sich ein sehr heterogener Raum mit unterschiedlichen Interessen, kulturellen und sozialen Ausdrucksformen und Anforderungen. Die Interventionsformen müssen einerseits diesem Aspekt Rechnung tragen, andererseits können Aktivierungsaktionen nicht ausschließlich in der Anfangsphase auf dem Plan der StadtteilmanagerInnen stehen, sondern *„(...) müssen dauerhaft installiert werden, damit ein Klima wächst, in dem Beteiligung gewünscht und selbstverständlich ist“* (ebd., S. 164). Auf Basis einer derartig gestalteten Aktivierung sollen Beteiligungsstrukturen aufgebaut und soll ein dauerhaftes „Ermutigungsklima“ geschaffen werden. So ist der Fokus des *Stadtteilmanagements* eindeutig darauf gerichtet, unterschiedliche Gruppierungen erreichen und (nicht-)organisierte Bevölkerungsteile beteiligen zu können.

Um den zentralen Anliegen der ProponentInnen des Stadtteilmanagements zu entsprechen, wird von „mittelschichtorientierten Formen der Beteiligungspraxis“ abgeraten:

„Denn derlei Verfahren, selbst wenn sie methodisch sauber durchgeführt werden, orientieren sich fast immer an klassischen bürgerlichen Mittelschichtstandards (...) So sprechen zahlreiche Bürgerbeteiligungsverfahren in ihrem ‚heimlichen Lehrplan‘ gezielt die privilegierte Mittelschicht an; den Benachteiligten stehen die Foren zwar offen, und man wünscht sich sogar, dass sie kommen. Doch wenn sie einmal da sind, entziehen sie sich jeder geordneten Moderation und sind partout nicht bereit, ihre Bedürfnisse auf Kärtchen zu schreiben. So degeneriert Bürgerbeteiligung vielerorts zu einer neuen Form, das Bildungsbürgertum bei Laune zu halten um ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen auf Distanz zu halten“ (ebd., S. 155).

An anderer Stelle meint Hinte (vgl. ebd.), dass eine ähnliche Dynamik durch die verbale Karriere der BürgerInnen zu KundInnen gefördert wird. Diese Begrifflichkeit sei für die Beschreibung einer gestaltenden Arbeit im Stadtteil ein in die Irre führender Ansatz und beinhaltet demokratiehemmende Tendenzen.

KundInnen werden bedient und nicht zur Beteiligung und zum Engagement angeregt. Die einzige Aktivität eines/einer Kunden/in besteht darin, sein/ihr Bedürfnis wahrzunehmen und dieses auf dem Markt, in der Öffentlichkeit zu äußern:

„Wenn sich also die HausbesitzerInnen in der gehobenen Wohnanlage durch randalierende Jugendliche in ihrer Sicherheit gestört fühlen, werden sie als KundInnen bei der Stadtverwaltung auftreten und mehr Polizei oder ähnliche Maßnahmen fordern. Ist das die Beteiligung, die wir wünschen? Benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die sich mehr durch Randalen und weniger bürgerlich geordnet artikulieren, werden als KundInnen am Markt nicht wahrgenommen - eher als Störenfriede“ (Hinte et al. 2001, S. 158).

Die Prinzipien der Partizipation bzw. der Stärkung und Entwicklung der endogenen Potenziale (Selbsthilfe) und deren Unterstützungsleistung sind infolge eines Ratsbeschlusses der Stadt Essen besonders zu beachten:

BewohnerInnen sollen zur Partizipation aktiviert werden. Die dahingehenden Organisationsprozesse bedürfen der Unterstützung. Es gilt, vor allem die Interessen und die Konflikte im Stadtteil zu berücksichtigen und aufzugreifen. Neue und vielfältige Formen der Partizipation sollen genutzt werden, um einer demokratischen Beteiligung aller Bevölkerungsgruppierungen gerecht zu werden und den Bedeutungsverlust parlamentarischer Instanzen und traditioneller Verfahrensformen auszugleichen. Die gewählten Partizipationsformen müssen niederschwellig sein und den jeweiligen Lebenswelten entsprechen. „(...) hier sind eben nicht nur solche gemeint, die ohnehin in der Lage sind, den Begriff ‚Workshop‘ zu verstehen und die mit dem Begriff *Werkstatt* sofort eine moderierte Gruppenrunde und keinen Handwerksraum assoziieren“ (Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr des

Landes NRW 1994 zit. n. Lüttringhaus 2000, S. 84).

3.2.3.2. Dialogmanagement und Intermediäre Instanzen

Stadtteilmanagement macht es sich zur Aufgabe herauszufinden, welche Themen für die BewohnerInnen wichtig sind. Diese müssen durch eine Aktivierungsarbeit erschlossen werden, wodurch auch die emotional bedeutsamen Themen des Stadtteils und das Relevanzsystem des Wohnumfeldes in den Vordergrund rücken.

Diese oft unterschiedlichen Interessenslagen werden in Dialogforen verwaltet.

„Kommunikation als Grundlage einer zivilen Gesellschaft“ (Luhmann zit. n. Hinte 2001, S. 158) ist das wesentlichste Medium des Stadtteilmanagements.

Neben der Aktivierungsarbeit und der Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten gilt es, eine horizontale Vernetzung herzustellen, lokale Kooperationen zu bündeln und diesbezügliche Bedingungen zu schaffen, Möglichkeiten zum Aushandeln unterschiedlicher Interessen zu gewährleisten.

Hinsichtlich der vertikalen Vernetzung ist es Aufgabe des Stadtteilmanagements, als intermediäre Instanz aufzutreten, als Vermittler zwischen institutionellen Bereichen und Wohnbevölkerung zu agieren und den Dialog unter Berücksichtigung folgender Aspekte zu ermöglichen:

- konfligierende Interessenslagen der BewohnerInnen
- konkurrierende Teile der Verwaltung
- verschiedene Bewohnergruppierungen (auch bereits aktive Gremien, wie Bürgerinitiativen, Schulen, Vereine, Pfarren) und jeweilige AnsprechpartnerInnen in der Bürokratie (vgl. ebd.).

Diese Form des integrierten Handlungsansatzes verweist auf die Dringlichkeit eines Planungs- und Durchführungskonzeptes, das weder linear-kausal von „oben“ noch von „unten“ bestimmt wird.

Mittels Aktivierungsarbeit, Beteiligungsmöglichkeiten und Dialogmanagement entsteht idealtypisch die optimale Nutzung der Fähigkeiten und der Ressourcen *aller Beteiligten*. *Stadtteil-*

management strebt einen kooperativen Austausch zwischen jenen an, die Maßnahmen strukturieren, und jenen Personengruppierungen, die den jeweiligen Stadtteil als ihren Lebensraum betrachten (vgl. ebd., S. 164).

Die komplexen Anforderungen an StadtteilmanagerInnen versuchte Lüttringhaus (2000) darzustellen:

- “ Intermediäre Instanzen wirken als *SensorInnen* auf der Ebene des Gemeinwesens wie auch in den Bereichen der Politik und Verwaltung.
- “ Sie agieren bei Konflikten als *AnwältInnen*, bringen neue Verhandlungs- und Vermittlungsansätze ein und kreieren der Lebenswelt entsprechende Dialogformen.
- “ Sie wirken als Gelenkstück zwischen Lebenswelt und Bürokratie. Entsprechend der Ausgangslage, initiieren sie Arbeitskreise, Zusammenkünfte, beraten, informieren und koordinieren die unzähligen ins Leben gerufenen Bürgerinitiativen.
- “ Sie agieren als *DialogmanagerInnen*, um bei den beteiligten Menschen den direkten Kontakt und Diskurs zu ermöglichen oder zu erweitern.
- “ Sie arbeiten als *DolmetscherInnen*, um „Betroffenheit der lebensweltlichen Bereiche“ in das Relevanzsystem der Bürokratie zu übersetzen und umgekehrt (vgl. Lüttringhaus et al. 2000, S. 95f.).

In diesem besonderen gemeinwesenarbeitsorientierten Arbeitsansatz, einem sehr traditionsreichen sozialpädagogischen Kontext, scheinen die Prinzipien einer *Empowerment-Haltung* verwirklicht zu sein. Stadtteilmanagement und Empowerment bedeuten, offene Problemlösungsprozesse zu begleiten, um Bewältigungspotenziale zu erschließen, welche oben genannte Veränderungen im Stadtteil in materieller sowie immaterieller Form bedingen. Zu diesen Potenzialen gehören:

„a) Soziale Ressourcen: soziale Beziehungen, soziale Netzwerke und Stützsysteme; b) Psychologische Ressourcen: Selbstwertgefühl (self esteem), Kontrollbewusstsein (mastery), geringe Selbstabwertungstendenz (self-deintegration); c) Bewältigungsverhalten: Situation verändern (objektiv), die Bedeutung des Problems verändern (kognitiv), Kontrolle der emotionalen Belastung (emotional)“ (Stark 1996, S. 96).

Bei Herriger (1997) werden spezifische „Instrumente“ angeführt, die auch im Rahmen des Stadtteilmanagements Bedeutung erlangen. So entsteht die Entwicklung des Psychologischen Empowerments u. a. durch ein Casemanagement, das ein koordinierendes

Arrangieren von vorhandenen Unterstützungssystemen meint (beispielsweise die Vernetzung mit sozialen Dienstleistungen und privaten Hilfsquellen). Ebenso werden Ansätze eines empowermentorientierten Handelns angeführt, um ein Verständnis für die strukturell bestimmte, biografische, soziale und räumliche Konstruktion der individuellen und kollektiven Lebenswirklichkeit zu bewirken. Ein Beispiel ist das Initiieren von Beratungssituationen (vgl. Kompetenzdialog, DeShazer 1999, S. 205), das vorwiegend prospektiv erfolgt und auf die Zielfokussierung und die Konstruktion von Lösungswegen - basierend auf biografischer Rückschau und situativ gegebenen Kompetenzen - abzielt. Ebenso wird bei Herriger die Wichtigkeit betont, Verbindungslinien zu initiieren, die das Zusammenwirken von individuellen oder kollektiven Selbstorganisationen und Vertretern des institutionellen administrativen Bereiches (Verwaltungsebene, Gemeinden, Stadtteile etc.) ermöglichen.

„Empowerment auf institutioneller Ebene meint eine Stärkung der Responsivität administrativer Strukturen für Bürgerbelange und die Einführung von verpflichtenden Verfahrensregeln für Adressatenbeteiligung“ (Herriger et al. 1996, S. 295). Herriger sieht in dieser Forderung eine Verbindung mit den aktuellen Diskussionen über „Organisationsentwicklung“, „Kundenorientierung“, „neue Steuerungsmodelle“ und „Adressatenbeteiligung“ gegeben (vgl. Herriger 1997, S. 151ff.).

a) Organisationsentwicklung: Eine erste Möglichkeit, den Forderungen gerecht zu werden, ergibt sich im Zusammenhang mit Institutionen, in denen sich in traditioneller Form Bürgerbeteiligung artikuliert (das Ehrenamt im Rahmen der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände und der freigemeinnützigen Vereinigungen). Als empirisch gesicherter Befund gilt, dass sich „hierarchisch strukturierte Organisationen“ - die Mitentscheidung erst an eine bestimmte Hierarchieebene binden - eher hemmend auf das Engagement von BürgerInnen auswirken. Hingegen sind organisatorische Arrangements, die durch eine partizipative Aushandlungs- und Entscheidungsstruktur zwischen professionellen MitarbeiterInnen und ehrenamtlich Tätigen gekennzeichnet sind, ein Fundament für produktives ziviles Engagement (ebd., S. 152). Diese „partizipativen Entscheidungsstrukturen“ in Organisationen und Gruppen können die Schlüssel sein zur Wahrung, Wahrnehmung und Nutzung der eigenen Potenziale, zur Entwicklung eines Selbstbewusstseins in Aktion. Sie tragen mittels folgender Ansatzpunkte zur Unterstützung des ehrenamtlichen sozialen Engagements im Sinne von Empowerment bei:

- “ **Authentische Beziehungsformen:** Ehrenamtliches Engagement lebt von dem Bedürfnis der Helfer nach authentischen Interaktions- und Hilfeformen. Es gilt, die in der eigenen Biografie erfahrene Lebenssicherheit mit anderen zu teilen, Lebenserfahrungen weiterzugeben, um auf diesem Weg Unterstützung anbieten zu können. Organisationen müssen diese Leistungsdomänen reflektieren, d.h., sie müssen die Bedürfnisse der engagierten BürgerInnen aufgreifen, wenn deren Mitwirkung gewünscht wird.
- “ **Erweiterung der sozialen Kontaktkreise und Weiterbildung:** Ehrenamtliche Tätigkeit bedeutet nicht uneigennütziges Agieren, sondern ist mit der Erwartung verbunden, dass Engagement durch einen bestimmten Ausgleich honoriert wird. Hierbei erwähnte Gegenwerte wären einerseits die Erweiterung der sozialen Beziehungs- und Bekanntschaftsnetze und andererseits der Erwerb neuer Qualifikationen und Kompetenzen.
- “ **Zeitsouveränität und Einsatzflexibilität:** Die organisatorischen Strukturen müssen einem individuell verfügbaren Zeitreservoir Rechnung tragen und ein flexibles Einsatzmanagement zum Ausdruck bringen, das die Zeit- und Planungssouveränität in den Händen der ehrenamtlich Tätigen belässt und deren individuellen Bedarf nicht in einer unveränderbar-starren Einsatzorganisation „erstickt“.
- “ **Autonomie und Domänengrenzen:** Neuere Organisationen bieten für ehrenamtliches Engagement eigene Leistungsdomänen, die frei sind von professioneller Einmischung. Diese Domänengrenzen bedeuten für „Ehrenamtler“ selbstständig und mit eigener Verantwortung Konzeption, Organisation und Durchführung bestimmter Aufgabenbereiche zu arrangieren. Die Tätigkeit der „Hauptamtler“ beschränkt sich hierbei auf die Bereitstellung einer unterstützenden Infrastruktur, begleitet von organisatorischen, finanziellen, sachlichen und beratenden Maßnahmen.
- “ Empirische Untersuchungen beschreiben die Wichtigkeit des „**kleinräumig-lokalen Fokus als Katalysator für das Aktiv-Werden und Sich-Einmischen**“. Eine Integration des ehrenamtlich sozialen Engagements in die eigene Lebenserfahrung bedeutet, eine abstrakte Idee der Kommune ins Konkrete, Anschauliche und Lebensnahe zu übersetzen. Der lokale Bezug lässt die Ideen von „sozialräumlicher Verankerung“, „Identität“ und „Gemeinsinn“ erfahrbar werden (vgl. ebd., S. 153f.).

b) Bürgerbeiträge und KonsumentInnenkontrolle: „Hinter dem Konzept der Konsumentenkontrolle steht der Anspruch, Verfahren formaler Mitwirkung auch in der hoheitlichen Verwaltung (insbesondere in der Sozialverwaltung) zu verankern und sachverständigen Bürgern ein Mandat im Prozess der Planung, Gestaltung und Implementation von sozialen Dienstleistungen zu geben“ (Herriger 1996, S. 295). Ein in den USA etabliertes System besitzt auf der Leitungsebene ein Kontrollgremium, ein „advisory board“ (Beratender Beirat). Dieser Beirat ist mit dem Aufsichtsrat innerhalb eines Unternehmens vergleichbar und integriert Sitze und Stimmen der jeweiligen Leitung, Aufsichtsbehörde und der engagierten (problembetroffenen) BürgerInnen. Ziel dieses konzeptuellen Entwurfs ist es, durch die Integration der BürgerInnen in die leitenden Organisationsstrukturen demokratische Kontrolle zu ermöglichen.

„Monitoring (...) umfasst eine kritische Analyse der Aktionen und Handlungsweisen sowohl der öffentlichen als auch der privaten Sozialagenturen im Vollzug der Gesetzesimplementation. Diese kritische Analyse beinhaltet solche Aktivitäten wie z.B. die Einflussnahme auf Kurs und Inhalt von bürokratischen Regeln, auf administrative Entscheidungen, programmatische Richtlinien und finanzrelevante Prioritätensetzung und auf andere Aspekte, die, mit der Implementation politischer Entscheidungen verbunden sind. Ziel dieser Form des Monitoring ist es, die Interessen der Klienten zu schützen und sicherzustellen, dass die im Rahmen der Gesetzgebung vorgesehenen Wohlfahrtsbeiträge die Zielpopulation auch wirklich erreichen“ (Bell/Bell zit. n. Herriger 1997, S. 120f.).

Diese eben angeführten Beispiele beschreiben eine bereits formal abgesicherte, sehr idealtypische Möglichkeit, die Teilhabe der BürgerInnen in institutionellen Zusammenhängen zu sichern. Andere bewährte Beteiligungsformen, wie z. B. die „Zukunftswerkstätte“, „Planungszelle“ und „Open Space Technologie“, sind Modelle, die ebenfalls in professionell gestützten Empowerment-Prozessen angewandt und kurzfristig zum Einsatz gebracht werden können.

Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, sind:

- Wie können Bürgerbelange innerhalb eines *Empowerment-Prozesses* zu einer durchsetzungskräftigen Ausdrucksmöglichkeit gelangen, die eine sozialpolitische Einmischung eröffnet?
- Welche Vorgehensweisen sind notwendig, um die Perspektiven der Betroffenen für einen gesellschaftlich institutionellen Bereich transparent zu machen?
- Wie sehr sind gesellschaftlich-systemische Institutionen daran interessiert, das Thema

der Macht „von unten“ beeinflusst zu sehen?

- “ Wodurch entsteht das Interesse, die Politikfähigkeit der Einzelnen zu fördern, was zu konfrontativen Stellungnahmen und divergierenden Systeminteressen führen würde.

Die Teilhabe an Entwicklungs- und Gestaltungsprozessen ist Basis für das Entwickeln von „intersubjektiven Machtstrukturen“. Erst durch den bezugten Respekt gegenüber partizipativen Kräften kann sich *Empowerment* entfalten.

Wird hier der „Charme des Konzeptes“ aufgrund seines emanzipatorischen Gehaltes besonders deutlich, so muss doch die dem Konzept inhärente Diskrepanz angesprochen werden: Effekt des *Politischen Empowerments* ist sowohl eine individuelle als auch eine kollektive Organisations- und Konfliktfähigkeit. Dies impliziert einen konfrontativen Umgang mit Institutionen und Politik. So kündigt sich eine mögliche Konfliktlinie an, die in der Verwendung des Konzeptes *Empowerment* im Rahmen eines staatlichen Sozialprogrammes a priori angelegt ist. Auf institutioneller Ebene äußert sich *Empowerment* in Aktionen, deren Ziel es ist, die Türen von Dienstleistungsorganisationen, Verwaltungen und (kommunal-)politischen Entscheidungsgremien für die Teilhabe und die Partizipation engagierter Menschen aufzuschließen und neue Gelegenheitsstrukturen für bürger-schaftliche Einmischung zu schaffen (vgl. Herriger 1997, S. 85). Die daraus resultierende Frage ist, ob diese bestehenden gegensätzlichen Systeminteressen zu einem inkonsistenten, methodischen Umgang hinsichtlich unterstützter *Empowerment-Prozesse* führen:

- Wie verhält sich die vermittelnde Instanz gegenüber den genannten, ambivalenten Anliegen?
- Wie sehr können VertreterInnen des Systems daran interessiert sein, Menschen im emanzipatorischen Sinne zu unterstützen, und inwiefern und unter welchen Bedingungen werden dafür Ressourcen bereitgestellt?
- Gibt es von Seiten der systemischen Zusammenhänge Reaktionen auf die Alltagswelt, sprich, werden lebensweltliche Impulse in systemische Prozesse integriert?

Finden sich zwischen Empowerment und Stadtteilmanagement methodische Äquivalente, so ergeben sich auch ähnliche Rollenanforderungen, die seitens der Sozial-arbeiterInnen/SozialpädagogInnen erfüllt werden sollten (vgl. ebd., S. 33ff.; vgl.

Lüttringhaus 2000, S. 25f.).

Besonders deutliche Worte für diese Zusammenhänge finden Lüttringhaus oder Hinte, die meinen, es sind die Grundaussagen der Gemeinwesenarbeit, die - wenn auch mit anderen Bezeichnungen, wie beispielsweise in den Konzepten des *bürgerschaftlichen Engagements*, des *Empowerments*, der *integrierten Planung*, der *lokalen Agenda 21* usw., konzeptionelle Hochkonjunktur erleben. Gemeinsam signalisieren sie, dass der Zusammenhang von persönlichen, sozialen, materiellen und infrastrukturellen Begrenzungen ein methoden-integrierendes Verständnis sozialraumbezogener Ansätze erfordert (vgl. Lüttringhaus et al. 2001, S. 7ff.).

Eine Abgrenzung der GWA von der traditionellen Fürsorge war von Beginn notwendig. Würde sich die GWA aber auch gegenüber einer Sozialen Arbeit im Sinne von Empowerment, Feldbezug, eines ökologischen Ansatzes oder einer systemischen Sichtweise abgrenzen, so würde sie sich professionell „heimatlos“ machen (vgl. Rothschiuh et al. 2001, S. 48).

3.2.3.3. Umsetzung von Stadtteilentwicklungsprogrammen

Wer solch eine *bedarfsgerechte Projektplanung* vorsieht, muss von einem *problemlösenden Expertentum*, das weiß, wie eine Lösung auszusehen hat und dafür a priori methodische Vorgehensweisen parat hat, Abstand nehmen.

Aufzufinden sind vielmehr Talente, Wissen, Kraft, Mut, Kompetenzen, informelle Gruppen, kulturelle Aktivitäten und lokale Institutionen, um diese Ressourcen zu „nutzen“. Kann ein derartiger Entwicklungsverlauf initiiert werden, so gelingt der Aufbau des Stadtteils und der Gemeinschaft von innen nach außen: Es geht um „Building Communities from the Inside Out“. Dies bedeutet nicht, die Leistungen von außen zu reduzieren, aber als Voraussetzung gilt, innere Kapazitäten zu (re-)aktivieren, sodass „externe Interventionen“ Wirkung zeigen. Nach Kretzman muss dabei der Staat seine Rolle verändern, „nicht um Bürgerbeteiligung an der Regierung“ geht es, sondern um Regierungsbeteiligung an den Initiativen der Bürger (vgl. Kretzman zit. n. Rothschiuh 2002, S. 1).

Nach den verbalen Bekenntnissen seitens der Sozialen Arbeit zu dem *Empowerment-*

Konzept und dem *Stadtteilmanagement* wäre es notwendig, den Blick von den „needs maps“, von den geistigen Mängel-Landkarten gewisser Stadtteile und ihrer BewohnerInnen, abzuwenden.

Dieser Standpunkt ist von der Theorie des *labeling approach* durchdrungen. Mit der Definition von Problemen und einer defizitorientierten Politik, Sozialen Arbeit und Wissenschaft wird diese Defizitsicht im Selbstbild der Betroffenen *habitualisiert*. Abhängigkeit und Passivität sind die Folgen (vgl. Rotschuh et al. 2001, S. 30ff.).

Stadtteilentwicklungsprogramme in der Tradition des Stadtteilmanagements hingegen bezeichnen einen „(...) *projekt- und themenspezifischen Prozess einer mehrjährigen Aktivierung der Wohnbevölkerung, der zwar einzelne Kurzzeit-Projekte nicht ausschließt, sich jedoch vornehmlich über eine Vielzahl kleiner Aktivierungsaktionen darauf richtet, (...) eine Grundmobilisierung eines Wohnquartiers zu bewirken*“ (Hinte et al. 2001, S. 3).

Über die unterschiedlichen Aktivierungsformen (aktivierende Befragungen etc.) werden „*stadtteilimmanente Impulse*“ erhoben, die letztlich zur Implementierung der Projekte führen. Derlei Ansätze sind:

- Interessenslagen, Betroffenheit der BewohnerInnen
- Gesellschaftlich definierte und statistisch erhobene Bedürfnisse, Problemlagen, Nachfragen und Märkte
- Lokale, regionale, überregionale Programme und Finanzquellen
- Politische Konzeptionen bzw. programmatische Vorgaben (vgl. ebd., S. 10).

Ausgehend davon unterstützen die StadtteilmanagerInnen eine Entwicklung von Prozessen, die in verschiedenen Phasen stattfindet:

- *Aktivierung, Organisation und Ermutigung* der BewohnerInnen, um ein differenziertes Bild vom jeweiligen Stadtgebiet erschließen zu können. „*Hauptziel einer Aktionsuntersuchung ist die Veränderung der Situationen im Gemeinwesen im Sinne der dort lebenden und betroffenen Bürger durch Aktionen*“ (Hinte/Karas 1989, S. 47).
- *Öffentlichkeitsarbeit und Information*: „*Integrierte Planung funktioniert, wenn möglichst alles, was geschieht, regelmäßig an den Stadtteil rückgekoppelt wird (...)*“.

Quartiermanager beziehen ihre Einflussmöglichkeiten hauptsächlich durch den steten Hinweis auf die Bürgermacht“ (Hinte et al. 2001, S. 8).

- 41 *Initiierung und Begleitung von mittel- und langfristigen Planungs- und Beteiligungsprozessen, bei welchen das „Relevanzsystem“ der BewohnerInnen bearbeitet werden soll. Alle Projekte und Vorhaben gehen von den persönlichen, räumlichen, finanziellen und institutionellen Ressourcen vor Ort aus. Die Interessenslagen verschiedener Gruppen werden gesammelt, auf demokratischer Ebene werden Prioritäten gesetzt und in kooperativer Form wird an der Umsetzung gearbeitet. Es werden nur Projekte bearbeitet, die von den Beteiligten mitgetragen werden können. Diese demokratisch angelegte Projektstruktur ist eine wesentliche Grundlage für ein nachhaltiges Stadtteilmanagement. Nach erfolgtem Projektstart wird, entsprechend der festgelegten Themenkreise, in begleiteten Projekt-/Arbeitsgruppen weitergearbeitet. Die BewohnerInnen werden dahingehend unterstützt, initiativ zu werden und eigene Lösungskompetenzen zu erlangen. Im Zuge der Bearbeitung werden themenspezifische Ziele einer Prioritätenskala unterstellt und Herangehensweisen einer zeitlichen Reihung unterzogen. Eine Mischung aus kurz- und mittelfristigen Maßnahmen in den jeweiligen Gruppen sorgt für notwendige Erfolge in angemessener Zeit und gibt Motivation und Ausdauer für längerfristige Zielsetzungen. Die StadtteilmanagerInnen setzen Impulse, geben fachliche Inputs, leisten Unterstützung zur konstruktiven Umsetzung und Finanzierung, unterstützen und fördern schwächere Gruppierungen und stellen Kontakte zu eventuellen Kooperationspartnern her. Aufgrund der Zieloffenheit, welche für die Beteiligungsprozesse charakteristisch ist, sind nur die konkreten methodischen Herangehensweisen zu Projektbeginn klar festgelegt. Die weitere Projektstruktur wird zugunsten einer bedarfsgerechten Planung zurückgestellt, die dann vorwiegend mit Hilfe pädagogisch aktivierender Methoden (Bischoff 2001) umgesetzt wird.*

Ein positiver Effekt des Stadtteilmanagement ist die Mobilisierung der Ressourcen - das ist für die funktional Denkenden erstrangig. Aus städtebaulicher und sozialpolitischer Perspektive steht aber vor allem die Verbesserung von Bedingungen der Infrastruktur, um nachhaltige soziale, wirtschaftliche, städtebauliche und ökologische Entwicklungen zu bewirken, im Vordergrund (vgl. Altena 2002, S. 3).

Stadtteilmanagement und die negativen Folgen einer residentiellen Segregation sind nach Ansicht der Autoren (vgl. Alisch 2001, S. 11ff.) in ihren Wirkungen prinzipiell gegenläufig:

Das Phänomen der Segregation, wonach jede Gruppe ein anderes Territorium besetzt, kann die Integration der Individuen erleichtern, kann das gesellschaftliche Konfliktniveau senken und bietet Schutz der Autonomie.

Räumliche Segregation und arbeitsteilige Differenzierung bedingen jene urbane Lebensweise, welche mit produktiver Differenz und sozialen Zusammenhängen einhergeht. Die Wirklichkeit der Stadt des 20. Jahrhunderts schlägt sich allerdings weniger in einer freiwilligen Segregation nach Lebensstilen und kulturellen Differenzen nieder, sondern vielmehr im Zwang der Diskriminierung (vgl. Siebel et al. 2001, S. 272). Dangschat (2001) führt diesen Gedanken fort und meint, dass es sich bei Segregation um ein Abbild sozialer Ungleichheit im städtischen Raum handelt.

„Im Zuge wieder zunehmender sozialer Ungleichheit und wachsender Bedeutung askriptiver Merkmale (wie Hautfarbe, Geschlecht, Alter, Behinderung etc.) zur Diskriminierung ‚fremder‘ Menschen erhält die ungleiche Verteilung der Wohnstandorte von sozialen Gruppen in einer Stadt (residentielle Segregation) wieder eine verstärkte Bedeutung (...). Dabei wird übersehen, dass durch die Lage und die Ausstattung des Wohnstandortes selbst unmittelbare Vor- und Nachteile entstehen, die nahezu ausnahmslos die ohnehin bestehenden sozialstrukturellen Unterschiede vergrößern“ (Dangschat et al. 2001, S. 208).

Meint *residentielle Segregation*, die Entfaltungsmöglichkeiten von Betroffenen aufgrund ungünstiger Sozialisationsbedingungen in einem bestimmten Wohnumfeld zu hemmen, so ist *Stadtteilmanagement* „angetreten“, um diese Lebens- und somit deren Sozialisationsbedingungen nachhaltig zu verbessern.

Andere StadtteilmanagerInnen richten ihren Fokus darauf, die Lern- und Wachstumseffekte der ehrenamtlich engagierten BewohnerInnen zu stärken. Sie wollen, dass sich *soziales Kapital* erweitert, *Selbstwertsteigerung* passiert, lebensweltorientierte sozialpädagogische/sozialarbeiterische Unterstützung gewährleistet wird und neue Möglichkeiten der Lebensbewältigung erschlossen werden können. Von anderen Autoren werden wiederum identitätsstiftende Effekte, das neue „Miteinander“ im Stadtteil, beschrieben.

„In Fachkreisen schwärmt man von der Idee des Kommunitarismus und vom Empowerment, in der Politik von der Bürgergesellschaft, und in den Verwaltungen von der bürgerorientierten Kommune, in der plötzlich die sonst ach so verdrossenen BürgerInnen wieder selbst aktiv werden“ (Lüttringhaus et al. 2000, S. 90).

Die psychosozialen Wirkfelder finden besonders bei Stark (1996) Erwähnung. Er listet folgende Ergebnisse einer *empowermentorientierten Stadtteilarbeit* auf:

- ❑ Es gelingt Menschen zu erreichen, die Unterstützung benötigen, aber bislang von den Hilfen der psychosozialen Praxis nicht berücksichtigt wurden.
- ❑ Dadurch dass die Kompetenzen der Menschen in den Mittelpunkt der Intervention rücken, werden bereits vorhandene Unterstützungssysteme optimal genutzt und das Selbstwertgefühl, das gezeigte Bewältigungsmuster, wird bestätigt und verstärkt.
- ❑ Der Ansatz impliziert die Anerkennung der Kompetenz von BewohnerInnen im jeweiligen Stadtteil. Sie wissen, was in ihrem Stadtteil funktioniert und wo die Mängel auszumachen sind.
- ❑ Die Vernetzung von Stadtteilmanagement, BewohnerInnen, psychosozialen Diensten und institutionellen Gegebenheiten kann die Fragmentierung der sozialen Angebote vermindern und professionelle Hilfe dort effektiv anbieten, wo sie notwendig erscheint (vgl. Stark 1996, S. 172). Genau in diesem Punkt wird dieses Arbeitsprinzip vor allem für eine „lebensweltbezogene Sozialplanung“ (Koller-Tejeiro et al. 2001, S. 62) relevant, die gegenwärtig nach dem Motto „Umbau statt Ausbau“ (vgl. Sozialreferat, Landeshauptstadt München 2002) aufgefordert ist, das System der sozialen Unterstützungsleistungen sowie die öffentliche Verwaltung zu einem effizienten Dienstleistungsunternehmen umzustrukturieren.

Dieser sozialräumliche Ansatz, eine am jeweiligen Stadtteil orientierte Politik, führt zu einigen kritischen Diskussionspunkten:

- Die Erfolgchancen werden als gering eingeschätzt, da der Handlungsspielraum der Kommunen von ökonomischen Entwicklungen abhängig ist, auf die *Stadtteilmanagement* keinen Einfluss hat.
- Ein anderer Kritikpunkt wird von Seiten der Wissenschaft vorgetragen: Die angestrebten Ziele des Stadtteilmanagements scheitern an den inflexiblen Strukturen der

Verwaltung und Politik.

- ⁸¹ Außerdem werden noch die Möglichkeiten der Aktivierung/Beteiligung sehr kritisch betrachtet, die vorgeben, bislang nichtorganisierte BürgerInnen integrieren zu können.

Die beiden ersten Kritikpunkte scheinen eher die soziopolitischen Maßnahmen als die sozialpädagogischen Interventionsmöglichkeiten in Frage zu stellen. Die Handlungsspielräume der Städte, um auf Benachteiligung mitsamt den sozialen Folgeproblemen reagieren zu können, dürfen nicht überbewertet werden. Aber ob vernachlässigten Gebieten besonderes Augenmerk geschenkt wird oder nicht, ist vorwiegend eine politische Entscheidung, die bestimmt, ob Sozialpädagogik/Sozialarbeit Einfluss nehmen kann oder nicht. Erst wenn diese politische Entscheidung vorbehaltlos getroffen wird, kann sich Empowerment entfalten. Stünden von Anfang an gegensätzliche Systeminteressen im Vordergrund, würde dies zu einem inkonsistenten methodischen Umgang hinsichtlich der Stadtteilentwicklungsprogramme führen. In diesem Kontext wurde sehr treffend formuliert, *„Rechte ohne Ressourcen zu besitzen, ist ein grausamer Scherz“* (Rappaport 1985). Empowerment ohne einen strukturellen Rückhalt, ohne bereitgestellte systemische Entfaltungsmöglichkeiten würde dadurch in einem unvollständigen Zustand verbleiben. Dennoch gibt es einige Stadt(t)räume, die durch die Aktivierung der städtischen Potenziale eine solidarische Aufarbeitung erfahren, vor allem dort, wo sich die Politik und Verwaltung vor und nicht hinter einem Stadtteilmanagementprozess positionierte.

4 ZUR FORSCHUNGSMETHODIK

4.1. Zur Fragestellung und Zielsetzung dieser Diplomarbeit

Das Ziel dieses vorliegenden empirischen Versuches war es gewesen, mit den Möglichkeiten der qualitativen Sozialforschung eine Analyse der dargestellten Stadtteilarbeit vorzunehmen, sowie ein Bild der Motivationslage, der im Beteiligungsprozess engagierten BewohnerInnen zu geben.

Es stand von Beginn an fest, dass die folgenden zwei Ebenen schwerpunktmäßig erfasst werden müssten:

- “ Inhaltliche Ebene: In reflexiver Hinsicht sollten die Motivation und die Beeinflussungsfaktoren, die das Engagement des Beteiligungsprozesses hervorbringen bzw. verstärken, abgebildet werden. Der Ehrgeiz lag darin begründet, die Erlebnisdimension der am Projekt Beteiligten in dieser Studie erstmals darzulegen.
- “ Methodische Ebene: Der analytischen Tradition verpflichtet, sollte das vorliegende Material (Berichte, Protokolle usw.) bearbeitet werden, um die Potenziale der gewählten praktischen Herangehensweise erfassen zu können.

Die Herausforderung bestand darin, das umgesetzte Stadtteilprojekt mit dem auslösenden subjektiven Moment und dem fortentwickelten, dauerhaften Engagement in Zusammenhang zu bringen.

In den Mittelpunkt geriet die Annäherung an das charakterlogische Element. Es galt, der subjektiven Reflexionsebene der Betroffenen gewahr zu werden, um den individuellen Entwicklungsprozess im Rahmen von *Empowerment* erschließen zu können.

Die vorliegenden Darstellungen der Interviews würden einer Überprüfung anhand quantitativ repräsentativer Daten (die Konstruktion eines entsprechenden Erhebungsverfahrens entspräche ob der Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit des spezifischen Stadtteilprojektes einer Herausforderung) bedürfen, aber dennoch kann dieser vorgelegte Versuch Thesen plausibilisieren, die den Zusammenhang zwischen Beteiligungsstruktur und gezeigtem Engagement verdeutlichen.

Die in der theoretischen Diskussion dargestellten „offenen Problemlösungsprozesse“ im

Rahmen einer Stadtteilarbeit weisen eine Komplexität auf, die durch

- “ die Bezugnahme auf inhaltliche Schwerpunkte, Bedingungen und Potenziale des jeweiligen sozialen Raumes und systemischen Gefüges, die daraus resultierenden inkonsistenten Vorgangsweisen und
- “ das breit angelegte Dialogmanagement auf Basis der teilweise divergierenden Systeminteressen entsteht.

Zudem galt es, im Rahmen des empirischen Versuches das Stadtteilmanagement und dessen umfassendes Aufgabenfeld sowie die Bearbeitungen im Sinne einer nachhaltigen Stadtteilentwicklung zu erfassen. Stadtteilmanagement, als eine von der Kommune beauftragte Instanz betrachtet, übernimmt die Vorbereitungen für die *Implementierung von Interaktionsrahmen*, um die Durchführung diverser *Beteiligungsverfahren* zu gewährleisten. Die umfassende *Aktivierung* gilt hierbei als eine Art *Metaziel*.

Dementsprechend waren Ausgangsbedingungen, die tatsächliche Implementierung des Interaktionsrahmens und erkennbare Erlebnisdimensionen, die für den Verlauf der gewählten Beteiligungsverfahren entscheidend sind, ebenfalls für die vorliegende Darstellung bedeutsam.

Besonderes Augenmerk wurde dem reflexiven Gehalt bezüglich der methodischen Herangehensweise gewidmet. Davon abgeleitet, sollte eine Kernbeschreibung dessen vorgenommen werden, was innerhalb dieser charakteristischen Stadtteilarbeit als Beteiligungsverfahren dargestellt wurde. Dieser Teil wird eine Beschreibung bestimmter Kategorien enthalten, die sich als zielführend erweisen, damit ein potenzielles Engagement seitens der AdressatInnen erwachsen kann.

Parallel dazu sollten aber auch aus der Perspektive der BewohnerInnen (der Zielakteure) die erarbeiteten Veränderungen dargestellt, die unterstützenden bzw. hinderlichen Bedingungen ausfindig gemacht und die in diesem Zusammenhang beschreibbaren Empowerment-Effekte eruiert werden.

Innerhalb dieser unterschiedlichen Prozessebenen fließen Herausforderungen, Pläne und Zielvorstellungen des Vorhabens *Stadtteilmanagement* mit den Erlebnisdimensionen der BewohnerInnen zusammen:

- Die „Rahmenebene des Programms“, die von den StadtteilmanagerInnen gestaltet und koordiniert wird: Hier sollen vor allem die Ansätze zur Vernetzung aller Akteure und zudem die Bemühungen der Aktivierungs- und Beteiligungsprozesse aufgezeigt werden.
- Die „Erfahrungsebene am Ort“: Die initiierten Betätigungs- und Wirkbereiche werden vorzugsweise aus der Perspektive der BewohnerInnen bzw. der LokalexpertInnen erfasst (vgl. Leutner und Pluquett et al. 2001, S. 136).

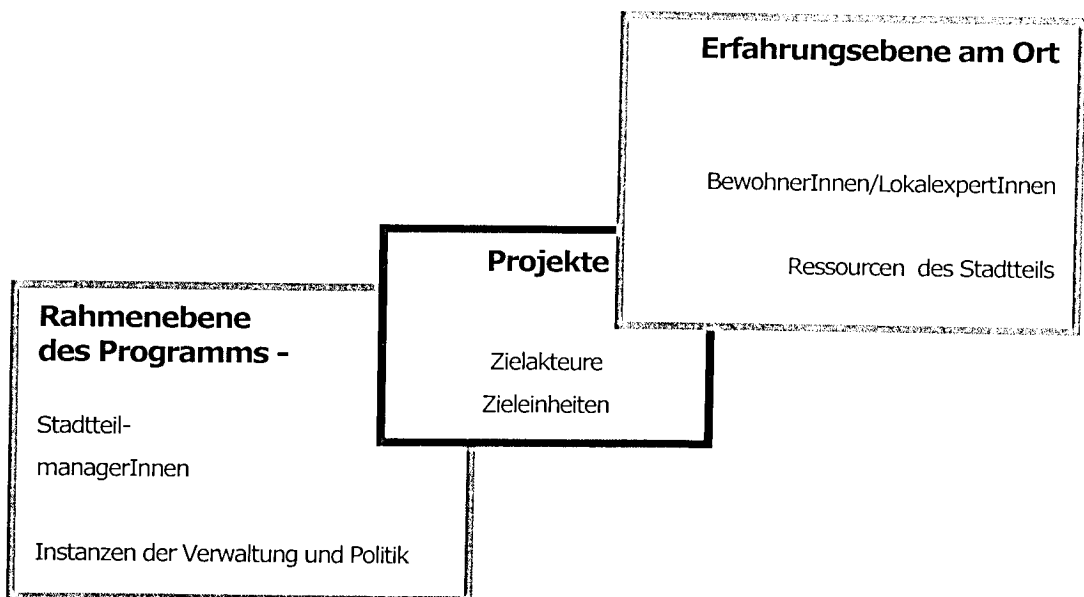


Abbildung 7: Stadtteilmanagement im Rahmen der situativen Gegebenheiten/Quelle: Eigene Bearbeitung in Anlehnung an Leutner und Pluquett 2001

Zur Rahmenebene des Programms

Mit der Formulierung von Zieleinheiten und organisatorischen Handlungsprinzipien im Rahmen des Stadtteilmanagements sollte in dem ausgewählten Stadtteil eine nachhaltige soziale und infrastrukturelle Entwicklung eingeleitet werden, um partizipative Bewältigungs-

prozesse zu gewährleisten, die zur relativen Verbesserung der Wohnsituation beitragen sollten.

Hierfür war es notwendig, die *kommunikativen Prozesse* zwischen allen Beteiligten in Gang zu setzen (vgl. Dialogmanagement), die *Aktivierung* der BewohnerInnen zu initiieren und mit Hilfe der breit angelegten und sehr vielschichtigen *Beteiligungsprozesse* **individuelle und kollektive Gestaltungsmöglichkeiten** zu stärken, **kooperative Prozesse** zu evozieren und **soziale Integration** zu leisten.

Generell sollten alle Projekte und Maßnahmen im Rahmen offener, dynamischer und demokratischer Prozesse entstehen. Dabei war nicht nur eine Entwicklung in Richtung *Ausweitung der Beteiligungsprozesse* wichtig, sondern darüber hinaus erlangten auch umfassende *Entwicklungs-, Lern- und Veränderungsprozesse* (vgl. ebd., S. 137) zum kooperativen Vorgehen im Milieu, in Richtung Emanzipation Bedeutung.

Um die vorweg diskutierten Inhalte im Alltagskontext nachvollziehen zu können, war es zunächst notwendig, der spezifischen Modellhaftigkeit von Empowerment gewahr zu werden, sodass diese einer Bearbeitung zugänglich gemacht werden konnte:

Empowermentorientierte Stadtteilarbeit an sich erweist sich als ein *offener dialogischer Prozess*, der dennoch, bedingt durch die *implementierte Aktivierung*, darauf ausgerichtet ist, einen *zielgerichteten Entwicklungsverlauf* zu verfolgen. Die dafür eingesetzten Beteiligungsverfahren sowie initiierten Projekte beschreiben letztlich einen Vorgang, der idealtypisch *Empowerment-Effekte* zu generieren vermag. So ergeben sich beschreibbare Entwicklungsakzente: *Ausgangsbedingungen* (personal needs, Situationen des Mangels oder der Betroffenheit) und ein daraufhin einsetzender *initiiertes Interaktionsrahmen* (diverse Projekte und Beteiligungsverfahren). Letztlich werden jene von den Betroffenen erwünschten und in demokratischen Prozessen gewählten *Zieleinheiten* angestrebt.

Um eine strukturierte Ordnung dieses Prozessverlaufs andeuten zu können, ließe sich folgendes Modell skizzieren. Diese Darstellung kann nur einer basalen Veranschaulichung entsprechen und ist an das Wissen gekoppelt, dass dieses logistisch kausale Vorgehen die menschliche Eigendynamik und die Entwicklungsverläufe, geprägt durch das Momenthafte des Menschseins, nicht erfassen kann.

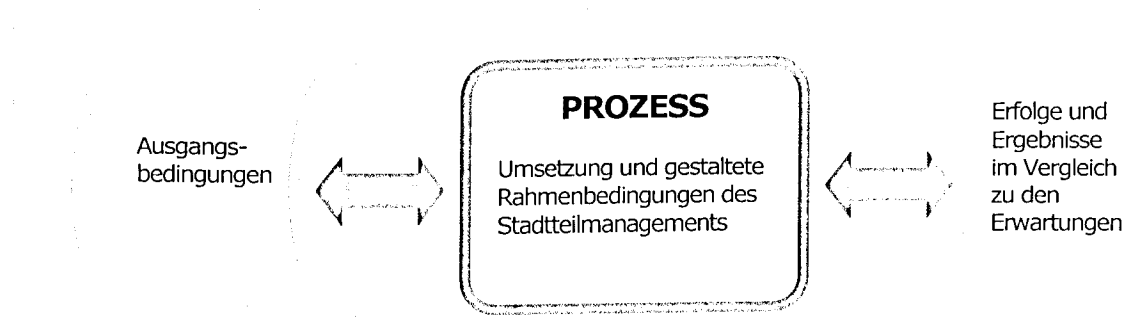


Abbildung 8: Symbolische Darstellung der Prozesshaftigkeit/Quelle: Leutner und Pluquett et al. 2001

Die *Ausgangsbedingungen* stellen Aspekte (wie z.B. die Programmschwerpunkte seitens der Verwaltung/Politik/BewohnerInnen), Bedingungen, Möglichkeiten und Notwendigkeiten der involvierten Akteure dar und sind durch vorhandene Strukturen und methodische Herangehensweisen des Programmkonzeptes gekennzeichnet.

Die *initiierten Prozesse* beschreiben den tatsächlichen Verlauf und die Abläufe zur Umsetzung des Programms, wobei Aktivierungs- und Beteiligungsverfahren sowie die übergreifenden Prozesse auf Verwaltungs- und Koordinationsebene erfasst werden.

Vor allem die Aspekte der Kooperation, Integration und Beteiligungsstruktur, d.h. die Verknüpfung von Ressourcen und die Öffnung von Möglichkeitsräumen zur Mitgestaltung, sollten an dieser Stelle genauer betrachtet und aufgezeigt werden.

Schließlich können vorfindbare Ergebnisse bzw. Erfolge nachgezeichnet werden. Zur Ermittlung des Outcomes werden Projektergebnisse in Form objektiver Indikatoren und subjektive Beurteilungen der Akteure herangezogen und diese schließlich mit den zitierten Programmzielen verglichen.

Ein weiterer Schwerpunkt des empirischen Teils ergibt sich aus der Evaluation der Perspektiven bzw. der Reflexionsinhalte der ZielakteurInnen. Die Fragestellung beläuft sich darauf, welche Faktoren dazu beitrugen, dass im Rahmen des Projektes mitgearbeitet wurde. Bedeutsam ist das Erfassen der besonderen Bedürfnisse, die mit diesem Entwicklungsgeschehen abgedeckt werden sollten. Angestrebt wird, die phänomenbedingte Wirkung auf der Mikroebene zu erfassen. Dieser Versuch basiert auf der Überzeugung, dass mit Hilfe der qualitativen Sozialforschung die Basis für eine kritische Sichtweise und eine umfassende Stellungnahme in Bezug auf die zentrale Fragestellung erlangt werden kann:

Inwieweit ist die praktizierte Stadtteilarbeit geeignet, Beteiligungsstrukturen zu etablieren, um bei den BewohnerInnen Empowerment-Prozesse auszulösen und welche Resonanz kann nach Initiierung des beschriebenen Projektes abgebildet werden?

Diese Fragestellung lässt sich mit Hilfe folgender Untersuchungsthemen konkretisieren:

1. Wie lässt sich die Organisation, Steuerung und Problemsicht der intermediären Instanzen (Arbeitsgruppe am Ort) beschreiben?
2. Wie lässt sich der Verlauf des Stadtteilmanagements aus der Sicht der BewohnerInnen beschreiben (Formen, Prozesse und Erfolge der BewohnerInnenaktivierung und BewohnerInnenbeteiligung)?
3. Welche Perspektiven lassen sich insgesamt für Stadtteilmanagement unter spezieller Berücksichtigung des zitierten Beispiels (Reichweite, Zwischenbilanz und Erfolgsaussichten) ableiten?

Diese Fragen werden in der anschließenden Interpretation Berücksichtigung finden, um der expliziten Aufgabenstellung der Arbeit Folge leisten zu können. Das Ziel der vorliegenden Diplomarbeit ist die Untersuchung von *empowerment-orientierten* Herangehensweisen in der Stadtteilarbeit unter besonderer Berücksichtigung der AdressatInnen, um eine kritische Betrachtung der Theorie vollziehen und pädagogische Konsequenzen ableiten zu können.

4.2. Exkurs: Grounded Theory

Ein innerhalb der qualitativen Sozialforschung verfolgter Handlungsstil ist jener der *Grounded Theory*, der sich vor dem Hintergrund multipler Realitäten, einem phänomenologischen, theoriegenerierenden Erkenntnisprozess verpflichtet fühlt.

Der Forschungsansatz *Grounded Theory* entspricht einem qualitativen Forschungsansatz, der durch eine größtmögliche Offenheit gegenüber der zu untersuchenden Lebenswelt

sowie durch den Einsatz der diversen Forschungsstrategien gekennzeichnet ist. Das Ziel einer Analyse nach dem Ansatz der *Grounded Theory* besteht darin, aus dem gewonnenen Datenmaterial eine Theorie erwachsen zu lassen, „(...) nicht nur Konzepte, mit denen in der Wissenschaft die Wirklichkeit geordnet wird, sondern auch Zusammenhänge, Bedingungskonstellationen, Erklärungen, kurz Theorien, sollen aus den Daten heraus entwickelt werden, sollen in den Daten gegründet werden“ (Oswald et al. 1997, S. 80). *Grounded Theory* stellt sich als keine spezifische Methode oder Technik dar, sondern entspricht einem Forschungsstil, nach dem qualitative Daten analysiert und interpretiert werden, um Konzeptbildungen anhand des Materials vollziehen zu können. Charakteristisch für den Umgang mit *Grounded Theory* ist die Flexibilität in Bezug auf die Auswahl der Instrumentarien: Beobachtungsdokumente, Textmaterialien oder Interviews. Für die entsprechende Herangehensweise wäre das Forschungsfeld bestimmend. Je nach Gegebenheiten und Kontextwissen bleibt es den ForscherInnen überlassen, welche Materialien zur Analyse herangezogen werden sollten.

Kontextwissen im Rahmen der *Grounded Theory* entspricht dem Wissen der ForscherInnen, das aus dem Alltagswissen, der Fachliteratur oder aus den Forschungserfahrungen stammt, als Information der beginnenden Analyse zugänglich ist und in reflektierter Form in dieses einfließt. Kontextwissen fand im empirischen Teil insofern Eingang, als

einerseits die Leitfäden-Interviews auf Basis von eingehenden Literaturbearbeitungen und Beobachtungen vor Ort konstruiert werden konnten, andererseits ergab sich, ob der übergeordneten Fragestellungen nach den Bedingungen für Empowerment ein Bedarf, die „(...) *Eingangs- und Bleibemotivationen des modernen bürgerschaftlichen Engagements*“ (Keupp et al. 2000, S. 224) zu erschließen. Vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Struktur, die sich aus einem theoretischen Nachvollzug des zu Bearbeitenden ableiten lässt, ergab sich ein Rahmen des zu Erfassenden.

Für *Grounded Theory* ist nicht ein *Auswertungsverfahren*, sondern vielmehr ein *Auswertungsprinzip* kennzeichnend, das als kreatives Konstruieren von Theorien beziehungsweise als ein konzeptionelles Ordnen vorläufiger Interpretationen (vgl. Strauss u. Cobin 1996) beschrieben wird und eine begleitende und fortlaufende Datenkontrolle miteinschließt.

Als Grundformen dieser Verlaufsform lassen sich das „Theoretical Sampling“, eine von der Theorieentwicklung geleitete, forschungsbegleitende Auswahl der zu erhebenden bzw. zu analysierenden Fälle, das „Theoretical Coding“, auf das hier näher eingegangen werden soll, und das Erstellen von Memos, worunter die laufende Sammlung und Auseinandersetzung mit Überlegungen in schriftlicher Form verstanden wird (vgl. Schmidt et al. 1997, S. 552), unterscheiden.

Das Ziel des Kodierens besteht darin, Kategorien und Verbindungen zu entdecken und diese erläuternd darzustellen.

Die drei Möglichkeiten des Kodierens werden von Strauss (1994) folgendermaßen dargestellt:

Zu Beginn des Projektes wird offen kodiert. Die Daten, beispielsweise aus Interviewprotokollen, werden analysiert und die entstehenden Kategorien als provisorische betrachtet. Vor dem Hintergrund der Reflexionen schaffen sie aber einen ersten Zugang zu Fragen und vorläufigen Antworten (vgl. Strauss 1994, S. 57). Bei der Auswertung der Interviewtranskripte geht es nicht darum, „paraphrasierte Kürzel“ zu notieren, sondern darum, vorläufige Antworten auf Fragen über Kategorien und darüber, wie diese zusammenhängen, zu finden. Diese Antworten werden als Kodes bezeichnet und mit vorläufigen Namen versehen. So erscheint das Kodieren im Kontext der *Grounded Theory* als ein Zuordnen von Kodeworten (Kategorien) zu Textsegmenten. Es ist dies eine explorative, heuristische Tätigkeit (vgl. Kuckartz et al. 1997, S. 588).

Das axiale Kodieren beschreibt eine verfeinerte Analyse der Kategorien. In diesem Prozess werden Kategorien vernetzt, einzelne Kategorien zu Schlüsselkategorien erklärt. Es entsteht eine *Grounded Theory*, eine im Material verwurzelte Theorie (vgl. Schmidt et al. 1997, S. 553). Der Kodiervorgang entspricht somit dem zentralen Verfahren, mit Hilfe dessen Schlüsselkategorien hervorgebracht werden sollen und letztlich die Integration der Theorie eingeleitet werden kann.

Mittels dieser Herangehensweise kann eine komprimierte Fassung des Grundmaterials erlangt werden, welche die Überschaubarkeit und Bearbeitung der Texte zulässt. Im Wesentlichen ist die computergestützte Analyse mit der eben beschriebenen Herangehensweise kompatibel. Der erste Arbeitsschritt besteht somit darin, die aufgezeichneten Interviews zu transkribieren und die für die Interpretation wesentlichen Belange zu vermerken. Vorliegend wurde die inhaltsanalytische Auswertung mit Hilfe des Programms

„Atlas/ti“ durchgeführt, das transkribierte Textfile im ASCII-Format abgespeichert.

Die Hermeneutische Einheit umfasst sodann alle Interviews mit den hinzugefügten Bearbeitungen: Kodes werden einzelnen Textsegmenten zugeordnet, um die dahinter liegenden Kategorien erfassen zu können. Diese werden schließlich zu Schlüsselkategorien vernetzt und zusammengefasst (vgl. Kuckartz et. al. 1997, S. 584 ff.).

Grounded Theory ist dementsprechend das Basiskonzept, um den reflexiven Dialog in dem sich entwickelnden Prozess gewährleisten zu können. Um den eingangs erwähnten Ansprüchen und letztlich auch den persönlichen Präferenzen gerecht werden zu können, standen folgende Methoden der Bearbeitung zur Verfügung:

Methoden	Intention
EINZELINTERVIEWS mit den BewohnerInnen	Was waren die Ausgangsbedingungen für das persönliche Engagement, welche Veränderungen gab es seit der Initiierung der Stadtteilarbeit bzw. seit des persönlichen Engagements?
GRUPPENDISKUSSION mit VertreterInnen der interdisziplinären Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof	Wie werden Projektdurchführung und Projektziele seitens der StadtteilmanagerInnen bewertet bzw. beschrieben?
PROJEKTANALYSE anhand von Berichten, Protokollen und teilnehmender Beobachtung	Welche Prinzipien, Zielkategorien und Verlaufsformen der darzustellenden Stadtteilarbeit ließen sich darstellen?

Tabelle 2: Methoden für die empirische Herangehensweise/Quelle: Eigene Bearbeitung

▪ PROTOKOLLE/DOKUMENTENANALYSE

Aufzeichnungen der Jour fixe-Veranstaltungen im Zeitraum Jänner bis Dezember 2001, schriftliche Darstellungen der einzelnen im Rahmen der Stadtteilarbeit durchge-

fürten Veranstaltungen und protokollierte Darlegungen seitens der InitiatorInnen über Motivation, Gegenwartsanalyse und Zukunftsperspektive der Stadtteilarbeit liefern wichtige Hintergrundinformationen.

Berichte, welche alljährlich seitens der Ämter von der *Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof* als Mittel der Qualitätskontrolle eingefordert wurden, standen für die Analyse und Interpretation zur Verfügung. Es handelte sich also um ein bereits vorliegendes Material, das nicht innerhalb des Zeitraumes dieser Diplomarbeit gesammelt und recherchiert werden musste.

“ ERGEBNISSE DES LEITFADENINTERVIEWS I

Diese Ergebnisse liefern Angaben über persönliche Eingangs- und Bleibemotivationen seitens der BewohnerInnen.

“ ERGEBNISSE DES LEITFADENINTERVIEWS II

Entsprechende Auswertungen geben Informationen über die Entstehung und den Entwicklungsverlauf der Stadtteilarbeit Denggenhof seitens der Arbeitsgruppe.

4.3. Dimensionen, Kriterien und Konstruktion der eingesetzten Methoden

4.3.1. Das Leitfadenterview

Als Untersuchungsmethode für die Befragungen der BewohnerInnen und der OrganisatorInnen des Stadtteilmanagements wurde die Form der qualitativen Interviews als eine kooperative Methode der Datenerzeugung im Forschungsprozess (vgl. Terhart et al. 1997, S. 35) gewählt. Grundsätzlich sollte die hier verwendete Methode die Prozesshaftigkeit und Offenheit der darzustellenden Stadtteilentwicklung widerspiegeln, d.h. eine verstehende, nicht-direktive Vorgehensweise sollte einer festgelegten Herangehensweise vorgezogen werden. Andererseits wollte die Autorin gewährleistet wissen, reflexiv zu verarbeitende Entwicklungsprozesse, welche dem *Empowerment-Geschehen* immanent sind, darlegen zu können.

Um diese persönlichen Entwicklungsdimensionen abzubilden, um Reflexionen thematisieren und die Entwicklung der eigenen Potenziale simulieren bzw. partiell vollziehen zu können, müssen das narrative Element und ein Entfaltungsraum selbst in die Erhebungsphase integriert werden (vgl. Lamnek 1995, S. 23).

Nimmt man an, dass die *Kommunikation* als Ausgangspunkt für gesellschaftliche bzw. systembildende Prozesse gegeben ist (vgl. Froschauer/Lueger 1992, S. 27), bedeutet das für eine Analyse sozialer Räume, dass man ob der vorhandenen Kommunikationsmuster auf systemimmanente Strukturen schließen kann.

Das Interview als Erhebungsmethode meint „(...) ein planmäßiges Vorgehen mit wissenschaftlicher Zielsetzung, bei dem die Versuchsperson durch eine Reihe gezielter oder mitgeteilter Stimuli zu verbalen Informationen veranlasst werden soll“ (Scheuch zit. n. Lamnek 1995, S. 36). Ein Interview birgt in der Situation der Befragung die Möglichkeit in sich, mit der Untersuchungsgruppe in Kontakt zu treten, der persönlichen Motivationen gewahr zu werden, widersprechende Darstellungen klären und sich in der Gesprächssituation der latenten Aspekte des Entwicklungsvollzugs annähern zu können. „Interviews geben dem Befragten selbst das Wort, sie erhalten die Gelegenheit, über ihre Biographie, Weltsicht, Erfahrungen und Kontexte zu berichten und machen diese Informationen damit der Forschung zugänglich“ (Fiebertshäuser et al. 1997, S. 371). Sie bringen in der Situation der Interaktion einen Rahmen des *assoziativen Vermittelns* hervor, der prinzipiell frei ist von Vorgefasstheiten wie stereotypen Darstellungen. Dieser prinzipielle Vorteil der qualitativen Sozialforschung darf durch die Erstellung eines Leitfadens nicht unterlaufen werden. Die Anwendung sollte dergestalt sein, dass ein flexibler Umgang mit dem Vorhandenen das Spontane nicht verhindert und sich folglich den Prämissen *Offenheit, Kommunikativität* und *Naturalistizität* (vgl. Lamnek 1995, S. 17ff.) verpflichtet weiß. Somit fordert eine qualitative Herangehensweise das Modifizieren des Interviewstils entsprechend der Gegebenheiten. Um eine „anregend-passive“ Interviewposition einnehmen zu können, erscheint es notwendig, die Themen überblicken zu können, um mit prägenden Sachverhalten den Interviewverlauf immer wieder auf das zu erfragende Thema zu lenken. Dies würde bedeuten, den „leitenden Faden“ dem/der Interviewten zu oktroyieren. Es ist von enormer Relevanz, die im Problemfeld immanenten Fragestellungen ad hoc formulieren zu können, aber auch ex ante Fragen, Verständnisfragen, Konfrontationen und/oder Sequenzen des Zurückspiegeln (vgl. Lamnek 1993, S. 75f.) zu berücksichtigen. Der hierfür ausgearbeitete Leitfaden dient zwar einer thematischen Orientierung, lässt aber den Befragten weitgehend

Raum, eigene Erzählstrategien zu verfolgen und persönliche Artikulationsmöglichkeiten zu beschreiben. Das hier gewählte teilstandardisierte Interview, das „Leitfadeninterview“, erlaubt der Interviewerin, einen „Leitfaden“ mit Fragen zu bestimmten Themenkomplexen vorzubereiten, wodurch zusätzlich eine vergleichende Interpretation der typenhaften Ergebnisse zulässig erscheint (vgl. Fiebertshäuser et. al. 1997, S. 375).

Das *problemzentrierte Interview* als eine spezielle Form des Leitfadeninterviews umschreibt mit dem Adjektiv „problemzentriert“ eine Forschertätigkeit, um ein gesellschaftliches Bedingungsgefüge darzustellen, dessen individuelle als auch kollektive Wirkprinzipien erfahrbar gemacht werden sollten. Lamnek bezeichnet diesen Interviewtyp als eine Kombination von Induktion und Deduktion, da zwar die Konzeptgenerierung durch den Interviewer immer noch im Vordergrund steht, aber doch ein bereits bestehendes wissenschaftliches Konzept, das durch den Interviewten/die Interviewte modifiziert werden kann, zu beobachten ist (vgl. Lamnek 1993, S. 74f.).

4.3.1.1. Interview-Leitfaden I

Die nachstehenden Variablen entsprechen insofern der formulierten Frage, als sie mit Ausprägungen einhergehen, die als notwendige Bedingung oder als begünstigender Faktor für *Empowerment* zu begreifen sind. Lassen sich jene Bedingungen bzw. Faktoren mithilfe der Interviews nicht abbilden, so kann davon ausgegangen werden, dass die Wahrscheinlichkeit für *Empowerment* sinkt.

Vor diesem Hintergrund werden, aufbauend auf das vorliegende Datenmaterial, folgende Fragen eingehend diskutiert sowie deren Zusammenhänge geklärt:

Fragen zur Eingangsmotivation - Typisches der Siedlung, Stärken, Schwächen und Zukunftsperspektiven:

Sollten an dieser Stelle zunächst die Fragen Bearbeitung finden, um die Identität der BewohnerInnen mit dem Bestehenden zu erfassen, wurde im Laufe der empirischen Vorgehensweisen bald davon abgesehen: Einerseits erachtete die Autorin es nicht als erstrebenswert, die Identität ausschließlich gruppenspezifisch zu definieren und Identität auf räumliche Zugehörigkeit zu reduzieren. Vielmehr sollten offene Entwicklungsprozesse und

die Identifikationsprozesse innerhalb des Milieus in den Mittelpunkt gerückt und die hierfür abhängigen Variablen betrachtet werden. Deshalb sollten an dieser Stelle die Mobilisierungsfaktoren eruiert werden, die eindeutig mit dem Wunsch nach Veränderungsprozessen einhergehen und als richtungsweisend für die sehr spezifische, kollektive Entwicklung erachtet werden können.

- „ Was sehen die BewohnerInnen als typisch für die Siedlung an?
- „ Inwiefern ist dieses Typische für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung bedeutsam?
- „ Was sind die Stärken und/oder Schwächen in Hinblick auf die zukünftige Entwicklung?

Fragen zur Bleibemotivation - basisdemokratische Erfahrungen, soziales Gefüge, Kommunikations- und Kooperationsformen:

Je intensiver die sozialen Kontakte und transparenter und/oder offener Entscheidungsstrukturen verlaufen, desto eher kann mit der Möglichkeit eines kollektiven Engagements gerechnet werden.

- „ Wie sieht das soziale Gefüge aus?
- „ Welche Interaktionen prägen diese Siedlung?
- „ Was hat sich im sozialen Gefüge seit der Initiierung des Stadtteilmanagements verändert?
- „ Was müsste sich im sozialen Gefüge noch verändern, um eine nachhaltige Siedlungsentwicklung realisieren zu können?
- „ Wie sehen die Kooperationsformen der BewohnerInnen untereinander aus?
- „ Welche Kooperationsformen gibt es mit übergeordneten Verwaltungseinheiten (z.B. Hausverwaltung)?

Persönliche Interaktionen, marginalisierte Gruppierungen, Jugendliche, SeniorInnen etc.:

Kann eine Integrationsleistung gelingen? - Wie wird die Integrationsarbeit von den BewohnerInnen betrachtet? Können randständige Gruppierungen auch zu Wort kommen?

- “ Welche Gruppierungen können innerhalb der Siedlung eine aktive Rolle spielen?
- “ Kann die Stadtteilentwicklung „AG Denggenhof“ integrierend wirken?

Möglichkeitenräume der Mitgestaltung:

Sehen die BewohnerInnen wohlwollend auf das Programm der Stadtteilarbeit, haben sie die Programmstruktur akzeptiert. Ist die Teilhabe mit einem persönlichen Gewinn in Zusammenhang zu bringen, so erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich aktivieren lassen, die initiierten Beteiligungsstrukturen mitzutragen.

- “ Wie sehr und unter welchen Bedingungen ist die Beteiligung für Einzelne möglich?
- “ Inwiefern konnten diese Beteiligungsprozesse in der Siedlung zu Veränderungen führen?

Der entwickelte Interviewleitfaden folgt den Fragen (siehe Anhang), die an die Variablen der zuvor geschilderten Überlegungen anschließen.

A) DAS WOHNEN AM DENGGENHOF

Identifikation und Wohnzufriedenheit, Nachbarschaft, soziale Kontakte

B) STADTTEILARBEIT IM ALLGEMEINEN UND IM BESONDEREN

Kontakterschließung, anfängliche Reaktion, Kenntnisse in Bezug auf Thema/Projektidee sowie dessen Bewertung, Erfahrungen während der Aktivitäten und Bewertung des Projektverlaufs (Teilhabemöglichkeit, Kooperation in der Gruppe, demokratische Verfahren, Atmosphäre und Stimmung), Freiwilligkeit in Bezug auf Themenwahl und beschäftigte Zeit, Selbstbestimmungsmöglichkeiten, persönlicher Gewinn und Perspektiven

C) RESÜMEE UND PERSPEKTIVEN

Veränderte Wahrnehmung, Erfahrung, Aktivitäten und Perspektiven; individuelle und kollektive Selbstorganisation - Gewinn von Autonomie und Kooperation; Problemwahrnehmung und soziales und politisches Engagement; Kontrollbewusstsein sowie Gestaltungs- und Entscheidungskompetenz; Motivation in Bezug auf zukünftiges Engagement

4.3.1.2. Durchführung der Interviews mit den BewohnerInnen

Die Interviews wurden ab Sommer 2002 mit LokalexpertInnen durchgeführt, die in einzelnen, im Rahmen der Stadtteilarbeit initiierten Arbeitsgruppen aktiv tätig waren bzw. sind. Interviewt wurde zu einem Zeitpunkt, als abgeschlossene Arbeiten der einzelnen Arbeitskreise bereits vorlagen und daher die wichtige Bedingung gegeben war, den Arbeitsvollzug skizzieren zu können.

Auch wenn bei Lamnek (vgl. 1995, S. 92) die Repräsentativität der Stichprobe im qualitativen Interview eine eher untergeordnete Rolle spielt, d.h. eine Generalisierung nicht zulässig wäre, wurde im vorliegenden Material dennoch versucht, eine breitere Streuung bezüglich der Interviewten einzubringen. Ferner sollte die Beschreibung der Handlungsmuster und Reflexionsebenen ermöglicht werden und sollten VertreterInnen von allen tätigen Arbeitsgruppen zu Wort kommen, um eine Information darüber zu erhalten, ob die *AG-Stadtteilarbeit Denggenhof* die grundlegenden Prinzipien auch personenungebunden vermittelte. Bei der Auswahl der InterviewpartnerInnen in Hinblick auf die Fragestellung galt es darauf zu achten, jene zu wählen, die im Zentrum des Geschehens standen und über entsprechende Erfahrungen bzw. über reiche Informationen in Bezug auf die zu untersuchende Frage verfügten. Für die Auswahl standen TeilnehmerInnenlisten der diversen Arbeitsgruppen zur Verfügung. Die primäre Selektion der TeilnehmerInnen ging hier mit der Forderung einher, dass die Interviewten über Informationen in Bezug auf die Fragestellung verfügen sollten. Folglich waren prinzipielle AnsprechpartnerInnen jene, die die Beteiligungsprozesse der Stadtteilarbeit über eine längere Phase, mindestens über einen Zeitraum von einem halben Jahr, miterleben konnten bzw. wollten. Es sollten aber auch jene AdressatInnen zu Wort kommen, die aus dem Beteiligungsprozess ausgestiegen waren, als Opponenten galten. Diese Auswahl erschien notwendig, um „gute InformantInnen“ erreichen, eine *Intensitäts-Stichprobe* generieren und der Forderung der *inhaltlichen Repräsentation* gerecht werden zu können (vgl. Merckens et al. 1997, S. 101):

„Eine angemessene Repräsentation in diesem Sinne ist immer dann erreicht, wenn einerseits der Kern des Feldes in der Stichprobe gut vertreten ist und andererseits auch die abweichenden Vertreter hinreichend in die Stichprobe aufgenommen worden sind“ (ebd., S. 100).

InterviewpartnerIn	Geschlecht	Kinder im Haushalt
1	m	1
2	w	2
3	m	2
4	w	-
5	w	1
6	m	-
7	m	-
8	m	-
9	w	-
10	m	-

Tabelle 3: Soziodemographische Variablen zur Charakterisierung der Interviewpartner/Quelle: Eigene Bearbeitung

Lamnek (ebd., S. 107) geht von der Prämisse aus, dass der Ort des Interviews auf die Lebensnähe des Resultates unterstützend wirken kann, sofern der Ort dem/der Befragten natürlich und vertraut erscheint. So wurde den Interviewten die Auswahl des Ortes überlassen. Mehrheitlich wurde das Siedlungszentrum „für jung und alt“ am Denggenhof gewählt. Alle Interviews wurden von der Autorin der Diplomarbeit durchgeführt und mit Zustimmung der Interviewpartner auf Tonband aufgezeichnet. Auf die anonyme Weiterbearbeitung des Materials wurde hingewiesen. Die durchschnittliche Dauer eines Interviews kann mit 45 Minuten festgelegt werden.

4.3.1.3. Interview-Leitfaden II

Die nachstehenden Variablen sind Parameter, die seitens der Arbeitsgruppe die Rahmenbedingungen für eine gelingende Stadtteilarbeit bzw. für Empowerment darstellen. Die Erfassung bestimmter struktureller Vorgaben lässt Rückschlüsse auf Möglichkeiten oder etwaige Hindernisse von Empowerment zu.

Arbeits- und Werteprinzipien für die AG-Stadtteilarbeit Denggenhof

Von welchem Ethos wird die Herangehensweise getragen? Fühlen sich die BewohnerInnen den erwähnten Prinzipien gegenüber verpflichtet, so steigt die Wahrscheinlichkeit, dass das initiierte Programm von ihnen aufgenommen wird.

Methodische Herangehensweise

Plant und praktiziert das Team einen flexiblen Umgang mit den methodischen Möglichkeiten, so werden im Gegensatz zu vorstrukturierten Programmen dem Feld entsprechende Instrumentarien gewählt, was wiederum einer wichtigen Bedingung für Empowerment entspricht.

Zielkategorien seitens der *AG-Stadtteilarbeit Denggenhof*

Je eher die Zielformulierung von den BewohnerInnen vorgenommen wird, desto rascher kann sich Empowerment entfalten.



STADTTEILARBEIT AM DENGGENHOF - EINE DARSTELLUNG

5.1. Der Denggenhof - eine Siedlungsbeschreibung

Die Denggenhofsiedlung befindet sich, westlich der Triesterstraße liegend, im Bezirk Gries. Dieser Bezirk wird von den BewohnerInnen der Stadt Graz mit einem negativen Image in Verbindung gebracht und erweist sich, ob der schlechten Wohnverhältnisse mit vorherrschend einschränkenden Bedingungen, als ein Lebensraum schlechterer Wohnqualität (vgl. Gasser-Steiner 1997, S. 38f.). Aufgrund der Recherchen wurde ersichtlich, dass in diesem Stadtbereich die Substandard-Kategorien C und D und die Wohnungsnot-Kategorie E, alle unteren Ausstattungskategorien, zu einem relativ hohen Prozentsatz vorzufinden sind; der Anteil an Substandard-Wohnungen im Bezirk Gries beläuft sich auf fast 40%, der Anteil an Kategorie A-Wohnungen ist im Grazer Vergleich am geringsten (vgl. ebd., S. 23f.).

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass sich die Verteilung der Wohndefizite durchwegs an sozial-räumlichen Kriterien orientiert, die anhand der Stadtsoziologie als Segregationsphänomene beschrieben werden können (vgl. ebd., S. 50).

Da es im Rahmen der *Stadtteilarbeit Denggenhof* jedoch vordergründig darum geht, infrastrukturelle Bedingungen im öffentlichen Raum attraktiver zu gestalten, um bessere Sozialisationsbedingungen herstellen zu können, ist an dieser Stelle eine nähere Beschreibung der sozialen Struktur im Bezirk nicht von Relevanz.

Wesentlicher erscheint es an dieser Stelle, eine Beschreibung der Siedlung vorzunehmen: Der Denggenhof befindet sich im Eigentum der Siedlungsgenossenschaft *Neue Heimat*. Die Siedlung wurde nach dem Konzept der *Südtirolersiedlung* in den 40er-Jahren erbaut. Revitalisierungen wurden seither eher vernachlässigt, eine desolate Bausubstanz mit beschädigten Fassaden und abgelösten Putzflächen war augenscheinlich und die Wohnverhältnisse wurden als beschämend empfunden:

„(...) haben Sie unser Stiegenhaus gekannt? Da haben Sie etwas versäumt. Wenn damals jemand zu Besuch gekommen ist, da hab' ich die schnell durchgeschleust, am liebsten hätte ich allen die Augenbinden aufgesetzt, bis sie in meine Wohnung kommen. Das war ja Balkan life. Die Sanierung außen wie innen, da bin ich der Meinung, dass das großteils wir erreicht haben, weil wir sind reinmarschiert zur Neuen Heimat, eben diese Gruppe, die wir wegen der Parkplätze angesprochen haben, ich meine, wir haben viel erreicht, es wurde alles saniert und es ist uns dann die Stadteiarbeit beigegeben worden, das ist ja alles erst wachgerüttelt worden. Wir waren damals zwei Hände voll Leut', die begonnen haben. Dadurch ist die Neue Heimat munter geworden, weil wir waren eben hartnäckig und sind reinmarschiert und immer wieder. Dadurch ist vielleicht auch die Stadt aufmerksam geworden, aber den Beginn haben ja wir gesetzt“ (P11: Interview 36 (167:177)).

Charakteristisch für diese Siedlung ist auch eine hofartige Bebauung, wodurch allen SiedlungsbewohnerInnen eine großzügige Grünfläche zur Verfügung steht. Diese Möglichkeit wird als ein Wert an sich betrachtet, der die sonst kritisch anmutenden Äußerungen zu kompensieren vermag und den BewohnerInnen eine eigene Identifikationsstruktur zu verleihen im Stande ist.

„Vorweg zeige ich, wie man fast mitten in der Stadt, wir gehören noch zur Innenstadt, der Bezirk Gries, wie man trotzdem im Grünen leben kann. Das glaubt heute fast keiner mehr. Wenn Sie da rausschauen, gut, jetzt ist Winter, aber im Sommer oder im Frühjahr, da glaubst, du bist am Land. Also, wir sind zwar eine Siedlung, ich bin ein Siedlungskind, aber trotzdem hat man nicht das Gefühl, so wie in den Hochhäusern, wie sie halt überall stehen in Graz, moderne Wohnungen und tolle Wohnungen, aber ich würde nicht tauschen. Das Grün liebe ich da, unseren Hof, ich bin da aufgewachsen und häng' an der Siedlung“ (P11: Interview 09.txt - 11:37 (7:13)).

„(...) ich würde ihm das wirklich paradiesische Umfeld zeigen. Die Ruhe, das Grün, und ich muss sagen, auch die Denggenhofsiedlung ist in dieses Ruhegebiet miteinbezogen. Und ich formuliere immer wieder, das ist fast ein paradiesisches Wohngebiet“ (P 9: Interview 07.txt - 9:2 (24:26)).

Diese Innenhöfe wurden nach Angabe der BewohnerInnen in früheren Zeiten sehr stark als Subsistenzwirtschaftsflächen genutzt. In einigen Höfen findet man noch derartige Nutzer-spuren, dennoch hat sich der Verwendungszweck weitgehend geändert. An Stelle der Nutzgärten traten, von den BewohnerInnen gepflegte Ziergärten mitsamt den offen angelegten und für alle zugänglichen Sitzbereichen. Diese offensichtlich privaten Initiativen belegen ein starkes Eigenengagement in Bezug auf die Attraktivierung des eigenen Wohnumfeldes sowie eine relativ starke Identifikation der BewohnerInnen mit dem von ihnen bewohnten Gebiet (vgl. Kömdl/Gesprächsprotokoll 2002).

Die Gebäude sind zwei- bis dreigeschoßig, und als die Siedlung vor ca. 15 Jahren nach-

verdichtet wurde, wurden die Dachböden größtenteils zu Startwohnungen umgebaut. Im Zuge dieser Nachverdichtung verschwanden notwendige Bedarfsräume, feuchte Keller konnten als Ersatz nicht adaptiert werden, Stiegenhäuser wurden während der Umbauphase nachhaltig in Mitleidenschaft gezogen. So kam es, dass die sich einstellenden Nachteile einen starken Unmut bei den SiedlungsbewohnerInnen auslösten (vgl. Baumgartner, Hierzer-Bacher, Kördl, Lechner 2000, S. 10).

Die Einkaufsmärkte, die sich am Rande dieser Wohngegend angesiedelt haben, werden, ob der Lebensqualität, eine alltägliche Versorgungssituation in Siedlungsnähe vorzufinden, sehr hoch geschätzt. Dennoch hatte die Ansiedelung dieser Einkaufsmärkte Auswirkungen auf die siedlungsinterne Struktur. Leer stehende Geschäftsräume prägten vor Beginn der Sanierung das Siedlungsbild, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Sanierung ist größtenteils abgeschlossen) langsam wieder belegt werden. Außerdem wurde in dieser Phase mit den BewohnerInnen und der Genossenschaft auch eine Umnutzung eines Geschäftslokales vollzogen und ein Siedlungszentrum „für jung und alt“ eingerichtet.

Am Siedlungsrand befindet sich eine öffentliche Parkanlage und die Pfarre St. Johannes. Die in unmittelbarer Nähe nicht vorhandenen infrastrukturellen Ausstattungs- und Dienstleistungsangebote können laut Angabe der BewohnerInnen mit Hilfe der öffentlichen Verkehrsanbindung (Straßenbahnlinie 5 und Buslinie) prinzipiell gut erreicht werden.

Das kritischste Moment für die BewohnerInnen selbst war die vernachlässigte Wohnqualität ob der schlechten Bausubstanz; Keller wurden teilweise durch Hochwasser überschwemmt, Nachverdichtungsprozesse direktiv vorgenommen und Gebäude niemals wärmetechnisch saniert (vgl. ebd., S. 11). Das unschöne Bild, total abgewohnte bis zerschlossene Fassaden oder unkoordinierte Eigenrenovierungen, prägte eine bestimmte Wohnstruktur. Der Unmut der BewohnerInnen stieg stetig an, zugleich aber auch die Motivation, sich für die Siedlungsbelange zu engagieren (vgl. Kördl/Gesprächsprotokoll 2002).

Dieses Engagement hatte schon eine lange Geschichte, sodass sich der latente Unmut schließlich in konkretes Engagement verwandelte. Als positive Aspekte sind die relative Identifikation und die vorhandenen Nachbarschaftsstrukturen in diesem abgeschlossenen Siedlungsbereich des Denggenhofs anzumerken. Dies sind wesentliche Erstbedingungen für ein Empowerment-Geschehen.

Außerdem hat der Denggenhof in Bezug auf Empowerment einen eindeutig objektiven Vorteil: Die relativ kleine Siedlungsfläche und die relativ kleine Population in einem nach außen abgeschlossen wirkenden Siedlungsbereich haben zur Folge, dass sich die

BewohnerInnen in einer dorfähnlichen Wohnumgebung vorfinden, diese auch so empfinden und ob dieser Situation von dorfähnlichen Kontakten sprechen.

Am Denggenhof zeigt sich vor diesem Hintergrund eine hohe Bereitschaft zum sozio-politischen Engagement und eine große Anzahl potenziell Engagierter. Zudem gab es eine eindeutige Misstimmung bezüglich der sanierungsbedürftigen Wohnanlage, der fehlenden Parkanlagen oder bezüglich eines geplanten Neuzubaus inmitten der Innenhöfe. Es zeigte sich eine bereits nach außen gekehrte Betroffenheit, die in dem nachstehend beschriebenen Arbeitsprozess bearbeitet wurde.

5.2. Das Grazer Projekt Stadtteilarbeit Denggenhof

Das Projektvorhaben *Stadtteilarbeit Denggenhof - Empowerment & Sustainability* wurde 1999 mit einer vorläufigen Dauer von einem Jahr initiiert und wurde seither jeweils um ein Jahr verlängert.

Auf Initiative einer interdisziplinären Frauenplanerinnengruppe wurden die Projektvorhaben dargelegt, die zunächst vom *Frauenreferat der Stadt Graz* und der *Siedlungsgenossenschaft Neue Heimat* finanziell und ideell unterstützt wurden.

In der Anfangsphase bestand das übergeordnete Ziel in einer Aufhebung von autoritären Planungsabsichten zugunsten eines umfassenden BewohnerInnenbeteiligungsprojektes:

„Begonnen hat alles damit, dass der Frauenarbeitskreis ‚Wohnen‘ eine Weiterführung des Pilotprojektes ‚Frauenwohnprojekt‘ am Hohenwartweg mit der Neuen Heimat initiieren wollte. Seitens der Neuen Heimat, Eigentümerin der Liegenschaft Denggenhof und verwaltende Instanz der Siedlung, wurde an eine Nachverdichtungsmöglichkeit in einer der Innenhöfe des Denggenhofs gedacht (...) Dr. Huber teilte uns nach einiger Zeit mit, er hätte ein konkretes Grundstück am Denggenhof (...) nach Besichtigung der konkreten Situation war uns klar, dass dort (...) nichts mehr gebaut werden kann“ (Baumgartner, Hierzer-Bacher, Kömdl und Lechner 2000, S. 6).

Vielmehr wurden Mängelsituationen innerhalb der Siedlung (vgl. Siedlungsbeschreibung) augenscheinlich, welche, wie die Planerinnengruppe anregte, einer Veränderung bedurften.

„Nach einer ersten Analyse, wobei das ursprüngliche Vorhaben (...) verworfen wurde, entstand die Idee zu einem Stadtteilprojekt im Sinne der LA 21, welches die Bewohner/innen bei ihren Anliegen (baulich schlechter Zustand, unbefriedigende Kommunikation mit Siedlungsgesellschaft etc.) unterstützen sollte. Für die bevorstehende Generalsanierung wollten wir vorweg Strukturen schaffen, um Mitbestimmung und Beteiligung aller Bewohner/innen an Planungs- und Veränderungsprozessen in ihrer Siedlung ausreichend zu ermöglichen“ (ebd., S. 3).

Nach genauerer Zielformulierung und Konzeption eines Leitbildes, das grundsätzlich dem Postulat eines umfassenden Beteiligungsprozesses folgt und somit die Zielsetzungen der LA 21 programmatisch erfüllt, konnte zu Beginn des Beteiligungsprozesses ein weiterer Projektpartner für dieses Stadtteilentwicklungsvorhaben, nämlich das Umweltamt der Stadt Graz, gefunden werden.

Ausführende vor Ort waren die interdisziplinäre *Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof*, eine Architektin, zwei Landschaftsplanerinnen und eine Studentin der Psychologie. Finanziert wurde das Projekt, zumindest in den ersten beiden Jahren, vom Frauenreferat, Amt für Jugend und Familie und vom Umweltamt der Stadt Graz. 2001 zog sich das Umweltamt aus seinen Verpflichtungen zurück, dafür konnte das Sozialamt für das Bestehen sowie für die Fortentwicklung der programmatischen Umsetzung gewonnen werden. Die Siedlungsgenossenschaft Neue Heimat trug wesentlich zur Umsetzung der Projekte bei: durch kostenlose Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten innerhalb des Siedlungsverbundes, die Durchführung von siedlungsweiten Aussendungen und durch die Teilnahme im Rahmen der Steuerungsgruppentreffen. Diese fanden monatlich mit den am Projekt beteiligten Auftraggebern und der Arbeitsgruppe statt (siehe Methodische Vorgehensweise), wodurch das Projekt Stadtteilarbeit Denggenhof auch beispielgebend für ein ressortübergreifendes, kooperatives Vorgehen seitens der öffentlichen, verwaltenden Instanzen ist. Dieses ressortübergreifende Handeln ermöglicht es, den Grundforderungen einer ganzheitlichen Betrachtungsweise von Wohnqualität - diese wird von materiellen sowie immateriellen Aspekte bedingt - zu entsprechen.

Die gesetzten Aktivitäten und die durchgeführte Stadtteilarbeit am Denggenhof orientieren sich grundsätzlich an den Prinzipien der Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit und beschreiben einen Weg, der es den BewohnerInnen neben den diversen Beratungsinitiativen ermöglicht, das soziale, kulturelle Leben, aber auch die infrastrukturellen und baulichen Strukturen mitzugestalten bzw. umzustrukturieren. Eine lebendige Stadtöffentlichkeit wird gefördert und öffentliche Plätze werden attraktiviert, wodurch auf sehr niederschwelliger Basis Informationsaustausch, Beratung und öffentlicher Dialog stattfinden können. Entlang dieser

Projektgestaltungslinien werden die beginnenden Möglichkeiten eines Beteiligungscharakters formiert. Den Siedlungstreffen entwachsen schließlich weitere Arbeitskreise sowie Projekte, die mit dem Versuch einhergehen, die individuelle und kollektive Selbstorganisation zu stärken.

5.2.1. Beschreibung der darzustellenden Stadtteilarbeit

5.2.1.1. Formale Kriterien des Projektes

Aus einer Dokumentation über die Methoden und Arbeitsweisen des Beteiligungsprozesses am Denggenhof konnte folgende Projektskizzierung übernommen werden:

„Die Inhalte der Stadtteilarbeit waren seitens der Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof zu Beginn nicht exakt definierbar. Die Rollen der einzelnen Gruppen waren in diesem Beteiligungsprozess jedoch festgelegt. So bestimmen die Bewohner/innen die Inhalte, die Arbeitsgruppe fungiert vorwiegend als beratende Koordinationsdrehscheibe bzw. übernimmt Plattformfunktion. Wünsche, Vorschläge und Projektideen werden an die zuständigen Adressat/innen weitergeleitet“ (ebd., S. 7).

Eine Beteiligungskultur, eine Reflexion über die alltäglichen Lebensbedingungen in der Zeit sowie eine Begegnungsmöglichkeit zur Artikulation der unterschiedlichen, teilweise oder größtenteils divergierenden Positionen zählen folglich zu den wesentlichsten Aspekten des zu diskutierenden Stadtteilplanungsprojektes.

Gemäß der Projektbeschreibung, in der *Empowerment* als grundlegendes Prinzip der zu beginnenden Arbeitsweise dargestellt wurde, können demgemäß Werteprinzipien abgeleitet und wie folgt zusammengefasst werden:

▪ **Niederschwelligkeit, Alltagsorientierung und Orientierung an den Themen der BewohnerInnen**

Der Zugang zum Beteiligungsverhalten sollte möglichst alltäglich und nah an der Erlebniswelt der BewohnerInnen gestaltet sein. Daraus ergibt sich eine räumliche und inhaltliche Nähe zur Lebenswelt der BewohnerInnen. *„Stadtteilarbeit ist dann sinnvoll und wirkt nachhaltig verbessernd für die Lebensbedingungen, wenn die Bedürfnisse der Menschen in die Planung und Gestaltung miteinbezogen werden. Dies bedeutet,*

Stadtteile in ihrer Gesamtheit wahrzunehmen und gemeinsam mit den Bewohner/innen bedürfnisorientierte Nutzungen zu erarbeiten“ (Laufschritte zit. n. ebd., S. 12).

11 **Flexibilität und Zieloffenheit**

Diese Zieloffenheit erfordert, dass die methodischen Vorgehensweisen nur zu Beginn des Projekts festgelegt werden. Die inhaltliche Projektstrukturierung erfolgt unter Berücksichtigung einer bedürfnisorientierten und bedarfsgerechten Planung, die im erheblichen Ausmaß von den BewohnerInnen mitbestimmt wird. *„Bewohner/innen werden von Beginn an in den Prozess einbezogen, bestimmen möglicherweise bereits, wie die strukturellen Vorgaben des Projektes aussehen sollen, jedenfalls aber, was inhaltlich gearbeitet wird. Von den Initiator/inn/en soll es also keine Vorgaben über Inhalte und Ziele geben, wenn sie nicht selbst Bewohner/innen sind. Ziele und Inhalte können sich im Laufe des Prozesses verändern“ (ebd., S. 13).*

12 **Freiwilligkeit**

Beginn und Dauer des Engagements stehen in der Entscheidungsgewalt der BewohnerInnen. Somit wird eine klare Grenze zu den strukturierten Verfahrensweisen gezogen. Die Einladungen, Informationen und Protokolle der jeweiligen Planungstreffen ergehen an alle SiedlungsbewohnerInnen, um den Einstieg jederzeit zu ermöglichen.

13 **Ressourcen- und Lebensweltorientierung**

„Soziale Arbeit wird so verstanden, dass auf Ressourcen und Stärken der Bewohner/innen fokussiert wird. Die Interventionen finden dahingehend statt, dass eigene Kräfte und die Bewohner/innen motiviert werden, Lösungen der Problem-bereiche selbst in die Hand zu nehmen“ (ebd., S. 12). Das Planungsvorhaben stärkt die individuelle Selbstorganisation, unterstützt beim Aufbau „kollektiver Verbindlichkeiten“, um so gemeinsam neue Perspektiven in der vorzufindenden Lebenswelt hervorzubringen.

Weiters ist die Umsetzung der Maßnahmen gebunden an eine *„(...) wechselseitige Achtung und Fürsorge, kritische Reflexion und Bewusstwerdung der Akteure, durch die eine Form der Teilhabe für die Person oder Gruppe ermöglicht wird, die einen un-*

zureichenden Zugang zu wichtigen sozialen Ressourcen hat“ (Stark zit. n. ebd.).

Gemeinsames Ziel ist es, die BewohnerInnen zu motivieren, an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mitzuwirken und Aushandlungsprozesse mit übergeordneten Instanzen (verwaltende Instanzen, wie Siedlungsgenossenschaft, Ämter etc.) zu gewährleisten. Unter dem Primat, „Bewohner/inn/en sind die Expert/inn/en innerhalb ihres Lebensbereiches“, ergibt sich eine handlungstheoretische Umkehrung eines herkömmlichen Beteiligungsverfahrens: *„Empowerment ist nicht gleich Partizipation und unterscheidet sich insofern, dass nicht die Bürger/inn/en an einem Verwaltungsverfahren mitwirken, sondern die Beamt/inn/en bzw. die Verwalter/inn/en sich am Leben der Verwalteten beteiligen (ebd., S. 12).*

12 **Parteilichkeit**

Im Rahmen derartiger Verhandlungsprozesse zeigen sich ungleiche Voraussetzungen bezüglich der Problemlösungskompetenz, wodurch sich auf der Handlungsebene eine Parteinahme für randständige oder weniger durchsetzungskräftige Gruppierungen ergibt. *„Die Haltung im Empowermentprozess ist vorerst einmal neutral orientiert, kann aber im Laufe der Zeit immer wieder parteiliche Aspekte beinhalten (...) Der schwächere Teil wird unterstützt und gefördert, damit er ähnliche Voraussetzungen wie der stärkere erlangen kann“ (ebd., S. 12f.).*

13 **Demokratischer Planungsverlauf**

Im Laufe des Beteiligungsgeschehens werden ausschließlich Projektthemen und Problemlösungsvorschläge aufgenommen, die im Sinne des Gemeinwesens sind: *„Es werden Lösungen erarbeitet, die alle Beteiligten mittragen können, denn dies ist die Voraussetzung für nachhaltige Lösungen“ (ebd., S. 13).*

14 **Transparenz**

Einladungen und Informationen über zu bearbeitende Themen ergehen an alle SiedlungsbewohnerInnen, Protokolle an all jene, die mit dem Anliegen vertraut sind (alle MitarbeiterInnen des jeweiligen Arbeitskreises), und schließlich wird über laufende Aktivitäten ein Siedlungskalender erstellt bzw. finden sich Hinweise auf den in der Siedlung aufgestellten Anschlagtafeln (vgl. ebd., S. 15). Dieses sehr breite Informationsspektrum erscheint den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit

Denggenhof als notwendige Basis, um einen Einstieg für andere Interessierte zu jedem Zeitpunkt zu ermöglichen.

Auf der Wissensbasis, dass einzelne Zielkategorien in einem derartig offenen Beteiligungsprozess nicht von Anfang an differenziert zur Darstellung gebracht werden können, haben in den Berichten vorerst nur sehr übergeordnete Ziele Erwähnung gefunden:

- Aufgreifen der Veränderungswünsche und Interessen der BewohnerInnen, um gemeinsam mit ihnen an einer Umsetzung zu arbeiten
- Unterstützung der BewohnerInnen bei der Aneignung und Nutzung des Wohnareals
- Schärfung sozialer Kompetenzen und Verantwortlichkeiten, Erhöhung der Selbstorganisation
- Steigerung des Wohlbefindens in der Siedlung
- Beitrag zu einer nachhaltigen Stadtteilentwicklung
- Förderung der Kommunikation unter den BewohnerInnen (vgl. ebd., S. 7).

Eine genaue Durchsicht der vorliegenden Berichte lässt jedoch Zielkategorien der Metaebene in Erscheinung treten, die in der vorliegenden Auflistung ihre Entsprechung finden:

▫ **Etablierung einer Beteiligungskultur**

Möglichst viele BewohnerInnen sollen in die Planungsentwicklung und -durchführung einbezogen werden, um die Verantwortlichkeit für die Entscheidungsfindung möglichst breit zu streuen: *„Aufgreifen der Veränderungswünsche und Interessen der Bewohner/inn/en und gemeinsames Arbeiten an der Umsetzung (Bürger/inn/enbeteiligung)“ (ebd., S. 7).*

▫ **Angebote zur Attraktivierung und Maßnahmen zum Aufbau des sozialökologischen Bezugs**

Es sollen Ideen umgesetzt werden, die die Verbesserung der Lebensbedingungen versprechen, wodurch sich, nach Ansicht der Initiatorinnen, das allgemeine

Wohlbefinden in der Siedlung anheben lässt. Ebenso wird das Arrangieren der Unterstützungsangebote im alltäglichen Kontext bei der Aneignung und Nutzung des Wohnareals angestrebt (vgl. ebd., S. 7).

▫ **Nachhaltigkeit und zukunftsfähige Entwicklung**

Eine langfristig tragfähige Entwicklung muss als ein integrativer Prozess betrachtet werden, der mit breitest möglicher Beteiligung einhergeht, ohne die Befriedung der Bedürfnisse zukünftiger Generationen zu gefährden (vgl. ebd., S.7ff.). Es geht darum, sich zu solidarisieren, Betroffenheit konstruktiv und in einem antizipatorischen Sinne „anzugehen“.

▫ **Ressortübergreifendes Handeln, Vernetzung und Systemintegration**

Über die ressortübergreifende Planung und Zusammenarbeit definiert sich, nach Ansicht der *Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof*, die Qualität der gesamten Projektarbeit.

Im Sinne einer ressourcenerschließenden Ausgleichsfunktion sollen bislang ungenützte Potenziale sowie deren Vernetzung erkundet bzw. erschlossen werden.

▫ **Zielgruppenübergreifendes Handeln**

Nach Durchsicht der Protokolle zeigt sich, dass die zielgruppenübergreifende Herangehensweise im Zentrum der Bemühungen steht. Die Arbeitsgruppe hat das Ziel, die Akzeptanz der konkreten Umsetzungen möglichst breit zu streuen. *„Von Jung und Alt und egal ob Frau oder Mann - jede/r fand eine für sie/ihn passende Art der Mithilfe“ (ebd., S. 18).*

▫ **Reflexion und Prävention**

Spezifisch initiierte kollektive Organisationsformen tragen dazu bei, dass jene Problemlagen, die das Lebensumfeld betreffen, früh wahrgenommen und kommuniziert werden können. Die Stadtteilarbeit Denggenhof liefert informierende und unterstützende Beiträge, die infolge bearbeitet werden und somit den Charakter präventiver Maßnahmen besitzen.

In diesem Zusammenhang wird von den Initiatorinnen angeführt, Stadtteilarbeit sei als ein Prozess zu verstehen, welcher eine kritische Reflexion und die Bewusstwerdung

der Akteure beinhaltet (vgl. ebd., S. 12).

11 **Sozialintegration**

Die Stadtteilinitiatorinnen wollen kollektive Organisationsformen etablieren, um einerseits die Teilhabe (vs. Teilnahme) an den entsprechenden Entscheidungsfindungen garantieren und um andererseits durch die Implementierung von sozialen Netzwerken kollektive Bewältigungsstrukturen generieren zu können (vgl. ebd., S. 4).

12 **Individuelle und kollektive Selbstorganisation - individuelles und kollektives Bewältigungshandeln**

„Die Interventionen finden dahingehend statt, dass eigene Kräfte aktiviert und die Bewohner/innen motiviert werden, Lösungen der Problembereiche selbst in die Hand zu nehmen“ (ebd., S. 12).

5.2.1.2. Beteiligte Gruppierungen und deren Interaktionen

Das Projekt *Stadtteilarbeit Denggenhof* wurde initiiert, um die Wohnqualität zu heben und um *soziokulturelles Agieren* der BewohnerInnen im Rahmen von Projekten zu ermöglichen. Absicht war es, eine Beteiligungskultur zu entfachen, um eine Stadtteilentwicklung mit den basalen Stimmen zu vervollständigen. Der *Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof* oblag die Verantwortung, den BewohnerInnen räumlichen und persönlichen Rückhalt zu geben. Konnten differenzierte Projektziele zu Beginn der Projektphase zwar noch nicht definiert werden, so waren die Rollenverteilungen doch von Anfang an festgelegt: Die BewohnerInnen bestimmten anhand ihrer Interessen die Projekthalte. Die Arbeitsgruppe fungierte vorwiegend in einer beratenden und vermittelnden Funktion. Die Anliegen, Ideen und Themen wurden in den dafür eingerichteten Gremien entgegengenommen. Diese Gremien bestanden aus BewohnerInnen, EntscheidungsträgerInnen aus Verwaltung/Politik und den VertreterInnen der Arbeitsgruppe. Aufgrund der bereits erwähnten Ziel- und Themenoffenheit führten ausschließlich die Anregungen, Interessen oder personal needs zu Projektdurchführungen. Vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, dass ein Verantwortungstransfer angestrebt wird, *„(...) dass nicht die Bürger/innen an einem Verwaltungsverfahren mitwirken, sondern die Beamt/innen bzw. Verwalter/innen sich am Leben der Verwalteten*

beteiligen“ (ebd., S. 12). Wenn dieser umfassende Dialog, die Etablierung einer Beteiligungskultur an sich bereits wichtige Zielkategorien darstellen, so müssen diese durch eine bestimmte Projektstruktur gewährleistet sein. Aus diesem Grund erscheint es an dieser Stelle notwendig, die beteiligten Gruppierungen sowie deren Möglichkeiten zur Interaktion bzw. Kommunikation zu skizzieren:

▪ ***BewohnerInnen als LokalexpertInnen***

Wenn im Rahmen dieses Projektes BewohnerInnen als LokalexpertInnen definiert werden, so wird die grundsätzliche Wertorientierung dieses Stadtteilentwicklungsprozesses offenkundig. Die BewohnerInnen werden als ExpertInnen ihrer Lebenswelt betrachtet, deren Problemwahrnehmung und Problemlösungsansätze den eigentlichen Anstoß für das Projektgeschehen bilden.

▪ ***Die Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof***

Gemäß der proklamierten methodischen Vorgangsweise ist es Aufgabe dieser Gruppierung: die Themen der BewohnerInnen abzufragen, die geäußerten Anliegen aufzugreifen, Selbsthilfepotenziale in der Form eines gemeinsamen Agierens zu fördern und eine vermittelnde Rolle zwischen den unterschiedlichen Positionen einzunehmen. Diese Beteiligungskultur der BewohnerInnen an den Veränderungsprozessen ihrer Lebensbedingungen soll gewährleisten, dass durch die Etablierung von Dialogforen bzw. durch die Schaffung von Netzwerken eine zielgruppen- und ressortübergreifende Kooperation gefördert wird (vgl. Lüttringhaus 2000, S. 185).

▪ ***FachexpertInnen***

Auf der Ebene der Beteiligungsprozesse versuchen neben den LokalexpertInnen, den KoordinatorInnen auch die VertreterInnen der kooperierenden PartnerInnen (Ämter und Verwaltung) die Planungsprozesse mitzugestalten. FachexpertInnen werden zusätzlich zu den jeweiligen aufzuarbeitenden Themenbereichen eingeladen. Sie sind im Rahmen der Beteiligungsprozesse direkte AnsprechpartnerInnen für die BewohnerInnen, wirken mit ihrem fachlichen Wissen aufklärend und sind wesentliche KooperationspartnerInnen bei der Umsetzung diverser Planungskonzepte.

“ **Steuerungsgruppe**

Dieses Stadtteilprojekt wurde zunächst von einer Steuerungsgruppe begleitet, die anfangs monatlich tagte. In dieser waren neben den KoordinatorInnen die Amtsleitungsebene der unterstützenden Ämter sowie die Verwaltungsebene der Hausgenossenschaft vertreten.

Diese Steuerungsgruppentreffen „(...) dienen zur Aufrechterhaltung des Informationsflusses, zum Austausch vom Umgesetzten und zur Reflexion und Besprechung der weiteren gemeinsamen Vorgehensweise“ (Baumgartner, Hierzer-Bacher, Körndl und Lechner 2000, S. 16).

“ **Arbeitsgruppen**

In der Anfangsphase des Projektes galt es, zum Zweck der Themenfindung, entsprechende Arbeitsgruppen bzw. Initiativgruppen (vgl. ebd., S. 12) zu installieren. Eine solche Gruppierung stellt von Anfang an ein Netzwerk, bestehend aus LokalexpertInnen, KoordinatorInnen und FachexpertInnen, dar. Es ist ein wichtiges Gremium, das Stärken-Schwächenanalysen vornimmt, Arbeitsziele definiert, Arbeitsschritte abklärt und eventuelle Umsetzungsmöglichkeiten bespricht, also einen wesentlichen Teil der Planungsarbeit leistet.

5.3. Organisatorischer Rahmen

In diesem Kapitel werden die Aktivierungsmaßnahmen, die im Rahmen der Stadtteilarbeit Denggenhof initiiert wurden, vorgestellt. Dabei soll ein Einblick in das aktualisierte Vorgehen gewährt werden.

Zunächst müssen die städtischen Bedingungen für derlei Vorhaben dargestellt und in der Interpretation berücksichtigt werden. Denn ob sich ein Geschehen mit *Empowerment-Dynamik* entfalten kann, ist nicht nur von den gewählten Stadtteilmanagement-Methoden, sondern zunächst von den *soziostrukturellen Bedingtheiten* des jeweiligen Raumes abhängig.

Das städtische Leben, dem eine Überfülle von Sinneseindrücken inhärent ist, wird mit einer spezifischen Form der Vergesellschaftung in Zusammenhang gebracht. Prägend erscheinen

die *Manifestationen der Distanzierung* zwischen Menschen und zwischen Menschen und ihrer Umwelt im Allgemeinen. Der Reizüberflutung in diesem speziellen öffentlichen Kontext haftet nach Simmel (vgl. Siebel 2000, S. 268ff.) eine besondere Bedeutung an. Sie ist die Basis eines städtischen Habitus, der geprägt ist von: „Intellektualisierung“, „Blasiertheit“ und „Reserviertheit“. Bahrtdt (1998) beschreibt ein „stadttypisches Verhaltensmuster“ und die daraus resultierenden Beziehungsgegebenheiten folgendermaßen:

„Die Stadt ist wie der Markt gekennzeichnet durch unvollständige Integration: Es fehlt ein fest vorgegebenes soziales Bezugssystem, das die Beziehungen der Individuen lückenlos definiert. Erst die Abwesenheit eines vorgegebenen Bezugssystems macht es möglich, dass Individuen sich als Individualitäten überhaupt begegnen können (...) es schiebt sich kein definiertes Beziehungssystem, in das man den anderen einordnet, zwischen die Subjekte (...) d.h., die Individualität erscheint unabhängig der sozialen Erscheinungsform einer sozialen Gruppe; Eine Begegnung der Individuen als Individualitäten ist jedoch nur dort möglich, wo die Integration unvollständig ist, d.h. wo es kein durchgehendes, lückenloses Geflecht vermittelnder und mittelbar machender Bindungen gibt, d.h. wo sich ständig Menschen begegnen, miteinander in Kommunion treten und sich arrangieren, ohne dass der eine für den anderen in einer gemeinsamen Ordnung ausreichend verortet ist“ (Bahrtdt 1998, S. 88).

Dieser soziale Determinismus ermöglicht Kontakte unter Fremden, doch der ständige Kontakt unter Fremden erzeugt nach Bahrtdt Distanz:

„Unvollständige Integration bedeutet aber nun auch in vielen Fällen Wegfall der vermittelnden Leitfäden vorgegebener vertrauter Bindungen. Es gibt unmittelbare, aber auch unvermittelte Begegnungen. In ihnen ist zunächst Distanz zu spüren, und die Distanz weicht in der Regel nicht, da die Flüchtigkeit der Begegnung ein Vertrautwerden verhindert (...) die sorgfältig gepflegte Distanz hat zur Folge, dass nur ein kleiner, zufälliger abstrakter Ausschnitt der Persönlichkeit sichtbar wird. Will man sich keine Blöße geben, so wird man bemüht sein, Persönliches, das für die Offenheit sozialer Kontakte zu empfindlich ist abzudecken, zu privatisieren“ (ebd., S. 267f.).

Diese Ambivalenz zwischen räumlicher Nähe und sozialer Distanz, wie dies gemäß den genannten Autoren für den städtischen Raum kennzeichnend ist, hat für das Initiieren von Stadtteilmanagementprozessen eine besondere Bedachtnahme auf eine anfängliche Aktivierungsphase zur Folge, die die Grenzen zwischen privaten und öffentlichen Anliegen zu wahren vermag.

Andererseits scheint sich vor dem Hintergrund postmoderner, sehr ausdifferenzierter Lebensweisen nicht unbedingt ein traditionales, ideologieträchtiges Bild von Engagement und Wirkkraft zu formieren, wodurch eine Verortung von Vergemeinschaftungsprozessen

(vgl. Weber 1947, S. 21ff.) im Milieu eher erschwert und die Implementierung von *Empowerment-Prozessen* von erlebnisnahen Variablen abhängig gemacht wird.

Zudem ist der Staat mitsamt den institutionellen Strukturen zum traditionellen Bezugspunkt des politischen Handelns geworden, wodurch das zivilgesellschaftliche Politikum in den Hintergrund rückt:

„Im Ganzen müssen wir also feststellen, dass dies zu einer Schwächung der einzelnen Stadt als eines Kristallisationszentrums für politische Öffentlichkeit geführt hat. Die Bewohnerschaft der industriellen Großstadt besteht zum überwiegenden Teil aus Menschen, die zwar Städter aber nicht Stadtbürger sind. Das bedeutet nicht, dass sie in besonderem Maß vereinzelt sind oder der Vermassung anheimgefallen sein müssen. Sie leben im Familienverband, (...) sie haben oft Nachbarschaftsbeziehungen, aber diese liegen diesseits der öffentlichen Sphäre und sind deshalb auch nicht konstitutiv für eine kommunale Demokratie, die auf einer Öffentlichkeit aufbaut“ (Bahrdt 1998, S. 151f.).

Stadtteilmanagement ist „angetreten“, diese Struktur zu erweitern, lokale Produktions- und Kooperationszusammenhänge zu generieren. Es wird verstärkt durch „globalisierte Tendenzen“ dazu aufgefordert, diese zu implementieren. Die Parole „global denken und lokal handeln“ beschreibt den Versuch, der Schwächung des Staates mit einer Aufwertung des Lokalen zu begegnen (vgl. Häußermann 2001, S. 81).

Die Ausgangsbedingungen für eine umfassende Aktivierung oder für die Initiierung von Bürgerbeteiligungsverfahren mit sehr heterogenen Zusammensetzungen gestalten sich vor dem gesellschaftlichen, ambivalenten Spannungsfeld als überaus schwierig. In der anfänglichen Kontaktphase gewinnt ein behutsames Vorgehen, ein respektvoller Umgang mit methodischen Möglichkeiten immense Bedeutung. Hier erlangt das initiierte praktische Geschehen einen enormen Spannungsgehalt, gilt es doch, alle vorweg diskutierten Gegebenheiten zu überwinden, Betroffenheit zu diskutieren und dem Auditorium zu vermitteln, dass die von ihm besuchte Veranstaltung bestenfalls die Voraussetzung für ein nicht absehbares Ziel sein kann. Das dramaturgische Element ergibt sich daraus, dort Politik vermitteln zu wollen, wo sich eine politische Agenda bereits verabschiedet hat.

Ein gelingender Entwicklungsvollzug - die *Verbesserung der Lebens- bzw. Wohnbedingungen* - die *Erlebnisdimension* an sich, ist nicht abschätzbar. Die Erfahrung von Aktivierung und Beteiligungsprozessen verspricht zwar ein Erlebnis und beinhaltet ein attraktives Potenzial in Richtung individueller und kollektiver Selbstbehauptung, d.h.,

Aktivierung und Erlebnisse bilden zunächst keinen Gegensatz. *Empowerment* aber auf eine Erlebnisdimension zu reduzieren, wäre trivial. Events sind befristet und deren Zwecke liegen in sich selbst, im aktuellen Vollzug, im aktuellen Genuss, in einer unmittelbaren Erfahrung. Das soziale Engagement hingegen, das mit Hilfe der Aktivierung in Aussicht gestellt wird, ist perspektivisch angelegt, liegt außerhalb seiner selbst, erscheint nur durch außenorientierte Motivationen erreichbar und ist zuletzt nicht kalkulierbar. Ein typischer Beteiligungsprozess ist charakterisiert durch langwierige Entwicklungsvollzüge, müßige Diskussionsrunden und langatmige Aushandlungsprozesse, die eher darauf ausgerichtet sind, Zukünftiges zu fassen, denn Gegenwärtiges zu feiern.

Kann dennoch eine Mobilisierungskraft generiert werden, gilt es, die Möglichkeiten einer Selbstsorge zu vermitteln, die „(...) *nicht aus einem moralischen Kraftakt, der den hedonistisch gesonnenen Subjekten abverlangt werden muss*“ (Keupp 2000, S. 220f.), stammt. Im Gegenteil, eine Perspektive der Selbstsorge wird mit keiner Version „vormundschaftlicher“ Politik und Verwaltung vereinbar sein.

Von den AdressatInnen wird erwartet, dass gemeinschaftsbezogene Ziele bearbeitet werden, die *persönliche Nutzkategorien* in sehr mannigfaltiger Art und Weise beinhalten: Individuell nützlich erscheinen *materielle, aber auch immaterielle Gewinne*, wie soziale Anerkennung, ein Mehr an Kommunikation, soziale Vernetzung, sprich Optionen zur Reaktivierung oder Aktivierung der sozialen Netzwerke und des sozialen Kapitals. Wenn in bestimmten Lebensphasen diese sozialen Aktivitäten individuell als sinnvoll erlebt werden können, wenn affektive, kollektive und materielle Unterstützungsmöglichkeiten abgeleitet werden können, so wird relationales Handeln bewusst aufgesucht, und es entsteht durchaus die Perspektive, dass Ziele für die Gemeinschaft anzustreben sind und der/die Einzelne auch davon profitieren kann (vgl. Keupp et al. 2000, S. 251). Anzumerken ist jedoch, dass dieses anzustrebende Gut ausschließlich den Aktiven vorbehalten bleibt und nur auf dem Weg des Engagements zu erreichen ist.

Im Rahmen des Stadtteilmanagements werden immer auch materielle Nutzkategorien eine thematisch-emotionale Betroffenheit auslösen. Kann die Bearbeitung dieser in Aussicht gestellt werden, ist dies ebenso eine wichtige Basis für den Entwicklungsprozess kollektiver Phänomene.

An dieser Stelle wurden sehr elementare, lebensnahe oder auch emotionale Aktivierungspotenziale angesprochen und weniger abstrakte, ideologische Ziele, die zum Engagement,

zu einem ehrenamtlichen Engagement führen. Ein ähnliches Bild wird seitens der Theorie auch in Bezug auf die Bleibemotivation für Beteiligungsverfahren gezeichnet. Es sind nicht die großen Themen einer Ideologie, welche es vermögen, eine konstante Bewegung auszulösen, sondern es ist vielmehr eine alltägliche Betroffenheit, die aktiviert:

„Schließlich hat besonders für den Typus des modernen bürgerschaftlichen Engagements das Element des selbstbestimmten Engagements eine herausragende Bedeutung. Ein positiver ‚Rückgewinn‘ des modernen Ehrenamtes ist die Freiheit, sich in Bezug auf Dauer, Inhalt, Intensität und Verpflichtungsgrad der jeweiligen Tätigkeit immer wieder neu orientieren zu können. Das soziale Engagement aus freien Stücken, gemäß der eigenen Entscheidung und ohne äußeren Zwang auszuüben, ist eine wichtige sinnstiftende Qualität der Tätigkeit“ (Keupp et al. 2000, S. 231).

Neben einem traditionellen Ehrenamt erscheint hier ein freiwilliges Engagement, das von einem individuellen, spontanen Entscheiden und Gestalten bestimmt wird. Die Unmittelbarkeit der alltäglich erlebten Diskrepanzen wird zum tragenden Element des Beteiligungscharakters, zum Charakteristikum des modernen ehrenamtlichen Engagements, welches in der methodischen Herangehensweise des darzustellenden Projektes Berücksichtigung gefunden hat.

5.3.1. Die methodische Vorgehensweise am Denggenhof

Den Berichten der Stadtteilarbeit waren folgende Kategorien, Ziele und methodische Herangehensweisen zu entnehmen (vgl. Baumgartner, Hierzer-Bacher, Körndl, Lechner 2001):

- „ Aktivierung, Ermutigung und Grundmobilisierung der BewohnerInnen - Ideenwerkstätte

Im April 1999 wurden mit den BereichsprecherInnen („Drehpunktpersonen“) der Siedlung Gespräche über die Projektidee sowie über die Belange der Siedlung geführt. Zusätzlich wurden „Grätzelpostkästen“ installiert, um den BewohnerInnen die Möglichkeit zu geben, selbst in anonymer Art und Weise etwaige Anliegen zu transportieren. Im Juli 1999 wurde sodann das erste große Siedlungstreffen („Ideenwerkstätte“) initiiert, um einerseits eine Rückmeldung über die erhobenen

Daten darzulegen, aber auch, um die BewohnerInnen für kollektive Anliegen zu sensibilisieren und, davon ausgehend, ein Bedürfnis zur Aufarbeitung zu wecken. Bei dieser Auftaktveranstaltung wurden schließlich Themenschwerpunkte dergestalt zusammengefasst, dass BewohnerInnen mit spezifischen Interessen in entsprechenden Arbeitskreisen, unterstützt von der *Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof*, mit der Bearbeitung der kollektiven Anliegen beginnen konnten.

- » Etablierung themenspezifischer Arbeitskreise: Initiierung und Begleitung von mittel- und langfristigen Beteiligungsprojekten

Um eine effiziente Umsetzungsarbeit zu veranlassen, formierten sich themenspezifische Arbeitskreise, welche, moderiert und unterstützt, regelmäßig tagten. Protokolle, die das Projektgeschehen dokumentierten, ergingen an die Beteiligten und wurden für das Controlling verwendet.

Arbeitsgruppe „Nachbarschaft und Kommunikation“

Im Mittelpunkt stehen die sozialen Ressourcen (vgl. Miller et al. 2000, S. 30) des lokalen Nahbereichs. Soziales Engagement braucht aber vor allem auch Raum. Dieser Wunsch wurde von allen Beteiligten zuvorderst formuliert und bereits im ersten halben Jahr erfolgte auf Kosten der Siedlungsgesellschaft die Sanierung eines ehemaligen Siedlungslokals für die Zwecke eines Nachbarschaftszentrums.

In weiterer Folge beschäftigte sich der Arbeitskreis mit der Erarbeitung eines Nutzungs- und Organisationskonzeptes für die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten:

- » Die Namensfindung erfolgte durch einen siedlungsweit ausgeschriebenen Wettbewerb.
- » Für die Verwaltung des Siedlungszentrums wurden fortan zwei Bewohnerinnen geringfügig beschäftigt.
- » Die Organisation des Programmkalenders oblag zum damaligen Zeitpunkt einer Bewohnerin.
- » Die Räumlichkeiten halfen den BewohnerInnen, selbstorganisierte Treffen zu veranstalten und weitere Projekte mit der *Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof* zu gestalten. Seitens der Siedlungsgesellschaft wurde zu Beginn des Stadtteilprojektes

ein lokales Büro eingerichtet, um bürgernäher agieren zu können.

Die Identifikation der BewohnerInnen mit dem Siedlungszentrum war während des Projektes erstaunlich groß, persönliche Gewinne wurden offen kommuniziert. Das belegen die Zitate, und ist ob des vielfältigen Programms ersichtlich, das ja immer nur in Rückkoppelung mit den BewohnerInnen stattfindet.

“ **Arbeitsgruppe „Bauliche Mängel“**

Standen zuvor soziale Ressourcen im Mittelpunkt, so können an dieser Stelle auch materielle, instrumentelle und ökologische Ressourcen (vgl. ebd., S. 30) als jene genannt werden, welche nach Meinung der BewohnerInnen einer Bearbeitung bedurften.

Über die Methode der kleinen, erfolgversprechenden Schritte (Installation von Hauslichtern mit Bewegungsmeldern, neue Stiegenbeleuchtung mit Energiesparlampen, Mitbestimmung bei der Sanierung der Stiegenhäuser etc.) konnte schließlich die Generalsanierung unter Mitbestimmung der BewohnerInnen stattfinden. Mit dieser ökologisch-thermischen Sanierung, die darauf ausgerichtet war, ökologisch unbedenkliche Materialien zu verwenden, konnten nach Angaben der Siedlungsgesellschaft die Heizkosten auf die Hälfte reduziert werden (vgl. Grazer Energieagentur 2002).

“ **Arbeitsgruppe „Artgerechte Tierhaltung“**

Problembehaftete Themen, wie z.B. freilaufende Großhunde auf den Spielplätzen, Hundekot etc., wurden aufgegriffen und Lösungsmöglichkeiten innerhalb der Arbeitsgruppe generiert. Unterschriftenaktionen wurden durchgeführt, das Aufstellen von Hundekotautomaten und von Hundeverbotsschildern in den Grünanlagen der Siedlung beantragt, Informationsschreiben verfasst, Info- und Diskussionsabende zum Thema veranstaltet sowie die aktuell errichtete eingezäunte Hundewiese im Johannespark als ein dringliches Anliegen gefordert.

Auf Basis dieser sich regelmäßig treffenden Gremien wurden immer wieder einzelne, inhaltlich benachbarte Themenschwerpunkte im Rahmen von kurzfristigen Projekten abgehandelt. Waren einzelne Arbeitskreise eher spärlich besetzt und wiesen diese einen durchschnittlichen Anteil von engagierten BewohnerInnen auf, so hatte diese Gruppe dennoch ob der vielfältigen, in den Arbeitskreisen kreierten Projektthemen einen hohen multiplikativen Wert.

In der ersten Arbeitsphase des beginnenden Stadtteilprojektes ging es einerseits um die Aktivierung der BewohnerInnen und andererseits darum, arbeitsfähige Teams zu organisieren. Die Formen der Bürgeraktivierung und -beteiligung sind seither sehr vielfältig und werden in Abstimmung mit den BewohnerInnen situationsabhängig entwickelt.

In weiteren Siedlungstreffen, zu denen wieder alle BewohnerInnen persönlich eingeladen wurden, sollten aktuelle Schwerpunktsetzungen eruiert und im fortführenden Stadtteilentwicklungsprozess bearbeitet werden. Diese Siedlungstreffen, wie sie von der *Stadtteilarbeit Denggenhof* beschrieben wurden, waren als Ideenwerkstätten konzipiert. Im Rahmen dieser übernahm die *Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof* eine moderierende Rolle und bot Unterstützung bei der Erarbeitung realistischer Umsetzungsmöglichkeiten an. Die Moderation sollte als Unterstützung dienen, um alle Beteiligten mit ihren Erfahrungen, Bedürfnissen, Wissensanteilen und Kompetenzen in den Prozess miteinbeziehen zu können. Für die Arbeit in Gruppen wurden bewährte Organisationsstrukturen eingerichtet (Mind Mapping, Ergebnisprotokolle, Nennung und Zuteilung von Zuständigkeits- und Verantwortungsbereichen, klare Terminvereinbarung etc.).

Des Weiteren war die *Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof* von Beginn an bestrebt, Informationen siedlungsweit zugänglich zu machen (siedlungsweite Aussendungen oder Plakataktionen).

▪ Öffentlichkeitsarbeit

Ein wesentliches Anliegen der Öffentlichkeitsarbeit bestand darin, alle BewohnerInnen über die entwickelten Projektschritte zu informieren. Als effiziente Informationsquellen haben sich sowohl Aussendungen als auch die Verteilung von Protokollen und Flugblättern erwiesen. Plakataktionen, eine Berichtlegung in der Siedlungszeitung und Terminübersicht im Siedlungskalender boten weitere Möglichkeiten zur Information.

11 Controlling

- 11 *Mit BewohnerInnen:* Prozessorientiertes Vorgehen verlangte regelmäßiges Reflektieren über die umgesetzten Inhalte und schuf Orientierungsmöglichkeiten bezüglich des folgenden Entwicklungsvollzugs.
- 11 *Intern organisierte Arbeitsgruppentreffen:* Die Durchführung regelmäßig stattfindender Arbeitsgruppentreffen war Aufgabe der interdisziplinären *Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof* und diente der Aufrechterhaltung des Informationsflusses sowie der weiteren Planung und Reflexion.
- 11 *Regelmäßig stattfindende Projektsteuerungstreffen („Jour fixe“):* Dabei handelt es sich um regelmäßig durchgeführte Treffen zwischen Auftraggebern und Personen des Projektteams; sie dienten dazu, über den Entwicklungsstand zu informieren und weitere Vorgangsweisen zu koordinieren.

Eine Zusammenfassung der bislang, seit Initiierung der Stadtteilarbeit hervorgebrachten Projekte (Beteiligungsprojekte, Beratungen, Initiativen der Ämter und der Verwaltung, von BewohnerInnen selbst organisierte Aktivitäten) würde, geordnet nach inhaltlichen Schwerpunkten, folgendes Bild ergeben:

„Nachbarschaft und Kommunikation“

Aufbau, Verwaltung und
Organisationsstruktur des Siedlungszentrums

Sprechstunde der Siedlungsgesellschaft im Siedlungszentrum

Bereichssprecher „Jour fixe“

Programm für einen Tag der Grazer Umweltaktivwoche
„Agendafest“

Permanent Breakfast

Tag der offenen Tür

Frauenlauf - Bewegungstreff

Mädchentreff

XY- Come on: Bubentreff

Agendazeitung - Siedlungszeitung

Bastelrunden und Kartenspielnachmittage
(von den BewohnerInnen selbst organisierte Angebote)

Politstammtische

Theaterbesuche

„Wohnen im Alter“: 5-Uhr-Tee

Cyber Senior

seniorenplan gries 2002

Jugendtreff „kick.(punkt)“

„Bauliche Mängel und Umweltgestaltung“

Kommunikationsstruktur zwischen Verwaltung und BereichssprecherInnen

Erste Projekte zur Verbesserung der baulichen Situation

Aufastung von Bäumen im Vorgartenbereich und Friedhofsmauerbegrünung

Müllberatung/Sperrmüllsammlung/Korksammelaktion

Energieberatung

Partizipative Planung der Fahrrad-, Kinderwagen- und Müllabstellflächen

Attraktivierung und Behebung von Ausstattungsmängeln im Johannespark

„Artgerechte Tierhaltung“

Initiierung einer Informationsveranstaltung mittels Informationsschreiben

Initiierung einer Initiative „Hundewiese bzw. eingezäunte Hundewiese im Johannespark“

Gesundheitsberatung/Hundekotproblematik

6 EMPOWERMENT UND RESONANZ

In diesem Kapitel erschien es notwendig, die BewohnerInnen selbst „zur Sprache kommen zu lassen“, galt es ja letztlich, den Impulsen nachzugehen, die die Beteiligten *sprechend bzw. handelnd* werden ließen. Die Wiedergabe dieses Sprachgehalts in authentischer Weise ist eine logische Konsequenz des Empowerment-Ethos und erlaubt es zudem, am Erlebnisgehalt der Beteiligten direkter zu partizipieren. So kann hier jener Weg fortgesetzt werden, der sich an den Erlebnisdimensionen der BewohnerInnen orientiert, um Kategorien für das diskutierte Konstrukt ableiten zu können.

Empowerment bliebe missverstanden, wenn es mit einer Reihe von organisatorischen Maßnahmen gleichgesetzt werden würde; viel eher erweist sich Empowerment als ein motivationaler Zustand, der als abhängige Variable durch Intervention beeinflusst werden kann.

Diese Sichtweise von Empowerment als ein motivationales Konstrukt, wie es im theoretischen Teil vorgeführt wurde, lässt die folgende Operationalisierung zu und ist von nachstehenden Faktoren abhängig:

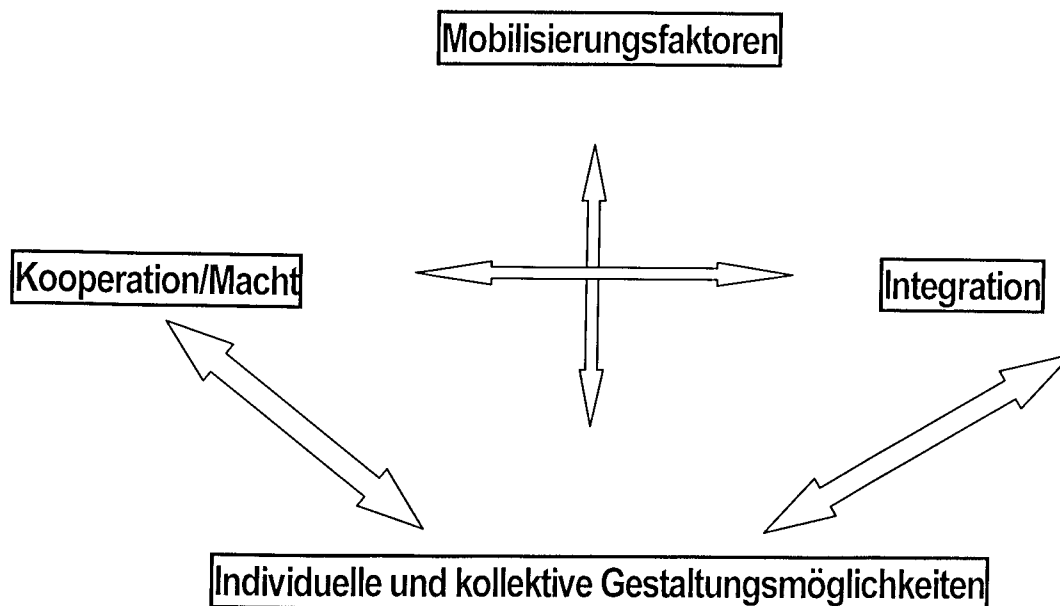


Abbildung 9: Empowerment als ein motivationales Konstrukt/Quelle: Eigene Bearbeitung

Im Rahmen der Auswertung entstand folgendes Kategoriensystem:

	Eingangsmotivation	Bleibemotivation
Strukturelle Aspekte im Beteiligungsprozess	- Mobilisierungsfaktoren	- Kooperation und Machtverhältnisse - Sozialintegration - Individuelle und kollektive Gestaltungsmöglichkeiten
Individuell-kognitive Aspekte im Beteiligungsprozess		- Erlebte Selbstwirksamkeit - Erlebter Bewältigungsgehalt

Tabelle 4: Strukturelle und individuell-kognitive Variablen/Quelle: Eigene Bearbeitung

6.1. Strukturelle Aspekte

6.1.1. Mobilisierungsfaktoren

Aus den typenhaften Beschreibungen lässt sich ableiten, dass die „DenggenhoferInnen“ eine ausgeprägte Verbundenheit mit diesem Stadtteil aufweisen, obwohl die strukturellen Missstände als solche sehr wohl definiert und kritisiert werden.

„Man darf nicht vergessen, die Siedlung war immer verschrien. Denggenhof, Triestersiedlung, das war allgemein. Die ganze Siedlung hat einfach einen schlechten Ruf gehabt. Mein Punkt war immer so, dass man die Siedlung im Sommer, wenn man sie sieht (...) die hat ja zwei Gesichter, es war immer eine alte Siedlung, eine der ältesten in Graz, es wohnen sehr viele Menschen da, die Siedlung mausgrau gefärbt, schaut natürlich im Winter, wenn die Bäume kein Laub mehr haben und das Wetter düster ist, schauderbar aus. Weil sie eben desolat ist, weil lange nichts gemacht wurde (...) es sind zwar die Mieten sehr günstig, dafür ist kein Geld da, keine Rücklagen sind geschaffen, drum ist die Siedlung so desolat. Aber im Sommer ist soviel Grün da, in den Innenhöfen, das man nicht leicht wo findet. Drum ist die Siedlung lebenswert. Voraussetzung ist natürlich, dass die Siedlung nicht stirbt, indem man alles abwandern lasst. Und dass man was macht, dass man die Häuser wieder in Schuss bringt, dass die Wohnqualität gehoben wird“ (P 8: Interview 06.txt - 8:28 (44:549)).

Die besonderen infrastrukturellen Bedingungen am Denggenhof haben nicht nur zur

Initiierung der Stadtteilarbeit geführt, sondern tragen auch wesentlich zur Beteiligungsbereitschaft der BewohnerInnen bei. In dieser Siedlung, in der geplante Nachverdichtungsprozesse zu einem enormen Einschnitt der Lebens- und Wohnqualität geführt hätten, wo bauliche Sanierungsmaßnahmen seit längerem vernachlässigt wurden, reagierten die BewohnerInnen mit starkem Interesse auf die dargelegten Angebote zur Beteiligung.

„Ich war eigentlich mit sehr viel Angst (...) und negativ im Grunde, weil sie im Innenhof einen Kindergarten bauen. Das war dann mein Einstieg, weil die Nachbarn alle gesagt haben: ‚Schau du, und informier dich!‘, und so bin ich eigentlich dazu gekommen. Und bis jetzt hat sich das ja Gott sei dank als null und nichtig erklärt. Es hätte die Neue Heimat gebaut, das wäre bei uns herausgegangen, aber momentan ist das eingeschlafen. Und das steht auch nicht zur Debatte. Aber wir hätten keine Freude gehabt, in dem schönen Innenhof mit einem Neubau. Das wollten wir nicht und ich hab gesagt, ich möchte mich schon informieren und bin so eigentlich (...) das war mein Einstieg in diese ganze Sache“ (P 2: Interview 02.txt - 2:14 (112:119)).

Wie bereits erwähnt, war dies jedoch nicht der alleinige Anlass, der eine gewisse Unruhe in diese Siedlung gebracht hatte:

„Weil mich das so ärgert, dass man immer wieder sagt, ob es jetzt die Stadtpolitiker oder Bezirkspolitiker sind, wo ein jeder so ohnmächtig dasteht und sagt: ‚Man kann nichts machen‘. Das war für mich so, das kann es nicht geben. Es kann nicht ein Problem geben, das man nicht lösen kann in irgendeiner Form. Das geht mir gegen den Strich. Wir versuchen, das zu lösen, das ist eine schwierige Aufgabe (...) und dass man was macht, dass man die Häuser wieder in Schuss bringt, dass die Wohnqualität gehoben wird. Weil wir haben da Wohnstufe 3, mit beheizten Badeöfen, also das Letzte, was es gibt“ (P 8: Interview 06.txt - 8:19 (315:321)).

So konnten in weiteren Interviewpassagen auch andere gemeinwesenorientierte Anliegen erfasst werden, die einer Veränderung zugeführt werden sollten.

„Unsere Interessen waren ja so, erstens einmal die Kommunikation mit der Heimat, zweitens unser Parkplatzproblem, drittens die Kapellenstraße mit den Alleebäumen und auch mit den Parkplätzen“ (P 8: Interview 06.txt - 8:13 (196:198)).

Selbst sehr kritische Stimmen konnten die strukturierten Beteiligungsangebote als einen wesentlichen *Anstoß* zur Mobilisierung der Bevölkerung betrachten und sahen darin ein Entgegenkommen seitens der Verwaltung und der Stadt Graz, die BewohnerInnen und ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen.

„Ob das jetzt so geheißen hätte - Stadtteilarbeit - oder so, aber es hat auf jeden Fall etwas bedurft, den Anstoß zu haben“ (P 2: Interview 02.txt - 2:24 (194:195)).

Die Einbindung der BewohnerInnen ermöglichte es, auf dringend notwendige Mängeler-scheinungen sofort reagieren und so den Lebensstandard heben zu können, ohne dabei die langfristigen Ziele außer Acht zu lassen.

„An und für sich in der Anfangszeit organisiert hat's halt die Dame von der Stadtteilarbeit, die in dem Arbeitskreis drinnen war. Das heißt, es sind einmal an alle Einladungen ergangen. Dann haben wir uns zusammengesetzt und haben mal die Themen aufgelistet. Da haben wir eh ein paar Abende dazu gebraucht, weil es ist immer uns was Neues eingefallen. Und dann haben wir halt versucht, Prioritäten zu setzen. Was geht, gleich zu erledigen, mit welchen finanziellen Mitteln, und was dauert ein bisschen länger, wo müssen wir noch schauen. Und so haben wir das halt dann abgehandelt. Und da gab es dann Protokoll drüber und bis zur nächsten Sitzung haben wir dann schon wieder sagen können. Und ich hab die Aufgabe gehabt, dass immer an die Neue Heimat weiterzuleiten.(...) das Protokoll“ (P 1: Interview 01.txt - 1:53 (241:250)).

Als auffällig erscheint in diesem Zusammenhang, dass jene Interviewten, die wesentlich die Beteiligungsstruktur prägten, bereits seit einem erheblichen Zeitraum in dieser Siedlung lebten. Sie waren bereit, Engagement für ihre Zukunft und zukünftigen Lebensbedingungen aufzubringen. Vor diesem Hintergrund war es manchen ersichtlich, dass sich seit der Initiierung der Stadtteilarbeit ein qualitativer Veränderungsprozess in Bezug auf die Entwicklung und die Reformen innerhalb der Siedlung ergeben hat.

„Welche Unterstützungsleistungen hat diese Stadtteilarbeit am Denggenhof bewirkt? C: Sie hat das ganze ins Leben gerufen, und sämtliche Veranstaltungen mal geplant und ausgeführt“ (P 5: Interview 03.txt - 5:10 (102:105)).

Ebenfalls war die Stützung der Vergemeinschaftungsprozesse ein wesentlicher Anreiz zur Teilhabe, vor allem, weil für bestimmte Gruppierungen das öffentliche Leben auf konsum-orientierte Raumangebote beschränkt war (ist) und diese funktionalisierten öffentliche Plätze als einschränkend und oberflächlich erlebt werden.

„Die Kontaktmöglichkeiten in der Gasse sind natürlich sehr gering, weil keiner Zeit hat und irgendwas anderes vor hat. Wichtig wär' eben, so ein Zentrum zu schaffen und die Leut' dort langsam hinführen, dass sie sich das anhören, um was es da geht, man sich zusammensetzen kann und reden. Für mich ist es am schönsten, wenn sich die Leute wieder verstehen anfangen. (...) Wie ich noch jung war, da hat es das noch gegeben, zwar nicht so im Überfluss, man hat nicht sehr viel zu essen gehabt und nicht sehr viel Geld gehabt, und das hat die Leute zusammengeschweißt, weil keiner was gehabt hat. Die haben sich vor dem Haus getroffen, haben sich am Abend Geschichten erzählt, die Kinder haben gespielt, weil es eben so war. Und so ungefähr stell ich mir das vor, dass sich die Leute, wenn sie fertig sind mit der Arbeit, dass sie sich ein paar Minuten Zeit nehmen und sich wohin setzen und mit den Nachbarn reden. Oder sich am Sonntag mal zusammensetzen und was Gemeinsames grillen oder ist ja egal, was. Das wär' meine Vorstellung“ (P 8: Interview 06.txt - 8:26 (395:403)).

An anderer Stelle wurden diese sozialen Anliegen noch deutlicher verlautbart. Entsprechende Textpassagen spiegeln den emotionalen Gehalt der Erwartungshaltungen bezüglich der Stadtteilarbeit sehr eindrucksvoll.

„Welche Erwartungen haben Sie mit dieser Projektidee verbunden? Können Sie sich erinnern?
G: Selbstverständlich! Harmonie! Zusammenarbeit! Dann Interesse am Wohngebiet, am Umfeld, kann ja nur entwickelt werden, wenn man Gespräche hat. Wenn man Leute findet, mit denen man reden kann. Wenn man Leute findet, die Interesse haben, das zu pflegen und zu erhalten. Einer allein kann da nichts machen. Man muss aktive Leute finden, die da mitarbeiten und begeistert sind“ (P 9: Interview 07.txt - 9:8 (101:105)).

Waren die zunächst angeführten Themen mit einer affektiv-emotionalen Schwerpunktsetzung verbunden, so konnte den Interviews auch entnommen werden, dass eine bewusste Alltagskultur als eine bedeutsame Zielkategorie verstanden wurde.

„Meine Erwartungen sind die, dass eine gewisse Kontaktnahme der Bewohner untereinander stattfindet. Und natürlich auch gewisse Aktivitäten, dass da was geschieht. Egal, ob aus dem Bereich der Kultur oder Unterhaltung. Dass ein bisschen was geschieht. Dass es nicht einfach ein Drumherum ist. Es hat ja gar nichts gegeben“ (P 6: Interview 04.txt - 6:13 (166:169)).

Nach diesen ersten Darstellungsversuchen, nach den Auswertungen der vorliegenden Interviews ließen sich hinsichtlich der Aktivierung und Mobilisierung folgende notwendige Kategorien ableiten, die bei den Interviewten mit Betroffenheit besetzt waren und schließlich zum Engagement führten:

Mobilisierungsfaktoren

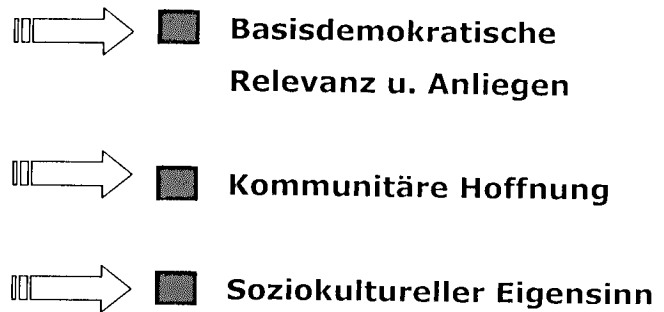


Abbildung 10: Mobilisierungsfaktoren/Quelle: Eigene Bearbeitung

Konnten zunächst die inhaltlichen Kernpunkte zur Beteiligung erfasst werden, so muss an dieser Stelle wohl auch erwähnt werden, dass eine strukturierte, methodische Herangehensweise einen wesentlichen Aufforderungscharakter zur Beteiligung in sich trägt. Diese Option gebot in diesem speziellen Fall, öffentliche Themen im entsprechenden Rahmen darzulegen, sodass politische Themen dem privaten Bereich enthoben werden konnten. Für die BewohnerInnen wurden öffentliche Räume ausgemacht, in denen frei und ungezwungen diskutiert werden konnte. Pluralistischen Positionen und geistigen Spontaneitäten konnte nachgegangen werden, ohne dass dabei vergessen wurde, dass die Mitwirkung an diesen demokratischen Willensbildungsprozessen immer auch an elementare Voraussetzungen gebunden sein muss und darauf ausgerichtet ist, eine Parteilichkeit zugunsten des Schwächeren zu aktualisieren.

6.1.2. Kooperation und Machtverhältnisse

Das Arbeiten in einem hierarchisch vorgeformten sozialen Gefüge und der Umgang mit den Autoritäten muss wohl als der sensibelste Bereich in einem Beteiligungsprozess betrachtet werden. Wird grundsätzlich die Tatsache anerkannt, dass sich der Aufbau einer Bürgerorganisation nur durch das „Volk“ selbst aktualisieren kann, welches sich durch etablierte SprecherInnen ausdrückt, die in einem jeweiligen sozialen Gefüge anerkannt sind, bedeutet dies für die StadtteilarbeiterInnen, diese SprecherInnen des Viertels ausfindig zu machen, mit ihnen zusammenzuarbeiten und sie in den Entwicklungsprozess einzubinden (vgl.

Alinsky 1999, S. 73ff.). Stünde diese Aufforderung singular im Vordergrund, würde die wesentliche Grundorientierung, nämlich die Anerkennung des pluralistischen Meinungsverhaltens bzw. eine Stärkung des „verdrängten-randständigen Ausdrucksverhaltens“ aber misskreditiert werden. So ergibt sich die fachlich bedeutsame Herausforderung es zu verhindern, dass die erste aktive Gruppe innerhalb der Bewohnerschaft bestimmte Schlüsselpositionen zu besetzen vermag und dadurch Nachziehende in ihrem Engagement behindert. Traditionale Strukturen müssen erhalten bleiben (vgl. Gögericin & Teske et al. 2000, S. 118). D.h., eine wesentliche Aufgabe besteht auch darin, Demokratieerfahrungen zu ermöglichen und Strukturen dafür festzulegen, um ein pluralistisches Verhalten auch in der selbstorganisierten Gruppe zu ermöglichen und offene Beteiligungsstrukturen zu entwickeln.

„Vielleicht wie bei einer Parlamentssitzung, so ähnlich. Ein jeder bringt seine Sachen vor, und es sind auch welche dabei, wo wir uns nicht einverstanden erklären, und welche, wo wir uns einverstanden erklären - wo wir sagen: ‚Das ist super!‘“ (P 7: Interview 05 (1).txt - 7:9 (255:258)).

Ausgehend von der Überlegung, dass sich in den Kommunikationsprozessen gemeinschaftliche und gesellschaftliche Strukturen manifestieren, sollen die Möglichkeiten zur Meinungsäußerung im Beteiligungsverfahren aus der Sicht der BewohnerInnen dargestellt werden, um erfahren zu können, ob Einflussmöglichkeiten für jeden Einzelnen oder nur für einzelne BewohnerInnen realisiert werden konnten. Aus allen Interviews geht hervor, dass diese Erfahrungen von den Beteiligten gemacht werden konnten, dass sie sogar als ein selbstverständliches Verlaufsverfahren dargestellt wurden.

„Ein jeder hat was ausgesprochen, und dann mehr oder minder durch Reden, ein Mehrheitsbeschluss, ist rausgekommen, was man machen will“ (P 6: Interview 04.txt - 6:21 (246:247)).

Ebenfalls als konstituierend für eine breite Beteiligungskultur gilt, ob und wie Themen bzw. Entscheidungen des Entwicklungsverlaufes einer breiten Bevölkerungsschicht im Viertel zugänglich gemacht wurden. Würde sich der Entwicklungsverlauf nämlich nur in einem abgeschlossenen System bewegen, wäre das weitere Prozessgeschehen von außenstehenden Ideen oder Potenzialen abgeschnitten und demnach bis zu einem gewissen Grade determiniert.

Die Interviewten stellten diese Maßnahmen zur Breitenwirkung nicht in Frage.

„Zudem gibt es noch die Möglichkeit - es sind ja die Veranstaltungen hier angeschlagen worden. Wir haben Informationstafeln. Ich war auch bei Gesprächen dabei, da sind die Termine bekannt gegeben worden. Ist ja selbstverständlich, wenn man vorbeigeht, dass man die Informationstafeln anschaut und liest. Und da bin ich - somit hab ich die Termine immer gewusst“ (P 9: Interview 07.txt - 9:7 (93:96)).

Viele der aktiven BewohnerInnen äußerten ihr Unverständnis darüber, dass diese Aktivierung im Stadtteil wenig Resonanz gefunden hat. Sie äußerten ihr Missfallen gegenüber jenen, welche aufgrund ihres mangelnden Engagements die *Arbeit* nur einigen *AktivbürgerInnen* überließen.

„Wobei man sagen muss, zum Großteil waren schon immer dieselben Leute in den Arbeitskreisen und bei den Bereichssprechern sowieso. Also, es war nicht so, dass dann vom Haus so und so der wieder gekommen ist. Nur ganz, ganz vereinzelt, aber sonst waren schon wir eher, die immer da mitgearbeitet haben, diejenigen, die wirklich dort auch mitgearbeitet haben. Aber es hätte können jeder mitmachen, aber der Zulauf war sehr gering. Und auch bei den anderen war es so. Also es waren immer wieder die gleichen. Und das war schon schade, dass man gemerkt hat, dass der Zugang zu den anderen Leuten sehr schwierig war“ (P 2: Interview 02.txt - 2:30 (265:272)).

Andere hingegen erkannten die Mannigfaltigkeit der Angebote und meinten, dass die Basis für ein neues kulturelles Erleben angelegt wurde, die Struktur aber einer langsamen Entwicklung bedürfe.

„Zumindest ist schwierig, das noch näher den Leuten zu bringen. Ich glaub, das ist ein zeitaufwendiges Problem, das man einfach jetzt wachsen lassen muss. Inwiefern die StadtteilarbeiterInnen jetzt wirklich noch helfen können, kann ich jetzt auch nicht genau sagen. (...) Aber ich glaube, dass das jetzt wachsen muss, auch von alleine. Weil gezwungene Sachen, das bringt es nicht. Weil wir haben das auch gesehen, zum Schluss, dass so, wenn etwas hinhalten muss, das spielt nicht z.B. Agendafest, wir haben das heuer selber versucht, schon mit Hilfe von Umweltamt und Neue Heimat, aber das ist nicht so einfach, eben die Leute anzusprechen. Und das ist rein von uns jetzt gekommen, ohne Stadtteilarbeit. Und da sieht man, dass das einfach wachsen muss“ (P 2: Interview 02.txt - 2:34 (178:190)).

Was die Kooperation der BewohnerInnen mit der Siedlungsverwaltung angeht, so schrieben die DenggenhoferInnen der Verwaltung in der Vergangenheit eine stark distanzierte Haltung zu. Sie fühlten sich größtenteils „fremdgesteuert“, stark benachteiligt, wenn es um die Artikulierung gemeinwesenorientierter Interessen ging. Strukturell wurden seit der Initiierung des Stadtteilentwicklungsprozesses auch seitens der Verwaltung Maßnahmen ergriffen, um die Kommunikation und die Aushandlungsprozesse zu erleichtern und um die

Sanierung mit der Prioritätensetzung der BewohnerInnen abzustimmen.

Das Diskussionsklima wird nun aufgrund der anderen Sozial- und Kommunikationsstrukturen als wesentlich positiver beschrieben, das direkte Kommunizieren als ein bedeutender Fortschritt betont.

„Wie hat die Hausverwaltung auf die Projektidee ‚Bauliche Mängel‘ reagiert? B: Gut. Weil es war nicht so, dass sich das ‚Bauliche Mängel‘ auf etwas bezogen hätte, was wir bemängelt haben, sondern die Ideen, die wir eingebracht haben, dass man geschaut hat, was können wir machen. Also ist ‚Bauliche Mängel‘ gar nicht so der richtige Ausdruck, nur, wie das entstanden ist (...) weiß ich nicht“ (P 2: Interview 02.txt - 2:31 (320:324)).

Ein sehr wichtiger Aspekt innerhalb dieses Bedingungsgefüges besteht darin, dass die BewohnerInnen mit der *Stadtteilarbeit Denggenhof* eine geeignete Organisationsform gefunden haben und gegenwärtig über eine Struktur verfügen, die letztlich ein zweckrationales Handeln (vgl. Weber 1947, S. 21ff.) zwischen zwei handelnden Systemen ermöglicht: So ist nicht der einzelne Bewohner ein Bittsteller, der an die Verwaltung herantreten muss. Auf die Initiative der Verwaltung hin entstand folgendes systemisches Gefüge: Der Bereichssprecher-Jour fixe bildet ein Gremium, in dem VertreterInnen der Siedlung (Bereichssprecher) und Verwaltung tagen, um Belange der Sanierung zu bearbeiten, indem Interessensbelange der Siedlung durch das repräsentative System Eingang finden und ein Verantwortungstransfer von der Verwaltung zu den BewohnerInnen stattfindet. Die Bereichssprecher decken gewisse Tätigkeitsbereiche, wie Information und Aufklärungsdienste in der Siedlung ab.

„Das ist eine Institution jetzt worden, der Neuen Heimat, was wir sehr willkommen heißen, die Begegnung mit der Wohnungsverwaltung, dass wir sehen, was geschieht mit unserem Geld. Was geschieht mit den Häusern, der Bauerei, den Stiegenhäusern, wir haben neue Bewegungsmelder gekriegt, eine neue Hofbeleuchtung, neue Haustüren, und jetzt ist eben eine Generalsanierung der Siedlung dran. Wir zahlen seit 9 Jahren einen Sanierungsschilling, der nicht klein ist. Aber es kommt uns jetzt zugute. Es gibt keine Mieterhöhung und es wird eine Sanierung durchgeführt, die sich im 50-60-Millionenbereich befindet“ (P 8: Interview 06.txt - 8:12 (152:159)).

Durch dieses Maßnahmenbündel mit Zielrichtung *Transparenz* erhielten die BewohnerInnen zumindest Zugang zum Informationspool *Verwaltung*, der bestenfalls (an der basisdemokratischen Auswahl der BereichssprecherInnen wurden Zweifel angemeldet) allgemein zugänglich gemacht werden konnte. Die Bereichssprecher erfuhren einen sekundären Gewinn für ihr Engagement. Sie erlebten sich nunmehr als KundInnen, nicht

mehr als BittstellerInnen, welche die mangelnden Dienstleistungen nur kritisierten. Sie erkannten, dass ihre Rechte auch einforderbar sind. D.h., für die Beteiligten entstand eine Situation, in der Rechte selbstbestimmt übernommen wurden und nicht mehr auf eine übergeordnete Organisationsstruktur übertragen werden mussten.

„Zu Beginn war das einzige Problem, welches ortbar war, die massive Unzufriedenheit mit der Verwaltung und die fehlenden Parkplätze. Mittlerweile gehen die BewohnerInnen ganz anders um mit ihren Wünschen. Sie fragen sich nicht mehr: ‚Dürfen wir das?‘ - sondern: ‚Wollen wir das?‘ Sie formulieren Wünsche um einiges fordernder und sind auch überzeugt, dass man etwas umsetzen kann, weil sie die Möglichkeiten der Umsetzung erlebt haben“ (Protokoll - Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof 2002).

Das Verhältnis der BewohnerInnen zur *Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit* wurde in fachlicher Hinsicht sehr geschätzt und als bedeutsam erlebt. Sie galt als Aktivierungs-, Vermittlungs- und intermediäre Instanz, als Partner, der hilft, Kontakte herzustellen. Die gewählten Verfahrensschritte zu Beginn des Projektes wurden als notwendig erachtet. Die Koordination mit den öffentlichen Instanzen für die Realisierung entsprechender Projekte fand statt.

„Sicher einmal, die Leute in geregelte Bahnen in einer Besprechung zu bringen. Das war sicher ein großes Problem. Weil die Leute das teilweise nicht gewöhnt sind, dass halt nur einer reden kann und nicht fünf. Weil, dann versteht man den nicht mehr. Und fast ein bisschen Disziplin und Ordnung, hätt' ich jetzt gesagt. Ein bisschen die Zügel halten, dass man nicht zu sehr entgleitet oder abschweift und dass sie unsere Anliegen weiterleiten, an Stellen, wo sie Kontakte haben, und dass da dann irgendwas passiert“ (P 1: Interview 01.txt - 1:57 (264:268)).

In vielen Interviews wurden die Personen der Arbeitsgruppe als Vertrauenspersonen bezeichnet, die behilflich waren, Bedürfnisse und Möglichkeiten zu reflektieren, „(...) *eben rauszufinden, welche Themen, was gefragt ist. Dass sie die Schwerpunkte, seien es Beschwerden, Wünsche, was immer, dass die herausgefunden werden. Und dass bewusst wird, was will man*“ (P 6: Interview 04.txt - 6:27 (253:257)), und einen großen Anteil daran hatten, Planungsprozesse offen zu legen, die auch abgelehnt werden konnten.

„Dadurch, dass wir alle hier leben, können wir selbst einschätzen, dass wir wissen, was können wir selbst machen und was ist utopisch. Ich mein', ich denk jetzt an unsere Fahrradständer, das war utopisch, und das sind sie heute noch, diese Riesendinger. I: Das war eine Idee, die kreierte wurde? A: Nein, da hat es einen Planungsauftrag gegeben, und das wurde uns vorgestellt und da hat es ziemlich einen Wirbel und Troubles gegeben. Und das haben wir dann noch abwenden können, diesen Fahrradständer“ (P 1: Interview 01.txt - 1:75 (290:297)).

Es war jedoch relativ unklar, in welchem Ausmaß und mit welchen Zielsetzungen die fachliche Intervention in Zukunft stattfinden sollten.

Gegenwärtig wird dieser fachlichen Unterstützung vor allem von jenen, die bereits sehr selbständig ihre Anliegen im kollektiven Selbstengagement bearbeiten, eher mit Distanz begegnet, wohingegen andere bei der Bearbeitung eines zukünftigen Reglements bzw. einer zukünftigen Struktur eine professionelle Intervention erhoffen.

„Wer ist für lange Sicht voraus für diese Gruppe verantwortlich? So als Obmann? Wenn ihr dableibt und da seid, dann seid ihr das. Aber ich weiß ja nicht, ob ihr das weiterhin macht. Wenn ein Obmann oder eine Obfrau da ist, die auf lange Sicht das koordiniert, das wär' schon was“ (P 9: Interview 07.txt - 9:13 (139:142)).

6.1.3. Sozialintegration

Die Ergebnisse aus den Interviews zeigen, dass die BewohnerInnen die Angebote des Stadtteilprojektes annahmen bzw. nach wie vor in Anspruch nehmen. Darüber hinaus konnten auch einige auf Eigeninitiative basierende Aktivitäten Fuß fassen.

Diverse Initiativen tagen im Siedlungszentrum „für jung und alt“, das zu einem bedeutsamen Treffpunkt geworden ist.

„(...) da hat jeder (...) betrachtet das als seine eigene Wohnung, tut aufpassen und ein bisschen drauf schauen. (...) vermissen vielleicht das Zentrum. Das würd' ich vielleicht vermissen, weil es doch ein gewisser (...) wo man Konversation treiben kann, wo man sich unterhalten kann. Da kommen wirklich alle hin und da wird über alle Situationen gesprochen. Das Zentrum ist sicher ein ganz ein wichtiger Punkt in der Beziehung. Also dort werden die dringendsten Belange dieser Siedlung diskutiert und da haben auch Problemkinder Platz“ (P 6: Interview 04.txt - 6:8 (77:81)).

Gleichsam wird die Bereitschaft bekundet, soziale Unterstützungsleistungen generieren zu wollen, sich für diverse Siedlungsbelaenge zu engagieren, um das soziale und kulturelle Leben zu attraktivieren.

BewohnerInnen, die sich aktiv im gegebenen Gemeinwesen einbringen, erachten Gemeinschaft in der Siedlung als einen wichtigen Aspekt, der zur allgemeinen Wohnzufriedenheit beitragen kann.

Wird man hier zunächst dem Bestreben der BewohnerInnen gewahrt, ausschließlich die Alltagskultur in diesem Stadtteil zu fördern bzw. zu beleben, so konnten auch schon die

Tiefenebenen dieses Aspektes erkannt werden. Durchwegs wurden die Aktivitäten in der Gemeinschaft als eine Gelegenheitsstruktur erfasst:

- “ zur Erweiterung des sozialen Netzwerkes,
- “ für die Vermittlung von Informationen,
- “ zur affektiven, kognitiven, sozialen und materiellen Unterstützung
- “ und für ein solidarisches Engagement.

Darüber hinaus wurden die Qualität der neuartigen sozialen Beziehungen (soziales Kapital) und das Entstehen der spezifischen Netzwerke hervorgehoben und als ein wesentlicher Antrieb für das eigene Engagement betrachtet.

„(...) früher, da waren vielleicht 3-4, die ich gekannt hab, aber jetzt kenn' ich fast die ganze Siedlung“ (P 7: Interview 05 (1).txt - 7:11 (273:274)).

Die hier geleistete Beziehungsarbeit wurde positiv mit gegenseitiger Anerkennung honoriert. Einzelne BewohnerInnen erhofften sich auch konkrete Hilfsaktionen.

„Naja, eigentlich könnten wir einen Telefonring machen, das kenn' ich von der Schweiz. Da rufen die Leut', die alleine sind, einander an, um zu wissen, dass dem anderen nichts passiert ist“ (Protokoll - Siedlungstreffen 2001).

Bereits diese angeführten Erlebnisdimensionen verdeutlichen, dass die Sozialintegration ein sehr wesentlicher Anreiz für ein Engagement ist und dass sich hiervon ein enormer persönlicher Gewinn ableiten lässt. Dieser Gewinn ist besonders für jene enorm, die in bestimmten Lebensphasen dem Gefühl des Alleinseins entkommen, sich aus anonymen Strukturen befreien wollen. Ist diese Dimension ein wesentlicher Anreiz und Motivationsfaktor für eine Beteiligung, so ist die Einführung des Begriffs des *Sozialen Empowerments* gerechtfertigt.

Viel Resonanz fand die Idee den Jugendlichen und den SeniorInnen integrierende Anreize zu verschaffen, um sie aus der randständigen Position entheben zu können. Vor allem die Jugendlichen sollten abseits des Konsumzwangs Orientierungsmöglichkeiten bzw. einen Platz erhalten.

In diesem Zusammenhang bekundeten alle Interviewten starkes Interesse an fachlichen

Inputs und erachteten es als die wesentliche Aufgabe der Arbeitsgruppe, diese Zielpersonen zu aktivieren, organisatorische Strukturen zu etablieren, um so etwaigen Problembereichen, die sehr eindringlich dargestellt wurden, begegnen zu können.

„Vor allem für die Jugend. Wenn man das zustande bringt, dass man die Jugend hierher bringt und mit ihnen in Ruhe was erarbeiten könnte oder den Sinn des ganzen näher bringen kann, oder auch zur Mitarbeit anregen könnte, wär' das natürlich eine wunderbare Sache (...) Ja, ich würde mir wünschen, dass die älteren Personen eher angesprochen werden, weil die sind eigentlich eher in der Minderheit in Veranstaltungen. Und unsere Siedlung hat mit Sicherheit 60-65% alte Leute“ (P 8: Interview 06.txt - 8:17 (269:272)).

6.1.4. Individuelle und kollektive Gestaltungsmöglichkeiten

Für die Stadtteilarbeit, wie sie am Denggenhof durchgeführt wird, ist eine Vielfalt von Mitbestimmungs- und Beteiligungsstrukturen konstitutiv. Diese können in der Praxis jedoch nur vor dem Hintergrund einer Gleichwertigkeit zwischen professionellen Kräften und AdressatInnen eingelöst werden. Entsprechende Strukturen und Artikulationsmöglichkeiten zu organisieren, wäre Voraussetzung für eine Teilhabe und Entscheidungsfindung. Dies reicht aber nicht aus, wenn nicht auch die Institutionalisierung von Einspruchs- und Beschwerderechten gewährleistet ist (vgl. Grunwald/Thiersch et. al. 2001, S. 1144).

Nun stellt sich die Frage, in welcher Art und Weise die Aktivitäten in den unterschiedlichen Arbeitskreisen angelegt wurden.

Erlebte Gleichberechtigung

Einhellig wurde eine Atmosphäre beschrieben, in welcher der freien individuellen Meinungsäußerung ein großer Wert beigemessen wurde. Jede/r erhielt den „Raum“, einen wesentlichen Beitrag leisten zu können, was beim konkreten Nachfragen mit einer unbeschwertem Natürlichkeit, sogar mit einem gewissen Überraschungseffekt bestätigt wurde.

„Ja, sicher (...) Das wollen wir ja haben, dass alle mitbeteiligt sind“ (P 7: Interview 05 (1).txt - 7:10 (263:263)).

Die Arbeitsatmosphäre konnte auf Anfrage sehr anschaulich konkretisiert werden:

„Ein jeder hat was vorgeschlagen, und dann ist mehr oder minder durch Reden ein Mehrheitsbeschluss rausgekommen, was man machen will“ (P 6: Interview 04.txt - 6:21 (246:247)).

Geschätzt wurde das in den Arbeitskreisen vermittelte Gefühl, dass jeder Beitrag im Kontext wesentlich ist und so auf das Gesamtgeschehen Einfluss nimmt.

„Es hat ein jeder alles einbringen können. Und ich hab mich eingebracht, indem ich gesagt hab: ‚Geben wir das Thema oder das in die Zeitung hinein‘. So wie der Bau des Johanneszentrums zum Beispiel. Und ich find das toll“ (P 9: Interview 07.txt - 9:10 (162:164)).

Kathartisches Verfahren

In Bezug auf die Arbeitskreise wurde betont, dass die *Stadtteilarbeit Denggenhof* Entwicklungsprozesse einleitete, deren grundlegenden Ideen latent bereits vorhanden waren. Nun konnten sie im öffentlichen Rahmen artikuliert werden und im Kollektiv aufgegriffen werden, ohne dass jemand versucht war, von außen herangetragene Programmpunkte umzusetzen. Der gewählte Begriff *Katharsis* wurde als entsprechend empfunden, da grundsätzlich sehr emotional-affektiv beladene Themen vorgebracht wurden und die Ausdrucksform an sich, die Möglichkeit eigene Betroffenheit zu artikulieren, bereits ein „reinigender Akt“ ist.

„Welche Erwartungshaltungen hatten Sie? F: Ich hab gar nichts anfangen können damit, wir sind ja von unserem Standpunkt ausgegangen. Unsere Interessen waren ja so, erstens einmal die Kommunikation mit der Heimat, zweitens unser Parkplatzproblem. Drittens die Kapellenstraße mit den Alleebäumen und auch mit den Parkplätzen“ (P 8: Interview 06.txt - 8:31 (193:198)).

Für die Notwendigkeit einer professionellen Unterstützung von außen spricht, dass einzelnen Themen erst im initiierten Entwicklungsverlauf Nachdruck verliehen wurde. Das Transparentmachen und die Forcierung der Möglichkeiten zur Umsetzung waren die hierfür notwendigen Arbeitsschritte.

„Zuerst war es eine Zeitung vom Umweltamt, dann haben wir sie selbst gemacht, mit den Artikeln und so, aber noch immer mit der Unterstützung der Arbeitsgruppe. Jetzt sind wir aber gerade dabei, selbst zu schauen, wie wir die Zeitung finanzieren können. Was ich mir erwerbe, ist das, was eher ein Ziel ist, dass eben die einzelnen Sachen selbstständig arbeiten, sei es die Zeitung, seien es gewisse Unterhaltungsmöglichkeiten. Dass das von selbst in Gang bleibt, wenn mal die Stadtteilarbeit nicht mehr ist. Dass da so eine nachhaltige Wirkung erreicht wird. Das ist's“ (P 6: Interview 04.txt - 6:19 (214:217)).

Dieser Faktor scheint wohl ein außerordentliches Moment der Beteiligung zu sein, ist dieser doch an das Erleben einer relativen Selbstbestimmung gekoppelt. Es kommt zu einer Erweiterung der persönlichen Entscheidungsgewalt und des persönlichen Aktionsradiuses.

Offene Gemeinschaft

Einzelnen Interviewpassagen kann entnommen werden, dass die vielfältigen Möglichkeiten persönlichen Engagements als entlastend und bereichernd erlebt wurden. Es ging um die individuelle Erfahrung, persönlichen Interessen nachgegangen zu sein und doch im Rahmen des gesamten Projekts zur allgemeinen Siedlungsentwicklung beigetragen zu haben.

„Es ist einfach ein Teil einer Arbeit, die versucht, die Leute näherzubringen. Jeder trägt halt ein Mosaiksteinchen dazu bei, und wir hoffen halt, dass wir mal so ein Gefüge zusammenbringen, dass man sagen könnte: ‚Menschenskind, da treffen sich Leute‘. Halt eine Anlaufstation für jedermann, dass man sich da treffen kann, diskutieren kann. Soweit bringen, dass man aufstehen und weggehen kann und sagen kann: ‚Das ist eine tolle Sache‘... Die Stadtteilarbeit? Selbstverständlich tragen Sie einen Teil dazu bei“ (P 8: Interview 06.txt - 8:30 (278:288)).

So entstand nach geraumer Zeit ein Synergieeffekt, der sich nicht nur an den vielfältigen Aktivitäten vor Ort ablesen lässt, sondern sich auch in der Stimmung der einzelnen Interviewten niederschlug.

Synergieeffekte machten sich bemerkbar, Arbeitsgruppen begannen zu kooperieren, um neues Potenzial zu schöpfen und zu einer lebendigen Alltagskultur beizutragen.

„Dass die Neue Heimat dann auch gesehen hat, dass es engagierte Mieter gibt, die sich was denken dabei und die gute Ideen haben. Und so sukzessive am Anfang durch den Dr. H. ist es immer besser worden und besser worden und jetzt ist es eigentlich super. Das ist schon viel besser geworden, auch für die anderen Bewohner, die nicht mitgearbeitet haben, nicht nur für uns. Und so war es natürlich viel leichter. I: Das heißt, die Bürgerinitiative und die Bereichssprecher wurden unterstützt von dieser Stadtteilarbeit? A: Ja, das schon“ (P 1: Interview 01.txt - 1:79 (279:288)).

An dieser Stelle erscheint es nochmals bedeutsam, auf die Wurzeln des Konstruktes *Empowerment* zuzugreifen. So wird Empowerment als ein relationales Konstrukt verstanden, das mit einem Verantwortungstransfer einhergeht, so dass Macht von übergeordneter Stelle durch Delegation und Dezentralisation umverteilt werden kann.

In den bisherigen Erläuterungen wurde zu verdeutlichen versucht, dass es eine Form von Ermächtigung geben kann, wenn entsprechende Strukturen hierfür angelegt werden. Gleichzeitig stößt man hier jedoch auf die kritische Frage, ob ein Verständnis im Sinne von Ermächtigung der Begrifflichkeit *Empowerment* gerecht wird oder ob dies eine zu reduktionistische Erläuterung des Konzeptes ist.

Denn würde man davon ausgehen, dass Individuen auf externe Stimuli, auf die sich bietenden Beteiligungsstrukturen in uniformer Art und Weise reagieren, wäre ein Beteiligungsprozess, der nicht durch eine überrepräsentative Mehrheit besetzt ist, eine schlecht organisierte Maßnahme. Wird aber der mehrdimensionalen Sichtweise von Empowerment Rechnung getragen, die die extrinsische und intrinsische Motivation inkludiert, eröffnet sich die Möglichkeit, der *subjektiven Unberechenbarkeit* genügend Respekt einzuräumen.

Neben den äußerlichen Bedingungen, bedarf es demnach eines Reflexionsgehaltes: Zunächst sind es persönlich empfundene Missverhältnisse, die die Suche nach einer Handlungsfähigkeit auslösen. *„Wer in dieser Gesellschaft nicht leidet, kann gar nicht das leidenschaftliche Interesse an Veränderung mitbringen, weil der Leidensdruck fehlt. Sein Interesse stellt sich nicht als eines von ernsthafter Natur dar, wenn überhaupt eines vorhanden ist, kann es höchstens spielerischer Art sein“ (Lassahn 1995, S. 142).*

Ein Herausschreiten aus einer als begrenzt empfundenen Wirklichkeit wird nur durch eine Reflexion möglich, wobei sich die Kraft der Selbstreflexion im Dialogischen verstärkt und, eingebettet in entsprechenden gesellschaftlichen Strukturen, in ein handelndes Verändern führen kann.

„Bei den baulichen Mängeln, das war sicher durchschlagend, da haben wir ja alles aufgegriffen, was in der Siedlung wirklich zu machen war“ (P 7: Interview 05 (1).txt - 7:7 (200:202)).

Das Interesse an der Aufhebung dieses Zustandes ist somit die erste wesentliche, subjektiv erbauende Dimension, die zur dynamischen gesellschaftlichen Veränderung führt.

Im Folgenden soll ein Set von Kognitionen (vgl. Kantsperger 2001, S. 44) dargestellt werden, welches additiv zu Empowerment beiträgt, einen Zustand der intrinsischen Motivation beschreibt und somit der subjektiven Tatsache Rechnung trägt.

Strukturelle Aspekte und Bleibemotive

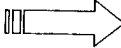
-   **Kooperation und Machtverhältnisse**
-   **Sozialintegration**
-   **Individuelle und kollektive Gestaltungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund einer erlebten Gleichberechtigung, offenen Gemeinschaft und dem Erfahren eines kathartischen Verfahrens.**

Abbildung 11: Strukturelle Aspekte und Bleibemotivation/Quelle: Eigene Bearbeitung

6.2. Individuell-kognitive Aspekte

6.2.1. Erlebte Selbstwirksamkeit

Jeder/jede soll die Möglichkeit besitzen, einen Beitrag zu leisten, um so einen entsprechenden Anteil an der Problemlösung bzw. an einem gemeinschaftsbezogenen Ergebnis zu haben.

„Meine Erwartungen sind die, dass eine gewisse Kontaktnahme der Bewohner untereinander stattfindet. Und natürlich auch gewisse Aktivitäten, dass da was geschieht. Egal, ob aus dem Bereich der Kultur oder Unterhaltung (...) Erstens einmal sag ich gern was, ich schreib gern was, und es sind gewisse Sachen, die ich an die Öffentlichkeit und an die Mitbewohner bringen will. Dass gewisse Sachen halt publik werden, berichten und auch ein bisschen eine Geschichte der Siedlung, Sachen, die man nicht alle Tage hört, dass die da reinkommen“ (P 6: Interview 04.txt - 6:20 (229:233)).

Unter diesem Aspekt vereinen sich schließlich auch die vorhin erwähnten Bleibemotivationen in Bezug auf das moderne bürgerschaftliche Engagement:

Eingangs wurde vorgeschlagen, die Wahlmöglichkeiten in Hinblick auf Zeit, Themen und Selbstbestimmung einer Betrachtung zu unterziehen. Ein differenzierterer Blick auf diese Kategorien ist von Bedeutung. Durch die Erfüllung dieser Freiheitsgrade ist einerseits eine wichtige Vorbedingung für entsprechende Entwicklungsprozesse gegeben, andererseits aber auch eine wesentliche Bedingung, um das individuelle wie kollektive Engagement aufrecht zu erhalten.

„Da war eine Versammlung (...) und dort haben sich drei Arbeitskreise herauskristallisiert. Da konnte jeder seine Probleme bekannt geben und dann die drei waren die stärksten.(...). Das heißt, es sind einmal an alle Einladungen ergangen. Dann haben wir uns zusammengesetzt und haben mal die Themen aufgelistet. Da haben wir eh ein paar Abende dazu gebraucht, weil es ist immer uns was Neues eingefallen. Und dann haben wir halt versucht, Prioritäten zu setzen. Was geht, gleich zu erledigen, mit welchen finanziellen Mitteln, und was dauert ein bisschen länger, wo müssen wir noch schauen“ (P 1: Interview 01.txt - 1:77 (219:221)).

6.2.2. Erlebter Bewältigungsgehalt

Der *erlebte Bewältigungsgehalt* entspricht einem „Personal Mastery“ und bezeichnet eine wahrgenommene Kompetenz, die gegeben ist, wenn der/die Einzelne davon ausgehen kann, dass er/sie seinen/ihren Beitrag auch in entsprechender oder geforderter Art und Weise leisten kann.

„I: Und es wurde kein Programm übergestülpt, sondern das war die AG? F: Das waren so die Ideen, die jeder für sich gehabt hat. Und wir haben gemeinsam eine Möglichkeit gesucht. I: Inwiefern hat die Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof diesen Verlauf da mitunterstützt? F: Wir sind da jetzt noch weiter am Ball. Wir sind da jetzt am Johannespark, dass es da so eine Hundewiese gibt, die eingegrenzt ist. Das wollen wir erreichen. I: Aber Sie würden ein offenes Gesprächsklima beschreiben, welches durch die Tatsache geprägt war, dass ein jeder grundsätzlich seine Anliegen vorbringen konnte? F: Das ist ganz klar“ (P 8: Interview 06.txt - 8:33 (356:375)).

Bewältigung, wie bereits diskutiert, potenziert sich in Wirkung und persönlichem Bedeutungsgehalt, wenn die Verlaufsstrategie an behaviorale und kollektive Komponenten gebunden ist (siehe Mehr als die Hilfe zur Selbsthilfe).

Reflexionen im Rahmen des Interviews mündeten oftmals in den Fragestellungen: Kann der Zweck einer Arbeitstätigkeit als individuell und in Folge als kollektiv wertvoll erlebt werden? Welchen Gehalt haben Einsatz und Engagement und worin spiegelt sich der persönliche Sinn des Tuns?

„Es ist einiges passiert, es ist einiges in Bewegung. Man muss immer wieder mit der Neuen Heimat kämpfen. Es ist ja nicht so, dass wir ein Wort sagen, und die machen das. Aber wir müssen halt auf die Dringlichkeit hinweisen. Und wir hoffen halt, dass wir irgendwann fertig sein werden und sagen können: ‚Es ist ganz eine schöne Sache passiert‘...Wenn man jetzt so die Zeitung aufschlägt und sieht, dass der Denggenhof in aller Munde ist und auch politisch immer mehr in den Vordergrund rückt, dass das ein Pilotprojekt ist - was wir vielleicht gar nicht verstehen, dass das so überdimensional geworden ist, dann finden wir das schon ganz gut, dass das aus unseren Köpfen entsprungen ist, und wir haben auch eine rechte Freude damit, dass das grazweit, steiermarkweit, anerkannt wird. Es war eine Gruppe von der Hochschule da, eine Gruppe von Modena, weil die sich gar nicht vorstellen konnten, dass so was in einer Siedlung passiert, dass Menschen sich unentgeltlich mit so viel Ausdauer und Liebe einsetzen, dass das für die Allgemeinheit passiert“ (P 8: Interview 06.txt - 8:32 (378:393)).

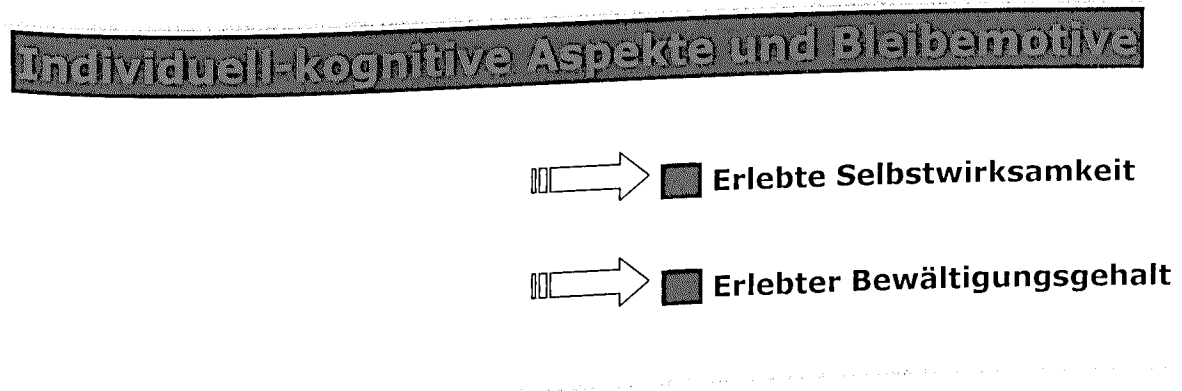


Abbildung 12: Individuell-kognitive Aspekte und Bleibemotive/Quelle: Eigene Bearbeitung

7 RESÜMEE UND KRITISCHER AUSBLICK

Die *Empowerment-Kultur* kann als eine bedeutende Ausprägung sozialarbeiterischer/sozialpädagogischer Interventionspraxen betrachtet werden, die gemeinsam mit anderen theoretischen Konzepten auf eine traditionsreiche Theorieentwicklung verweist und mit modisch anmutenden Reformulierungen einhergeht. Dem alt-bekanntem, aber neu-benannten Prinzip gelingt es „viel eher“, für die unterschiedlichen Anwendungsbereichen der Sozialen Arbeit den Lebensweltbezug einzufordern und vermag so den Disziplinen der Sozialpädagogik/Sozialen Arbeit neues Gewicht zu verleihen.

Sozialpädagogik/Soziale Arbeit bezieht sich grundsätzlich auf den sozialen Kontext und will Intervention sein, um ein „Mehr“ an sozialer Gerechtigkeit in Bezug auf die Lebensressourcen zu „erkämpfen“, um auf subjektiver Ebene die Möglichkeiten für Entwicklungs-, Lern- und Bildungsprozesse zu garantieren, also Lebensbewältigung in schwierigen Lebensphasen zu unterstützen.

Dass Empowerment als bedeutsames Arbeitsprinzip im Rahmen der sozialen Unterstützung geltend gemacht werden kann, wird auch daran erkennbar, in welchem unterschiedlichen Bezugsrahmen (Integrationspädagogik, Erwachsenenbildung, psychosoziale Dienste, Betriebsmanagement usw.) diese Haltung integrierbar ist. Die gegenwärtige Aktualität erklärt sich aber nicht nur aufgrund der gleichzeitigen Orientierung an den mikro-, meso- und makrodimensionalen Kontexten, die eine ganzheitliche und alltagsnahe Intervention ermöglichen; vielmehr erschließt sich entlang des Empowerment-Diskurses auch eine kritische Auseinandersetzung mit Qualitätspostulaten im Rahmen der sozialen Dienste. Diese fordern eine Zielgenauigkeit und Effektivität der Intervention und sehen jene nur dann gewährleistet, wenn ausschließliches institutions- und professionszentriertes Handeln überwunden werden kann und AdressatInnen als handelnde Subjekte mitsamt ihren Kompetenzen an einem partizipativ gestalteten Unterstützungsprozess beteiligt werden.

Empowerment als eine sehr offensive Antwort bezieht sich darauf, dass AdressatInnen sozialer Dienste nicht nur NutzerInnen sind, sondern immer auch BürgerInnen, und ist darauf ausgerichtet, eine Stärkung des Bürgerstatus zu vollziehen, um eine effektivere Durchsetzung der Nachfragedimension gegenüber einer Anbieterposition im Unterstützungssystem zu gewährleisten. Diese Stärkung und Ermutigung wird als wesentlich erachtet, um die Situativität und Kontextualität sowie die Optionen und den vorhandenen Aktionsradius des nachfragenden Subjekts in den Mittelpunkt rücken zu können.

„Gegenüber expertokratischen Handlungsmustern, die sich mit ihren Normdeutungen immer weiter vom Selbstverständnis der Adressaten entfernen, wird eine Dienstleistungsperspektive partizipative Durchsetzung für die institutionelle Bearbeitung psychosozialer Probleme eine entscheidende Bedeutung gewinnt“ (Schaarschuch et al. 2000, S. 170).

Diese Einflussmöglichkeiten der AdressatInnen bedürfen des Übereinkommens auf politischer Ebene bzw. die Bezugnahme auf den Bürgerstatus: Hierbei orientiert sich der Diskurs an dem Begriff *citizenship* von Marshall (1992), der die Trias von zivilen Schutz- und Freiheitsrechten, politischen Teilnahmerechten und sozialen Teilhaberechten beschreibt (vgl. Schaarschuch et al. 2000, S. 172f.).

„In Anbetracht des normativen Gehalts des umfassenden Bürgerstatus müssen auch in den auf die Bearbeitung sozialer Teilhaberechte ausgerichteten Institutionen alle Dimensionen des Bürgerstatus realisiert werden, insbesondere die reflexiv-politische Komponente, die es erlaubt, auf die Operationsweise der Einrichtungen und die Handlungsweisen der Professionellen Einfluss auszuüben. In dienstleistungstheoretischer Perspektive heißt dies, dass der Einfluss der *Nutzer als Bürger* auf Form und Inhalt, und damit auf die Qualität des Gebrauchswertes sozialer Dienstleistungen, nur als *politischer* Einfluss möglich ist (...) Der ‚Erfolg‘ sozialer Dienstleistungen ist grundlegend abhängig vom Passungsverhältnis von Nachfrage und Erbringung, das in einem Prozess demokratischer Konfliktaustragung hergestellt werden kann“ (ebd., S. 174).

Nach den erfolgten Recherchen wäre es unzureichend, Empowerment ausschließlich als eine grundlegende Haltung für eine sozialarbeiterische/sozialpädagogische Praxis zu definieren. Vielmehr gilt es mit Nachdruck auf das erläuterte normative und programmatische Rahmenkonzept zu verweisen.

Empowerment drängt ausdrücklich darauf, die AdressatInnen in ihrer Einmaligkeit mit ihren spezifischen Lebensdeutungen vor dem Hintergrund ihrer strukturellen Möglichkeiten anzuerkennen und diese Gegebenheiten nicht nur als Orientierungshilfe, sondern vielmehr als Anlass der Unterstützungsleistungen zu betrachten. Das sich ergebende Ethos erklärt das Ziel des autoritären und sozialdisziplinierenden Normalisierungshandelns als obsolet und fordert den Menschen in seinem gesellschaftlichen, gemeinschaftlichen und persönlichen Alltag zu individueller und kollektiver Selbstorganisation auf. Diese lebensweltliche Interventionsstrategie bedeutet jedoch keineswegs die Ablehnung der sozialstaatlichen Ideale, die sich der relativen Gleichwertigkeit verpflichtet fühlen. Ganz im Gegenteil: Die reflektierte Haltung steht dem Bedingungsgefüge des sozialen und systemischen Kontextes

polar entgegen, um entsprechende Veränderungen zu erreichen. Über besprochene Beteiligungsformen kann die Qualität der Sozialen Arbeit gesteigert werden, indem in prozesshafter Auseinandersetzung an der Verbesserung der strukturellen Bedingungen gearbeitet wird und somit deduktive Zuordnungsmaßnahmen überwunden werden. „*System und Lebenswelt*“ (Habermas 1995) werden einander angenähert, wodurch die Grundlage für eine begründete vs. automatische Solidarität geschaffen wird. Dem Anspruch, dass veränderte soziale, systemische und strukturelle Realitäten das Ziel bedeuten - damit sind lebensweltliche Gegebenheiten und die unterstützte Reflexion über diese im Zusammenhang mit den individuellen Lebensentwürfen gemeint -, steht die Anpassungsleistung des abweichenden Individuums gegenüber.

Vor diesem Hintergrund erweist sich die besprochene Interventionsstrategie als eine widerständische Kultur, die sich der Bevormundung widersetzt, auf respektierende und eigensinnige Unterstützungsarrangements abzielt, Eigenheit der Norm vorzieht, das Staunen vor den individuellen, alltäglichen Gestaltungsversuchen vollzieht und Unterstützung darin erkennen kann, ermutigende Möglichkeiten der Selbstentfaltung nach den eigenen existentiellen Imperativen aufzusuchen.

Nach eingehenden Erläuterungen hinsichtlich des Stadtteilmanagements oder des Empowermentcharakters, nach beeindruckenden Vorführungen diverser Errungenschaften und nach faszinierend anmutenden Darstellungen der ausgearbeiteten Koordinationsstrukturen und Kooperationsverträge erläge man allzu leicht dem „Charme des Konzeptes“, welcher mitunter auf einer Rhetorik der Emanzipation, einer Abgrenzung von Szenarien der individuellen Hilflosigkeitsthematik beruht und letztlich auch die scheinbare Erfüllung von „lebensweltlicher Sozialer Arbeit/Sozialpädagogik“ (vgl. Grunwald/Thiersch et al. 2001, S. 1142ff.) verspricht.

Allzu verhänglich sind Darstellungen über schier unendliche Möglichkeiten mit breit angelegten Aktivierungs- und Beteiligungsmaßnahmen, dem *Unverrückbaren* begegnen zu können. Derartigen Interventionsprinzipien, welche auf individuelle und kollektive Selbstorganisation abzielen, stellt sich sehr vehement die Frage, wie sich denn diese im sozialen und systemischen Kontext reproduzieren. Eine kritische Auseinandersetzung rekuriert auf die Begriffe „Aktivierung“, „Selbstverantwortung“ und „Systemgrenzen“, welche im Rahmen der vorliegenden Arbeit thematisiert wurden und an dieser Stelle skizziert werden sollten:

17 Der lange Atem der Herkunft

Stadtteilmanagement beruht auf einer „Bottom-Up-Strategie“. Ausgehend von individuellen Bedarfen und spezifischen Ressourcen werden Bewältigungsstrategien mit Unterstützung des „Mentorship“, welches Stadtteilmanagement zu sein beansprucht, entwickelt. Stadtteilmanagement scheint demnach mehr zu sein als Partizipation im Sinne einer Teilnahme und drückt die Entschlossenheit aus, individuelle und kollektive Belange aus der Sicht der Betroffenen transparent zu machen. Es geht mit der Vorstellung einher, den Betroffenen den realen Einfluss über lokale Lebensverhältnisse (wieder) zu geben.

Das vordringliche Problem wird jedoch darin gesehen, dass sich Aktivierung und Beteiligung in diesem Kontext auf AdressatInnen beziehen, deren materielle, kulturelle und soziale Mittel eingeschränkt vorhanden sind, und dass derartige Allokationsprozesse in erheblichem Maße mit politischen Möglichkeiten korrelieren (vgl. Pelinka 1993, S. 18). Vor diesem Hintergrund wird augenscheinlich, dass ausgleichende Unterstützungsmodelle, Institutionen etc. erforderlich sind, welche den vermehrten Artikulationsfähigkeiten von sozial Stärkeren entgegensteuern.

Wie sehr derartige determinierende Ausgangsbedingungen überwunden werden können, ist nicht nur von dem Reflexionsvermögen und den Interventionsfertigkeiten professioneller Fachkräfte in Bezug auf Machtkonstellationen, sondern immer auch vom Einwirkungsbereich abhängig, der einer Problemlösung eigen ist. Im lokalen Nahbereich wäre nach Dienel (1999) das Mitwirken am ehesten realisierbar.

Am Denggenhof konnten vor allem folgende Zielgruppen erreicht werden: Jugendliche, SeniorInnen und einkommensschwache Gruppierungen. Dementsprechend scheint hier dennoch ein Ansatz gefunden worden zu sein, welcher auch Menschen mit eher niedrigem (ökonomischen, sozialen, kulturellen) Kapital den Weg zur Beteiligung eröffnet.

18 Systemische Schattenseiten

Eine weitere kritische Perspektive bezieht sich auf das proklamierte Menschenbild, das mitunter eine Ideologie mitproduzieren könnte, welche die Machtverhältnisse und Bezogenheit zur strukturellen Realität verharmlost und dabei einem Bild des autonomen Subjekts und der durchsetzungskräftigen BürgerInneninitiativen frönt.

Unabhängig davon, dass sich AdressatInnen der Sozialen Arbeit mehr abhängig denn autonom darstellen, wäre übertragen auf bürgerschaftliches Engagement zu hinterfragen, ob sich bei der angesprochenen Einflussnahme Machtverteilung verschiebt oder ob sich Mitsprachemöglichkeiten in diversen Arbeitsgruppen oder Initiativen ergeben (vgl. Staub-Bernasconi 1998, S. 28ff.). Es ergäbe sich die Frage, wie sehr innerhalb des Stadtteilmanagements die Machtstrukturen und Kontrollmechanismen der gegenwärtigen Lebensentwürfe verharmlost und tatsächliche Einflussmöglichkeiten auf das systemische Geschehen überschätzt werden, vor allem dann, wenn Grenzsetzungen zwischen sozialarbeiterischem/sozialpädagogischem Handeln und sozialpolitischen Aufgaben verwässert werden. Der eingeforderte Respekt vor der Freiheit der BewohnerInnen bleibt immer eingelagert in die Ideologie einer Sozialpolitik, deren gegenwärtige Logik eine Verpflichtung der AdressatInnen zu einem lokalen Engagement als Kompensation des als unumgänglich vorgestellten staatlichen Rückzugs zwingend voraussetzt. Ein unreflektiertes Prolongieren von breit angelegten Beteiligungsverfahren, gepaart mit pädagogischer Naivität, setzt Akzente, welche eher affirmativ beschwichtigend dem Rückzug des Sozialstaates beipflichten. Zwingend erscheint vor diesem Hintergrund ein verstärkt ideologisches Zusammenwirken von politischen Kräften und Sozialer Arbeit/Sozialpädagogik, welches sich zeigen würde, wenn Politik (auch im überregionalen Sinne) nicht hinter, sondern vor dem Konzept stünde. Ansätze hierfür sind schon im veränderten Regierungsübereinkommen der Stadt Graz bezüglich der Stadtentwicklung vorzufinden. Hier wird nach langjähriger Entwicklung bereits von Empowerment und Stadtteilarbeit gesprochen, ohne nähere Erläuterungen selbstverständlich (vgl. Gemeinsam für Graz 2003).

▫ Zweifelsfrei Selbstverantwortung?

Ferner stellt sich die Frage: Schaffen die eröffneten „Spielräume“ der Freiheit wirkliche Möglichkeiten und emanzipatorische Kräfte oder sind sie eher erfolgreiche Ersatzhandlungen? Die Unbefangenheit, mit der Empowerment als revolutionäres Konzept propagiert wird, deckt sich mit einer pädagogischen Naivität, vor allem dann, wenn darauf verzichtet wird, nach den Grenzen von Selbstverantwortung zu fragen.

Erscheint eine Aussage wie: „Die Reichweite dessen, was mich bewirkt, ist unendlich viel größer als das, was ich bewirken kann“ allzu platt, muss sie in gesellschaftlichen

Strukturen, die die Selbstverantwortung für ideologische Zwecke missbrauchen, nach dem Motto: „Jeder ist seines Glückes Schmid“, eher häufiger denn zu selten betont werden. Erschließt sich der Freiheitssinn in erbrachten Leistungen abseits der zwischenmenschlichen Beziehungen, ergibt sich ein asozialer Charakter. Setzt man dem noch hinzu, dass diese Freiheiten an Allokationsprozesse gebunden sind, wird die Nähe zu einem liberalistischen System, in dem die Freiheit als die Willkür der *Tüchtigen* definiert werden kann, plötzlich augenscheinlich.

Zudem sind die Grenzen von Empowerment eben auch gegeben, wenn AdressatInnen aufgrund eines akuten Leidensdruckes in Krisen- und Konfliktsituationen nicht über die nötige innere Freiheit und den Handlungsspielraum verfügen, beides wäre für einen partizipativen Aushandlungsprozess notwendig. Menschen regredieren in entsprechenden Phasen zumeist in eine passive und abhängige Rolle und delegieren die Verantwortung an äußerliche Bedingungen und ExpertInnen. Nach den klinischen Erfahrungen wird erkennbar, dass eine solche Regression zunächst die AdressatInnen entlastet und erst dann, wenn diese passiven Bedürfnisse ausreichend befriedet wurden, eine entsprechende Basis für Empowerment hervorgebracht werden kann (vgl. Lenz et. al. 2002, S. 16). Angesichts dieser augenscheinlichen Grenze eines Empowerment-Prozesses erscheint auch notwendig zu betonen, *„(...) wenn Professionelle mit sozialen Bewegungen (...) zusammenarbeiten wollen, dürfen sie Machtgleichheit, Empathie und Offenheit nicht voraussetzen, da sich unter diesem Mantel der Gleichheit die Macht und die Interessen der Professionellen durchsetzen werden (...) die Reflexion der Machtverhältnisse bedeutet, sich der unterschiedlichen Machtpositionen und unterschiedlichen Interessen von Professionellen und KlientInnen bewusst zu sein und zu versuchen, in diesem Feld gemeinsam Pläne und Veränderungen zu finden“* (Qunindel/Pankhofer et. al. 2000, S. 42).

Kann eine vor diesem Bedingungsgefüge reflektierte Positionierung von Empowerment vorgenommen werden, vor allem dann, wenn von einer sinnentleerten Inflationierung des Selbstbestimmungsbegriffs, eines trivial-demokratischen „Heilsbotschaft“ Abstand genommen wird, so kann eine Basis gelegt werden, die die knappe Ressource *Solidarität* erschließt und auch eine Erhöhung der emanzipatorischen Kraft ermöglicht.

Im empirischen Teil sollten die Kristallisationspunkte für gemeinschaftliches und politisches

Agieren ihre Darstellung finden.

Die Chiffre der Sozialen Stadtteilarbeit heißt Nachhaltigkeit und soziale Verträglichkeit: Die initiierten Interventionsprinzipien der „Stadtteilarbeit Denggenhof“ stellen lokale Strategien dar, deren primäres Ziel es ist, mit breit angelegten Beteiligungsprozessen an der Verbesserung von Lebensbedingungen zu arbeiten, um Sozialisationsbedingungen in benachteiligten Stadtteilen zu verändern, relative Wohnzufriedenheit hervorzurufen und Empowerment-Prozesse zu initiieren.

Die Hoffnung der öffentlichen Instanzen, man könne über Stadtteilmanagement BewohnerInnen in Beteiligungsprozesse einbinden, um gemeinsam deren Lebensbedingungen und Wohnsituation nachhaltig zu verbessern, hat sich erfüllt. Ein weiteres Anliegen, diese Form der Aktivierung beizubehalten und *Empowerment-Effekte* hervorzurufen, konnte allerdings für die zunächst große Anzahl der aktiv Betroffenen nicht realisiert werden. Dennoch agieren die verbleibenden „Aktivposten“, eine etablierte „Kerngruppierung“, im Sinne des vorhandenen Gemeinwesens. In einigen selbstorganisierten Gruppierungen wird zu diesem Zeitpunkt bereits selbst Aktivierung geleistet, um das gemeinsame Anliegen „Denggenhof“ zu realisieren.

Die Stadtteilarbeit trug dazu bei, den Denggenhof verstärkt zu einer räumlichen Bezugsgröße, zu einer greifbaren lebensweltlichen Einheit zu machen, die eine Orientierungsgröße für Freizeit, soziale Kontakte und politische Beeinflussbarkeit darstellt. Es wurden zudem im Rahmen dieser Stadtteilarbeit wichtige niederschwellige Strukturen (z.B. Siedlungszentrum „für jung und alt“) geschaffen, um ein kollektives Engagement wesentlich zu erleichtern, wodurch sich Interessierten ein „Möglichkeitsraum“ für soziopolitische und soziokulturelle Anliegen eröffnet hat.

Galt zunächst eher den strukturellen Bedingungen einer Beteiligungskultur das Hauptaugenmerk, so fügten sich während des Auswertungsverfahrens auch individuell-kognitive Aspekte hinzu, die als wesentlich für die Implementierung eines *Empowerment-Prozesses* gewertet werden können. Entgegen allen Erwartungen waren nicht ideologische, gesinnungsethische Positionen die Motivation für ein entsprechendes Beteiligungsverhalten. Es zeichnete sich vielmehr ab, dass Einzelne von Themen geleitet waren, die von emotional-affektiven Tendenzen getragen wurden, also stark milieuverhaftet waren.

Das Projekt zeigt, dass neben dem traditionellen alten Ehrenamt eine Freiwilligenarbeit

erwächst, die einen stark privaten Charakter trägt, auf das unmittelbare Milieu beschränkt ist und die individuelle Entscheidungsfreiheit als ein tragendes Element aufweist. Hierbei aktualisiert sich ein neues Ehrenamt, welches ein schwach institutionalisiertes, kaum wertgebundenes Engagement zum Ausdruck bringt (vgl. Heimgartner et al. 2003, S. 337). Dementsprechend könnten die erfassten Kategorien nach Beendigung dieser Arbeit helfen, die Qualität eines Beteiligungsverfahrens, besonders eines Stadtteilprojektes zu prüfen, da die empirische Herangehensweise so ausgerichtet wurde, dass individuelle Kernelemente des Engagements abgebildet werden konnten.

Welche Perspektiven eröffnen sich schließlich für eine demokratische und soziale Stadtteilarbeit? Einerseits war am Denggenhof die neuartige Möglichkeit, eine Mitbestimmungskultur zu erleben, ein euphorisch klingender Aspekt, der mit Unterstützung der *Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof* sehr wohl ersichtliche Verbesserungen im Bereich einer Revitalisierung mit sich gebracht hatte. Das Vertrauen und die Bereitschaft der BewohnerInnen, in moderierte Aushandlungsprozesse zu treten, war in dem entsprechenden Bedingungsgefüge sehr groß, was vor allem auch auf die anfangs gute Kooperation und Unterstützung von Ämtern, der Siedlungsgenossenschaft, von Arbeitsgruppen und den BewohnerInnen zurückzuführen ist.

Die vorliegende Analyse geht dementsprechend davon aus, dass es ganz bestimmter Umstände, verbindlicher Kompetenzen, Transparenz, struktureller Verfahrensregeln, Information, offener Prozesshaftigkeit und der Erreichung von erarbeiteten Zielvorstellungen bedarf, um eine Bereitschaft für eine lokale Autonomie zu unterstützen. Die Sanierungsmaßnahmen waren gut akkordiert, BewohnerInnen wurden bei bestimmten Teilsanierungsmaßnahmen beteiligt und wurden parallel dazu immer über den Entwicklungsstand informiert. Vor diesem programmatischen Hintergrund konnte eine hohe Akzeptanz für die umfassenden Sanierungsarbeiten und Veränderungen erreicht werden, welche sich auch in betriebswirtschaftlichen Größen und in ausbleibenden Fluktuationen oder Gentrificationprozessen abzeichnet (vgl. Gesprächsprotokoll 2002).

Die für die BewohnerInnen spürbaren Vorteile im Wohnumfeld waren die Voraussetzung, eine allgemeine Beteiligungsbewegung zu etablieren, welche weit über die materialistisch orientierten Zielsetzungen hinausreichte.

Die wesentliche Zielgröße geht über die Vorteile der bedarfsgerechten Stadtplanung bzw. -verwaltung, der ressourcenorientierten Ausgleichs- und Vernetzungsfunktion, einer relativen

und gerechten Systemintegration hinaus und könnte ebenfalls bei intensiverer Miteinbindung von sozialen Diensten eine noch stärkere sozialpädagogische/sozialarbeiterische Relevanz in folgenden Punkten erlangen, die in Bezug auf Effizienz, Effektivität, Qualitätssicherung und Umstrukturierung der sozialen Dienste diskutiert werden könnten (vgl. Thiersch et al. 2001, S. 1142ff.):

- „ *Etablierung einer Beteiligungsstruktur als Kern des Projekts:* Die Unterstützungsleistungen sollten sich grundsätzlich an den Bedarfslagen der BewohnerInnen orientieren. So gehorcht die Ausrichtung einer Stadtteilarbeit nach Empowerment-Kriterien den normativen Vorgaben einer Gemeinsamkeit, die die BewohnerInnen in die Stadtteilentwicklungsprozesse vehement miteinbezieht. Diese Mischung zwischen Betroffenheit der LokalexpertInnen und Fachlichkeit vermag eine neue und flexible Qualität der Unterstützungsleistung zu erschließen. Beteiligungsformen können jedoch nur etabliert werden, wenn das unvermeidlich vorhandene Hierarchiegefälle zwischen Professionellen und Nichtprofessionellen überwunden wird. So gilt es, die spezifischen Ressourcen und gegebenen Ausdrucksweisen der jeweiligen AdressatInnen des sozialen Raums zu berücksichtigen, zu respektieren und für die Verlaufsform als konstitutiv zu erachten. Mitbestimmung per se ist aber, wie hinlänglich erklärt, für das entsprechende Prinzip nicht ausreichend, vielmehr muss darauf geachtet werden, auch Einspruchs- und Beschwerderechte des Bürgers zu gewährleisten: Durch die kontinuierliche Beteiligung sollte die Basis für zielgenaue Unterstützungsleistungen geboten sowie bedarfsgerechte und flexible Angebote strukturiert werden.

In Zukunft könnten durch eine situierte Stadtteilarbeit auch die MitarbeiterInnen von sozialen Diensten mitwirken, um die Ressourcen des entsprechenden sozialen Raumes zu erschließen und neuartige Kooperationsformen im Stadtteil aufzubauen.

- „ *Unterstützungen im Lebensumfeld und Sozialintegration:* Dieser Ansatz der oben genannten Kooperationsformen könnte gewährleisten, dass etwaige Hilfen der sozialen Dienste im Lebensumfeld der Betroffenen etabliert werden und Kontakte des eigenen Lebensumfeldes erhalten oder auch als Ressource in den Entwicklungsprozess miteinbezogen werden. Alltagsnähe, so meint Thiersch (2001), ist „(...) die Präsenz von Hilfen in der Lebenswelt der AdressatInnen, also die Erreichbarkeit und Nieder-

schwelligkeit von Angeboten (...) eine ganzheitliche Orientierung in den Hilfen, die den ineinander verwobenen Lebenserfahrungen und -deutungen in der Lebenswelt gerecht wird“ (Thiersch et al. 2001, S. 1142). Diese wohnortnahen Angebote zielen außerdem darauf ab, zur Aufrechterhaltung des sozialen Gefüges in der Lebenswelt und in der institutionellen Bezugswelt beizutragen.

- *Erreichung einer allgemeinen Prävention: Sie sollte auf die Initiierung unterstützender sozialer Netzwerke und die Erweiterung des sozialen Kapitals abzielen, um Kompetenzen der Lebensbewältigung zu potenzieren. Diese Art der Prävention versucht vorausschauend soziale Kontexte im Sinne eines unterstützenden „Netzwerks“ zu gewinnen, um etwaigen Problemlagen begegnen zu können. Da die Begrifflichkeit der Prävention ob ihrer inflationären Verwendung nicht unproblematisch ist und vorwiegend als primäres Motiv einer Unterstützungsleistung betrachtet wird, soll die Abgrenzung in die Richtung vorgenommen werden, dass „Prävention nicht dahingehend missverstanden wird, dass Lebensverhältnisse nur im Zeichen ihrer Gefährdung gesehen werden (...) oder dass Lebensschwierigkeiten auch dann, wenn sie allein oder im sozialen Umfeld gemeistert werden könnten, im Schatten möglicher Zuspitzungen überdramatisiert werden“ (ebd., S. 1143).*

Als wesentliche Größe erscheint im Zusammenhang mit den Fortentwicklungen der sozialen Dienste, dass im Rahmen der Stadtteilentwicklung die erläuterte Kooperation und Koordination von sozialen Dienstleistungen im Alltag der AdressatInnen positioniert sein könnten. Andererseits ist die (Re-)Aktivierung der Sozialen Netzwerke von Bedeutung, wenn gegenwärtige sozialpädagogische Theorien in die Praxis umgesetzt werden sollten. So erscheint die Einführung des Begriffes *Soziales Empowerment* als wesentlich und könnte zukünftig über den Bereich der Kooperationsforschung noch näher beleuchtet werden.

Ein anderer nicht unwesentlicher Ansatz des Stadtteilmanagements liegt darin, den Tendenzen entgegenzuwirken, die den öffentlichen Raum zu einem Familienkollektiv reduzieren und den Intimitätskult fördern, wodurch die öffentliche Sphäre aufgegeben wird und leer zurückbleibt (vgl. Sennett 2001, S. 27). Soziale Stadtteilarbeit erschließt öffentliche Räume, um den Diskurs zu ermöglichen und um pluralistische Debatten einer stringenten, einheitlichen Meinung entgegenzustellen.

Dem Globalisierungsdruck wird die lokale Alternative entgegengesetzt, einem *Glokalismus*

nachgegangen, Bürgerrechte werden im lokalen Umfeld verstärkt gefordert (vgl. Hamm et al. 2000, S. 180ff.) oder der Fokus auf die Politikoptionen, die Partizipations- und Gestaltungschancen einer polyzentrischen Stadtpolitik gerichtet (vgl. Esser et al. 2002, S. 247ff.). Derartige lokale Strategien anzustreben, erscheint aktuell. Derlei Perspektiven können daher bekräftigt und verstärkt eingefordert werden. So bleibt zu hoffen, dass die Gleichsetzung von Unpersönlichkeit und Leere (vgl. Sennett 2001, S. 331) wieder aufgehoben werden kann und eine öffentliche Kultur zur Debatte der politischen Themen entworfen wird.

„Es wäre ein Ereignis ersten Ranges, wenn man in der Verfassung für den zivilen Ungehorsam einen Ort ausmachen könnte - ein Ereignis, das vielleicht nicht weniger bedeutend wäre als die Gründung der *constitutio libertatis* vor fast zweihundert Jahren“ (Ahrendt zit. n. Heuer 1986, S. 144).

Diese Sozial- und Systemintegration gilt es zu betonen, um nicht in die „Fänge“ einer „blauäugigen“ Diskussion zu gelangen, in welcher die Stärkung einer individuellen und kollektiven Selbstorganisation oder das Recht auf autonome Lebensgestaltung mit der Auflösung von gemeinschaftlichen Strukturen oder vollkommener Unabhängigkeit der Individuen verwechselt und mit der Entwicklung der isolierten Individuen gleichgesetzt wird. Empowerment beinhaltet Größen wie Solidarität und Gesellschaftskritik und lässt sich niemals auf die Stärkung einer EGO-Gesellschaft reduzieren. *„Systemintegrative Leistungen können Sozialintegration niemals ersetzen (...) eine Analyse moderner Gesellschaften, die sich ausschließlich auf Fragen funktionaler Steuerungsengpässe und systemischer Integrationsaspekte konzentriert, verkennt, wie Habermas betont, dass sozialintegrative Aufgaben auch gegenwärtig noch immer einen gleichrangigen Platz auf der politischen Agenda einnehmen“* (Heming 2000, S. 59ff.) um letzten Endes den sich, ob der defizitären sozialen Verständigungskontexte entwickelnden desintegrativen Kräften entgegenzutreten zu können.

ANHANG

INTERVIEWLEITFADEN (I) FÜR DIE BEWOHNERINNEN AM DENGGENHOF

A.) AUSGANGSSITUATION - DAS WOHNEN AM DENGGENHOF

1. FRAGEN ZUR WOHN-SITUATION UND MOTIVATION

- » Seit wann wohnen Sie in dieser Siedlung?
- » Gab es für Sie einen bestimmten Grund hierher zu ziehen bzw. weshalb wohnen Sie hier?
- » Was zeigen Sie einer/m Bekannten, wenn sie/er diese Siedlung kennen lernen möchte?
- » Haben Sie schon einmal daran gedacht wegzuziehen?
- » Was würden Sie im Falle eines Umzugs vermissen?
- » Was stört Sie in dieser Siedlung ganz besonders?
- » Mit welchem Gefühl verbinden Sie Ihre jetzige Lebenssituation hier am Denggenhof?

2. FRAGEN IN HINBLICK AUF NACHBARSCHAFTSKONTAKTE UND SOZIALE KONTAKTE IN DER SIEDLUNG

- » Inwiefern sind Ihnen Nachbarschaftskontakte wichtig, könnten Sie dies anhand eines Beispiels erläutern?
- » Wie wichtig sind Ihnen die Kontakte in der Siedlung?
- » Wodurch ergeben sich die Kontakte in der Siedlung?
- » Welche Aufenthaltsorte gibt es hier in der Siedlung?
- » Wenn Sie Leute aus Ihrer Nachbarschaft bzw. Siedlungsbekannte treffen wollen, wohin gehen Sie dann?
- » Wenn ich Leute vom Denggenhof kennen lernen möchte, den Besuch welcher Veranstaltung könnten Sie mir empfehlen bzw. welchen Aufenthaltsort könnten Sie mir dann nennen?
- » Wodurch wird das Gemeinschaftsgefühl in der Siedlung gefördert, sofern dieses

vorhanden ist?

- Welche Aktivitäten gehen von Ihnen aus, um das Gemeinschaftsleben zu fördern oder um Siedlungsnachbarn zu treffen?

3. FRAGEN HINSICHTLICH DER PROBLEMWahrnehmung, VERÄNDERUNGSMÖGLICHKEITEN UND IN BEZUG AUF SOZIALES UND POLITISCHES ENGAGEMENT

- Was gefällt Ihnen hier in der Siedlung nicht so sehr bzw. stört Sie hier?
- Was meinen Sie, stört dieses Problem auch andere SiedlungsbewohnerInnen?
- Mit wem sprechen Sie darüber?
- Wer ist generell Ihr/Ihre Ansprechpartner/in, wenn Siedlungsbelange geklärt werden sollten?
- Wenn sich ein Problem zeigt, welche Aktivitäten setzen Sie dann?
- Welche gemeinschaftlichen Aktivitäten gibt es am Denggenhof, wenn sich Probleme auftun?
- Seit wann gibt es derlei Aktivitäten?
- Wie würden Sie den Kontakt zur Hausverwaltung beschreiben?
- Was sollte Ihrer Meinung nach von Seiten der Hausverwaltung verbessert bzw. noch angeboten werden?

B.) STADTTEILARBEIT IM ALLGEMEINEN UND IM BESONDEREN

Im Jahr 1999 wurde in dieser Siedlung ein Stadtteilprojekt initiiert. Ich würde gerne mit Ihnen über Ihre diesbezüglichen Erfahrungen sprechen.

1. FRAGEN ZUR BEKANNTHEIT DER STADTTEILARBEIT UND DES KONZEPTEs

- Bei welcher Gelegenheit haben Sie von dieser Stadtteilarbeit am Denggenhof erfahren?
 - Wie wurden Sie informiert?
 - Was haben Sie anfänglich davon gehalten?
 - Welche Erwartungen haben Sie mit dieser Projektidee verbunden?

- " Hier am Denggenhof gibt es ein Nachbarschaftszentrum, das Siedlungszentrum „für jung und alt“. Wissen Sie, wie es dazu kam, hier ein Nachbarschaftszentrum einzurichten?
 - “ Für welche Aktivitäten wird es genutzt?
 - “ Welche Aktivitäten besuchen Sie selbst?
 - “ Was bedeutet für Sie persönlich das Siedlungszentrum und was meinen Sie, wie sehr dieses auch noch in Zukunft genutzt werden kann?
 - “ Was meinen Sie, für welche Menschen ist dieses Siedlungszentrum besonders wichtig?

- " Wie häufig engagieren Sie sich im Siedlungszentrum?
 - “ Welche Aktivitäten waren Ihnen besonders wichtig?
 - “ Können Sie kurz beschreiben welche Aktivitäten seit Initiierung der Stadtteilarbeit stattfinden?

- " Inwiefern können Sie einen persönlichen Gewinn aus den bisherig erzielten Effekten der Stadtteilarbeit ableiten?
 - “ Welchen Eindruck haben Sie gegenwärtig von den durchgeführten Aktivitäten/Projekten?
 - “ Welche Möglichkeiten sehen Sie heute darin?
 - “ Welche Schwierigkeiten verbinden Sie mit den gesetzten oder geplanten Maßnahmen?
 - “ Haben Sie persönliche Wünsche oder Erwartungen hinsichtlich dieser Stadtteilarbeit?
 - “ Diese Stadtteilarbeit wird größtenteils von der Arbeitsgruppe Stadtteilarbeit Denggenhof unterstützt. Welche Schwerpunktsetzungen erwarten Sie sich noch von dieser Gruppe?

2. FRAGEN ZUR KONTAKTERSCHLIESSUNG, ANFÄNGLICHEN REAKTIONEN, ERFAHRUNGEN UND BEWERTUNG

Im Rahmen dieses Beteiligungsprojektes wurden von der Arbeitsgruppe „Stadtteilarbeit Denggenhof“ unterschiedliche Siedlungsschwerpunkte aufgegriffen. Um diese Siedlungsthemen bearbeiten zu können, wurden unterschiedliche Arbeitsgruppen initiiert. Ihre persönlichen Auswahlkriterien und Ihre Erfahrungen bezüglich des Ablaufs solcher Arbeitsgruppen/Aktivitäten/Projekte würde ich gerne mit Ihnen besprechen.

- “ Was hat Sie bewogen bei einer Arbeitsgruppe/Aktivität/einem Projekt teilzunehmen?
 - “ Wie wurden Sie auf diese spezielle Themenbearbeitung aufmerksam?
 - “ Warum wollten Sie an diesem konkreten „Geschehen“ teilnehmen?

3. KENNTNISSE IN BEZUG AUF THEMA/PROJEKTIDEE UND BEWERTUNG DES PROJEKTVERLAUFES UND DER BETEILIGUNGSERFAHRUNG

- “ Könnten Sie mir den Ablauf solch eines Treffens schildern?
 - “ Wie wurde der Projektverlauf organisiert?
 - “ Konnten Sie sich am Projektverlauf beteiligen?
 - “ Beteiligten sich auch andere?
- “ Inwiefern gab es für Sie die Möglichkeit, den Projektverlauf mitzubestimmen bzw. zu beeinflussen?
 - “ Welche Möglichkeiten gab es für Sie, Ihre Ideen einzubringen oder gab es Barrieren, dies zu tun?
 - “ Wurden Ihre Anliegen von der AG aufgegriffen?
 - “ Wie sehr konnte Sie die AG dabei unterstützen, Veränderungen vorzunehmen?

- „ Könnten Sie die Rolle/Aufgabe dieser AG an einem konkreten Beispiel erläutern?
- „ Wie würden Sie die Stimmung von solchen Veranstaltungen/Arbeitsgruppentreffen beschreiben?
- „ Weswegen wird dieses Projekt durchgeführt, was meinen Sie dazu?
- „ Wer hat die Zieldefinition im Arbeitsgruppenprozess vorgenommen?
- „ Wie stehen Sie zu den besprochenen Inhalten? Sind das auch Ihre Anliegen? Welche Themen waren Ihnen am wichtigsten?
- „ Gelangen Ziele zur Umsetzung?

C.) RESÜMEE UND PERSPEKTIVEN

1. PERSÖNLICHES RESÜMEE IN BEZUG AUF EIGENES ENGAGEMENT

- „ Welche Veränderungen ergaben sich für Sie persönlich, seit Sie sich hier engagieren?
 - Welche Veränderungen ergaben sich in Ihrer Nachbarschaft?
 - Inwiefern konnten neue Bekanntschaften in der Siedlung geschlossen werden bzw. vorhandene intensiviert werden oder umgekehrt?
 - Inwiefern spielt für Sie die Belebung der Nachbarschaft eine Rolle?

2. FRAGEN ZUR WAHRNEHMUNG VON VERÄNDERUNGSMÖGLICHKEITEN UND PERSPEKTIVEN

- Inwiefern konnten diese Projekte in dieser Siedlung den Kontakt zur Siedlungsgenossenschaft verändern?
 - Welche Projekte haben dazu beigetragen, einen Kontakt zur Haus-

- verwaltung/zur Verwaltungsebene herzustellen?
- “ Wie haben diese Instanzen reagiert?
- “ Welche Veränderungen wurden beispielsweise von Seiten der Hausverwaltung für die BewohnerInnen vorgenommen?

3. FRAGEN ZUR INDIVIDUELLEN UND KOLLEKTIVEN SELBSTORGANISATION, KONTROLLBEWUSSTSEIN SOWIE GESTALTUNGS- UND ENTSCHEIDUNGS-KOMPETENZ

- “ Für welche „Siedlungsthemen“ würden Sie sich noch gerne engagieren?
 - “ Welche Ziele könnten in dieser Siedlung noch erreicht werden?
 - “ Sind Sie mit diesen Anliegen alleine bzw. wer engagiert sich noch für spezielle Siedlungsthemen?
 - “ Inwiefern können Sie mit Unterstützung von Gleichgesinnten rechnen?
- “ Was bedeutet für Sie persönlich das Siedlungszentrum - und was meinen Sie, wie sehr dieses auch noch in Zukunft genützt werden kann?
- “ Würden Sie nun, da wir am Schluss angelangt sind, noch gerne etwas erwähnen bzw. hinzufügen?

1. **AUSGANGSSITUATION - Wovon geht das Team aus?**

- “ Welches Projekt wird am Denggenhof durchgeführt? - Wie würden Sie das Projekt am Denggenhof beschreiben?
- “ Was hat Sie bewogen, bei diesem Projekt mitzuarbeiten?
- “ Warum wurde dieses Projekt am Denggenhof realisiert?
- “ Wie würden Sie die Wohnsituation am Denggenhof beschreiben? - Aus Ihrer Erinnerung: Wie war der erste Eindruck als Sie die Siedlung kennen gelernt haben (räumliche Gegebenheiten, Nachbarschaftsstruktur ...)?
- “ Von welchen Institutionen/Verwaltungsbereichen wird dieses Projekt unterstützt?
- “ In welcher Art findet Unterstützung statt?
- “ Von wem wurde der Arbeitsauftrag erteilt?
- “ In welcher Art findet Controlling der geleisteten Arbeit statt, wie wird dieses Modellprojekt in Graz begutachtet?
- “ Welche Strukturen ergeben sich ob der mannigfaltigen Unterstützung, breit angelegten Auftragslage?
- “ Gibt es eine gemeinsame Plattform, um die AuftraggeberInnen über Vorkommnisse und den Projektverlauf zu informieren?
- “ Wie häufig findet dieser Austausch statt?
- “ Welche Möglichkeiten ergeben sich ob dieser gemeinsamen Planung für das Projektgeschehen?
- “ Was meinen Sie, warum öffentliche Institutionen/Verwaltung derlei Beteiligungsprozesse unterstützen bzw. initiieren?
- “ Wie wirken sich diese vielfältigen Zuständigkeiten auf die Projektarbeit aus?
- “ Sehen Sie ideologische Diskrepanzen zwischen den Bereichen BürgerInnenbeteiligung und öffentliche Verwaltungsmentalität?
- “ Welche Aufgabe übernimmt die AG gegenüber der Verwaltungsebene?
- “ Welche Aufgaben übernimmt die AG gegenüber den BewohnerInnen?
- “ Wie hat sich die AG vor Ort organisiert? - Welche Möglichkeiten stehen

Ihnen zur Verfügung, um mit den DenggenhoferInnen in Kontakt, in einen Arbeitskontrakt zu gelangen?

☐ Kann man diese sehr komplexen Tätigkeitsbereiche in einigen Worten wiedergeben?

☐ **ZIELDEFINITION: Wohin will das Team gelangen?**

☐ Was hat Sie persönlich dazu bewogen, dieses Projekt am Denggenhof durchzuführen?

☐ Welche besonderen Merkmale waren vorhanden, sodass dieses Projekt am Denggenhof initiiert wurde?

☐ Welche Ideen verfolgen Sie bei der Durchführung dieses Beteiligungsprojektes?

☐ Was kann dieses Beteiligungsprojekt für die Einzelnen/Gemeinschaft/Wohnsituation bedeuten? - Können Sie mir Beispiele nennen?

☐ Woran sollten die BewohnerInnen beteiligt werden, was waren hierfür die anfänglichen Motivationen?

☐ Welche Projektziele wurden Ihrerseits definiert?

☐ Inwiefern kann das Projektziel „von unten“, seitens der BewohnerInnen beeinflusst werden?

☐ Was hat sich Ihrer Einschätzung nach seit Ihrem Arbeitsbeginn hier verändert?

☐ Es wurden zahlreiche Projekte initiiert. Welche könnten, Ihrer Einschätzung nach, von den BewohnerInnen unabhängig von Ihnen fortgesetzt werden.

☐ Welche Aufgabenfelder/Strukturen möchten Sie fortgesetzt wissen?

☐ **PROJEKTVERLAUF: Wie stellt sich das Team den Weg zum Ziel vor?**

☐ Könnten Sie den Arbeitsverlauf am Denggenhof kurz schildern?

☐ Welche Aktivitäten/Projekte werden von der AG unterstützt?

☐ Gibt es besondere Erfolge, von denen Sie berichten wollen?

☐ Welche Barrieren gibt es Ihrer Meinung nach für einen Beteiligungsprozess?

- ❑ War es Ihnen wichtig, die BewohnerInnen über den Sinn dieses Beteiligungsprojektes zu informieren?
- ❑ Was bedeutet für Sie Empowerment, eine Begrifflichkeit, welche in Ihrer Projektbeschreibung einen zentralen Stellenwert einnimmt?
- ❑ Wer bestimmt in einem Empowerment-Prozess die durchzuführenden Projektthemen?
- ❑ Vor welchem Hintergrund bzw. welches Verfahren war notwendig, um die einzelnen Themenbereiche für die Projektarbeit zu rekrutieren?
- ❑ In welcher Form wurden die letztlich bearbeiteten Themen ausgewählt?
- ❑ Welches Anliegen war Ihnen besonders wichtig?
- ❑ Warum würden Sie diesen Aspekt besonders hervorheben?
- ❑ Was wäre für die Zukunft am Denggenhof entscheidend?
- ❑ Wie sehen Sie das Verhältnis: Autonomie - Ehrenamt - Ressourcenverknappung? Welche Aufgaben sollten in Zukunft von der Bewohnerschaft selbständig übernommen werden und wo sehen Sie diesbezügliche Grenzen?

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Lebenswelt/Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Lüttringhaus et al. 2000.....	12
Abbildung 2: Empowerment-Phasen/Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Stark 1996.....	17
Abbildung 3: Synergieeffekte/Quelle: Stark 1996.....	31
Abbildung 4: Postmoderne und Kommunitarismus - über den Versuch einer Synthese/ Quelle: Stark 1996	80
Abbildung 5: Bewältigungsansatz und Empowerment/Quelle: Stark 1996	82
Abbildung 6: Teilhabe versus Teilnahmen/Quelle: Stark 1996	88
Abbildung 7: Stadtteilmanagement im Rahmen der situativen Gegebenheiten/Quelle: Eigene Bearbeitung in Anlehnung an Leutner und Pluquett 2001	123
Abbildung 8: Symbolische Darstellung der Prozesshaftigkeit/Quelle: Leutner und Pluquett et al. 2001	125
Abbildung 9: Empowerment als ein motivationales Konstrukt/Quelle: Eigene Bearbeitung.....	161
Abbildung 10: Mobilisierungsfaktoren/Quelle: Eigene Bearbeitung.....	166
Abbildung 11: Strukturelle Aspekte und Bleibemotivation/Quelle: Eigene Bearbeitung.....	177
Abbildung 12: Individuell-kognitive Aspekte und Bleibemotive/Quelle: Eigene Bearbeitung.....	179

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Psychologisches, Soziales und Politisches Empowerment/Quelle: Eigene Darstellung	32
Tabelle 2: Methoden für die empirische Herangehensweise/Quelle: Eigene Bearbeitung	129
Tabelle 3: Soziodemographische Variablen zur Charakterisierung der Interviewpartner/Quelle: Eigene Bearbeitung	136
Tabelle 4: Strukturelle und individuell-kognitive Variablen/Quelle: Eigene Bearbeitung	162

LITERATURVERZEICHNIS

- Adorno, Theodor W.: Minima moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 1969.
- Adorno, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 1971.
- Alinsky, Saul D.: Anleitung zum Mächtigen. Ausgewählte Schriften. Lamuv Verlag GmbH: Göttingen 1999 (1. Aufl. 1984).
- Alisch, Monika: Stadtteilmanagement - Zwischen politischer Strategie und Beruhigungsmittel. In: dies. (Hrsg.): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Leske und Budrich: Opladen 2001, S. 7-22.
- Altena, Heinz: Welches Schweinderl hätten Sie gern? Sozialräumliche Konzepte haben Konjunktur. In: <file:///Stadtteilarbeitschweidnerl-Dateien/Schweinderl.htm>. 07.03.02
- Antonovsky, Aaron: Gesundheitsforschung versus Krankheitsforschung. In: Franke, Alexa und Broda, Michael: Psychosomatische Gesundheit. Versuch einer Abkehr vom Pathogenese-Konzept. dgvt-Verlag, Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie: Tübingen 1993, S. 3-15.
- Bahrndt, Hans-Paul: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Herausgegeben von Ulfert Herlyn. Leske und Budrich: Opladen 1998 (1. Aufl. 1961).
- Baumgartner/Hierzer-Bacher/Körndl/Lechner: Stadtteilarbeit Denggenhof: Empowerment & Sustainability. Dokumentation der Methoden und Arbeitsweisen eines Beteiligungsprozesses im Sinne der Agenda 21 am Beispiel der Denggenhofsiedlung/Graz. Bericht im Auftrag der Stadt Graz. Graz 2000.
- Baumgartner/Hierzer-Bacher/Körndl/Lechner: Stadtteilarbeit Denggenhof. Empowerment & Sustainability. Dokumentation des Beteiligungsprozesses in der Denggenhofsiedlung/Graz. Bericht im Auftrag vom Umweltamt der Stadt Graz. Graz 2001.

- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 1986.
- Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth: Individualisierung im modernen Gesellschaften - Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie. In: dies. (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 1994, S. 10-39.
- Beck, Ulrich. (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 2000.
- Bemfeld, Siegfried: Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 1967 (1. Aufl. 1925).
- Birchmeier, Urs: Das Sozialkapital - Fakten und Hypothesen. In: Die Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik. 8 (2002), S. 51-56.
- Böhnisch, Lothar/Lösch H.: Das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seine institutionelle Determination. In: Otto, H.-U./Schneider, L. (Hrsg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, Bd. 2, Neuwied: Berlin 1973, S. 21-40.
- Böhnisch, Lothar: Sozialpädagogik der Lebensalter. Eine Einführung. Juventa Verlag: Weinheim und München 1999 (1. Auflage 1997).
- Böhnisch, Lothar: Anomie. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit - Sozialpädagogik. Krefeld, Luchterhand Verlag GmbH: Neuwied 2001, S. 52-60.
- Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Welt. Sonderband 2. Soziale Ungleichheiten. Verlag Otto Schwartz & Co: Göttingen 1983, S. 183-198.
- Bourdieu, Pierre: Eine unlösbare Aufgabe. In: Bourdieu, Pierre et al.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. UVK Universitätsverlag: Konstanz 1998, S. 217-239.
- Bowles, S./Gintis, H.: Psychologische Grundlagen der Ökonomie. Die Gemeinschaft als Regelmechanismus. Das „Soziale Kapital“ zwischen Markt und Staat. Neue Zürcher Zeitung, 14. Juli 2001.

- Breyer, Klaus/Hemkes, Barbara/Schneiderei, Udo: Agenda 21. Acht Schritte zur zukunftsfähigen Kommune. Ein Gemeinschaftsprojekt: Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen. DGB Bildungswerk e.V./AQU-Team, Landesverband des Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen. Heinen-Druck GmbH: Düsseldorf 2001.
- Dangschat, Jens: Segregation. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Leske und Budrich: Opladen 2000, S. 209-222.
- DeShazer, Steve: Der Dreh. Überraschende Wendungen und Lösungen in der Kurzzeittherapie. Carl-Auer-Systeme-Verlag: Heidelberg 1999 (1. Aufl. 1988).
- Dienel, Peter C.: Die Demokratie braucht endlich den Bürger - Das Modell Planungszelle. In: von Arnim, Hans H. (Hrsg.): Demokratie vor neuen Herausforderungen. Drucker & Humblot: Berlin 1999, S. 177-193.
- Dreikurs, Rudolf: Grundbegriffe der Individualpsychologie. Klett-Cotta: Stuttgart 2002 (1. Aufl. 1969).
- Durkheim, Emile: Der Selbstmord. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 1990 (1. Aufl. 1897).
- Esser, Josef: Polyzentrische Stadtpolitik - Chancen für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit? In: Löw, Martina (Hrsg.): Differenzierungen des Städtischen. Leske und Budrich: Opladen 2002.
- Foucault, Michel: Sexualität und Wahrheit. Der Wille zum Wissen. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 1998 (1. Aufl. 1983).
- Franke, Alexa und Broda, Michael: Psychosomatische Gesundheit. Versuch einer Abkehr vom Pathogenese-Konzept. dgvt-Verlag, Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie: Tübingen 1993.
- Friebertshäuser, Barbara: Interviewtechniken - ein Überblick. In: Friebertshäuser, Barbara/Prenzel, Annedore (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Juventa Verlag: Weinheim, München 1997, S. 371-394.

- Froschauer, Ulrike/Lueger, Manfred: Das qualitative Interview. WUV-Universitätsverlag: Wien 1992.
- Freire, Paulo: Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH: Stuttgart 1998 (1. Aufl. 1971).
- Galuske, Michael: Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Juventa Verlag: Weinheim und München 1998.
- Galuske, Michael: Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Juventa Verlag: Weinheim und München 2001 (1. Aufl. 1998).
- Gasser-Steiner, Peter: Wohnqualität in Graz im Bereich schlechter Wohnversorgung und Wohnungsnot. Projekt im Auftrag der Stadt Graz. Graz 1997.
- Gemeinsam für Graz. Arbeitsübereinkommen abgeschlossen zwischen ÖVP und SPÖ über die Grundsätze und Ziele der Regierungsarbeit. In: http://www.graz.at/politik/medienservice/arbeitsuebereinkommen_oevp-spoepdf 31.03.2003.
- Gerhardter, Gabriele: Eigenständige Regionalentwicklung: Rumpelstilzchen-Strategie und Akteurs-Management. Betrachtungen über 20 Jahre Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung (FER) in Österreich. In: Roessler, M./Schnee, R./Spitzky, Ch./Stoik, Ch. (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit und Bürgerschaftliches Engagement. Eine Abgrenzung. Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH: Wien 2001, S. 79-96.
- Gmür, Wolfgang: Die Qualitätsperspektive. Partizipation, Empowerment und Qualität - ein Dialog. In: Teuber, Kirstin/Stiemert-Strecker, Sigrid/Seckinger, Mike (Hrsg.): Qualität durch Partizipation und Empowerment. Einmischungen in die Qualitätsdebatte. dgvt-Verlag: Tübingen 2000, S. 47-50.
- Gögercin, Süleyman/Teske, Irmgard: Stadtteilarbeit durch Bürgerbeteiligung - Quartierarbeit im Schilterhäusle. In: Teuber, Kirstin/Stiemert-Strecker, Sigrid/Seckinger, Mike (Hrsg.): Qualität durch Partizipation und Empowerment. Einmischungen in die Qualitätsdebatte. Fortschritte der Gemeindepsychologie und Gesundheitsförderung. Band 6. dgvt-Verlag, Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie: Tübingen 2000, S. 111-122.

- Grazer Energieagentur: Projekt „Neue Dienstleistung zur umfassenden ökologischen Gebäudesanierung“, Projektnr: LIFE99ENV/A/000392. In: www.grazer-ea.at. 2003.
- Grazer Stadtentwicklungskonzept. 3.0 STEK 10. Funktionelle Gliederung. In: <http://www.graz.at/stek2001/kap10-0101.pdf> 2001.
- Groß-Pirchegger, Lisa/Lechner, Elisabeth: Offene Gemeindeentwicklung. Generationen gestalten das Heute für das Morgen. Ein praxisorientierter Konzeptvorschlag für offene soziokulturelle Tätigkeiten zur Entwicklung dynamischer Lebensbezüge. Ein Beitrag im Rahmen einer Initiative von Landeshauptmann Waltraud Klasnic. unveröffentlichtes Manuskript: Graz 2002.
- Gruen, Arno: Der Verrat am Selbst. Die Angst vor Autonomie bei Mann und Frau. Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co, 13. Auflage: München 2000 (1. Aufl. 1984).
- Grunwald, Klaus/Thiersch, Hans: Lebensweltorientierung. Zur Entwicklung des Konzepts Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit - Sozialpädagogik. Luchterhand Verlag GmbH, 2. Auflage: Neuwied, Kriftel 2001, S. 1136-1148.
- Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns. Suhrkamp: Frankfurt am Main 1995 (1. Aufl. 1981).
- Hamm, Bernd: Nachbarschaft. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Leske und Budrich, 2. Auflage: Opladen 2000, S. 173-182.
- Heimgartner, Arno: Der Schaden der Ehrenamtlichkeit – Ein kommentierter Artikel. In: Laueremann, Karin/Knapp, Gerald (Hrsg.): Sozialpädagogik in Österreich. Perspektiven in Theorie und Praxis. Mohorjeva Hermagoras: Klagenfurt, Laibach, Wien 2003, S. 230-352.
- Heiner, Maja/Meinhold, Marianne/von Spiegel, Hiltrud/Staub-Bernasconi, Silvia (Hrsg.): Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. Lambertus-Verlag, 4. erweiterte Auflage: Freiburg im Breisgau 1998 (1. Auflage 1994).
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg): Was hält die Gesellschaft zusammen? Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 1997.

- Heming, Ralf: Systemdynamiken, Lebenswelt und Zivilgesellschaft - Zeitdiagnostische Aspekte der Gesellschaftstheorie von Jürgen Habermas. In: Schimank, Uwe/Volkmann, Ute (Hrsg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Leske und Budrich: Opladen 2000, S. 58-73.
- Herrmann, Heike: Institutionalisierte Öffentlichkeit, Bewohnerbeteiligung oder Alibi? Die Funktion von initiierten Stadtteilforen. In: Alisch, Monika (Hrsg.): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Leske und Budrich, 2. durchgesehene Auflage: Opladen 2001, S. 171-192.
- Herriger, Norbert: Empowerment und Engagement. In: Soziale Arbeit 9-10 (1996), S. 290-301.
- Herriger, Norbert: Empowerment und das Modell des Menschenstärken. Bausteine für ein verändertes Menschenbild der Sozialen Arbeit. In: Soziale Arbeit 5 (1995), S. 155-162.
- Herriger, Norbert: Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Verlag W. Kohlhammer GmbH: Stuttgart 1997.
- Heuer, W.: Hannah Arendt. Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH: Hamburg 2001 (1. Aufl. 1987).
- Heye, Werner: Rahmenkonzepte zur Demokratischen Teilhabe der Landeshauptstadt Hannover. „Stadt findet statt“. Bürgerbeteiligung in einer mediatisierten Welt. Tagungsbericht Netzwerk Krainerhaus-Graz: Graz 2001.
- Hinte, Wolfgang/Karas, Fritz: Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit: Eine Einführung für Ausbildung und Praxis. Luchterhand: Neuwied/Frankfurt am Main 1989.
- Hinte, Wolfgang: Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Quartiersmanagement. In: [file:///A: W. Hinte Quartiersmanagement.htm](#). 2002.
- Hinte, Wolfgang: Grundlagen des Konzeptes einer non-direktiven Pädagogik. In: Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (Hrsg.): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. VOTUM-Verlag: Münster 2001, S. 45-51.

- Hinte, Wolfgang: Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und soziale Dienste - Lebensweltbezug statt Pädagogisierung. In: Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (Hrsg.): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. VOTUM-Verlag: Münster 2001, S. 74-81.
- Hinte, Wolfgang: Von der Stadtteilarbeit zum Stadtteilmanagement. Sozialraumorientierung als methodisches Prinzip sozialer Arbeit - von der Stadtteilarbeit zum Stadtteilmanagement. In: Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (Hrsg.): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. VOTUM-Verlag: Münster 2001, S. 83-89.
- Hinte, Wolfgang: Non-direktive Pädagogik. Eine Einführung in Grundlagen und Praxis des selbstbestimmten Lernens. Deutscher Universitäts-Verlag: Wiesbaden 2001 (1. Aufl. 1980).
- Hinte, Wolfgang: Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Stadtteilmanagement. In: Alisch, Monika (Hrsg.): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Leske und Budrich, 2. durchgesehene Auflage: Opladen 2001, S. 153-170.
- Kantsperger, R.: Empowerment. Theoretische Grundlagen, kritische Analysen, Handlungsempfehlungen. FGM Fördergesellschaft Marketing e.V. a. d. Ludwig-Maximilians-Universität München, D&M Gräbner Dissertations- und Offsetdruckerei: München 2001.
- Kenner, Clara: Der Wiener Verein für Individualpsychologie. Emigration und Exil seiner Mitglieder. Unveröffentl. Dissertation: Graz 2001.
- Kertesz, Imre: Galeerentagebuch. Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH: Reinbek bei Hamburg 1999.
- Keupp, Heiner: Die Suche nach Gemeinschaft zwischen Stammesdenken und kommunitärer Individualität. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 1997, S. 279-312.
- Keupp, H./Kraus, W./Straus, F.: Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements. In: Beck, U. (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 2000, S. 217-268.

- Keupp, H./Lenz A./Stark W.: Entwicklungslinien der Empowerment-Perspektive in der Zivilgesellschaft. In: Lenz, Albert/Stark, Wolfgang (Hrsg.): Empowerment. Neue Perspektiven für die psychosoziale Praxis und Organisation. dgvt-Verlag: Tübingen 2002, S. 77-99.
- Klöck, Tilo: Solidarische Ökonomie, Empowerment, Gemeinwesenarbeit und das Geschlechterverhältnis. In: Klöck, Tilo (Hrsg.): Solidarische Ökonomie und Empowerment. Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 6. AG SPAK-Bücher: Neu-Ulm 1998, S. 11-50.
- Koller-Tejeiro, Yolanda M.: Neue Aufgaben der Sozialplanung - Ein sozialpolitisches Instrument als Zaubermittel oder zahnloser Tiger? In: Alisch, Monika (Hrsg.): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Leske und Budrich, 2. durchgesehene Auflage: Opladen 2001, S. 53-68.
- Köhler, Michael/Wunschmann Alexander - Sozialreferat München (Hrsg.): Umbau statt Ausbau, Facharbeitsgemeinschaft § 78 SGB VIII „Hilfen zur Erziehung“. München 2002.
- Kreckel, R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt. Sonderband 2. Verlag Otto Schwatz & Co: Göttingen 1983.
- Kron, Thomas: Die Unordnung aushalten - Zygmunt Baumanns Plädoyer für eine postmoderne Moral. In: Schimank, Uwe/Volkman, Ute (Hrsg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Leske + Budrich: Opladen 2000, S. 215-226.
- Kuckartz, Udo: Qualitative Daten computergestützt auswerten: Methoden, Techniken, Software. In: Friebertshäuser, Barbara/Prenzel, Annedore (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Juventa Verlag: Weinheim, München 1997, S. 584-594.
- Kurz-Adam, Maria/Köhler, Michael: Die sozialräumliche Reform der Erziehungshilfen in München. In: Sozialreferat, Landeshauptstadt München (Hrsg.): Umbau statt Ausbau, Facharbeitsgemeinschaft § 78 SGB VIII „Hilfen zur Erziehung“. München 2002, S. 13-23.
- Lamnek, Siegfried: Qualitative Sozialforschung. Band 2. Methoden und Techniken. Beltz: Weinheim 1995.

- Landeshauptstadt München. Referat für Stadtplanung und Bauordnung HA III/32. Stadtsanierung und Wohnungsbau (Hrsg.): Soziale Stadt. Neue Ansätze der Stadtsanierung und Stadtteilentwicklung. Dokumentation der Auftaktveranstaltung zum neuen Bund-Länder-Programm „Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ in München. Perspektiven für Hasenberg und Milbertshofen. Stadtkanzlei München: München 2000.
- Lassahn, Rudolf: Einführung in die Pädagogik. Wiesbaden: Quelle und Meyer UTB für Wissenschaft: Heidelberg 1995 (1. Aufl. 1974).
- Lenz, Albert: Empowerment und Ressourcenaktivierung - Perspektiven für die psychosoziale Praxis. In: Lenz, Albert/Stark, Wolfgang (Hrsg.): Empowerment. Neue Perspektiven für die psychosoziale Praxis und Organisation. dgvt-Verlag: Tübingen 2002, S. 13-53.
- Leutner, Bernd/Pluquett, Heidrun: Eine Reformpolitik unter Erfolgsdruck. Strategisches Controlling durch Prozessbegleitende Evaluierung. In: dies. (Hrsg.): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Leske und Budrich, 2. durchgesehene Auflage: Opladen 2001, S. 131-150.
- Löw, Martina (Hrsg.): Differenzierungen des Städtischen. Leske und Budrich: Opladen 2002.
- Lüttringhaus, Maria: Empowerment und Stadtteilarbeit. In: Miller, Tilly/Pankhofer, Sabine (Hrsg.): Empowerment konkret. Handlungsentwürfe und Reflexionen aus der psychosozialen Praxis. Lucius und Lucius Verlagsgesellschaft mbH: Stuttgart 2000, S. 79-98.
- Lüttringhaus, Maria: Stadtentwicklung und Partizipation. Fallstudien aus Essen Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt. Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 17. Stiftung Mitarbeit. A & B Druck: Bonn 2000.
- Lüttringhaus, Maria: Vorwort. In: Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (Hrsg.): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. VOTUM-Verlag: Münster 2001, S. 7-12.
- Lüttringhaus, Maria: Zur konzeptionellen Diskussion in den 80er- und 90er-Jahren. In: Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (Hrsg.): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. VOTUM-Verlag: Münster 2001, S. 53f.

- McLaren, Peter: Che Guevara und die Kritische Pädagogik. Die Krise der pädagogischen Linken. In: SLR II 40 (2000), S. 46-58.
- Melinz, Gerhard: Der Wohlfahrtsmix und „bürgerschaftliches Engagement“. Eine historische Skizze. In: Roessler, Marianne/Schnee, Renate/Spitzky, Christine/Stoik, Christoph (Hrsg.) Gemeinwesenarbeit und Bürgerschaftliches Engagement. Eine Abgrenzung. Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH: Wien 2001, S. 11-30.
- Merkens, Hans: Stichproben bei qualitativen Studien. In: Friebertshäuser, Barbara/Prenzel, Annedore (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Juventa Verlag: Weinheim, München 1997, S. 97-106.
- Miller, Tilly: Kompetenzen - Fähigkeiten - Ressourcen. In: Miller, Tilly/Pankhofer, Sabine (Hrsg.): Empowerment konkret. Handlungsentwürfe und Reflexionen aus der psychosozialen Praxis. Lucius und Lucius Verlagsgesellschaft mbH: Stuttgart 2000, S. 23-32.
- Mondros, Jaqueline B./Wilson, Scott M.: Organizing for power and empowerment. Empowering the Powerless: A Social Work Series. Columbia University Press: New York 1994.
- Moser, Heinz/Müller, Emanuel/Wettstein, Heinz/Willner, Alex: Soziokulturelle Animation. Grundfragen, Grundlagen, Grundsätze. Verlag für Soziales und Kulturelles: Luzern 1999.
- Müller/Sünker/Olk/Böllert (Hrsg.): Soziale Arbeit. Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven. Luchterhand: Neuwied, Kriftel 2000.
- Nicolini, Maria: Bürgerbeteiligung, Machtkampf unterm Feigenblatt? Skizze eines Vortrags beim Symposium „Stadt findet statt“. Bürgerbeteiligung in einer mediatisierten Welt. Tagungsbericht Netzwerk Krainerhaus-Graz 2001.
- Oelschlägel, Dieter: Gemeinwesenarbeit. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit - Sozialpädagogik. Luchterhand Verlag GmbH, 2. völlig neu überarb. und aktualisierte Auflage: Neuwied, Kriftel 2001, S. 653-659.

- Oelschlägel, Dieter: Strategiediskussionen in der Sozialen Arbeit und das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit. In: Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (Hrsg.): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. VOTUM-Verlag: Münster 2001, S. 54-72.
- Oelschlägel, Dieter: Gemeindepsychiatrie und Gemeinwesenarbeit - eine Annäherung. In: Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (Hrsg.): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. VOTUM-Verlag: Münster 2001, S. 197-211.
- Oelschlägel, Dieter: Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit. In: Institut für soziale Arbeit e.V. (Hrsg.). Soziale Praxis. Im Dickicht der Städte - Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Votum Verlag: Münster 2001, S. 21-28.
- Oswald, Hans: Was heißt qualitativ forschen? In: Friebertshäuser, Barbara/Prenzel, Annedore (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Juventa Verlag: Weinheim, München 1997. S. 71-87.
- Pankhofer, S.: Empowerment - eine Einführung. In: Miller, T./Pankhofer, S. (Hrsg.): Empowerment konkret. Handlungsentwürfe und Reflexionen aus der psychosozialen Praxis. Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH: Stuttgart 2000, S. 7-22.
- Pelinka, Anton: Wie reif sind die Betroffenen? Graswurzeln kommunaler Demokratie. In: Rosenberg, B. (Hrsg.): Vom Zuschauen zum Aktivbürger. Modelle der Bürgerbeteiligung in kommunalen Planungsprozessen. Forschungsbericht Dr. Karl-Renner-Institut: Wien 1993.
- Petioky, Christine: Gesundheits- und Sozialzentren. Regionale Einrichtungen der sozialen Arbeit mit alten Menschen in Wien. In: Roessler, Marianne/Schnee, Renate/Spitzky, Christine/Stoik, Christoph (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit und Bürgerschaftliches Engagement. Eine Abgrenzung. Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH: Wien 2001, S. 159-169.
- Pfotenhauer, Erhart: Stadterneuerung, Sanierung. In: Häußermann, H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Leske und Budriche, 2. Auflage: Opladen 2000. S. 247-257.
- Posch, Johannes/Gerlich, Wolfgang - Büro PlanSinn (Hrsg.): Empowerment Schöpfwerk. Eigenverantwortlich Handeln in Großwohnanlagen. Reihe Planung und Kommunikation. Materialien zu innovativen Projekten im Bereich Stadt & Landschaft. Band 1. Eigenverlag: Wien 1999.

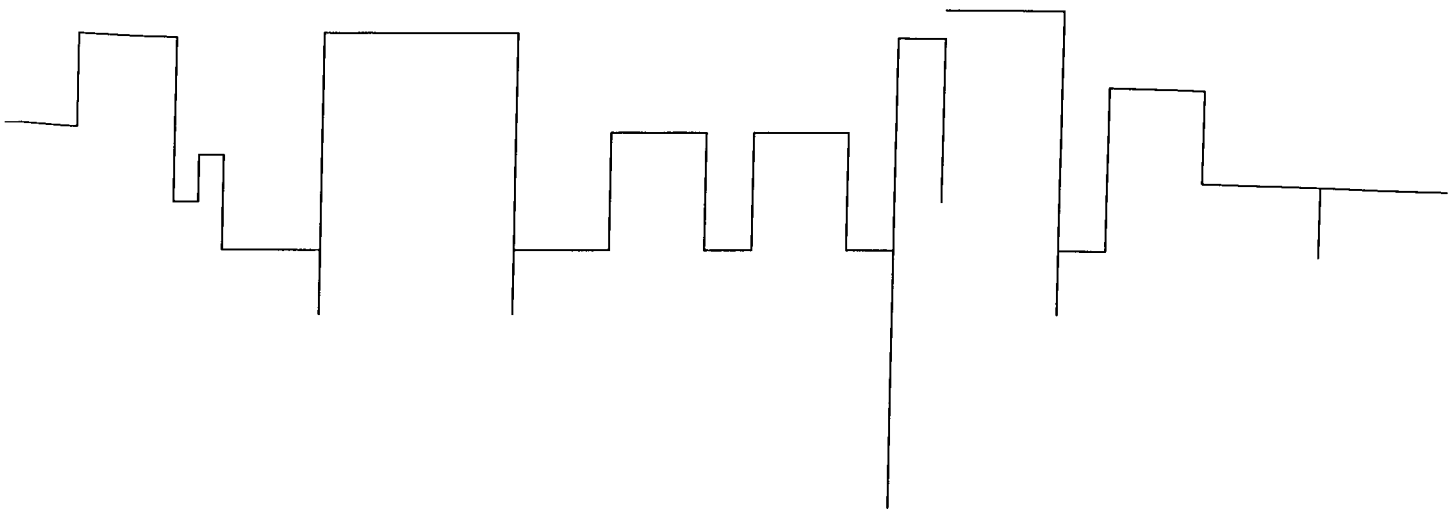
- Quindel, Ralf/Pankhofer, Sabine: Chancen, Risiken und Nebenwirkungen von Empowerment - Die Frage nach der Macht. In: Miller, T./Pankhofer, S. (Hrsg.): Empowerment konkret. Handlungsentwürfe und Reflexionen aus der psychosozialen Praxis. Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH: Stuttgart 2000, S. 33-43.
- Rappaport, J. Ein Plädoyer für die Widersprüchlichkeit: Ein sozialpolitisches Konzept des „empowerment“ anstelle präventiver Ansätze. In: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis. 17 (1985), S. 257-278.
- Riger, J.: What's wrong with Empowerment. In: American Journal of Community Psychology. 21 (1993), p. 279-292.
- Roessler, Marianne: Mobile Jugendarbeit. Ein Beispiel für gemeinwesenorientierte Sozialarbeit. In: Roessler, Marianne/Schnee, Renate/Spitzzy, Christine/Stoik, Christoph (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit und Bürgerschaftliches Engagement. Eine Abgrenzung. Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH: Wien 2001, S. 113-126.
- Rotschuh, Michael: Soziale Beziehungen stiften - Quartiersmanagement aus der Sicht der Sozialen Arbeit. In: Institut für soziale Arbeit e.V. (Hrsg.). Soziale Praxis. Im Dickicht der Städte - Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Votum Verlag GmbH: Münster 2001, S. 29-55.
- Saleebey, Dennis: The Strengths Perspective in Social Work Practice. New York 2002 (first edition 1992).
- Salustowicz, Piotr: Soziale Solidarität, Zivilgesellschaft und politische Soziale Arbeit. In: np 2 (1998), S. 111-124.
- Schaarschuch, Andreas: Gesellschaftliche Perspektiven sozialer Dienstleistung. In: Müller/Sünker/Olk/Böllert (Hrsg.): Soziale Arbeit Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven. Luchterhand: Neuwied, Kriftel 2000, S. 165-185.
- Schimank, Uwe/Volkman, Ute (Hrsg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Leske und Budrich: Opladen 2000.

- Schmidt, Christiane: „Am Material“: Auswertungstechniken für Leitfadeninterviews. In: Friebertshäuser, Barbara/Prenzel, Annedore (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Juventa Verlag: Weinheim, München 1997, S. 544-568.
- Schnee, Renate/Stoik, Christoph: Empowerment Schöpfwerk. Involvierem und mobilisieren von AkteurInnen im Stadtteil. In: Roessler, Marianne/Schnee, Renate/Spitzky, Christine/Stoik, Christoph (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit und Bürgerschaftliches Engagement. Eine Abgrenzung. Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH: Wien 2001, S. 189-198.
- Seckinger, Mike/Stiemert-Strecker, Sigrid/Teuber, Kristin: Partizipation und Empowerment - neue Aspekte für die Qualität psychosozialer Arbeit (?). In: Teuber, K./Stiemert-Strecker, S./Seckinger, M. (Hrsg.): Qualität durch Partizipation und Empowerment. Einmischungen in die Qualitätsdebatte. Fortschritte der Gemeindepsychologie und Gesundheitsförderung. Band 6. dgvt - Verlag, Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie: Tübingen 2000, S. 7-15.
- Sennett, Richard: Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation. Suhrkamp Taschenbuch: Berlin 1997 (1. Aufl. 1994).
- Sennett, Richard: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Goldmann Verlag, 5. Auflage: Berlin 2000 (1. Aufl. 1998).
- Sennett, Richard: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität. Fischer Taschenbuch Verlag GmbH: Frankfurt am Main 12. Auflage 2001 (1. Aufl. 1983).
- Siebel, Walter: Urbanität. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Leske und Budrich, 2. Auflage: Opladen 2000, S. 264-272.
- Simon, Barbara Levy: The Empowerment tradition in american social work. A history. Columbia University Press: New York 1994.
- Sonntag, Michael: „Das Verborgene des Herzens“. Zur Geschichte der Individualität. Rowolth Taschenbuch Verlag GmbH: Reinbek bei Hamburg 1999.
- Spierts, Marcel: Balancieren und Stimulieren. Methodisches Handeln in der soziokulturellen Arbeit. Verlag für Soziales und Kulturelles: Luzern 1998 (Erste Auflage 1994).

- Stiemert-Strecker, Sigrid/Teuber, Kirstin/Seckinger, Mike: Partizipation, Empowerment und Qualität - ein Dialog. In: Teuber, Kirstin/ Stiemert-Strecker, Sigrid/Seckinger, Mike (Hrsg.): Qualität durch Partizipation und Empowerment. Einmischungen in die Qualitätsdebatte. dgvt-Verlag: Tübingen 2000, S. 35-53.
- Stark, Wolfgang: Die Menschen stärken. Empowerment als eine neue Sicht auf klassische Themen von Sozialpolitik und sozialer Arbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 2 (1993), S. 41-44.
- Stark, Wolfgang: Empowerment. Neue Handlungskompetenzen in der psychosozialen Praxis. Lambertus: Freiburg i. B. 1996.
- Stark, Wolfgang/Keupp, Heiner/Lenz, Albert: Entwicklungslinien der Empowerment-Perspektive in der Zivilgesellschaft. Ein Gespräch zwischen H. Keupp, A. Lenz und W. Stark. In: Lenz, Albert/Stark, Wolfgang (Hrsg.): Empowerment. Neue Perspektiven für Psychosoziale Praxis und Organisation. dgvt-Verlag: Tübingen 2002, S. 77-99.
- Staub-Bernasconi, Silvia: Soziale Probleme - Soziale Berufe - Soziale Praxis. In: Heiner, Maja/Meinhold, Marianne/von Spiegel, Hiltrud/Staub-Bernasconi, Silvia (Hrsg.): Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. Lambertus-Verlag, erweiterte Aufl.: Freiburg im Breisgau 1998, S. 11-137.
- Steurer, Erich: Wochenklausur. Kunst und konkrete Intervention. In: Roessler, Marianne/Schnee, Renate/Spitzky, Christine/Stoik, Christoph (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit und Bürgerschaftliches Engagement. Eine Abgrenzung. Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH: Wien 2001, S. 221-228.
- Strauss, Anselm: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Fink: München 1994.
- Strauss, Anselm/Corbin, Julie: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Beltz: München 1996.
- Strecker-Stiemert, Sigrid/Teuber, Kristin/Seckinger, Mike: Partizipation, Empowerment und Qualität in der psychosozialen Arbeit - ein Dialog. In: Teuber, K./Stiemert-Strecker, S./Seckinger, M. (Hrsg.): Qualität durch Partizipation und Empowerment. Einmischungen in die Qualitätsdebatte. Fortschritte der Gemeindepsychologie und Gesundheitsförderung. Band 6. dgvt-Verlag, Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie: Tübingen 2000, S. 35-53.

- Stroebe, W./Hewstone, M./Jonas, K. (Hrsg.): Sozialpsychologie. Eine Einführung. Springer Verlag, 4. Auflage: Berlin, Heidelberg 2003 (1. Aufl. 1990).
- Strunk, Andreas: Im Dickicht der Städte: Bietet Quartiersmanagement eine Perspektive? In: Institut für soziale Arbeit e.V. (Hrsg.): Soziale Praxis. Im Dickicht der Städte - Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Votum Verlag GmbH: Münster 2001, S. 56-67.
- Stoik, Christoph: Senior Plus als Innovationsschub für die Wiener Gemeinwesenarbeit? Ein Beispiel für ein EU-gefördertes Projekt. In: Roessler, Marianne/Schnee, Renate/Spitz, Christine/Stoik, Christoph (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit und Bürgerschaftliches Engagement. Eine Abgrenzung. Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH: Wien 2001, S. 147-158.
- Terselic, Vesna: Empowerment: nur ein neues Wort? In: <http://www.swadhina.org/nvse/article2deu.htm>. 2001.
- Terhart, Ewald: Entwicklung und Situation qualitativen Forschungsansatzes in der Erziehungswissenschaft. In: Friebertshäuser, Barbara/Prengel, Annedore (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Juventa Verlag: Weinheim, München 1997, S. 27-41.
- Teuber, Kirstin/Stiemert-Strecker, Sigrid/Seckinger, Mike (Hrsg.): Qualität durch Partizipation und Empowerment. Einmischungen in die Qualitätsdebatte. Fortschritte der Gemeindepsychologie und Gesundheitsförderung. Band 6. dgvt-Verlag, Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie: Tübingen 2000.
- Theunissen, Georg: Empowerment - Paradigmenwechsel in der Behindertenhilfe. In: Behinderte in Familie, Schule und Gesellschaft. Auf dem Weg zur Selbstbestimmung 1 (1997), S. 55-62.
- Theunissen, Georg: Die Independent Living Bewegung. Empowerment-Bewegungen machen mobil (1). In: Behinderte in Familie, Schule und Gesellschaft. Empowerment und Selbstbestimmtes Leben 3/4 (2001), S. 13-20.
- Theunissen, G/Plaute, W.: Empowerment und Heilpädagogik. Ein Lehrbuch. Lambertus-Verlag: Freiburg i. Breisgau 1995.
- Thimm, W.: Leben in Nachbarschaften. Hilfen für Menschen mit Behinderungen. Verlag Herder: Freiburg, Basel, Wien 1994.

- Teuber, Kirstin/Stiemert-Strecker, Sigrid/Seckinger, Mike (Hrsg.): Qualität durch Partizipation und Empowerment. Einmischungen in die Qualitätsdebatte. dgvt-Verlag: Tübingen 2000.
- Volkman, Ute: Das schwierige Leben in der „Zweiten Moderne“ - Ulrich Becks „Risikogesellschaft“. In: Schimank, Uwe/Volkman, Ute (Hrsg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Leske + Budrich: Opladen 2000, S. 23-40.
- Volkman, Ute: Das Projekt des schönen Lebens-Gerhard Schulzes „Erlebnisgesellschaft“. In: Schimank, Uwe/Volkman, Ute (Hrsg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Leske + Budrich: Opladen 2000, S. 75-89.
- von Arnim, Hans H. (Hrsg.): Demokratie vor neuen Herausforderungen. Drucker & Humboldt: Berlin 1999.
- Weber, Max: Grundriß der Sozialökonomik. Wirtschaft und Gesellschaft, 3. Auflage: Tübingen 1947.
- Wild, Rebecca: Erziehung zum Sein. Erfahrungsberichte einer aktiven Schule. Arbor Verlag: Heidelberg 1992 (1. Aufl. 1986).
- Zimbardo, P./Gerrig, R.: Psychologie. Springer Verlag, 7. Auflage: Berlin, Heidelberg 1999 (1. Aufl. 1974).



empowered by:

UNIV. -ASS. MAG. DR. ARNO HEIMGARTNER

UNIV. -PROF. DR. JOSEF SCHEIPL

DR. ANGELIKA TRIPOLT

ELIAS

OTTO GROSS

rolarob

BETEILIGTE A. D.